

Report von der Hamburger Hafenstraße S. 3

Arbeiterkampf

Jg. 16, Nr. 276, 17. 11. 86 ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 5 DM C 21734 E



Fünf Mark

kostet, wie angekündigt, von dieser Ausgabe an der ARBEITERKAMPF. Aber — aufgemerkt! — wer bis zum 31.12.86 (Poststempel) bucht, erhält ein Jahr lang den AK noch zum alten Abo-Preis.

Aus dem Inhalt:

Sinn Féin

Siebzig Jahre lang war es geheiligtes Prinzip der Sinn Féin, sich nicht an parlamentarischer Politik zu beteiligen. Jetzt hat die Sinn Féin auf ihrem Parteitag beschlossen, daß sie sich künftig nicht nur an Wahlen zum südirischen Parlament beteiligen, sondern die errungenen Mandate auch wahrnehmen wird. Ein Bericht über den Parteitag auf Seite 17

Philippinen

Die Aquino-Regierung durchläuft nach neunmonatiger Amtszeit ihre bislang schärfste Zerreißprobe. Wird die Zeit von Februar bis Oktober vielleicht einmal als euphorischer Neubeginn in die Annalen des Landes eingehen, so dürfte die aktuelle Entwicklung möglicherweise als Entwurf eines Nach-Marcos-Szenarios ohne Marcos gelten. — Ein Beitrag von Rainer Werning Seite 28

Mütter

„Mutter sein wird nur noch als Tatsache vorausgesetzt und nicht mehr in Frage gestellt, sondern vielmehr uneingeschränkt positiv bewertet, wobei wie selbstverständlich von der Einheit Mutter-Kind ausgegangen wird." — Wir sprachen
der Einheit Mutter-Kind ausgegangen wird." — Wir sprachen
mit Verena Krieger, Sprecherin der BAG Frauen der Grünen, über Tendenzen grüner Frauenpolitik und den anstehenden „Mütterkongreß" in Bonn. Seite 21

RAF und IRA

RAF und antiimperialistische Szene wähnten sich, neben Brigate Rossi und ETA, bis vor wenigen Jahren mit der IRA in „einer Front in Europa". Mittlerweile hat die RAF die IRA aus dieser „Front" ausgeschlossen. Antiimpis warfen Sinn Féin-Repräsentanten vor, die „Provos" hätten den bewaffneten Kampf aufgegeben. — Welches Verständnis hat die IRA von der Einheit von politischem und militärischem Kampf? Welche Politik macht eine tatsächliche Metropolen-Guerilla? Seite 16

Spanischer Krieg

Legendenumwoben wie kaum ein zweites Ereignis von weltpolitischer Bedeutung in diesem Jahrhundert ist der Spanische „Bürger"krieg. Bürgerliche, sozialdemokratische, „orthodox" kommunistische, anarchistische, linkssozialistische, trotzkistische Teilnehmer wie Historiker dieses „letzten revolutionären Krieges auf europäischem Boden" haben ihre jeweils sehr eigene Auffassung von der „Wirklichkeit" des Spanischen Krieges. — Neben einem Überblick auf den Spanischen Krieg bringen wir in diesem AK ein Interview mit Heinz Dürmayer, einem ehemaligen Politkommissar der Interbrigaden, und den ersten Teil einer kritischen Betrachtung der KP-Geschichtsschreibung zum Spanischen Krieg. Seite 31

Atomstaat gegen Robert Jungk

„,Hanau sollte brennen'', behauptet die ,,FAZ'' über die Großdemonstration gegen das hessische Atomzentrum. ,,Feuer und Flamme für diese Stadt'', hätten die Demonstrierenden ausgerufen. ,,Gewaltbejahender Friedensforscher'' Jungk habe die Stichworte dazu gegeben. Aber jetzt soll es ihm ,,an den Kragen gehen''. ,,Was denkt sich eigentlich ein Mann wie Robert Jungk'', fragt die ,,SZ'' rhetorisch, ,,oder hat er sich beim militanten Teil seines Publikums bloß angebiedert''. Die ,,Frankfurter Neue Presse'' reißt dem 73-jährigen ,,angeblich seriösen Atomgegner'' die Maske vom Gesicht: ein Aufwiegler! Ungeheuerlich: ,,Was seien ein paar Scheiben gegen die Risiken, die von Plutonium ausgingen'', soll er gesagt haben (,,FAZ''). Und: ,,Je mehr Plutonium es gebe, desto größer werde die Chance, daß es in Atombomben verarbeitet werde'' (,,SZ''). ,,Gewalthetzer'' (,,Abendpost-Nachtausgabe''); ,,Robert Jungk heizte die Demonstration an'' (,,FNP''). Und die ,,FR'' verübelt ,,namhaften Leuten'' wie Jungk, ,,die Grenze zwischen politischem und kriminellem Handeln zu verwischen''.

Jungk, der eindringlich vor der geplanten Verschärfung des Demonstrationsrechts durch die Bundesregierung warnte, soll nun selbst Opfer der letzten entsprechenden Gesetzesänderung werden, die man beinahe schon vergessen hat. Die Hanauer Staatsanwaltschaft ermit-
Gesetzesänderung werden, die man beinahe schon vergessen hat. Die Hanauer Staatsanwaltschaft ermit-
telt wegen ,,Landfriedensbruch'', ein mittelalterlicher Tatbestand, der von den Sozialliberalen abgeschafft, von CDU/CSU/FDP aber wieder eingeführt worden ist.

Hanau-Dokumentation

- 25.000 vor dem Atomzentrum: Stillegen statt stillhalten.
- Robert Jungk, ,,Das sind Todesplätze''.
- Karl Heinz Roth: ,,Wir müssen unsere Kampfperspektive erweitern''.
- Anita Aschenbrenner: ,,Niemals Atomwaffen in deutscher Hand!''
- Autonome: ,,Appetit auf den ganzen Kuchen''.
- Hanau — Ein neuer Kristallisationspunkt der Anti-AKW-Bewegung?

Seiten 7-9

Syrien — das neue Zentrum des Terrorismus?

Nach Gadaffi nun Syriens Assad: Großbritannien und USA brechen die Beziehungen ab, die Europäische Gemeinschaft wird zur Solidarisierung aufgefordert, militärische ,,Vergeltungsschläge'' sind wieder einmal im Gespräch.

Die britische Regierung habe, behauptet sie, ,,hieb- und stichfeste Beweise'', daß der versuchte Bombenanschlag auf eine von London abfliegende El Al-Maschine im April dieses Jahres im syrischen Auftrag erfolgt sei. Die ,,Beweise'' wurden freilich wieder einmal der interessierten Öffentlichkeit vorenthalten.

Angeblich hatte damals der Jordanier Nisar Hindawi eine Freundin als ,,menschliche Zeitbombe'' in das Flugzeug schicken wollen, indem er ihr ohne ihr Wissen eine Bombe in die Tasche packte. Kurz darauf wurde Hindawis Bruder Ahmed Hasi in Westberlin unter dem Vorwurf festgenommen, er habe den Anschlag auf das ,,La Belle'' verübt. Beide Anschläge, der in London und der in Berlin, seien eine zusammenhängende Tat, deren Kopf Nisar Hindawi gewesen sei. Im Fall des ,,La Belle'' war es allerdings nicht Syrien, sondern Libyen, gegen das die USA angeblich ,,hieb- und stichfeste Beweise'' hatten, von denen die Öffentlichkeit allerdings bis heute nichts gesehen hat. Damals reichten die ,,Beweise'' immerhin für einen Bombenangriff der USA gegen libysche Städte. Inzwischen ist von ,,La Belle'' nicht
weise'' immerhin für einen Bombenangriff der USA gegen libysche Städte. Inzwischen ist von ,,La Belle'' nicht
mehr die Rede; vor Gericht steht Ahmed Hasi jetzt wegen eines Anschlags auf das Büro der Deutsch-Arabischen Gesellschaft in Westberlin (29.März).

Mit der europäischen Solidarität hatte es schon gegen Libyen nicht geklappt. Im Fall Syriens sind die Widersprüche noch offensichtlicher. Nicht nur, daß die Europäische Gemeinschaft sich lediglich auf wenige antisyrische Maßnahmen einigen konnte, die weit unterhalb des britischen Solidarisierungsbegehrens liegen. Frankreichs Regierung hat zur gleichen Zeit, wo Großbritannien und USA Syrien als Herd des Terrorismus angriffen, öffentlich die vorzügliche Zusammenarbeit mit den syrischen Geheimdiensten gelobt. Man sei überzeugt, daß Syrien mit dem Terrorismus in Europa nichts zu tun habe, sondern im Gegenteil zur Kooperation bei der Bekämpfung des Terrorismus bereit sei. Und noch mehr: Bekannt wurde ein Interview des französischen Regierungschefs Chirac, bei dem er angeblich gesagt hatte: Kohl und Genscher hätten ihm anvertraut, daß ihrer Ansicht nach der versuchte Londoner Anschlag auf das El Al-Flugzeug eine Provokation gewesen sei, die vom israelischen Geheimdienst Mossad zusammen mit gegen Assad operierenden Figuren aus dem syrischen Apparat inszeniert worden sei. Bekanntlich redet Kohl viel dummes Zeug. Gerade deshalb fällt es auf, daß sich die Aufregung um diese Geschichte in sehr bescheidenen Grenzen hielt. Normal wäre gewesen, daß sich die israelische Regierung in sehr scharfer Form erkundigt hätte, ob Kohl die ihm zugeschriebenen Äußerungen wirklich getan hat, und daß eine öffentliche Enschuldigung verlangt worden wäre. Dies umso mehr, weil gegen Helmut Kohl ohnehin eine große Animosität in der israelischen Öffentlichkeit besteht. Indessen, von einem Protest war nichts zu hören. Das ist nun kein Beweis, aber immerhin ein Indiz, daß Israels Regierung kein Interesse hat, eine mögliche Rolle des Mossad in London (und bei anderen terroristischen Aktivitäten) zum Gegenstand öffentlicher Aufmerksamkeit zu machen.

Schon zuvor hatte der ,,Spiegel'' (3.11.) sich gewundert: ,,*Nie hinterließen die Syrer so deutliche Spuren wie diesmal im Fall Hindawi. Die Ermittlungen der englischen Fahnder belegen, daß den Syrern beim Einsatz Hindawis Fehler unterliefen, ,die nur schwachköpfige Dilettanten zustande bringen'.*'' Ungeschick oder Absicht?!

Fortsetzung auf Seite 11

Zum internationalen Terrorismus in dieser Ausgabe



,,Nicht Programme und Sonntagsreden, sondern Handlungen erwarten wir''

Gespräch mit Alice Schwarzer über die Parteienpolitik zum § 218

Die erste von Alice Schwarzer initiierte und von 374 Frauen mitgetragene Kampagne 1971 im Stern ,,Ich habe abgetrieben'' war Auslöser einen breiten Bewegung und hat die Frauenbewegung entscheidend beeinflußt, wenn nicht sogar mit ausgelöst. Alices neue Initiative ,,Für eine Verfassungsklage gegen den § 218'' haben wir im AK 275 vorgestellt und ihr Manifest veröffentlicht.

Die Parteien SPD, FDP und Grüne werden aufgefordert, eine Klage beim Bundesverfassungsgericht zur Überprüfung des § 218 einzureichen. Die Forderung an die Parteien wird zugleich zu einem Wahlprüfstein für die Bundestagswahlen erhoben. ,,Wir (die Wählerinnen — AK) sind es, die klipp und klar machen müssen: Eine Partei, die keine Verfassungsklage gegen den § 218 einreicht, bekommt unsere Stimme nicht. So einfach ist das. Entweder ihr kämpft (mindestens!) für die Fristenlösung. Oder aber: Wir wählen euch nicht (mehr)!'' (EMMA-Buch, S. 20)

In dem Gespräch mit Alice Schwarzer ging es uns hauptsächlich darum, die kritischen Punkte des ,,Manifests'' zu diskutieren und uns über die Resonanz auf den Vorschlag zu informieren. Denn, daß wieder etwas in Sachen § 218 passieren muß, darauf konnten sich sehr schnell alle Frauen — unabhängig von Parteizugehörigkeit oder autonom — einigen. Ob allerdings Mittel und Zeitpunkt richtig gewählt waren, darüber gibt es erhebliche Differenzen.

Alice sagte uns engagiert und unmißverständlich ihre Meinung über Kritiken und Kritikerinnen. Sie ließ sich nicht auf vorsichtig zimperlich gewählte Worte oder auf taktische Rücksichtsnahme ein — wie hier gleich nachgelesen werden kann.

Fortsetzung auf Seite 20

Hamburger Wahlsensation:

Doch noch bewegt sich nichts

Da haben wir also den Salat. Hamburg hat gewählt, die SPD die absolute Mehrheit verloren, die GAL über 10 Prozent gewonnen und was passiert? Alles spekuliert, aber nicht über rotgrün, sondern über eine ,,Große Koalition''. Medienwirksam inszeniert, bot CDU-Perschau diese noch in der Wahlnacht an, immer den Vorständler von der Deutschen Bank und Möchtegern-Wirtschaftssenator, Hooven, im Schlepptau. Mit Geld ist in der Politik nichts unmöglich, statementete dieser Krisenmanager sein (finanz)politisches Credo durch Chips und Röhre. Das Schreckgespenst ,,Große Koalition'' war an diesem Fernsehabend leibhaftig repräsentiert: Wer wollte den Wahlverlierer Dohnanyi davon ausnehmen? Seine und der SPD Politik der letzten vier Jahre rechtfertigt sie auf jeden Fall. Die ,,Koalition der Vernunft'' ist in aller Munde. Wer sie erfunden hat? Es könnte der Handelskammer-Vorsitzende Illies gewesen sein, der sie nach der Wahl freudig ersehnte. Oder die verschiedenen Vertreter der Arbeitgeberverbände. Oder Perschau. Oder Dohnanyi. Doch einige paßten am Abend des 9. November nicht ins Bild: Die Frauen von der GAL, fröhlich strahlende Wahlsiegerinnen, verbal und farblich voll daneben, unvernünftig. Das machte diesen Wahlabend erträglich und zur Freude.

Fortsetzung auf Seite 5

Widerstand gegen Abschiebungen

Anfang Oktober dieses Jahres beschloß die Innenminister-Konferenz der Bundesländer, nicht anerkannte Flüchtlinge rücksichtslos in ihre Heimatländer abzuschieben, auch wenn es sich dabei um sogenannte Krisengebiete handelt. Im Rahmen der weiteren Verschärfung der Asylgesetzgebung und öffentlicher Kampagnen gegen die sogenannte ,,Asylantenflut'' wurde damit die UN-Flüchtlingskonvention außer Kraft gesetzt, nach der Flüchtlinge aus humanitären Gründen nicht in Krisengebiete abgeschoben werden dürfen.

Der Westberliner Senat spielte dann den Vorreiter dieses Beschlusses. CDU-Innensenator Kewenig reiste in den Libanon und ließ anschließend verbreiten, daß dort alles paletti sei, sprach von ,,befriedeten Kantonen'' usw., während auch gegenwärtig im Süden des Libanon Palästinenserlager unter permanentem Artillerie-Beschuß stehen. Da der Libanon nach der zynischen Logik des Senats kein Krisengebiet sei, droht nunmehr rund 410 offiziell registrierten libanesischen und weiteren 1.600 palästinensischen Familien die Abschiebung. In den letzten Wochen hat der Senat alle Vorbereitungen für diese Maßnahmen getroffen: die betroffenen Flüchtlinge erhielten Ausreise-Aufforderungen zur ,,freiwilligen'' Ausreise, anderenfalls gedenken die Ausländerbehörden, die Flüchtlinge zu verhaften und anschließend zwangsweise abzuschieben. Außerdem sind die betroffenen Flüchtlinge aufgefordert worden, sich bei der Ausländerpolizei zu melden. Die Ausländerbehörden sind noch dabei, alle libanesischen und palästinensischen Flüchtlinge zu erfassen, auch mit Hilfe von libanesischen Regierungsstellen, die den Westberliner Behörden bei der Besorgung gültiger Papiere behilflich sind — unter anderem ein Ergebnis des Kewenig-Besuchs im Libanon. Aktuell droht den ersten Flüchtlingen die Abschiebung: vor allem die Väter der Flüchtlingsfamilien sollten sich Flugtickets besorgen, während Frauen und Kinder noch eine vierwöchige ,,Duldung'' besitzen.

„Fluchtburg Berlin"

Nach dem Abschiebe-Erlaß des Senats hat sich in Westberlin der Widerstand formiert. Die AL stellte ihre Tagungsetage einem inzwischen gegründeten Komitee aus libanesischen und palästinensischen Flüchtlingen zur Verfügung. Im November beschloß die AL eine politische Kampagne unter dem Titel ,,Fluchtburg Berlin — Keine Abschiebung in den Libanon''. Zu dieser Kampagne gehörte ein Rundschreiben an alle 3.000 AL-Mitglieder/innen, in denen diese dazu aufgefordert wurden, eventuell bedrohte Flüchtlinge bei sich unterzubringen, Patenschaften zu übernehmen, materielle Hilfe zu leisten oder Behördengänge zur Ausländerpolizei für betroffene Flüchtlinge zu übernehmen.'

AL, Flüchtlingsrat, eine ,,Asyl e.V.'', Flüchtlingsgruppen und kirchliche Kreise propagieren öffentlich, von der Abschiebung bedrohten Flüchtlingen über eine befristete Zeit Zuflucht zu gewähren oder sie zu ,,verstecken''. Vor allem die Kirchen — inzwischen sind es ca. zehn Kirchengemeinden — wollen einigen Familien Zuflucht gewähren und rufen zu Patenschaften auf, um öffentlich-politischen Druck zu erzeugen. Ziel ist die Rücknahme der Aufhebung des Abschiebestopps seitens des Westberliner Senats.

Die Koordinatoren der Kampagne ,,Fluchtburg Berlin'' erfreuen sich eines wachsenden Zuspruchs und sorgen durch eine Rechtsberatung dafür, daß Deutsche mit einer Vollmacht der Flüchtlinge die Ausländerbehörden aufsuchen, um zu verhindern, daß die bedrohten Flüchtlinge in Abschiebehaft genommen werden. Ebenso gibt es auch außerhalb der Kirchengemeinden zahlreiche Leute, die bereit sind, Flüchtlinge bei sich zu verstecken.

Weiter in konkreter Planung ist eine Anzeigen-Kampagne, in der Prominente ihre Bereitschaft erklären sollen, Flüchtlinge vor dem staatlichen Zugriff zu retten, eine Aktionswoche unter dem Motto ,,Deutsche besuchen die Ausländerpolizei'', eine Großveranstaltung im ,,Quartier Latin'' am 20.11.86 und eine Demonstration am 22.11.86.

In einer Erklärung hat inzwischen auch ,,medico international'' Stellung zu den bevorstehenden Abschiebungen genommen. Es könne keine Rede davon sein, daß im Libanon friedliche Zustände herrschten. Für die Senatspolitik gebe es ,,historische Vorbilder''. Und: ,,Wer Leute in Züge oder Flugzeuge steckt und sie in den sicheren Tod schickt, muß zur Verantwortung gezogen werden.''

Auf deutliche Distanz sind alle an der Flüchtlings-Kampagne Beteiligten zum Anschlag der ,,Revolutionären Zellen'' auf den Leiter der Westberliner Ausländerbehörde, Hollenberg, gegangen. Die nach dem Vorbild der Roten Brigaden abgegebenen Schüsse in die Knie des Leiters der Ausländerbehörde wird von den ,,RZ'' damit begründet, daß Hollenberg ein ,,Menschenjäger und Schreibtischtäter'' sei.

Die AL sprach in diesem Zusammenhang von einem ,,menschenfeindlichen Akt'', Andrea Stäritz von der ,,Kontakt- und Beratungstelle für außereuropäische Flüchtlinge'' sah keinen Sinn in diesem Anschlag und andere befürchten nachteilige Folgen für ihre Arbeit und die Flüchtlinge.

D./ Westberlin

Quellen: „tageszeitung" vom 30.10., 4.11. und 13.11.1986

Zweites bundesweites Arbeitstreffen der Asylgruppen am 22./23.11. in Hamburg

Mit einem Treffen in Frankfurt begann im September ein Versuch, die verschiedenen in der Flüchtlingsarbeit tätigen Gruppen bundesweit zur Koordination an einen Tisch zu bringen. Unmittelbares Ergebnis des ersten Treffens waren zwei Aktionstage im Oktober und ein verbesserter Informationsaustausch der Gruppen untereinander.

In diesem Folgetreffen sollen gemeinsame Perspektiven angesichts der durch die neuesten Gesetzesverschärfungen grundlegend veränderten Bedingungen diskutiert werden. Diskutiert werden u.a. Konzepte wie die Freie Flüchtlingsstadt, die in Bremen als Initiative besteht und in anderen Städten derzeit geplant wird.

Es sollen Arbeitsgruppen u.a. zur Politik der SPD, der Kirchen, zur Europäisierung des Asylrechts eingerichtet werden.

Beginn: Sa, 22.11., 14 Uhr
Ort: WIR — Internationales Zentrum, Hospitalstraße 109, Hamburg-Altona

Veranstalter: Koordination Flüchtlinge in Hamburg, Bundesweite Koordination der Asylgruppen

Mobil aus der 3. Dimension

Die Polizei geht in die Luft

Plötzlich war's vorbei mit der Ruhe. In den Bussen und Autos des Hamburger Brokdorf-Konvois schreckten alle hoch. Ein Dutzend Transporthubschrauber des BGS überflog die Spitze des Zuges und landete wenig später am Ortseingang von Kleve. Hier war es kurz zuvor zu einem blutigen Scharmützel zwischen Sperrkräften der Polizei und Militanten gekommen. Innerhalb von 30 Minuten ließ die Einsatzleitung 700 Beamte der niedersächsischen und bremischen Polizei, verstärkt durch Sondereinsatzkommandos, einfliegen. Im Handumdrehen mischten die Spezialeinheiten den Zug auf mehrere hundert Meter auf.

Eitel Freude bei der Einsatzleitung: ,,Insgesamt waren an diesem Tag 5.333 Polizeibeamte eingesetzt. Ohne die Möglichkeit des Lufttransportes hätte das Zwei- bis Dreifache an Kräften herangezogen werden müssen'', teilte Polizeioberrat Kripgans aus Itzehoe seinen Kollegen einen Monat später im Magazin ,,bereitschaftspolizei — heute'' (7/86) mit. ,,Vor allem aber hätte auf unvorhersehbare Brennpunkte kaum zeitgerecht reagiert werden können.'' Und sein Schutzpolizeidirektor Heinz Hintz aus Kiel beschwor Ende

Polizeioberrat Kripgans aus Itzehoe seinen Kollegen einen Monat später im Magazin ,,bereitschaftspolizei — heute'' (7/86) mit. ,,Vor allem aber hätte auf unvorhersehbare Brennpunkte kaum zeitgerecht reagiert werden können.'' Und sein Schutzpolizeidirektor Heinz Hintz aus Kiel beschwor Ende

Juni auf einer internen Tagung der Polizeiführungsakademie die düstere Vorstellung, es seien ,,.... — vielleicht erstmals in unserer Bundesrepublik — keine Reserven mehr vorhanden'' gewesen.

Das berufsbedingte Wehgeschrei hat seine Gründe, denn Versammlungen von mehreren zehntausend Menschen auf dem platten Lande, möglicherweise sogar mehrere zur gleichen Zeit, stellen die Polizeieinheiten nach eigenen Angaben vor schwere logistische Probleme. Auch dem aufgeblähten Apparat des BGS und der Länderbereitschaftspolizeien ist es unmöglich, alle ihm zugeordneten Aufgaben gleichzeitig zu erfüllen: Verkehrslenkung, Objektschutz, ,,Raumdeckung'', großflächige Vorkontrollen, Beseitigung von ,,Brennpunkten'', Verhinderung und militante Auflösung von Menschenansammlungen sowie gezielte Festnahmen versanden schnell im Chaos verstopfter Verkehrswege.

Schnelle Beseitigung von „Brennpunkten"

Mobilität versprechen sich Polizeitaktiker deshalb von der ,,Nutzung der dritten Dimension'', wie ein Experte im Fachblatt ,,Polizei-Verkehr-Technik'' (PVT) bereits 1978 träumte. Über 102 Hubschrauber verfügen heute die vier Grenzschutzfliegerstaffeln in Bad Bramstedt (Schleswig-Holstein), Gifhorn (Niedersachsen), Fuldatal (Hessen) und Oberschleißheim bei München. Der Einsatzradius von durchschnittlich 200 Kilometer ermöglicht Luftlandeeinsätze an jedem Ort der Bundesrepublik in weniger als zwei Stunden. Neben den kleinen Maschinen für die Luftaufklärung an den Grenzen und über Küstengewässern, für den Rettungsdienst und den Transport sicherheitsgefährdeter Personen bilden die PUMA-Großraumtransporter das Rückgrat der Fliegertruppe. 22 Maschinen der britisch-französischen Kooperationsentwicklung zählen derzeit zum Flugpark des BGS. Mit sechs Pumas läßt sich eine komplette Hundertschaft ,,Luftverlasten'', wie es im Amtsdeutsch heißt. Die Tankkapazität für zwei Stunden bei 230 km/h erlaubt den Transport mehrerer Hundertschaften mit wenigen Staffeln.

Militärtechnologie „zivil" genutzt

Die weiteren Modelle beim BGS sind französische Alouettes (4 Sitze), usamerikanische Bell UH-1D und 212 (15 Sitze) und bundesdeutsche BO 105 (5 Sitze) von Messerschmidt-Bölkow-Blohm. All diese Rotorflügler sind Zivilversionen militärischer Produktionen. Je nach Auftraggeber unterläuft beispielsweise die bayerische Waffenschmiede MBB mit einem schlichten Etikettenschwindel das Kriegswaffenkontrollgesetz: Exporte nach Schweden und Saudi-Arabien beruhen auf der ,,militärischen Überlegenheit'' der BO 105, frohlockt das Firmenblatt ,,MBB-aktuell''; aber die Verkäufe nach Südafrika, Indonesien und Chile betreffen selbstverständlich nur die ,,zivilen'' Versionen.

Was sich in außereuropäischen Bürgerkriegen bewährt, ist für bundesdeutsche Sicherheitsstrategen gerade billig. Die gezielte Aufstellung von BGS-Luftlandekommandos geschieht seit 1973, als die ersten drei Pumas indienstgestellt wurden. Seitdem haben sich die Fliegerstaffeln als ,,unentbehr-

Was sich in außereuropäischen Bürgerkriegen bewährt, ist für bundesdeutsche Sicherheitsstrategen gerade billig. Die gezielte Aufstellung von BGS-Luftlandekommandos geschieht seit 1973, als die ersten drei Pumas indienstgestellt wurden. Seitdem haben sich die Fliegerstaffeln als ,,unentbehr-

lich erwiesen; sie haben die Polizeitaktik nachhaltig beeinflußt'', stellte ein leitender Grenzschützer im Mai 1986 selbstzufrieden fest. In der Tat: Der Einsatz auf offener Strecke gegen einen Eisenbahnzug mit Kalkar-Demonstranten im Sommer 1977, die Tiefflug- und Kommandoüberfälle auf Brokdorf- und Wendlanddemonstrationen in den folgenden Jahren und der Lufttransport von knapp 2.200 der 1986 in Brokdorf eingesetzten Beamten haben die Mobilität von BGS und Polizei enorm gesteigert.

„Ständig präsente Eingreifkräfte"

Ein norddeutscher Polizeiführer faßte 1981 seine Erfahrungen zusammen und beschrieb den weiteren erwünschten Nebeneffekt als ,,moalische Wirkung, die der Einsatz von Hubschraubern, insbesondere im Rücken der Demonstranten, erzeugt.''

Nach den Vorstellungen des Arbeitskreises II der Innenministerkonferenz und seines Unterausschusses ,,Leitende Exekutivbeamte'' (LEX) ist dieses taktische Mittel noch ausbaufähig. Denn in Zeiten nicht länger unbegrenzter Personalhaushalte heißt die Devise ,,Spezialisierung der vorhandenen Kapazitäten''. So sollen die schnellen Einsatzformationen der Länder-SEKs in der Grundtechnik der ,,Luftverlastung'' geschult werden, um als ,,ständig präsente Eingreifkräfte'' den BGS-Truppen zur Seite zu stehen. Das Bundeskabinett mochte sich im Sommer der ,,dringenden Erfordernis'' des LEX-Ausschusses, ,,die Hubschrauberkapazität'' des BGS ,,zu erhöhen'', nicht verschließen. Vorerst drei weitere Puma-Modelle, Stückpreis 20 Millionen DM, sollen demnächst indienstgestellt werden, um, so das interne LEX-Papier, ,,die noch in der Bildung begriffenen Brennpunkte zu erreichen und dort die Lage sofort zu bereinigen.''

Fliegende Feldherrnhügel

Führungsstäbe schätzen darüber hinaus die Spezialversionen der kleinen französischen Alouettes: Verschiedene Funkfrequenzen, demnächst auch mit Sprachcodierung, Kameras zur drahtlosen Übertragung von Luftbildern auf die Monitore der Einsatzleitungen und allerlei technischer Schnickschnack gestalten die fliegenden ,,Befehlsplattformen'' (PTV 1/78) zu zeitgemäßen Feldherrnhügeln.

Die Tiefflieger von Wackersdorf

Aktuelles Testfeld der Luftanbeter ist die Oberpfalz, zuletzt bei den Blockadeaktionen Mitte Oktober. Zwei Tage lang verfrachtete die Einsatzleitung mehrere hundert BGS- und BePo-Beamte quer durch den Landkreis, um mal hier eine Straßensperre auflösen und dort eine Menschenansammlung auseinanderknüppeln zu lassen. Häufig trugen die Luft-Boden-Truppen selbst mehr zum Verkehrschaos rund um die WAA-Baustelle bei als die Atomkraftgegner der Bürgerinitiativen. Und Bayerns Staatsregierung greift tief in die Tasche, um seine eigene Polizei-Hubschrauberstaffel auf dem Flugplatz Neubiberg bei München noch auszubauen. Mit 4,8 Millionen D-Mark schlägt die Anschaffung einer

um die WAA-Baustelle bei als die Atomkraftgegner der Bürgerinitiativen. Und Bayerns Staatsregierung greift tief in die Tasche, um seine eigene Polizei-Hubschrauberstaffel auf dem Flugplatz Neubiberg bei München noch auszubauen. Mit 4,8 Millionen D-Mark schlägt die Anschaffung einer

neunsitzigen BK 117 von MBB (Aufsichtsratsvorsitzender: Franz Josef Strauß) zu Buch. Die Neuanschaffung ersetzt die Maschine ,,Edelweiß 2'', die Anfang September in Wackersdorf mit einem Schienenbus kollidierte und abstürzte. Die fliegende Einsatzgruppe hatte es auf einen Bauzaundemonstranten abgesehen, der zuvor den Flugkörper von unten attackiert haben soll. ,,Was war los? Ist den Jungs der Schimanski durchgegangen? Zuviel ‚Top Gun' geguckt? Oder was?'', fragte daraufhin das Satiremagazin ,,Titanic'' in seiner Spalte ,,Briefe an die Leser'' die Wackersdorfer Polizei und schloß mit der Aufforderung: ,,Weitermachen!''.

hg.

aus: STRASSENMEDIZIN, Mitteilungsblatt der Sanitätergruppen, Nr. 25, November 1986

Mannomann!

Ein Grüner kapituliert nicht vor dem Terrorismus

Mannomann!

Ein Grüner kapituliert nicht vor dem Terrorismus

Daß die grüne Bundestagsfraktion erst nach einer längeren Grundsatzdebatte entscheidet, wer in ihrem Namen die Bonner Rednertribüne betritt, ist nicht gerade alltäglich. Anläßlich der Bundestagsberatung über die neuen ,,Sicherheitsgesetze'' wurde das für nötig befunden. Ergebnis: nicht Christian Stroebele, der auch ,,mit denen, die Strommasten umsägen oder Baumaschinen anzünden, den Dialog nicht abbrechen'' will, sondern Norbert Mann soll für die Grünen in die Bütt gehen. Mann hatte sich in der Fraktionssitzung für die Herausarbeitung der ,,grünen Perspektive in der Auseinandersetzung mit dem Terrorismus'' stark gemacht (Zitate nach ,,taz'' vom 6.11.). Diese Perspektive hat er inzwischen, das Votum der Fraktion im Rücken, auch vorgetragen. Die stärksten Passagen dieser bemerkenswerten Rede im Wortlaut:

Der Regierungsentwurf zum Anti-Terrorismus ,,*ist ein Dokument für die Hilflosigkeit der gegenwärtigen Bundesregierung in der Auseinandersetzung mit dem Terrorismus. (...) Sie, meine Damen und Herren, lassen sich von einer Handvoll Terroristen das Gesetz des Handelns und ihre Gesetzgebung vorschreiben. Das ist eine Kapitulation vor der Bedrohung des Terrorismus, die Terroristen können angesichts dieser von Gedankenschwäche und Unvernunft geprägten Haltung unserer staatstragenden Regierungsparteien offene Freude empfinden.*'' Besonders abscheulich findet Norbert Mann, daß mit der geplanten Kronzeugenregelung Mörder und andere Gewalttäter straffrei ausgehen könnten. In diesem Punkt weiß er das gesunde Volksempfinden auf seiner Seite: ,,*Die Reaktion der weitaus überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung unseres Landes zeigt, daß das Rechtsbewußtsein unseres Volkes, in dessen Namen ja doch Recht gesprochen wird, besser funktioniert als das der dieses Volk gegenwärtig regierenden Politiker. (...) Der allgemeine Teil der Gesetzesbegründung verdient Zustimmung, wenn davon die Rede ist, daß die Mordanschläge der jüngsten Zeit, die von Brutalität und Menschenverachtung geprägt sind, letztlich auf die Erschütterung der rechtsstaatlichen Ordnung zielen.*'' Aber ,,nicht gesetzgeberische Schnellschüsse sind das Gebot der Stunde'', mahnt Mann mit Verweis auf die ,,ineffektive'' italienische Kronzeugenregelung. Dem von Terror bedrohten Rechtsstaat könne nur durch gemeinsame Anstrengung der Demokraten geholfen werden: ,,*Wir alle tragen im Blick auf unsere Geschichte schwer an diesem in unserer Republik wohl immer noch vorherrschenden obrigkeitlichen Staatsverständnis.*'' Der Mann weiß, wovon er spricht.

Gegen diese staatstragende Rede hat der ehemalige Fraktionssprecher der Bundestagsgrünen, Christian Schmidt (GAL Hamburg), mit einem vierseitigen Papier protestiert. Schmidt rekapituliert einige Maßnahmen zur ,,inneren Sicherheit'' — d.h. zur Eindämmung von Massenprotesten — aus den letzten 20 Jahren: Notstandsgesetze, Berufsverbote, Überwachungsstaat usw. ,,*Schließlich (...) mußten die allerneuesten 'Antiterrorgesetze' her, damit bereits das Rütteln am Bauzaun als 'Erschütterung der rechtsstaatlichen Ordnung' oder als 'terroristischer Akt' ins Rechtsbewußtsein eingeht. Auf diese Zusammenhänge einzugehen, um damit gegen das Rechtsstaatsgeschwätz der Notstands- und Berufsverbotefraktion anzugehen, wäre Aufgabe des grünen Sprechers gewesen.*'' Scharf ironisiert Christian Schmidt Norbert Manns Bemühen, nicht länger aus der ,,Gemeinsamkeit der Demokraten'' ausgeschlossen zu sein. An dem angeblich besonders liberalen ,,Rechtsbewußtsein unseres Volkes'' hat er auch seine Zweifel: ,,*Mir ist dabei eingefallen, wie jüngst in Hamburg Regierende, aber auch ‚das Volk' Pogromstimmung gegen die Hafenstraßenbewohner betrieben, bis zur widerrechtlichen Räumung; und mir ist eingefallen, wie im Sommer nicht nur an deutschen Stammtischen, sondern auch parteiund innerdeutsch übergreifend, das gesunde ‚Rechtsbewußtsein' vorherrschte, daß ausländische Schmarotzer, nur weil sie hungern oder verfolgt werden, nicht bei uns geduldet werden dürfen. Ich weiß deshalb nicht, was blöder ist: sich als Verteidiger von Minderheitenrechten auf das Rechtsbewußtsein der Regierenden zu beziehen oder auf das des gesunden Volksempfindens. Am blödesten ist es wahrscheinlich, sich — wie Norbert Mann — auf beides zu berufen.*''

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 5,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 4.800
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. ,,Zur-Habe-Nahme'' ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

„Wenn ihr räumt, holen wir die Russen"



Die ehemals besetzten Häuser in der Hafenstraße waren eines der zentralen Themen, die den Hamburger Bürgerschaftswahlkampf beeinflußt haben. Die bürgerliche Presse hetzte über Monate gegen das Gespenst Hafenstraße, die CDU nahm die Bürgerempörung über den „rechtsfreien Raum" Hafenstraße mit in ihre Wahlkampfspots auf. Mit den letzten beiden Polizeigroßeinsätzen Ende Oktober versuchte Hamburgs Innensenator Pawelzcyk (SPD) zu demonstrieren: „Es wird gehandelt." Beim ersten Einsatz am 20.10., dessen äußerer Anlaß die Entferung einer „RAF-Parole" war, wurden mit Baggern Türen herausgerissen, sämtliches Werkzeug sowie Bau- und Barrikadenmaterial entfernt, die Hafenstraße quasi entwaffnet und für weitere Polizeieinsätze zugänglich gemacht. Die Polizei hielt die Häuser für einige Stunden besetzt, so daß die Bewohner nicht einmal einen Ort hatten, wo sie sich treffen und beraten konnten. In dieser Situation, nachdem Pawelzcyk deutlich gemacht hatte, daß die Häuser mit militantem Widerstand und Verbarrikadierungen nicht zu halten sind, bemühten sich die Hafenstraßenbewohner erstmals wieder um eine breitere Solidaritäts- und Öffentlichkeitsarbeit.

Praktisch um fünf vor zwölf wurde zu einem Treffen für alle am Erhalt der Hafenstraße Interessierten eingeladen und beschlossen, von Gruppen aus dem linksliberalen Spektrum, wie zum Beispiel der GEW, Solidarität einzufordern. Freilich erst, nachdem man in bewährter Tradition „taz" und „Rundschau" als sensationsgierige Pressegeier rausgeschmissen hatte.

Die GEW kam ins Spiel, weil sie gegen den Widerstand des DGB-Vorstands noch eine Woche vor der Wahl gemeinsam mit DGB-Jugend und Schülerkammer zu einer Demonstration gegen Sozialabbau aufgerufen

gen den Widerstand des DGB-Vorstands noch eine Woche vor der Wahl gemeinsam mit DGB-Jugend und Schülerkammer zu einer Demonstration gegen Sozialabbau aufgerufen

hatte. Die Hafenstraße fragte an, ob sie auf der Demo einen Redebeitrag halten dürfe, und wollte darüber hinaus die Demo-Route zur Hafenstraße fortsetzen. Der geschäftsführende Ausschuß der GEW bekam kalte Füße und sagte die Demo zwei Tage vorher ganz ab. Auch wenn der Proteststurm der GEW-Basis gegen dieses eigenwillige Handeln des Geschäftsausschusses berechtigt war, waren die Vertreter der Hafenstraße, die bei den Verhandlungen auftraten, daran nicht ganz unschuldig gewesen, legten sie doch den GEW-Oberen unter der Überschrift „Hafenstraße bleibt" ein Flugblatt vor, in dem die RAF-Morde an Beckurts und Braunmühl als „Rückschläge", die die Herrschenden haben einstecken müssen, positiv erwähnt wurden. Über soviel taktische Dummheit schlugen freilich auch einige Hafenstraßler die Hände über'm Kopf zusammen. Wie schon die „RAF-Parole" an der Häuserwand, war der erwähnte Absatz im Flugblatt eine unabgesprochene Aktion einiger weniger aus der Hafenstraße.

„Experiment" Hafenstraße

Während in Berlin 1981/82 im Zuge der Hausbesetzerbewegung 160 Häuser besetzt wurden, räumte der damalige Hamburger Innensenator Pawelzcyk jede Besetzung mit Hilfe von MEK-Sonderkommandos binnen 24 Stunden. Die schleichende Besetzung des acht Häuser umfassenden Wohnblocks Hafenstraße/Bernhard-Nocht-Straße in St. Pauli durch Punks, die aus dem Karolinenviertel vertrieben worden waren, und meist Jugendliche aus der Hausbesetzerszene wurde zu spät bemerkt. Die neuen Bewohner trugen 35 Container Schutt aus den Häusern, schleppten neue Öfen, Fenster, Türen, Spül- und Waschbecken herbei. Einmal vor vollendete Tatsachen gestellt, ließ sich der damalige Bausenator Apel auf ein „Experiment" ein und versuchte, die Hafenstraße getreu dem Berliner Vorbild durch Mietvertragsverhandlungen zu integrieren. Im Juli 1983 bewilligte die Stadt 140.000 Mark zur Winterfestmachung der Häuser. Die Bewohner forderten einen generellen Nutzungsvertrag, die SAGA und die Stadt bestanden auf Einzelmietver-

1983 bewilligte die Stadt 140.000 Mark zur Winterfestmachung der Häuser. Die Bewohner forderten einen generellen Nutzungsvertrag, die SAGA und die Stadt bestanden auf Einzelmietver-



Foto: M. Stroux

trägen, die Verhandlungen scheiterten. Als es galt, die bevorstehende Räumung der Häuser am 1. November 1983 zu verhindern, brachte die damals noch nicht ganz eingeschlafene Häuserkampfbewegung 10.000 Menschen für eine Demonstration auf die Beine. Es wurde weiterverhandelt. Ergebnis waren die auf drei Jahre befristeten Einzelmietverträge, die sich später als Verhängnis für die SAGA und Rettung für die Bewohner vor einer vorzeitigen Räumung herausstellen sollten.

Während Anfang 1984 die Baubehörde einen Architektenwettbewerb für die schöne neue Hafenrandbebauung ausschreiben ließ und quer über den Fischmarkt an der Hafenstraße vorbei die neue sechsspurige Hafenrandstraße baute, blieb es um die Hafenstraße relativ ruhig. Im Juli 1984 ereignete sich die sogenannte „Olli P."-Geschichte, die in der Hafenstraße und auch in der ganzen Linken einen Schock auslöste. Eine junge Frau war im Keller eines der Hafenstraßenhäuser von einem Punk namens Olli und seinen zwei Freundinnen vergewaltigt und gefoltert worden. Die Polizei kam nicht, als sie gerufen wurde. Im Schock übten die Bewohner Selbstjustiz und verprügelten die Täter. Die CDU erhob in der Bürgerschaft zum ersten Mal die Forderung nach Räumung, was von Pawelzcyk mit Hinweis auf die legalen Mietverträge abgelehnt wurde. Während der GAL-Abgeordnete Udo Hergenröder in der Bürgerschaft die Hafenstraße gegen CDU-Angriffe verteidigte, entwickelte sich

mung, was von Pawelzcyk mit Hinweis auf die legalen Mietverträge abgelehnt wurde. Während der GAL-Abgeordnete Udo Hergenröder in der Bürgerschaft die Hafenstraße gegen CDU-Angriffe verteidigte, entwickelte sich

in der restlichen Linken eine distanzierte Haltung zur Hafenstraße. Die Frage wurde aufgeworfen, ob denn die Hafenstraße überhaupt noch ein linkes Projekt ist, und die These aufgestellt, daß die Stadt mit der Hafenstraße lediglich die nötigen Sozialarbeiter einspart.

Daß die Hafenstraßler nicht unpolitisch, sondern eindeutig links sind, wurde vielen Linken wieder deutlich, als sie im Herbst/Winter 1984 wiederholt Angriffen von neonazistischen Skins ausgesetzt waren. Bis zu 400 Leute fanden sich ein, um die Hafenstraße bei Skin-Alarm, meist nach HSV-Fußballspielen, zu schützen. Silvester 1984/85 veranstaltete die Hafenstraße ein mehrtägiges Konzert, begleitet von einer Reihe von antifaschistischen Veranstaltungen, die von mehreren hundert Jugendlichen besucht wurden. Um die Hafenstraße herum entwickelte sich eine lebendige Jugend-Subkultur. Die „Olli-P."-Geschichte hatte eine verstärkte Diskussion um die Frauenfrage zur Folge, woraus u. a. das Frauencafé entstand.

Mit den unter Räumungsdruck unterschriebenen Mietverträgen freilich war die Hafenstraße nach wie vor unzufrieden. Der Quadratmeterpreis für die drei „Sechserhäuser" (Hausnummern, deren letzte Ziffer eine Sechs ist) war mit 20 Pfennig zwar recht niedrig, doch mußten die Bewohner sich verpflichten, alle anfallenden Instandsetzungsarbeiten selber zu tragen. Für die restlichen fünf Häuser lag der Quadratmeterpreis höher, dafür verpflichtete sich die SAGA, die langfristig erforderlichen Instandsetzungsarbeiten selbst zu übernehmen. Ursprünglich waren den Bewohnern für die „Fünferhäuser" (Hausnummern, deren letzte Ziffer eine Fünf ist) auf zehn Jahre befristete Verträge angeboten worden. Was diese aber typischerweise ablehnten, um sich von den Bewohnern der drei laut Stadtplanung zum Abriß vorgesehenen „Sechserhäuser" nicht abspalten zu lassen. Mit der Verlängerung der Verträge rechnete zu diesem Zeitpunkt kaum einer.

„Politisch mal was riskieren"

Dafür bildete sich aber eine Haltung heraus, für die drei Jahre relativer Sicherheit, die man sich durch Unterschrift der Verträge „gekauft" hatte, auch mal „politisch was riskieren" zu wollen. Am Morgen des 1. Februar errichteten Hafenstraßenbewohner eine brennende Barrikade auf der neuen Hafenrandstraße, um auf die Forderungen der im Hungerstreik befindlichen RAF-Gefangenen aufmerksam zu machen. Schon damals gab es eine stille Opposition, die keine Lust hatte, sich für dergleichen die Köpfe einschlagen zu lassen.

Wie „sicher" die Situation der Hafenstraße zu diesem Zeitpunkt tatsächlich war, machte eine im März 1985 von SAGA, Bauprüfbehörde, HEW und Polizei gewaltsam durchgeführte Begehung der Häuser deutlich. Wie später aus einer der Hafenstraße zugespielten Akte hervorging, war diese Begehung vorsätzlich mit dem Ziel durchgeführt worden, Gründe für eine Unbewohnbarkeitserklärung der Häuser zu finden. Vom Schornsteinfeger über die Bauprüfbehörde bis zur HEW wurden alle Möglichkeiten, die zu einer Unbewohnbarkeitserklärung — sprich: Abriß der Häuser — führen könnten,



Foto: H. Wojahn

im Planspiel durchgecheckt. Es wurde deutlich, daß die Innenbehörde alles dransetzen wollte, die Hafenstraße zu räumen. Erster Ansatzpunkt dafür war die Unbewohnbarkeitserklärung der eh zum Abriß vorgesehenen „Sechserhäuser". Die Mängelliste, auf die sich eine solche Unbewohnbarkeit stützen sollte, wurde den Bewohnern lange vorenthalten. Die Kosten für die angeblich anfallenden Reparaturarbeiten waren horrend zu hoch angeschlagen. So wurden Bäder berechnet, die die Bewohner bereits selber eingebaut hatten, ein fehlender Fensteranstrich mit 300 Mark veranschlagt.

In den folgenden Wochen und Monaten gab es von der Hafenstraße aus eine gute und kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit zu diesen skandalösen Vorgängen. Mit Hilfe einer 10.000 Mark-Spende der GAL und tatkräftiger Unterstützung der Autonomen Jugendwerkstätten wurde ein Großteil der tatsächlich an den Häusern bestehenden Mängel, wie zum Beispiel die Reparatur eines eingestürzten Kellergewölbes, vorgenommen. Schließlich mußte der Leiter der Bauprüfabteilung, Peter Schott, vor NDR-Fernsehkameras zugeben, daß die Häuser bewohnbar sind. Um gegen die Politik, die auch den anderen Hamburger Wohnprojekten Pinnasberg, Chemnitzstraße und Jägerpassage gegenüber gefahren wurde, zu protestieren, beteiligte sich die Hafenstraße an einer öffentlichkeitswirksamen Spaßguerilla-Aktion, bei der Schafmist auf den Senatorentisch gekippt und als Warnung eine Indianeraxt in die Bürozimmertür geschlagen wurde.

Alltäglicher Polizeiterror

In dieser Zeit verschärfte sich die Überwachung und der alltägliche Polizeiterror gegen die Hafenstraße und Bewohner in der Nachbarschaft. Ständig patrouillierten in der Hafenstraße zivile und offizielle Polizeiautos. Von der Hafenstraße kommende Passanten und Autos wurden regelmäßig angehalten und durchsucht, Hausdurchsuchungen vorgenommen, einer Mutter sogar gedroht, ihr Kind wegzunehmen.

Den vorläufigen Höhepunkt bildete die sogenannte Blitzlichtaktion der Polizei am 2. August. Zwei Polizeibeamte hatten ein Blitzlicht aus einem der Häuser beobachtet und wollten wegen Verkehrsgefährdung den Täter ermitteln. Als sie beim Verlassen des Hauses den Ausgang nicht mehr fanden, gerieten sie in Panik und schlugen über Funk Alarm. Binnen weniger Minuten riegelten Hundertschaften der Polizei das Viertel ab, mehrere Häuser wurden unter Androhung von Schußwaffengebrauch von Einsatztruppen gestürmt. MEK-Beamte brachen mit Motorsägen und Äxten inzwischen verbarrikadierte Türen auf, um die Personalien der Bewohner festzustellen.

In der darauffolgenden Nacht kam es wieder zu einem Großeinsatz der Polizei mit Verletzten und Verhaftungen.

Selbstisolierung

Angesichts dieser brutalen Polizeieinsätze verfestigte sich fatalerweise in der Hafenstraße die Ansicht, daß Öffentlichkeitsarbeit sowieso nichts nütze, eigentlich wichtig nur der Zusammenhalt der Bewohner untereinander in den Häusern sei. Per Plenumsbeschluß wurde von der Hafenstraße eine Pressesperre verhängt. Einzelne durften der Presse, auch „taz" und „Hamburger Rundschau", keine Informationen, keine Interviews mehr geben, solange dies nicht auf dem Plenum diskutiert worden war. Wie oben bereits er-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

wähnt, fliegen Pressevertreter auf eben diesen Plenen meistens raus. Eine Zusammenarbeit mit der Presse ergab sich also nur noch über einzelne Personen, die dies meist heimlich taten.

Nach der Ermordung von Günter Sare in Frankfurt kam es bekanntermaßen auch in Hamburg zu einigen Glasbruchdemos. Die Polizei nahm dies in der darauffolgenden Nacht zum Zweck der Verfolgung von ,,Straftätern'' wiederum zum Anlaß, die Hafenstraße zu stürmen. Dabei wurde wieder Mobiliar zertrümmert, eine schwangere Frau in den Bauch getreten und anschließend verhaftet. Statt solche Ereignisse an die Öffentlichkeit zu bringen, verstärkte sich in der Hafenstraße eine Selbstisolierungstendenz. Angesichts der Realität, mit der die Hafenstraße täglich konfrontiert wurde, boten sich die Anti-Impi-Anschauungen: ,,Es herrscht jetzt schon Krieg'', ,,Wir leben hier im Faschismus'', ,,Leben heißt Kämpfen'' geradezu als Erklärungsmuster an. Der fragwürdige Versuch von zwei ,,taz''-Redakteuren, den vom VS-Chef Lochte in ,,Bild'' und ,,Morgenpost'' lancierten Gerüchten, die RAF ziehe in die Hafenstraße ein, einmal richtig auf den Grund zu gehen, führte zur politischen Katastrophe. Die ,,taz'' ließ Lochte in einem Interview die Hafenstraße auffordern, einige mit dem legalen Arm der RAF sympathisierende Bewohner rauszuschmeißen, dann könnten sie dort in Ruhe weiter wohnen.

Die ,,taz''-Hamburg-Redaktion wurde verwüstet, was die breiteste Solidaritätswelle mit der ,,taz'' seit deren Bestehen bis ins bürgerliche Lager hinein zur Folge hatte. Auf der anderen Seite steigerten sich die Distanzierungserklärungen gegen die Hafenstraße (,,Männergewalt'', ,,faschistoid'') bis ins Fantastische. Die GAL verweigerte der Hafenstraße weitere Unterstützung, bevor sie sich nicht vom ,,taz''-Attentat distanziert habe. Die Hafenstraße weigerte sich, eine Distanzierungserklärung abzugeben, da es angeblich ,,die Hafenstraße'' als eine einheitliche politische Gruppierung gar nicht gäbe. Was Quatsch ist, da in anderen Fragen, wie z. B. der Pressesperre, an die einzelnen Bewohner der Anspruch nach abgesprochenem, einheitlichem Verhalten gestellt wurde.



Foto: H. Wojahn

Drohende Räumung

Als im Dezember 1985 die SAGA drei Wohnungen räumen wollte, wurde breite Öffentlichkeit über den GAL-Abgeordneten Michael Herrmann und den Anwalt der Hafenstraße wieder hergestellt. Selbst ein NDR-Ü-Wagen stand am Morgen des 5. Dezembers vor der Tür, um zu berichten, was bei der befürchteten Räumungsaktion passiert. Ungewöhnlicherweise wurde der Polizeieinsatz per einstweiliger Verfügung verhindert. Sei es nun gegen die HEW, die SAGA oder das Sozialamt, an die 100 Prozesse werden zur Zeit von der Hafenstraße geführt, gegen
an die 100 Prozesse werden zur Zeit von der Hafenstraße geführt, gegen
nahezu jede Entscheidung behördlicher- oder richterlicherseits Widerspruch eingelegt. So klar und einfach, wie vom Bürgermeister Dohnanyi proklamiert, ist es nämlich überhaupt nicht, daß die Hafenstraße Ende dieses Jahres geräumt werden kann. Nach der Pleite vom 5. Dezember arbeiteten Baubehörde, Innenbehörde, SAGA und Bezirksamt in den folgenden Monaten fieberhaft an Plänen, die Hafenstraße nach Ablauf der Mietverträge endgültig räumen zu können. Da die Mietverträge eine Verlängerungsklausel für den Fall enthalten, daß keine neuen Pläne für die Grundstücke bestehen, bemüht sich die Baubehörde, einen neuen Bebauungsplan im Eiltempo durch die Genehmigungsinstanzen zu peitschen. Im April 1986 stimmte der Stadtplanungsausschuß im Bezirk Mitte für einen Antrag der SAGA auf Zweckentfremdung der ,,Sechserhäuser'' zwecks Abriß. Der Widerspruchsausschuß im Bezirk Mitte, in dem ein Widerspruch der Bewohner gegen die Unbewohnbarkeit verhandelt wurde, zögerte seinen Bescheid um mehrere Monate hinaus, um den Bewohnern wenig Zeit zu lassen, abermals Widerspruch einzulegen. Gleichzeitig zahlte das Sozialamt in St. Pauli ohne Wissen der Mieter mehrere Monate keine Mieten auf die SAGA-Konten, so daß die SAGA Kündigungen wegen Mietschulden aussprechen konnte. Intern stöhnen Behördenmitarbeiter, wieviel Zeit das Thema Hafenstraße in Anspruch nimmt.

Gerüst-Aktionstage

Wurden auf juristischer Ebene vom Anwalt der Hafenstraße alle Möglichkeiten, eine Räumung zu verzögern oder zu verhindern, ausgeschöpft, so war dies auf politischer Ebene nicht
oder zu verhindern, ausgeschöpft, so war dies auf politischer Ebene nicht
der Fall. Einige Bewohner waren sogar stolz darauf, daß die ,,taz'' gar nicht mehr in der Lage sei, kontinuierlich über die Hafenstraße zu berichten. An den Häusern — Ausbau des Störtebekerzentrums, Neudeckung eines Daches — wurde weitergebaut, als ob nichts sei. Erst durch den neuen Pawelzcyk-Kurs, der Hafenstraßeneinsätze beinah wöchentlich vorsah, wurden die Bewohner etwas wachgerüttelt. Mal wurde der Strom abgestellt, mal ein teilweise besetztes Nachbarhaus geräumt und zugemauert, mal ein geliehenes Gerüst von der Polizei als gestohlen reklamiert und gewaltsam abgebaut. Die SAGA hatte unterbunden, daß die Bewohner zur dringend notwendigen Renovierung einer Außenfassade die Genehmigung für die Aufstellung eines Gerüstes erhalten. Daraufhin war keine Gerüstfirma in Hamburg bereit, der Hafenstraße eines auszuleihen. In der kurzen Zeit, wo das von der Chemnitzstraße ausgeliehene Gerüst stand, war der alte Putz abgeschlagen worden, so daß ungehindert Feuchtigkeit ins Gemäuer eindringen konnte.

Von außen wurde der Vorschlag an die Hafenstraße herangetragen, in einer öffentlichen Aktion, begleitet von einem Kulturprogramm, ein Gerüst aus einer anderen Stadt aufzustellen und die Mauer als symbolischen Akt zu verputzen und anzumalen. Es gelang tatsächlich, Ende September ein Gerüst zu beschaffen. Doch das Programm, das die ,,Gerüst-Aktionstage'' begleitete, war alles andere als geeignet, um eine breitere Öffentlichkeit anzusprechen. In dem entsprechenden Aufrufflugblatt ,,Hamburg ohne Hafenstraße is wie'n Fisch ohne Gräten''
Aufrufflugblatt ,,Hamburg ohne Hafenstraße is wie'n Fisch ohne Gräten''
werden, die Polizeieinsätze gegen die Hafenstraße auf eine Stufe gestellt mit den Auseinandersetzungen zwischen Kulturladen und PKK: ,,Ob es nun um Isolierungskampagnen türkischer und kurdischer Zusammenhänge (siehe Champs und Arbeiterverein) oder gegen Teile des anti-imperialistischen Widerstands oder gegen uns als Teil der revolutionären Bewegung geht ...'' — was praktisch bedeutet, daß alle Linken, die in der PKK-Frage anderer Meinung sind, von den Gerüstaktionstagen ausgegrenzt wurden. ,,Für uns heißt es jetzt zu überlegen, wie wir überhaupt Mittel und Wege finden können, um uns gegen den Staatsterror politisch und gegen die Bullen praktisch als Widerstandsbewegung durchsetzen können. Auf keinen Fall werden wir uns von der Einschüchterungsstrategie den Herrschenden, die grundsätzlich auf den faulen Frieden in der Metropole angewiesen sind, bestimmen lassen.''

Zum ,,faulen Frieden'' der Herrschenden gehörte es denn wohl auch, daß die Polizei während der Gerüsttage nicht einschritt. Das neue Wandbild an der Nr. 116 wurde von den Bewohnern allgemein nicht so gemocht, da es von Leuten von außerhalb gemalt worden war. Anläßlich des neunten Jahrestages der ,,Selbstmorde'' in Stammheim stellte eine kleine Gruppe von Bewohnern das Gerüst auf der gegenüber liegenden Wand auf und malte eine Parole, die mit den Worten ,,Solidarität mit der RAF'' endete. Wenn diese Parole auch endgültig widerlegt, daß ,,die RAF'' in der Hafenstraße wohnt — denn wäre dies der Fall, würde sie's kaum an die eigne Hauswand schreiben — so ist dies doch kurz vor der Wahl eine Provokation, die der SPD-Senat schwerlich ignorieren konnte.

,,Der Polizeieinsatz wäre so oder so gekommen'', lautet die Rechtfertigung der Befürworter der Parolenaktion in der Hafenstraße. Tatsächlich war drei Tage später ein Besichtigungstermin von SAGA und Baubehörde für diverse Wohnungen angesetzt gewesen. Die Bewohner hatten dieser Besichtigung zugestimmt, Michael Herrmann hatte ausgehandelt, daß die Besichtigung ohne Polizeieinsatz durchgeführt werden sollte. Ob es am Donnerstag zu einem gleichermaßen brutalen Polizeieinsatz gekommen wäre oder nicht, ist eine müßige Frage. Klar ist nur, daß es für die Hafenstraße fast schon zu spät war, in Sachen Bündnispolitik eine weniger sektiererische Haltung einzunehmen.

Erneute Solidarität mit der Hafenstraße

Unmittelbar nach der ,,Aufräumungsaktion'' der Polizei am 20.10. kündigte Innensenator Pawelzcyk an, man wolle überprüfen, ob die Hafenstraße statt auf zivilrechtlichem Wege nicht auch auf strafrechtlichem Wege zu räumen sei. Durch diese Androhung war die Linke in Hamburg bereits ausreichend für alles, was in der Hafenstraße passiert, sensibilisiert. Pawelzcyk wird noch unmittelbar vor der Wahl räumen, war die Einschätzung von Michael Herrmann und Hafenstraßenanwalt Rainer Blohm. Politisch kann die SPD es sich nicht leisten, durch eine Räumung die Erinnerung an den Hamburger Kessel aufzufrischen, lautete die Spekulation von Florian Marten in der ,,taz''. Als am Dienstag darauf die Hafenstraße erneut von der Polizei zum besetzten Gebiet erklärt und sechs Wohnungen, über deren Räumungstitel noch nicht abschließend verhandelt war, zwangsgeräumt wurden, führte dies zu einer Spontandemonstration von 2.000 Leuten von der Uni aus. Unerwarteter Protest kam auch von den Jusos, die in der Innenbehörde symbolisch einen Feuerlöscher versprühten, da solche von der Polizei in der Hafenstraße als Bombenmaterial beschlagnahmt worden waren. In den folgenden Tagen boten sich viele Gruppen und Initiativen an, mit der Hafenstraße Veranstaltungen durchzuführen oder sonst etwas für sie zu tun. So fand am Wahlwochenende beispielsweise eine dreitägige Veranstaltungsreihe zum Thema ,,Wohnen'' im Goldbekhaus statt. Die Jugendzeitung ,,Clinch'' erbot sich, an Schulen eine Veranstaltungsreihe zu organisieren. Die Schülerkammer Hamburg meldete anstelle der GEW die Demo gegen Sozialabbau an und der AStA der Uni räumte der Hafenstraße auf der zentralen Uni-VV Redezeit ein. Die Erzieherfachschule Altona organisierte mit 100 Fachschülern eine Solidaritätsdemo, die durch die Anwesenheit von zwei Polizeihubschraubern und 18 Mannschaftswagen geehrt wurde. Sogar die Kirchengemeinde St. Pauli Süd protestierte öffentlich gegen die ,,unverhältnismäßigen und menschenverachtenden Methoden'', mit denen Pawelzcyk gegen die Hafenstraße vorging und stellte der Hafenstraße Schlafplätze und Versammlungsräume zur Verfügung.

Auf einer der Schulveranstaltungen wurde deutlich, daß zwischen den Vorstellungen eines ,,normalen'' Jugendlichen und denen eines Hafenstraßenbewohners Welten liegen. ,,Die Meinung über die Hafenstraße ist bei uns an der Schule total gespalten'', meinte ein Veranstaltungsbesucher. ,,Die meisten finden die Hafenstraße unmöglich und parasitär. Und wenige, das sind die Unangepaßten an der Schule, finden sie total geil.'' Für einen kleinen Teil der Jugendlichen scheint die Hafenstraße eine große Anziehungskraft zu haben, da sie einen der wenigen spektakulären Gegenpole gegen die angepaßte Einheitspopperkultur darstellt. Der Kampf um den Erhalt der Häuser ist etwas konkretes, die Hafenstraße ein Ort, wo viel passiert. Die Tatsache, daß die Linke den Jugendlichen kaum etwas zu bieten hat, fördert die Verbreitung eines gewissen Mythos um die Hafenstraße, auch in anderen Städten der BRD. Die positive Bedeutung der Hafenstraße für die Linke liegt gerade in diesem Symbol des Unangepaßtseins: In der Hafenstraße ist es egal, ob jemand Arbeit hat, man bringt sich gegenseitig durch, nimmt sich, was man braucht, Wohnen, Strom, Essen. Andererseits bereitet es uns Bauchschmerzen, das bislang von der Hafenstraße aus eine fatale, sektiererische Haltung und Einschätzung der politischen Lage verbreitet wird, die auch durch den Polizeiterror gegen die Hafenstraße begünstigt wurde. Nötig wäre es, mit der Hafenstraße solidarisch zu sein, ohne darauf zu verzichten, Kritik an ihrer Politik zu üben.

Herbert, Hamburg



Foto: H. Wojahn

Ergebnis der

Die CDU erreichte bei dieser Wahl 3.500 Stimmen mehr, als bei der letzten. Verglichen mit ihrem besten Ergebnis im Juni 1982 allerdings über 11.000 Stimmen weniger. Auch die FDP verzeichnete zwar einen Zuwachs von knapp 20.000, verlor aber 700 Stimmen gegenüber der Juniwahl. Zusammengenommen also alles andere als ein Einbruch der Bonner Koalitionsparteien gegenüber 1982. Einen Einbruch hat die SPD erlebt, der zum einen Wählerpotential nach rechts verlorenging (nach Infas per saldo 32.000 zur CDU und 11.000 zur FDP), ein kleinerer Teil nach links (14.000 zur GAL) sowie 55.000 Nichtwähler, die sie nach der Bonner Wende im Dezember 1982 mobilisieren konnte. Doch auch hier verzerrt die Dezemberwahl das Bild etwas, denn gegenüber Juni 1982 hat die SPD ,,nur'' 7.600 Stimmen verloren. Damit liegt ihr Ergebnis 1986 im Trend des stetigen Abwirtschaftens mit Zwischenhochs (seit 1957 bei jeder Wahl durchschnittlich 550.000 Stimmen, 1974: 469.656, 1978: 493.340), während die Dezemberwahl 1982 eine Besonderheit bildet (Bonner Wende, Schmidtleidseffekt). Auch die Wahlbeteiligung lag mit 78,1 % gut, vergleicht man sie nicht nur mit den 84% von der Dezemberwahl. In zwölf Bürgerschaftswahlen der Nachkriegszeit liegt sie an fünfter Stelle.

Das alles verdeutlicht nur, wie stabil und gut das GAL-Ergebnis vom Dezember 1982 gegenüber der Juniwahl einzuschätzen ist (-3000 Stimmen, aber -0,9 % bei Rekordwahlbeteiligung). Unter anderen Bedingungen hat die GAL jetzt gewaltig zugelegt. Fast 30.000 Stimmen mehr als 1982, einen noch höheren Anteil in den Bezirken, das ist absolut und in Prozenten der von allen Parteien bemerkenswerteste Zuwachs. Die GAL hat ihre höchsten Zugewinne bei ihrem ,,traditionellen'' Wählerpotential in den Innenstadtbereichen gemacht, während die Ergeb-

	Nov. 1986		Dez. 1982		Juni 1982		Bundestagswahl 1983	
	Stimmen	%	Stimmen	%	Stimmen	%	Stimmen	%
CDU	402.027	41,9	398.518	38,6	413.361	43,2	414.052	37,6
SPD	400.600	41,8	530.117	51,3	408.261	42,7	521.527	47,4
GAL	99.832	10,4	70.501	6,8	73.404	7,7	90.071	8,2
FDP	45.684	4,8	26.485	2,6	46.364	4,9	68.896	6,3
HLA	6.513	0,7	2.804	0,3	6.221	0,7	-	
DKP	1.607	0,2	3.885	0,4	5.588	0,6	3.916	0,4

(BWK: 198 Stimmen / 0,0% — ,,Arbeiter-Rentner-Gruppe'': 806/0,1 — FAP: 717/0,1 — EFP: 533/0,1 — Patrioten/EAP: 468/0,0 — FSU: 357/0,0).
(HLA = ,,Hamburger Liste für Ausländerstop'', FAP = Nachfolgeorganisation der Kühnen-Truppe ANS).

Fortsetzung von Seite 1

Hamburger Wahlsensation: Doch es bewegt sich nichts

Wer außer der DKP, deren Präsidium drei Tage nach den Hamburger Bürgerschaftswahlen erklärte, *„die CDU/CSU kann geschlagen werden, sie ist aber noch nicht geschlagen"*, glaubt noch an einen Wahlsieg der SPD? „Kampf gegen rechts" nennt sich eine Linie, die aus dem Hamburger Wahlergebnis die Konsequenz ziehen will, SPD, Grüne und alle anderen „Linkskräfte" müßten jetzt im Kampf gegen die „Bonner Rechtskoalition" „das Gemeinsame höher stellen, als das Trennende". Nicht, daß die DKP mit ihren 1.600 Hamburger Wahlstimmen so bedeutsam ist. Doch als Katalysator könnte sie funktionieren, Beschleuniger für Weichmacherei in Sachen rot-grün, um dem umworbenen Bündnispartner SPD aus der verdienten Wahlklemme zu helfen. Sympathie kann sie sich von Hamburgs linken Sozialdemokraten erhoffen, jenen rückgratlosen Parteigängern, die nur die Sorge plagt, daß die GAL ihnen die Butter restlos vom Brot stiehlt. Hoffen können sie auf das linksliberale Spektrum um die Wochenzeitung „Hamburger Rundschau", die ihre publizistische Stunde gekommen sieht, die linke GAL klein und die rechte SPD grundsätzlich gewandelt zu bekommen und ganz groß in eigener Politik macht. Und schließlich auf jene „Realisten" in der GAL, die zwar auch nicht wissen, was mit dieser SPD realistisch gehen soll und dennoch auf Wunder hoffen, sich aber nicht trauen, Michael Stamms Nullösung — die bedingungslose Tolerierung Dohnanyis — in die Debatte zu bringen, obwohl doch alle Voraussetzungen dafür gegeben wären.

„Großer Zusammenschluß" statt „Große Koalition"

Während die Hamburger recht gelassen der Dinge harren, die sie per Wahlzettel angerichtet haben, während die DKP per AStA der Universität den außerparlamentarischen Druck gegen das Gespenst „Große Koalition" stellvertretend für die Massen auf die Straßen tragen läßt, hat die SPD nach anfänglicher Lähmung ihre Linie wiedergefunden. Sie will unter Dohnanyi mit einem Minderheitssenat mit selten wechselnden Mehrheiten weiterregieren. Weitblickend hatte die absolute SPD-Mehrheit sich nämlich schon am 12. September die Ermächtigung zur vorläufigen Haushaltsführung nach der Wahl ausgestellt und kann so ohne finanziellen Klemmer mindestens bis zur Haushaltsverabschiedung im Frühjahr weiterregieren. Hierfür wird sie kein Regierungs- sondern ein Arbeitsprogramm vorlegen. Welche Richtung dabei anvisiert wird? Zumindest nicht die der GAL-Forderungen: *„Mit heißer Luft und gelegentlichen Steinwürfen ist die Gesellschaft nicht zu reformieren"*, dozierte Dohnanyi am 13.11. Als habe es die Quittung für seine „Reformpolitik" gar nicht gegeben, verkündete er voll Bedauern einschränkend, daß man jetzt *„nicht nur sozialdemokratische Positionen"* durchsetzen könne. Der veränderten Zusammensetzung der Bürgerschaft Rechnung tragend, soll eine Zusammenarbeit mit der CDU unterhalb der Koalitionsschwelle versucht werden. So viel ist derzeit sicher: Vor der Bundestagswahl wird es keine Entscheidung über eine große Koalition, über Tolerierung von CDU- oder SPD-Regierung oder Neuwahlen geben. Diese Karten werden erst nach dem 25. Januar neu gemischt. Bis dahin wird die CDU weiterhin als stärkste Partei für sich die Regierung (oder Beteiligung) öffentlichkeitswirksam zu reklamieren versuchen, während die SPD bemüht sein wird, „in Verantwortung für die Stadt" sich in zentralen Fragen der CDU-Zustimmung zu versichern und eifrig nach links zu strampeln, um verlorengegangenes Vertrauen durch Unterdrucksetzen der GAL zurückzugewinnen. Es darf bezweifelt werden, daß das gelingen kann.

Entgegen dem Eindruck vom Wahlabend hat das Hamburger Wahlergebnis keinen Rechtsruck ergeben. Der CDU-Erfolg ist ein relativer, der auf das Konto des erneuten SPD-Einbruchs zu verbuchen ist (vergleiche nebenstehende Ergebnisse), ihre Stimmengewinne sind überhaupt nicht aufregend. Eine völlig neue Lage kann nur konstatieren, wer wie die SPD beharrlich an einer Politik festhält, der zum wiederholten Male das Wähler-Mißtrauen ausgesprochen wurde. In dieser Logik liegt auch eine große Koalition, die niemand wollen kann, die nichtsdestoweniger — und sei es als de-facto-Bündnis — das Wahrscheinlichste ist, solange, bis der günstigste Zeitpunkt für Neuwahlen gegeben scheint. Zumindest gibt es aus Hamburgs Sozialdemokratie keine Aussage, die ernsthaft die bisherige Politik inhaltlich in Frage stellt.

Rot-grüner Weichmacher „taz"

Spannender ist da schon, wie mit einer möglichen rot-grünen Mehrheit in Hamburg umgegangen wird. Die GAL hat ihr Tolerierungsangebot von vor der Wahl (siehe nebenstehenden Kasten) für solche Verhandlungen angeboten. Eine Koalition findet in der GAL keine nennenswerte Stimme. Nichtsdestotrotz gab es innerhalb der GAL erhebliche Spannungen bereits vor der Wahl. Eine beachtliche Strömung mit starkem Rückhalt im bezahlten Apparat der GAL-Fraktion forderte, die „Verweigerungshaltung" gegenüber der SPD aufzugeben und das Tolerierungsangebot flexibler und verhandelbarer zu machen. Ihr Dilemma ist, daß Hamburgs SPD schlicht rechts ist und ihr linker Flügel nichts an innerparteilichem Druck repräsentiert, was die Hoffnung zuließe, daß mehr als ein Ausverkauf der GAL-Positionen in einem Tolerierungsbündnis möglich ist. Dennoch wird kräftig Druck gegen die Mehrheitsströmung in der GAL gemacht. Die Hamburger „taz" mit Unterstützung des unseligen Klaus Hartung spielt dabei eine hervorragende Rolle. Thomas Janssen und Florian Marten (Hamburg-Redaktion) beschwören geradezu das rot-grüne Bündnis. Unermüdlich wird der Wählerwille bemüht (95 % GAL-Wähler wollen rot-grün), der Wahlerfolg nahezu ausschließlich auf das Neue an der GAL, die Frauenliste, zurückgeführt. Marten hat entdeckt, daß die GAL ökolibertäre Ziele erfüllt hat: 10 % Zugewinne bei Yuppies, oft sogar direkt von der CDU gewonnen, hätten zu einer einzigartigen Sammlung von sozialem Protest und neuen Mittelschichten geführt, phantasiert er. Wenn das kein Signal ist. Janssen wußte am 10.11. in einem vor der Wahl geschriebenen Artikel, daß viele GAL-Wähler/innen sich Enthaltung überlegen, da die GAL sich mit ihrem Tolerierungskatalog verweigere. Der wurde, klagt der Meister sozialdemokratischer Psyche einen Tag später, *„so hoch gehängt, daß die SPD nicht in Bewegung gerät"*.

Doch Klaus Hartung blieb das klare Wort vorbehalten. Einen Tag nach der Wahl bringt er auf den Punkt, für was Teile der Grünen die Frauenliste gerne funktionalisieren wollen. Weiß er doch, daß die GAL *„inhaltlich keinen Wahlkampf für ein zweistelliges Ergebnis gemacht hat, sondern für die unbedrohte Bastion der reinen Lehre"*. Frauenliste, so Herr Hartung, stand gegen *„die Hamburger Herrenart Politik zu machen"*, und sie stehe vor der Aufgabe, *„dieses Votum für Veränderung auf die GAL selbst zurückschlagen zu lassen (...). Mit dem zweistelligen Ergebnis haben die Frauen in der Bürgerschaft den Auftrag, sich auch von ihrer Partei zu emanzipieren."* Der Herr weiß, was Emanzipation ist: *„An Ebermanns Satz, wonach die GAL nicht zu Tauschgeschäften bereit sei, kann man/frau sich nicht mehr klammern."* Wohlgemerkt, diese Botschaft vermittelte ihm das Hamburger Wahlergebnis. Allen Unbotmäßigen sei daher gedroht: *„Siegt in der GAL-Auseinandersetzung die Eimsbüttler Betonfraktion um Trampert und Ebermann, siegt also der unabänderliche Kampf gegen den Sozialdemokratismus, gegen die Machtbeteiligung, dann ist zwar der linksamtliche Radikalismus gerettet, aber um den Preis einer CDU-Regierung."* (All diese schönen Zitate aus der „taz" vom 10.11.86.) Womit bereits an der nächsten Legende gebastelt ist: Kommt es in Hamburg zur großen Koalition, dann ist auf keinen Fall die SPD dran schuld.



Herzlichen Glückwunsch, Ulla! Foto: H. Wojahn

Weichmacher in der GAL

Noch eine weitere GAL-Richtung sei hier angemerkt, vertreten durch Erwin Jurtschitsch (ehemaliger „taz"-Redakteur) und Paul Rieckmann. Neben Thomas Janssen die eigentlichen männlichen Gönner der GAL-Frauenliste, liest man ihre Verlautbarungen. Unbeschadet davon haben beide ihren informellen Einfluß per bezahltem Posten nicht für Frauen geräumt. Stets um Parität und mehr bemüht, macht der eine gerne vergessen, daß er 1982 gestützt von seiner innergalischen Lobby wegen „größerer Kompetenz" Bewerberinnen vorgezogen wurde, während der andere in diese Verlegenheit gar nicht erst kam, weil auf seinen Posten sich nicht einmal eine Frau bewerben konnte, die Stelle wurde nämlich nicht ausgeschrieben, sondern ausgemauschelt. Vergessen wir die Polemik. Jurtschitsch und Rieckmann haben in der „Kommune" nur wenige Tage vor der Hamburger Wahl die absolute Mehrheit der SPD prophezeit, die GAL auf dem absteigenden Ast gesehen und die Schuldigen gefunden: *„Hamburger Verhältnisse wird es ... leider nicht geben. Die GAL-Mehrheit unter T. Ebermann setzt auf Blockadepolitik mit einem Fundi-Katalog nach dem Motto: ‚Und führe mich nicht in Versuchung...'."* Grund: Der SPD sei in Sachen AKW-Ausstieg der „Frontenwechsel" auf grün gelungen, die unbewegliche GAL, und mit ihr die Anti-AKW-Bewegung, seien „vorgeführt" worden. Andere sahen das gelassener. Klaus Wiborg meinte einen Tag vor der Wahl im FAZ-Wirtschaftsteil zur Bedeutung des SPD-„Ausstiegs", daß *„zu erwarten ist, daß nicht jede Ankündigung nach der Wahl realisiert wird"*. So haben das wohl auch viele GAL-Wähler/innen erkannt. Jurtschitsch/Rieckmann aber lobten einen von GAL-Realos mit inspirierten Appell, der SPD-Angebote an die GAL und GAL-Angebote an die SPD forderte: *„Wir wünschen uns von der GAL nicht saubere, weil leere Hände, sondern Ergebnisse!!!"* (Kommune, 11/86). Mal abgesehen vom Danebenhauen, so ist der Zweck solcher Übungen deutlich: Die GAL soll für ein Bündnis weichgeklopft werden, für das es zum Beispiel in der AKW-Frage nicht den Hauch eines Ansatzes gibt. das es zum Beispiel in der AKW-Frage nicht den Hauch eines Ansatzes gibt. Sie lagen so daneben, wie all jene in der GAL-Wahlkampfleitung, die vor allem auf Reputierlichkeit setzten. Etwa jene nicht genannte, aber wohlbekannte GALierin, die *„voller Wut in Tränen ausbrach"*, als der von der Hamburger Presse bestgehaßte GAL-Abgeordnete Michael Herrmann drei Tage vor der Wahl beim Überkleben von SPD-Plakaten erwischt wurde. Damit seien *„die Wahlchancen der GAL dramatisch gesunken"* (Hamburger Abendblatt, 8.11.86).

Frauenliste gleich „Neuer Realismus"?

Eine „realpolitischere" Entwicklung von GAL-Politik ist der politische Zweck einer fast ausschließlichen Vereinnahmung des Projekts Frauenliste für das hervorragende GAL-Ergebnis. Nun ist es ja eine beliebte Übung, jedes Ergebnis für die eigenen Ziele zu vereinnahmen, das geht um so leichter, als das jeweilige Gegenteil immer schwer zu beweisen ist. Doch eines ist am Hamburger GAL-Ergebnis sicher: Was immer man von ihr halten mag, für einen Realo-Kurs, für irgendwelche ominösen ökolibertären Zielsetzungen und für Reputierlichkeit stand die GAL nicht. Ebensowenig stand die SPD für Reformpolitik und im Verdacht, sich auf die Grünen zuzubewegen. Belegbar ist dies allein schon daran, daß Hamburgs CDU einen Aufschwungs- und Sicherheitswahlkampf gemacht hat, aber anders als in Niedersachsen und Bayern in keiner besonderen Weise das Gespenst des rot-grünen Chaos beschwor. Mit ziemlicher Sicherheit hat das Projekt einer reinen Frauenliste

Fortsetzung nächste Seite

Hamburger Bürgerschaftswahlen

nisse im ländlichen Raum Hamburgs und in den alten Industriegebieten Veddel, Wilhelmsburg, Teile von Harburg weniger anstiegen. Die größten Zugewinne hat sie bei den 25 bis 45jährigen gemacht. Interessant war festzustellen, ob die Frauenliste mehr Frauen zur Wahl der GAL motivieren könnte. Die Statistik weist in allen Altersgruppen stärkere Zugewinne von Frauenstimmen aus (bei den 35-45jährigen gleich). 4,3 % mehr Frauen und 3,8 % mehr Männer haben diesesmal GAL gewählt. Die Zusammensetzung aller GAL-Wähler/innen wird mit 10 % Frauen (1982: 5,9) und 11,9 % Männer (8,5) angegeben. Wie solche Erhebungen so sind, haben sie nur einen ungefähren Genauigkeitswert. In absoluten Zahlen umgerechnet könnte das aber bedeuten, daß erstmals gleich viele Frauen wie Männer (50.000 plus 50.000) die GAL gewählt haben, da die Frauen 55 % aller Wahlberechtigten ausmachen (zum Vergleich die GAL-Stimmen 1982: ca. 32.000 Frauen und 38.000 Männer).

Die höchsten Stimmanteile der GAL korrespondieren übrigens häufig mit niedriger Wahlbeteiligung. Im Stadtteil St. Pauli — in dem die Hafenstraße liegt — erreichte die GAL zwar 29,3%, doch lag die Beteiligung auch nur bei 57,7 %. Möglicherweise hat hier ein doppelter Wahlboykott gewirkt: der von einigen Linken und der von Bürgern, die von der dauernden Polizeipräsenz im Stadtteil die Nase voll haben. (Weitere GAL-Ergebnisse: St. Georg 23,8/61, Rotherbaum 23,1/65,4, Eimsbüttel 22,3/66,0 — in 16 der 100 Stadtteile erreichte sie über 15 % der Stimmen.) Bemerkenswert auch das Ottenser Ergebnis — der Stadtteil mit dem Spritzenplatz im Zentrum. Dort erreichte die GAL 20,6% (bei 77 % Wahlbeteiligung).

Wahlen zu den 7 Hamburger Bezirksparlamenten:

Bei diesen Wahlen zu den in Hamburg relativ einflußlos gehaltenen Bezirksversammlungen hat die GAL im Verhältnis zur Bürgerschaftswahl noch besser abgeschnitten. Die CDU lag mit 41,3 % unter ihrem Ergebnis, die SPD verlor mit 39,9 % noch einmal 23.000 Stimmen, die FDP blieb gleich. Die GAL erreichte 12,7 % (120.283 Stimmen) — über 20.000 Stimmen mehr (genauso viele übrigens, wie SPD-Wähler Stimmensplitting zugunsten der GAL gemacht haben, wie die Wahlanalyse des Statistischen Landesamtes ausweist). 1982 hatte die GAL zwischen Bürgerschaft und Bezirk eine ähnlich hohe Differenz der Anteile: 6,8 : 8,4 % (in Stimmen: 70.500 : 86.200). Bemerkenswert auch, daß die HLA mit 10.476 Stimmen/1,1 % in den Bezirken um die Hälfte besser abschnitt.

In den sieben Parlamenten sieht es wir folgt aus: In keinem Bezirk kann die SPD allein regieren. In Harburg und Mitte gibt es ein Patt: dort stehen ihren jeweils 20 Sitzen 17/15 von CDU und 3/5 von der GAL gegenüber. In Altona gibt es ein Patt SPD (15) und GAL (5) gegen CDU (18) und FDP (2). In Eimsbüttel haben SPD (15) und GAL (6) ein Übergewicht gegen CDU (17) und FDP (2). In Nord und Bergedorf hätten SPD (17/17) und GAL (6/4) eine Mehrheit über die CDU (17/19). In Wandsbek — der Hochburg der SPD-Rechten (Pawelczyk, Lange, Voscherau) — haben CDU (19) und FDP (2) eine deutliche Mehrheit vor SPD (15) und GAL (4). Angesichts starker rechter SPD-Bastionen kann man ernsthafte Verhandlungen nur in den Bezirken Eimsbüttel, Altona und Nord erwarten.

Hamburg	Mitte	Altona	Eimsbüttel	Nord	Wandsbek	Bergedorf	Harburg
CDU	36,5	42,7	40,6	38,7	45,1	43,1	39,9
SPD	45,9	36,5	36,7	40,1	37,7	40,9	46,1
GAL	12,1	13,9	16,6	15,2	10,5	10,5	8,5
FDP	3,5	5,7	5,1	4,9	5,4	4,1	3,6
HLA	1,6	1,1	0,9	1,0	0,9	1,0	1,5
Bündnis	0,3	-	-	-	0,2	0,3 (DKP)	0,4

(Das „Bündnis" ist eine Wahlorganisation des DKP-nahen Spektrums. Auf Bürgerschaftsebene hat es zur Wahl der GAL aufgerufen, in drei Bezirken ebenfalls, in drei Bezirken hat es gegen die GAL kandidiert, in Bergedorf gar nicht, dafür die DKP).

Hitparade von GAL und Bunter Liste

1978 trat das erste Mal zu den Hamburger Bürgerschaftwahlen eine alternative Liste zur Wahl an — die Bunte Liste. Zum Spaß für Nostalgiker haben wir mal die Spitzenwahlergebnisse in den einzelnen Stadtteilen zusammengestellt. Ergebnis: Mit nur leichten Verschiebungen sind die stimmenmäßig besten Stadtteile gleichgeblieben. Wesentlicher Unterschied: die nahezu Verdreifachung der Stimmenzahl durch die GAL. Die BuLi erreichte 1978 3,6 % auf Landesebene, die GAL 1986 10,4 %.

Stadtteil	1986 in %	1978 in %
1) St. Pauli	29,3	7,7 (6)
2) St. Georg	23,8	7,8 (4)
3) Rotherbaum	23,1	11,6 (1)
4) Eimsbüttel	22,3	7,0 (9)
5) Ottensen	20,6	6,4(11)
6) Hoheluft-O.	20,2	8,0 (3)
7) Hoheluft-W.	19,9	7,2 (8)
8) Eppendorf	18,9	7,0 (9)
9) Altona-Nord	18,8	5,2(13)
10) Klostertor	18,3	11,4 (2)
11) Altenwerder/ Moorburg	18,2	7,8 (4) 2,6
12) Neustadt	16,9	fehlt
13) Winterhude	15,9	4,9(14)
14) Altona-Altst.	15,5	fehlt
15) Hamburg-Altst.	15,2	5,3(12)
16) Harvestehude	15,1	7,5 (7)

Fortsetzung von vorheriger Seite

der GAL beachtliche zusätzliche Stimmen gebracht (siehe nebenstehende Ergebnisauswertung). Wie überhaupt die Frauenliste in bezug auf den reinen Wahlkampf das attraktivste und schillerndste GAL-Thema war. Doch glaube keiner, daß Wahlentscheidungen nur nach der Güteklasse eines Wahlkampfs gefällt werden. Da spielt selbstverständlich auch die in den letzten Jahren auf verschiedenen politischen Feldern geleistete Arbeit eine Rolle, und da hat die Parlamentsfraktion der GAL eine solide Oppositionsarbeit geleistet. Noch interessanter ist es, sich die Themen anzuschauen, die in den letzten Monaten Aufmerksamkeit in der öffentlichen Auseinandersetzung fanden, und mit denen die GAL identifiziert wurde. Und man stellt fest, daß es in nicht geringem Maße Themen waren, die eng mit nichtparlamentarischen Aktivitäten verbunden waren. Die Nach-Tschernobyl-Aktionen, die Brokdorf-Demonstrationen, einen großen Schub darf man vom „Hamburger Kessel" und seinen Folgen annehmen, der in wenigen Tagen die größte politische Demonstration in diesem Jahr mobilisierte, mit ausdrücklicher Stoßrichtung gegen die SPD-Senatspolitik (eine Demonstration, die, wie Insider wissen, in der GAL alles andere als geliebt war, die ihr dennoch zugeschlagen wurde). Da bewegte in den letzten vier Wochen vor der Wahl die Brokdorf-Demo am Tag X die Gemüter, die Auseinandersetzungen um die Hafenstraßenräumungen, die Medienkampagne gegen den obersten GAL-„Gewalttäter" Michael Herrmann, angeblicher „Chef" der Autonomen (Abendblatt), Ladendieb (der soll 'ne Flasche Wein geklaut haben) und illegaler Plakatekleber, der Polizisten umfährt. Keine andere Frage hat in den letzten Wochen so stark im Vordergrund gestanden, wie die Gewaltdebatte (Pawelczyk: „Wo Gewalt ist, ist die GAL und wo die GAL ist, ist Gewalt") und Fragen der „Inneren Sicherheit", beziehungsweise in der Umkehrung: der Mangel an Demokratie in dieser Stadt. Mit all diesen Fragen wurde die GAL unabhängig vom jeweiligen Beitrag, den sie geleistet hat, identifiziert. Und trotzdem hat es ihr nicht geschadet, daß sie sich von den diversen Aktivitäten nicht rundweg abgegrenzt hat (das haben einige auch getan), daß viele sich nicht in die Galerie der Gewaltdistanzierer eingereiht haben. Oder muß man vielleicht sogar statt trotzdem gerade deswegen sagen? Auf jeden Fall hat diese Haltung Anerkennung gefunden, das ist bemerkenswert.

Damit sind aber auch die Weichmacher blamiert, die schwerlich das GAL-Ergebnis für eine „konstruktivere", gegenüber der rechten Hamburger SPD nicht so abgegrenzte Politik vereinnahmen können. Und blamiert sind jene in der GAL, die für den Fall eines nicht so guten Wahlergebnisses bereits die Messer für das geplante Schlachtfest gewetzt haben.

All dieses sind wie gesagt Indizien und keine Belege, denn die Wege der Wähler/innen sind manchmal wundersam.

Hart, aber flexibel bleiben

Fazit: Für ein rot-grünes Bündnis nach hessischem Muster fehlen in Hamburg fast alle Voraussetzungen. Die Mehrheit in der GAL will bislang zu diesem Preis weder Koalition noch Tolerierung. Gäbe es solche Signale aus der GAL, dann kann man der Hamburger SPD fast unterstellen, daß sie sich noch schwerer als die hessische täte (siehe auch die nebenstehende Reaktion der SPD-Linken). Wichtiger noch ist aber die Erkenntnis, daß für ein Bündnis, das anders als in Hessen eine in Teilbereichen qualitativ neue Phase von Politik einleiten könnte, das also das Neue im gesellschaftlichen Denken und Handeln aufgreift, das die Grünen in Ökologie-, Demokratie- und Kulturfragen repräsentieren — und das über ihre Stammwähler hinausgeht — eine gesellschaftliche Mehrheitsbasis fehlt. Daraus speist sich die Ablehnung von Koalitionen sowieso, aber auch von einer Tolerierungspolitik, die um des Zustandekommens des Bündnisses willen die Inhalte so hinbiegen will, daß die Tolerierung möglich wird. Eine solche Tendenz, die in der GAL nicht gering ist, würde eine Reformdynamik eher verschütten, als daß sie den Spielraum für Reformpolitik erweitern könnte. Die Hamburger SPD erweist sich als total lernunfähig trotz einer erneuten Wahlniederlage. Die inneren Entwicklungen versprechen wenig Positives.

Würde sich die GAL in einer solchen Situation mit immer neuen Angeboten „unter Preis" als Partner anbieten, hätte sie keine andere Rolle, als die fehlende Hefe im sozialdemokratischen Teig zu spielen, was angesichts der erfolgten Ablösung der GAL-Wähler von sozialdemokratischer Politik doch etwas zu dürftig erscheint. Noch krasser gilt dies für die profillose und inhaltsleere Kampagne „Gegen Rechts" von DKP und Umfeld zur Bündelung aller „Linkskräfte" unter Einbeziehung der Institution SPD. Sie würde die Bodengewinne der parlamentarischen Linken zugunsten der Wiederherstellung sozialdemokratischer Regierungsfähigkeit zerstören.

Also eine Absage an Tolerierungspolitik? Nein, nein, doch statt in der GAL jetzt die Diskussion um weichere Inhalte zu eröffnen, käme es darauf an, die Tolerierungstaktik so zu verfeinern, daß sie schonungslos die Schwächen sozialdemokratischer Krisenverwaltungspolitik ausnutzt und die Alternative zwischen Weitermachen wie bisher oder politischer Veränderung polarisiert. Dafür stehen die Sterne gar nicht so schlecht. Sowohl das gute GAL-Ergebnis als auch die Tatsache, daß das Gespenst der „Großen Koalition" die Hamburger nicht um den Schlaf bringt, belegen doch, daß allzu große Zaghaftigkeit in der wachsenden gesellschaftlichen Minderheit nicht unbedingt das ist, was jetzt gefragt ist. Das liegt doch auch daran, daß vielen der Wesensunterschied zwischen sozialdemokratischer Regierungspolitik Marke Dohnanyi/Pawelczyk zur bisherigen CDU-Opposition so einleuchtend nicht ist. Bedingung dafür wäre aber, daß nicht das Zustandekommen des Bündnisses die Priorität hat, sondern die Verschiebung der Kräfteverhältnisse für eine andere Politik. Warum in dieser politischen Situation nicht den Versuch wagen, die Möglichkeit erneuter außerparlamentarischer Mobilisierung vor der Bundestagswahl über Tolerierungsangebote und parlamentarische Initiativen hinaus auszuloten? Eine Kampagne für all die politischen Inhalte, die der GAL ihren Wahlerfolg ermöglicht haben: für den AKW-Ausstieg, gegen Sozialabbau, für mehr Demokratie und weniger Polizei, gegen die Räumung der Hafenstraße, gegen Hamburger Abschiebepolitik und für mehr Rechte für Flüchtlinge und Immigranten. Eine solche Kampagne könnte reale Politik zur Erschwerung oder Verunmöglichung einer großen Koalition sein. Und sie würde auf der parlamentarischen Ebene der GAL neuen Spielraum für inhaltlich gebundene Tolerierungsangebote verschaffen.

Zu befürchten ist allerdings, daß die GAL sich selbst im Streit zwischen Weichmacherei und Hartbleiben paralysieren könnte und den notwendigen Spielraum für die Ausnutzung von Widersprüchen im Lager der sozialdemokratischen Klientel nicht hat.

hr



Foto: H. Wojahn

SPD-Linke — ein Trauerspiel

Sicher, Engholm in Schleswig-Holstein und Schröder in Niedersachsen lehnten öffentlich eine große Koalition in Hamburg ab. Schröder war sogar angriffslustig und kritisierte Dohnanyis Politik, „*die sich im Bereich der Inneren Sicherheit kaum von den Unionsforderungen unterschied*" (dpa, 10.11.). Klose kopierte gar einen Spruch der GAL-Abgeordneten Kukielka: „*Die Wähler entscheiden sich immer für das Original, nur in selteneren Fällen für die Kopie*" (Interview in Morgenpost, 11.11.). Konsequenzen?

1. Keine große Koalition, aber „*die Stadt muß in irgendeiner Weise regierbar werden*" (Klose in „taz"-Interview, 11.11.). „*So wie die SPD in Hamburg ist, und so, wie die GAL in Hamburg ist, halte ich eine Zusammenarbeit für unrealistisch. Also müssen sich die beiden Großen einigen*" (derselbe in Morgenpost, 11.11.). Parteivordenker Glotz in BILD: „*Eine Große Koalition in einer Großstadt könnte die Grünen sehr stark machen*" (11.11.). 20 Prozent grüne Stimmen seien denkbar.

2. Keine Zusammenarbeit mit der GAL. Gründe: Das GAL-Verhältnis zum „Gewaltmonopol des Staates". „*Es ist ein Unterschied, ob ich darüber mit Otto Schily diskutiere oder mit Michael Herrmann*" (Klose im Interview mit der Hamburger Rundschau, 13.11.86). Die GAL-Forderung nach sofortigem AKW-Ausstieg. Linken-Sprecher Leo Hajen: „*Da stehen unsere Forderungen denen der CDU genauso unversöhnlich gegenüber wie denen der GAL ...*" (Interview in Hamburger Rundschau, 13.11.). Klose: „*Wenn ‚Ausstieg' mehr sein soll als eine rituelle Forderung, dann ist das frühestens in zehn Jahren möglich*" (taz, 11.11.). Für Zehnjahresfristen, so Freimut Duve, stehe sowieso die SPD: „*Der Ausstieg aus der Atomkraft, den wir ja schon seit zehn Jahren vorbereiten durch eine Umorientierung der Energieversorgung — Stichwort: Fernwärme — und der Entsorgung, ist für uns ein Grundsatz, der nicht zur Disposition steht.*" Kolossal: Ausstieg über den Umweg der Spitzenstellung Hamburgs beim Atomstrom. Weiter so, Hamburg. Linkssozialdemokratisches Ziel: „*Die SPD muß versuchen, mindestens die Hälfte der 100.000 GAL-Wähler zurückzugewinnen.*" (Duve, Interview in Hamburger Rundschau, 13.11.).

„Polarisierung"

Einig sind sich die SPD-Linken natürlich auch nicht. Während Klose, Duve und Parteivorsitzender Runde die große Zusammenarbeit ohne die Koalition wollen, möchte Hajen diese möglichst missen. Hajen hat sich als einziger öffentlich für Gespräche mit der GAL erklärt: „*Es muß da von beiden Seiten Bewegung geben.*" Was das meint: „*Ich schlage vor, wir nehmen unser Wahlprogramm unter den Arm und reden mit der GAL darüber.*" (Hamburger Abendblatt, 11.11.86) „Selbstverständlich" müsse die GAL dabei von ihrer „Hauptforderung" nach sofortigem Atomausstieg abrücken.

Gegenpol Duve definiert Gemeinsamkeiten zwischen SPD und GAL in der Sozial- und Umweltpolitik, in welcher „*die Vorstellungen der SPD konkreter, also auch weiterführender sind als die der GAL*", Abgrenzungen in der Atomfrage und beim Gewaltmonopol und Gemeinsamkeiten mit der CDU in der Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Mit was soll die GAL da zusammenarbeiten, wenn sie sich nicht sozialdemokratisch verbiegen will? Schon vor der Wahl hatte der linkeste SPD-Linke, Werner Loewe, bilanziert: „*Mit diesen Mehrheiten in der GAL ist — anders als z.B. mit den Grünen in Hessen — konkrete Reformpolitik nicht zu machen. Das wird die Hamburger SPD dann schon allein machen müssen.*" (Hamburger Rundschau, 4.9.86).

Vergessen hätten wir fast die Jusos. Sie haben sich als einzige nicht nur für ein Bündnis mit der GAL, sondern auch für eine radikale Änderung von SPD-Politik eingesetzt. Nach der Wahl forderten sie den Rücktritt von Pawelczyk und Dohnanyi. Reaktion des neuen starken Mannes in der SPD, Henning Voscherau: „*Ja, die sind ja auch jenseits von Gut und Böse und nicht ernst zu nehmen.*" (Abendblatt, 11.11.).



Foto: H. Wojahn

Wahlsplitter

„Hamburger Rundschau"

In knalliger, rot-grüner Aufmachung veröffentlichte die linksliberale Wochenzeitung ihr „*Plädoyer für ein Rot-Grünes Bündnis*". Chefredakteur Karsten Peters sorgt sich dabei vor allem um die SPD, auch wenn er ihr den „*gewaltigen Schlag ins rote Kontor*" durchaus gönnt. Solange die SPD in Richtung CDU denke, verhalte sich die GAL zu Recht „stur". „*Doch wenn die SPD den ersten Schritt macht, auf die GAL zugeht, dann wird es diese schwer haben, sich der Verantwortung zu entziehen. Eine Partei, die sich an der parlamentarischen Demokratie beteiligt, kann nicht ewig in der Opposition verharren, sondern muß zumindest bereit sein, Regierungen zu tolerieren*", heißt seine Lektion in Staatsbürgerkunde. Da vier Jahre bedenklich in die Nähe von „ewig" geraten, müsse die GAL „*bereit sein, Verantwortung mit zu übernehmen. Und warum sollte das hessische Beispiel in Hamburg nicht Schule machen?*" Verstanden? Die GAL soll sich gleich den hessischen Koalos von Inhalten wegbewegen. Doch so einseitig unausgewogen ist er nicht. Die SPD soll nichts weniger, als „*sich stark machen für den Ausstieg aus der Atomwirtschaft, für eine konsequente Umweltpolitik, für die Vollbeschäftigung, für die sozial Schwachen, für Ausländer und politische Flüchtlinge, für die Gleichstellung der Frau, für alternative Wohnprojekte, für soziale Sicherung, für mehr Gerechtigkeit und bürgernahe Demokratie. Das alles sind Ziele der SPD, die sie nur mit der GAL und nicht mit der CDU durchsetzen kann.*" Der Mensch ist ein Träumer und kennt Hamburg und seine Sozialdemokratie nicht, könnte man meinen, aber gut meint er's wohl. Doch halt, ganz unbekannt ist ihm die Hamburger SPD nicht: „*Bebels Nachfahren sollten nicht länger der Schimäre von der ‚Standortpolitik' nachhängen, sondern sich auf die wahren Tugenden der Sozialdemokratie besinnen.*" Schimäre? Der Duden sagt dazu Trugbild, Hirngespinst. Dabei ist gerade diese Politik des Unternehmens Hamburg für die Unternehmer Hamburgs knallharte Realität und bewirkte das genaue Gegenteil all dessen, was in Peters' Wunschkatalog „Ziele der SPD" genannt wird. Es zeigt einmal mehr, wie wenig die so oft bemühte linke „Realpolitik" mit der Realität zu tun hat. So wenig die Standortpolitik eine Schimäre ist, so sehr gilt dies für Hamburgs SPD als „Nachfahren Bebels". Ach was Schimäre, eine Schabracke ist sie.
(Alle Zitate aus „Hamburger Rundschau", 13.11.86)

Hessen-Grüne

Glückwunschtelegramm der grünen Realos aus Hessen an die GAL: „*Wir als Regierungspartei in Hessen werden uns hüten, Euch gute Ratschläge zu geben, aber seid nicht traurig, wenn der Klose mit Euch Koalition macht — es gibt Schlimmeres, nämlich eine Tolerierung von Dohnanyi.*"

FAZ

Instinktsicher hat die Zeitung für kluge Köpfe das Wesen der GAL-Frauenliste aufgespürt. „*Kam das Ergebnis nun trotz oder wegen der Frauenliste zustande*" fragt J.B. in seinem „Eine Kaderpartei" überschriebenen Kommentar (10.11.86). Wie dem auch sei, die Parteimethode ist immer die gleiche: „*Die Person ist ihnen gleichgültig. Der Abgeordnete ist entweder ein Prominenter — für die Außenwirkung — oder ein Produkt der Bewegung — zur Beherrschbarkeit des Fraktionskollektivs. Was da willkürlich zusammengesetzt wirkt, garantiert durch die Handlungsfähigkeit der Parteikader die jeweils gewünschten Mehrheiten solider zusammenzubekommen und zusammenzuhalten, als in irgendeiner anderen Partei. Diese Kader kommen aus den mehr oder weniger stalinistisch konzipierten K-Gruppen der siebziger Jahre. Ihnen ist es egal, wo sie die Schalthebel der Machtbeteiligung kontrollieren, innerhalb oder außerhalb der Parlamente. Im bunten Narrengewand der grün-alternativen Bewegung verbirgt sich die Uniform des Parteioffiziers. Die Hamburger Frauenliste bedeutet nichts anderes als die Instrumentalisierung einer Mode. Gewählt werden die Grünen als Bewegung, beherrscht werden sie in der Form einer Kaderpartei.*" Grimms Märchen, geschrieben im Jahre des Herrn, 1986.

DKP

1.600 Stimmen, das wäre ein Drittel der in Hamburg angegebenen Parteimitglieder inklusive des Jugend- und Studentenbereichs. Nicht viel für die Partei, die erst vor einem halben Jahr das „Thälmann-Banner für die bundesweite Spitzenposition bei der Mitgliederwerbung erhielt. Doch der Erfolg stand ergebnisunabhängig vorher fest. Bezirksvorsitzender Gehrcke am 7. November in der UZ: „*Die DKP hat im Wahlkampf zur Bürgerschaft viel zu einem Klima gegen rechts beigetragen. Das hat ihr Ansehen gestärkt und das Vertrauen in ihre Politik vertieft.*" Unter der Parole „*Der Wende ein Ende! Linkskräfte wählen! DKP stärken!*" trat sie zur Wahl an. „Linkskräfte wählen", das hatte sich klammheimlich von der Ursprungsempfehlung, selber zu kandidieren — weil ein bestimmter Teil der Partei dies sonst nicht begreift — aber GAL zu wählen, zu einem kuriosen Aufruf an die eigenen Wähler gewandelt. „*Deshalb sagt die DKP allen ihren Wählern:* (Anmerkung: hier hätte jetzt zuerst folgen müssen: Wählt nicht DKP) *Geben Sie bei diesen Wahlen Ihre Stimme SPD oder GAL. Stimmen für SPD oder GAL sind Stimmen gegen die Rechtswende in Bonn.*" Offensichtlich war ein einseitiger Aufruf zugunsten der GAL nicht haltbar, wenngleich die Kandidatur eines DFU-Mitgliedes auf Platz zwei einer GAL-Bezirksliste bei jeder sich bietenden Gelegenheit als „Öffnung der GAL für außerparlamentarische Kräfte" bejubelt wird. Der korrigierte Wahlaufruf trifft aber die DKP-Politik wesentlich genauer. In Äquidistanz zur rechten SPD und linken GAL träumt sie nach der Wahl von der rot-grünen Mittlerrolle. Dabei trifft den Parteivorstand wegen der Kandidatur und 1.600 DKP-Mitglieder wegen des falschen Kreuzes zumindest ein Verschulden: Hätten sie alle SPD gewählt, würden der heute nicht 1.400 Stimmen an der Mehrheit vor der CDU fehlen. Deutliche Schwächung der Linkskräfte durch verfehlte Wahltaktik bleibt da nur zu konstatieren.

BWK

„*Mit 198 Stimmen konnte der BWK etwa die Zahl der regelmäßigen Leser dieser Zeitschrift (Anm.: Politische Berichte) in Hamburg einstellen. 1982 wurden 716 Stimmen für die KPD/BWK abgegeben. Revolutionäre Bündniskandidaturen müssen weiter verstärkt angestrebt werden. Aber Nicht-Kandidatur von Revolutionären befand der BWK-Hamburg nicht als die Alternative dazu*" (Politische Berichte, 14.11.86). War's das? Noch in der Nummer davor wurde der KB gefragt, was das „Urnenschleppen für die GAL" für sozialistische Positionen bringe, was wir auch nicht genau wissen. Doch geben wir die Frage zurück. 34 + 59 + 37 + 28 + 27 + 3 + 10 = 198 Stimmen in den sieben Hamburger Bezirken, was bringt's, selbst wenn es drei- oder viermal so viele Stimmen im Bündnis gäbe? Vielleicht beantwortet das die Frage.

25.000 gegen das Hanauer Atomzentrum

Stillegen statt Stillhalten!

„Alle Sektierer Deutschlands", so der ratlose Kommentar eines Hessengrünen Vorstandsrealos, hätten sich am 8.11. in Hanau versammelt. Nun denn: Mit ca. 25.000 AKW-Gegnern/innen, Autonomen, Friedensbewegten, Grünen und 3.Welt-Aktivisten kann man sich als „Linkssektierer" sehen lassen. Die Aktion hat der Anti-AKW-Bewegung wichtige neue Themenfelder erschlossen. Auch die bürgerliche Presse beginnt allmählich aufzugreifen, daß das Atomprogramm eng mit machtpolitischen und militärischen Interessen der BRD verwoben ist.

Riesig ragte am späten Samstagvormittag eine überdimensionale Zwille aus der sich zur Auftaktkundgebung versammelnden Demonstration hervor. Munition: Flugblätter. Autonome demonstrierten bildhaft, daß auch Inhalte ‚durchschlagende politische Munition' sein können. Tatsächlich waren die zum Teil sehr guten Reden Höhepunkte dieses naßkalten Tages. Wir dokumentieren auf diesen Seiten ausführliche Ausschnitte.

Unseres Wissens hat es noch keine Großkundgebung in der BRD gegeben, auf der so offen und schonungslos die immer tabuisierte militärische Dimension des Atomprogramms angegriffen wurde: Die in die NS-Zeit zurückreichenden Wurzeln, die Verknüpfung mit der Plutoniumwirtschaft, die beharrliche Gegnerschaft gegen den Atomwaffensperrvertrag und die Proliferationsgeschäfte mit den finstersten Regimen aller Kontinente (Weitergabe von atomarer Technologie). Und seit den Höhepunkten der früheren Anti-AKW-Bewegung (Borkdorf, Grohnde, Kalkar 1977) hat es, mit Ausnahme vielleicht der Bonner Demonstration gegen den Weltwirtschaftsgipfel 1984, keine Großkundgebung mehr gegeben, auf der die Aktionseinheit aller politischer Strömungen der Anti-AKW-Bewegung und darüber hinaus so offensiv propagiert und durchgehalten wurde.

Nach der Auftaktkundgebung zog diu inzwischen enorm angewachsene Demonstration durch die Hanauer Innenstadt — ein Weg, um den erst gerichtlich gerungen werden mußte — hin zum Gelände von NUKEM, ALKEM, RBU und HOBEG in Hanau-Wolfgang. Dort erwartete sie eine gespenstische Kulisse: Martialisch der neuerrichtete Zaun „Marke Wackersdorf" vor den grauen „Todesfabriken", an denen ein Transparent aufgespannt war: „2500 Mitarbeiter stehen zu ihrem Arbeitsplatz" (von der Firmenleitung? Vom Betriebsrat? Oder von beiden?). Welten prallten aufeinander. Bei der Kundgebung am Gelände legte ein Vertreter der britischen Bergarbeitergewerkschaft ten aufeinander. Bei der Kundgebung am Gelände legte ein Vertreter der britischen Bergarbeitergewerkschaft NUM Zeugnis davon ab, daß nicht alle Unions gelb sind. Er zeichnete den gezielten Abbau von Kohle-Arbeitsplätzen durch den britischen Ausbau der Atomenergie nach, und erklärte, für seine Organisation stehe angesichts solcher Kapitalstrategien die Entwicklung neuer gewerkschaftlicher Kampfformen an; das Zusammengehen mit unterschiedlichen Protest-Bewegungen sei angesagt.

Wolf Geisler, Aktivist der Anti-Apartheids-Bewegung (AAB) beleuchtete die Hintergründe nuklearer Zusammenarbeit BRD-Südafrika. 40 % ihres Uranimports erhält die Bundesrepublik vom Rassistenregime, an dessen Seite sie die völkerrechtswidrige Ausbeutung der Rössing-Mine in Namibia betreibt. Im Gegenzug lieferten BRD-Firmen Schlüsseltechnologien ans Kap, die dort zur Herstellung von Atomwaffen benötigt wurden.

„Gewaltfrei oder militant — Hauptsache Widerstand!" wurde auf Transparenten formuliert, was als Motto für das linke außerparlamentarische Bündnis der Hanau-Demonstration gelten kann. Ohne Ausgrenzung nach links, aber auch mit Festlegungen des Aktionsrahmens, die für alle akzeptabel waren, gelang es, polizeipsychologische Umarmungsversuche zurückzuweisen und gleichzeitig den voll präsenten Repressionsapparat auf Distanz zu halten.

Die Demonstranten hielten den Atem an, und dem abendlichen Fernsehzuschauer blieb später der Bissen im Halse stecken, als Robert Jungk sagte, was seit Ulrike Meinhof so nicht mehr zu hören war: „Macht kaputt, was Euch kaputt macht!" Freilich bezog sich das nicht darauf, weswegen wir uns nach einer durchzechten Nacht („Scheiß-Konsum") oder einem Beziehungsknatsch („Scheiß-Diskussionen") „kaputt" fühlen ... Zukunftsforscher Jungk sprach von etwas wie der Plutoniumflut, mit der das Supergift über die Welt verbreitet wird.



Foto: Martin Langer

Parallel betonte Karl-Heinz Roth vom autonomen Lager, die — notwendige — Gegengewalt und Militanz müsse wohlüberlegt und gezielt eingesetzt werden. Weil die Bewegung breite Aktionseinheit brauche, müsse auf die Einhaltung von Bündnisabsprachen Rücksicht genommen werden.

Das Bündnis erwies sich am 8.11. als stabil und hat sich bewährt. So haben die an der Vorbereitung beteiligten Autonomen, insbesondere die Hanauer, unter ihren Freunden aktiv dafür geworben, die Vereinbarungen (keine Aktionen am Platz, keine Auseinandersetzungen mit der Polizei von der Demo aus) einzuhalten. Und auf der anderen Seite gab es nach der Demonstration keine eilfertigen Distanzierungen wegen einiger Glasscherben.

Natürlich war das Einwerfen von sicher hundert Fensterscheiben an der Vorderfront der DEGUSSA kurz nach Auflösung der Demonstration in der Hanauer Innenstadt nicht im Aktionsrahmen des Bündnisses enthalten. Aber angesichts der bis in den Nazi-Faschismus zurückreichenden Kontinuität dieser „Mutterfirma" der NUKEM, angesichts ihrer Beteiligung an Auschwitz, worüber politisch informiert worden war, hat diese Aktion genau die Richtigen getroffen, war vermittelbar, gut organisiert und stieß entsprechend auf viele Sympathien. Umso mehr fielen im Vergleich dazu vereinzelte Blindgänger gegen irgendwelche Jeans-, Auto- und Lebensmittelläden ab, die politisch unbegründet und unbegründbar waren.

Verschiedene Polizeiprovokationen konnten durch Anhalten des Zuges und scharfen Protest der Demoleitung zurückgewiesen werden. Die Polizei agierte nach dem Rezept von „Zuckerbrot und Peitsche", um die Bewegung zu spalten. Das gleiche Flugblatt, das den „Lieben Demonstrationsteilnehmer" auf das freundlichste begrüßte, diente als Durchsuchungs-Bescheinigung: Nur wer es schon hatte, durfte die Anfahrt störungsfrei fortsetzen. Riesige Transparente („Hier finden Sie nach der Demonstration ihre Busse — Ihre Polizei") zierten den Weg, der gleichzeitig durch 5.000 „Freunde und Helfer" abgesichert war. Am Kundgebungsort selbst verstärkten 10-15 leistungsstarke Polizeilautsprecher den Eindruck, daß die Polizei die Geduld der Demonstranten überreizen wollte.

Jetzt hält sich die Polizei an diejenigen, derer sie habhaft werden konnte. Mehrere Demonstrationsteilnehmer wurden festgenommen, weil sie angeblich einem Zivilpolizisten Dienstmarke und -waffe entwendet hätten. Die Hanauer Staatsanwaltschaft gab der Presse bekannt, gegen Robert Jungk werde wegen seines Redebeitrages ermittelt. Der unerhörte Vorwurf: „Volksverhetzung" und „aufwieglerischer Landfriedensbruch". Die harten Attacken sind Ausdruck der Enttäuschung, mit Spaltungsabsichten nicht durchgekommen zu sein. Sie sollen ablenken von den Machenschaften der Atommafia, die nach bürgerlichem Recht längst selbst hinter Schloß und Riegel sitzen müßte: Der Betrieb der Hanauer Firmen ist illegal.

Der gesamte Verlauf vom 8.11. begründet Hoffnung für die Zukunft. Die Befürchtung Jungks, angesichts der verschärften staatlichen Repression sei dies vielleicht die letzte Demonstration dieser Art, könnte sich als zu pessimistisch erweisen, wenn sich fortsetzt, was hier gelungen ist: Ein untereinander tolerantes Bündnis der außerparlamentarischen Bewegungen, das unabhängig von jeder Logik der Anpassung selbstbewußt und geschlossen agiert.

„Appetit auf den ganzen Kuchen"

Auszüge aus der Rede der Autonomen

Strommasten der Atommafia zu kippen, ist ein legitimes Mittel des Widerstandes. Gute Flugblätter sind so wichtig wie die Löcher im Wackersdorfer Bauzaun, Info-Veranstaltungen sind so nötig, wie das Abbrennen von Baumaschinen und Planungsbüros, juristische Verfahren haben ihren Stellenwert wie die hoffentlich lebendige Demo hier.

Allein die Einheit in dieser Vielfalt, Radikalität und Unberechenbarkeit kann einen anhaltenden Druck der Straße schaffen, um das Atomprogramm zum Kippen zu bringen.

Von herrschenden Gesetzen lassen wir uns die Widerstandsformen nicht vorschreiben, und staatliches Gewaltmonopol akzeptieren wir niemals. Die Wahl der Mittel richtet sich vielmehr nach unseren eigenen moralischen und politischen Kriterien. Diese haben wir zu erarbeiten. An ihnen orientieren sich unsere Kampfformen, und hierüber muß unter uns eine selbstkritische, solidarische Auseinandersetzung um Möglichkeiten, Risiken und konkrete Ziele stattfinden. Wenn auch von den Bildern umgelegter Strommasten eine starke Faszination ausgeht, und wir dieses Symbol auch hier aufgegriffen haben, so müssen wir uns doch immer wieder klarmachen, welche sorgfältigen Vorbereitungen, welcher vorsichtige Umgang und genaue Diskussionen dafür erforderlich sind!

Ehrliche Auseinandersetzungen sind eine Voraussetzung dafür, radikale Vorstellungen breiter zu vermitteln, die momentane Stärke und Entschlossenheit des Widerstandes zu festigen und den Kampf voranzutreiben. Buschfeuerartig haben sich militante Aktionen ausgeweitet. Nicht die teilweise erfreulich hohen Sachschäden sind daran das Entscheidende, sondern die Zielgerichtetheit, die in den Aktionen liegt, der Organisierungsprozeß, der sich darin ausdrückt, und die Dynamik, die davon ausgeht.

Fortsetzung nächste Seite

„Niemals Atomwaffen in deutscher Hand"

Anita Aschenbrenner (Landeskonferenz der bayerischen Anti-AKW-BIs)

Mit der heutigen Demonstration eröffnen wir einen neuen Abschnitt unseres Widerstands, der nun schon eine zehnjährige Geschichte hat. Angefangen mit Wyhl und nach Brokdorf, Grohnde, Kalkar und Biblis, vor jedem Atomkraftwerk dieses Landes haben wir die Verhinderung oder sofortige Stillegung aller Atomanlagen gleich welchen Typs, im Westen und im Osten, verlangt. Wir waren und sind der Ansicht, daß diese Technik der Energieerzeugung lebensgefährlich und unverantwortlich den Menschen und der Umwelt gegenüber ist. Der Super-GAU von Tschernobyl hat die Richtigkeit dieser Einschätzung leider in schlimmer Weise bestätigt und zum ersten Mal dazu geführt, daß sich in Meinungsumfragen eine deutliche Mehrheit der Bürger gegen Atomkraftwerke ausgesprochen hat. Doch bereits seit 1976 sind Leute aus der Anti-AKW-Bewegung auch der Frage nachgegangen: Ist die Atombombe das zentrale Motiv für das Atomprogramm? Daß wir heute diese Frage mit Ja beantworten können, liegt an den Leuten aus unserer Bewegung, die seit zehn Jahren systematisch alte Archivbestände aufgearbeitet haben: Nur deshalb kann es die heutige Demonstration so, mit diesen explosiven Inhalten, geben.

Und nur deshalb können wir heute hier in Hanau auch *zusätzlich* sagen: Verhindert eine Atombewaffnung der Bundesrepublik Deutschland! Wir wollen keine deutsche Atombombe, und wir werden mit allen Mitteln dafür sorgen, daß die BRD keinen einzigen Finger an irgendeinen Abzug bekommt!

Wir haben allen Grund, diese Forderung jetzt unmißverständlich und unüberhörbar zu erheben und sie gleichrangig neben die Forderung nach sofortiger Stillegung aller Atomanlagen zu stellen. Ich komme aus den bayerischen Bürgerinitiativen gegen die WAA Wackersdorf. Dort gehört es inzwischen zum Allgemeinwissen aller WAA-Gegner, daß mit Hilfe der WAA Atombomben gebaut werden können. Doch wir dürfen nicht stehenbleiben beim Nachweis der technischen Machbarkeit, sondern müssen den politischen Willen dazu herausstellen: Da die WAA völlig unwirtschaftlich ist und den Atommüll noch gefährlicher macht, als er eh schon ist, bleibt als einziges Motiv für den Bau der WAA der alte Traum von der deutschen Atommacht — ein Alptraum, der in den vierziger Jahren entstand und nur allzu deutlich an die damaligen Alpträume vom tausendjährigen Reich und deutscher Weltherrschaft erinnert. (...)

Die Fertigstellung der WAA ist für 1995 projektiert, wenn der Atomwaffensperrvertrag ausläuft, der der BRD einstweilen noch eine gewisse Zurückhaltung auferlegt. Ihr Bau wird von Politikern vorangetrieben, die früher heftig die Unterzeichnung dieses Vertrages bekämpft hatten: zum Beispiel Strauß, Zimmermann, Dregger, Wallmann, Wörner, Spranger, Dollinger, Kiechle, Stücklen und wie sie alle heißen. Was hier gespielt wird, ist so offensichtlich, daß inzwischen sogar liberale Politiker wie der Sozialdemokrat Wolfgang Roth oder der Grüne Joschka Fischer vor den nuklearen Ambitionen der CDU/CSU warnen.

Aber auf die gleiche Problematik der militärischen Nutzbarkeit stoßen wir bei den sogenannten „fortschrittlichen Reaktorlinien" im sozialdemokratischen Nordrhein-Westfalen, beim Schnellen Brüter von Kalkar und beim Hochtemperaturreaktor von Hamm-Uentrop. Und auf die gleiche Problematik stoßen wir auch und gerade in Hanau, ausgerechnet im rot-grünen Hessen, wo die Regierungskoalition zwar verspricht, aus der Atomenergie aussteigen zu wollen, der Ministerpräsident jedoch den Bestand der hiesigen Atomfirmen zusichert. Hier aber lagern die Bombenrohstoffe, die Kern*spreng*stoffe Plutonium und hochangereichertes Uran heute schon in Tonnenstärke.

Über 20 Jahre lang versucht man nun, die Bürger von Hanau an der Nase herumzuführen und ihnen die Wahrheit zu verheimlichen: Ihr beherbergt die vorsorglich angelegte Vorratskammer für bundesrepublikanische Atombomben! Ihr sitzt auf einem nuklearen ‚Pulverfaß! Ihr müßt euch entscheiden, ob ihr als das hessische Los Alamos in die Geschichtsbücher eingehen wollt.

Glaubt nicht, daß ich hier Horrorvisionen an die Wand male, die vielleicht in ferner Zukunft einmal eintreten könnten. Vor drei Tagen wurde in der Presse berichtet, Pakistan habe seine erste Atombombe, eine Uranbombe, praktisch fertiggestellt. Hanauer Firmen haben (neben Frankreich) Pate gestanden: Nukem exportierte Brennelemente nach Pakistan, Leybold-Heraeus lieferte Spezialausrüstungen für die pakistanische Urananreicherungsanlage. Vor wenigen Wochen wurde bekannt, daß das brasilianische Militär bereits Schächte für unterirdische Atomtests angelegt hat. Nukem und RBU lieferten Brennelemente, die Offenbacher KWU, Mutterfirma von Alkem und RBU, steckt dick im Brasilien-Geschäft. Auch die südafrikanische Atombombe kam mit westdeutscher Hilfe zustande; die Hanauer Firmen unterhalten beste geschäftliche und z.T. sogar politische Beziehungen zum Apartheid-Staat. Die Liste solcher verhängnisvoller Proliferation durch das Hanauer Nuklearzentrum ließe sich mit Indonesien, Südkorea, Argentinien fortsetzen — alles atomare Schwellenländer, alles diktatorische Regimes.

Diese Geschäfte gefährden den Weltfrieden. Das muß die Bevölkerung Hanaus wissen, wenn sie ihre Haltung zu den Firmen bedenkt, und das muß die Bevölkerung Hessens wissen, wenn sie mit Ausstiegsszenarios und rotgrünen Sirenenklängen eingelullt werden soll.

Zivile und militärische Aspekte der Atomtechnik sind nicht voneinander zu trennen. In einem Gutachten der wahrlich atomfreundlichen US-amerikanischen Ford-Foundation heißt es: Bei der Brennelementefabrikation und der Plutoniumlagerung ist der Zugang zur Atomwaffenfabrikation besonders direkt. Deshalb demonstrieren heute Anti-AKW- und Friedensbewegung gemeinsam in Hanau. Die hier anwesenden AKW-Gegner kämpfen gegen die Atomrüstung und für den Frieden — und die hier anwesenden Friedensbewegten kämpfen gegen die Atomtechnik. Wir haben ein und das gleiche Anliegen. Man muß nur verstehen, wo das Plutonium herkommt: aus den Atomanlagen — und wo es hingeht: in die Sprengköpfe der Raketen. (...)

Fortsetzung von vorheriger Seite

„Appetit auf den ganzen Kuchen"

Auszüge aus der Rede der Autonomen

Die neuen Gesetze, im Schnellgang durchgepeitscht, sind die aktuelle Antwort vom Regime: Die Ausweitung des § 129a (terr. Vereinigung) auf nahezu alle militanten Aktionen, der § 130 gegen die sog. „Befürwortung von Gewalt". Diese Gesetze richten sich genau gegen unsere Diskussionen und Organisierungsansätze. Sie müssen begriffen werden als Reaktion und Prävention auf eine soziale Bewegung, die aus der Kontrolle geraten ist. Und sie stehen in einer Linie mit den Repressionsmitteln, mit denen wir seit einigen Monaten verstärkt konfrontiert sind:
— mit einem polizeilich/militärischen Aufstandsbekämpfungsapparat
— mit Massenfestnahmen durch Einkesseln
— mit tausenden von Prozessen
— mit ständiger Medienhetze bis zur Fernseh-Kopfgeld-Fahndung in Aktenzeichen XY
— mit Einknastungen von Freunden und Genossinnen,
die wir ganz ausdrücklich von hieraus grüßen! (...)

Der Widerstand gegen AKWs ist ein Teil des Kampfes, der sich gegen die imperialistische Politik in den Metropolen und den drei Kontinenten richtet. Wir müssen den Anti-AKW-Kampf mit diesen Inhalten begreifen, und den Widerstand als Angriff gegen das System der weltweiten Ausbeutung richten!

Daran sollten auch mögliche „Teilerfolge" der Anti-AKW-Bewegung gemessen werden. Die Verhinderung einzelner Projekte (wie die WAA) oder die Forderung nach sofortiger Abschaltung sind für uns nicht nur wegen der extremen Gefährlichkeit von AKWs richtig. Obwohl die Atomtechnologie ihre herausragende Bedeutung zugunsten neuer Technologien verliert, bedeuten Stillegungen eine Schwächung militär- und kapitalstrategischer Planungen. Solche Teilerfolge können der Bewegung wichtige Widerstandserfahrungen bringen. Für uns ist klar, daß sie uns nur mehr Appetit machen auf den ganzen „Kuchen"...

An den genannten Zusammenhängen sind auch die reformistischen Kräfte zu messen. Die SPD spielt ihre Rolle als bürgerliche Integrationspartei zur Entschärfung der Widersprüche schon fast ein Jahrhundert lang. Große Teile der Grünen erfüllen spätestens seit ihrem Einzug in die Parlamente dieselbe Funktion: Sie ignorieren den ursächlichen Zusammenhang zwischen Kapital, Unterdrückung, Ausbeutung, Völkermord und NATO. Ihre Basis wird mit dem Märchen vom menschlicheren Kapitalismus verschaukelt. Begrenzt auf demokratischen Protest gegen einzelne Projekte des Kapitals, beurteilen die Grünen Protest- und Widerstandsformen nach ihrer Wählerwirksamkeit und nicht nach dem politischen Schaden für das System!

Anstatt sich durch Herumdoktern an Symptomen zu verschleißen, muß sich der Widerstand gegen das System richten und Imperialismus, Sexismus und Rassismus angreifen. Für uns heißt das, daß wir immer wieder Initiativen gegen die konkreten Projekte des Systems ergreifen, um eine revolutionäre Bewegung mit antiimperialistischen und sozialrevolutionären Linien hier in der BRD voranzutreiben.



„Das sind Todesplätze"

Aus der Rede von Robert Jungk



Diese große Demonstration ist möglicherweise die letzte Demonstration, die in der Bundesrepublik stattfinden kann, wenn die neuen Gesetze, die von Herrn Zimmermann vorbereitet werden, im Bundestag durchgesetzt werden.

(Unterbrechung wegen anfänglicher Pfiffe; Dieter Schöffmann fordert, Jungks Rede nicht zu stören).

Gewaltlos oder militant: Hauptsache Widerstand!

Und zwar: Der Widerstand muß, wie der antifaschistische Generalstaatsanwalt von Hessen unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, Fritz Bauer, gesagt hat, stets in seiner Stärke der Stärke der Unterdrückung entsprechen. Wenn sie uns weiter und noch mehr unterdrücken, dann wird auch der Widerstand stärker werden. Und ich befürchte, daß diese Unterdrückung sich verstärkt. Das, was zur Zeit vorbereitet wird und im Falle eines Sieges der Koalition bei dieser Wahl Wirklichkeit werden wird, ist ein Gesetz, das Demonstrationen wie diese unmöglich macht; das Teile unserer Bewegung kriminalisiert, in die Gefängnisse und vielleicht sogar in neue Konzentrationslager wirft. Dagegen müssen wir Stellung nehmen. Wir stehen hier nicht nur gegen die Atomenergie, sondern wir kämpfen für die bedrohte Freiheit. Dagegen nehmen wir Stellung. Wir haben das Recht auf Widerstand.

Es steht hier, an diesem Todesbetrieb, ein großes Transparent, mit dem die 2.500 Arbeitnehmer zu ihren Arbeitsplätzen stehen. Das sind Todesplätze! Das sind Todesplätze genauso wie die Arbeitsplätze, die in den Dreißigerjahren von Hitler geschaffen wurden: Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie, Arbeitsplätze an den Autobahnen. Die Menschen, die daran gearbeitet haben, haben sich ihr eigenes Grab geschaufelt und außerdem das Grab ihrer Familien.

Tschernobyl hat uns gezeigt, wie wir belogen worden sind. Wir lassen uns diese Lüge nicht mehr gefallen. Wir lassen uns nicht mehr einreden, daß diese neue Industrie ungefährlich ist. Sie ist wahnsinnig gefährlich. Sie wird immer gefährlicher, denn die Anlagen werden immer älter. Sie sind viel zu früh in die Wirklichkeit gestellt worden. Es handelt sich um eine unausgereifte gefährliche Technologie, die nie ungefährlich werden wird. Deren Materialien unsicher sind. Deren Bedienung unsicher ist und die nie sicher werden kann. Mit dieser Unsicherheit können und wollen wir nicht länger leben.

Wie ist es denn heute? Es wird uns doch die Lebensfreude genommen! Es wird uns doch die Hoffnung auf die Zukunft genommen! Was gibt es eigentlich an wirtschaftlichen Argumenten und an industriellen Argumenten, daß wir nicht mehr mit Zuversicht und Freude in die Zukunft schauen können? Daß wir immerzu erwarten müssen, daß wir zugrunde gehen?

Wir müssen endlich diese dunkle Wolke wegschieben, wir müssen diese Betriebe schließen! Wir müssen die Menschen, die sie leiten, nach Hause schicken! Wir müssen schauen, daß sie endlich eine nützliche Arbeit betreiben und nicht eine Profitmacherei. Die größte Gefahr, die heute von solchen Betrieben, die es ja nicht nur hier gibt sondern überall in der Welt, von Wiederaufarbeitungsanlagen und von Plutoniumanlagen ausgeht, ist die Vermehrung des Giftstoffes Plutonium über die ganze Erde. Je mehr Plutonium da ist — und die Spezialisten sprechen davon, daß wir mit einer Verzehnfachung der Plutioniummenge bis zum Jahr 2000 rechnen müssen — desto größer wird die Chance, daß dieses Plutonium in Bomben verarbeitet wird. Nicht nur von Staaten, sondern auch von religiösen Fanatikern. Stellt euch einmal vor, wenn ein Chomeiny jetzt mit Bomben vorgehen könnte gegen seine eigene Opposition, gegen die linke Opposition und gegen alle anderen.

Die Gefahr der atomaren Rüstung und der atomaren Bomben in der ganzen Welt ist das, wogegen wir heute noch kämpfen können. Morgen wird es zu spät sein. Genauso wie wir heute noch für die Freiheit kämpfen können. Morgen können wir es nicht mehr.

Wir kämpfen gegen die neuen Industrien, nicht nur gegen die Atomindustrie, auch gegen die chemische Industrie. Ihr lest jetzt in den Zeitungen von dem, was in Basel passiert ist. Diese neuen Industrien bedrohen die Welt mit Vergiftung und Vernichtung.

Wir wollen leben. Wir wollen überleben. Wir wollen eine freudige Zukunft haben und nicht eine Angstzukunft. Wir wollen die Erde bewahren. Darum sind wir hier — alle! Ob wir nun Gewaltfreie oder Militante sind. Und da sind wir uns einig: Wir lassen uns nicht mehr voneinander trennen! Und diejenigen, die meinen, sie müßten die Instrumente der Gewalt zerbrechen, die handeln genauso wie diejenigen, die sagen, daß sie die Waffen zerbrechen müssen.

Macht kaputt, was euch kaputt macht!

(frei gehaltene Rede; Bandabschrift)

„Wir müssen unsere Kampfperspektive erweitern"

Auszug aus der Rede Karl-Heinz Roths

Wir sind an einem schlimmen Ort angekommen und an einem sehr schlimmen Unternehmen dazu. Der Ort bezieht sich auf die geschichtliche Tatsache, daß hier schon 1940 für die Atombombenplanung der Nazis die ersten Kernbrennstäbe, Plutoniumstäbe, geliefert wurden. Die Unternehmen mit den merkwürdigen Abkürzungen NUKEM, ALKEM usw. sind nichts anderes als die Fortsetzung der DEGUSSA, der deutschen Gold- und Silberschmiedeanstalt, eines Unternehmens, das in der Weimarer Zeit und im Dritten Reich Tochtergesellschaften des IG-Farben-Konzerns war. Dieses Unternehmen hat nicht nur die ersten Plutoniumstäbe produziert. Dieses Unternehmen hat zusammen mit anderen Giftgas produziert. Eine Tochtergesellschaft der DEGUSSA war für ein anderes Gift zuständig — für Zyklon B, für Zyankali, für die Massenmorde an den Juden im nazistischen Europa. Das waren die Täter. Sie haben immer verschiedene Sorten von Gift produziert. Und ihre Zusammensetzung in den Unternehmensleitungen hat sich nicht geändert. Nach der Zerschlagung der Nazidiktatur wurde nach einem kurzen Intervall der Konzernkomplex, gegen den wir heute angetreten sind, reorganisiert. Er wurde reorganisiert und erweitert. Erweitert um die RWE, Rheinisch-Westfälische-Elektrizitätswerke AG, und die Siemens AG. Organisiert wurde die Erweiterung zu einem Nuklearunternehmen, wie wir es heute haben, von der Deutschen Bank und einem Bankenkonsortium. Es ist unglaublich, daß dieses Management, ein Management aus Kriegsverbrechern, aus Massenmördern, aus Wehrwirtschaftsführern, die Möglichkeit bekommen konnte, in der Adenauer-BRD die Nuklearforschung zu beginnen und einzuleiten.

Wir haben uns schon in den sechziger Jahren parallel zur damaligen Studentenbewegung mit dieser Entwicklung der Nukleartechnologie beschäftigt. Wir haben damals schon bemerkt, daß die Veränderungen der sechziger Jahre nichts anderes als der Versuch waren, die offene Atombombenstrategie der Strauß und Co., der DEGUSSA und Co., der IG-Farben-Nachfolger Hoechst und Co., zu verschleiern. Erst in den sechziger Jahren wurde die deutsche Linie, eine reine Linie zur Atombombenproduktion, verändert. Sie wurde taktisch erweitert auf die volkswirtschaftliche Planung von Leichtwasserreaktoren. Und erst in den sechziger Jahren hielten es die Manager dieser Konzerne für nötig, ihr klares militärisches Programm volkswirtschaftlich zu tarnen und gleichzeitig volkswirtschaftlich zu verwerten. Sie haben aber schon damals am Plutoniumzyklus festgehalten. Sie haben sich nur getarnt. Und erst einige Jahre später, nachdem die Anti-AKW-Bewegung ihre ersten Erfolge und ihre ersten Durchbrüche erzielt hatte, kamen wir und kommen wir jetzt auf diese Zusammenhänge wieder zurück.

Wir müssen alte Fragen, die wir in den Teilerfolgen der Massenbewegung der siebziger Jahre zurückgestellt haben, weil wir völlig zu Recht das Moment der Umweltzerstörung in den Vordergrund gestellt haben, wieder aufwerfen. Wir müssen dieses Thema wieder erweitern. Wir müssen eine neue Dimension gewinnen, ohne zu vergessen, was wir gelernt haben. Wir haben gelernt, daß ein Ballen Plutonium von Faustgröße genügt, um die Menschheit zu vergiften. Wir haben gelernt, daß es keine untere Schwellengrenze gibt für die genetische Zerstörung der Menschheit durch radioaktive Strahlen. Wir haben gelernt, daß die Hauptmotive, mit denen in den vergangenen Jahren die Anti-AKW-Bewegung ihren Kampf geführt hat, richtig gewesen sind und erhalten werden müssen. Aber heute, wo diese Unternehmen hier übergehen zu hoch angereichertem Uran, wo sie offen übergehen zur Plutoniumtechnologie, wo sie ohne jede legale Grundlage neue Fakten schaffen — heute müssen wir neue Zusammenhänge erkennen und unsere Kampfperspektive erweitern.

Wir müssen uns klarmachen, daß das Programm, gegen das wir jetzt in einer neuen Etappe den Kampf aufnehmen, ein Programm ist, um das Machtsystem der BRD innerhalb von Wochen auf den Gebrauch und auf die Nutzbarkeit von Atombomben hinzudrehen, während die Bundeswehr schon über die Trägersysteme verfügt. Wir müssen uns klarmachen, daß der Übergang von NUKEM und ALKEM zu hochangereichertem Uran und zu Plutonium ein Atombombenprogramm ist. Und wir müssen daraus die Folge ziehen. Wir müssen uns zweitens vergegenwärtigen, daß die Fähigkeit zur Produktion von Atombomben innerhalb weniger Wochen von diesem Regime benutzt wird als Erpressungsmittel in der nuklearen Planungsgruppe der NATO, um die herrschende Klasse der BRD näher an die Verfügung der NATO über den Atomwaffeneinsatz heranzubringen. Die militärische Technologie, die hier organisiert wird, ist ein Teil eines strategischen Planes. Und dieser Plan erweitert sich dann noch in die Richtung der Exportperspektiven. Er erweitert sich in die Richtung der Kontrolle und der Entwicklung von Militärdiktaturen und den Schwellenländern der drei Kontinente. Das sind die neuen Aspekte, und nach ihnen müssen wir unseren Widerstand ausrichten.

Wir müssen hier klar festhalten: Diese Einrichtungen hier sind illegal. Sie sind deshalb illegal, weil die herrschende Klasse weiß, daß es sich um Knotenpunkte von militärischer, technologischer und volkswirtschaftlicher Planung handelt. Wir müssen uns klarmachen, daß eine neue Etappe, eine bittere Etappe neuer Kämpfe, bevorsteht. Und wir dürfen niemanden schonen! Wir müssen lernen, eine Aktionseinheit zwischen der bisherigen Friedensbewegung und zwischen der bisherigen Anti-AKW-Bewegung herzustellen. Wir müssen lernen, in dieser Aktionseinheit zu handeln. Diese Aktionseinheit ist wichtig!

Wenn die Analyse stimmt, dann werden wir da, wo wir politische stehen, überlegen müssen, wie wir den Kampf organisieren. Wir müssen tolerant gegeneinander sein. Wir müssen die Vorgehensweisen der einzelnen Initiativen respektieren. Und wir müssen uns davor hüten, irgendeiner Gruppierung die eigene Position um jeden Preis aufdrängen zu wollen. Ich selbst gehöre dem autonomen Spektrum an. Ich selbst bin der Meinung, daß diese gesetzlose Mafia, die hier herrscht und die jenseits von Gesetz und Ordnung ihren Manager- und Staatsterrorismus organisiert, daß diese gesetzlose Mafia mit all ihrer Gewalttätigkeit nur durch Gegengewalt bekämpft werden kann. Aber wir müssen gleichzeitig lernen, das Problem der Gegengewalt neu zu diskutieren. Wir müssen lernen, Gegengewalt einzubauen in eine politische Strategie, die die Einheit des Kampfes berücksichtigt und die gleichzeitig lernt, Gewalt und Gegengewalt als politische Instrumente zu begreifen.

Deshalb hoffe ich, daß meine Genossen und Genossinnen aus der autonomen Szene heute die Kraft haben werden, mit uns ans Ende dieser Demonstration zu gehen, ohne irgendwelche Einzelaktionen zu machen, und daß wir in unseren Zusammenhängen dann über diese neue Dimension diskutieren und neue Formen der Gegengewalt entwickeln.

Neuer Kristallisationspunkt der Anti-AKW-Bewegung?

Jede Flüssigkeit wird ab einer bestimmten Temperatur durch Kristallbildung zur festen Masse. Der Kristallisationspunkt ist die Stelle, an der sich der erste Kristall herausbildet und um den sich immer mehr Kristalle neuentwickeln und festigen. Wenn sich genügend Kristalle gebildet haben, schlägt die Quantität in Qualität um: Aus Wasser wird Eis, als flüssiger Schmelze Stahl.

War die Hanau-Großdemo am 8.11. „ein einziger Flop'' (so ein Mitglied der grünen Bundestagsfraktion), war sie ein Verlegenheitsprojekt, weil nunmal für den Herbst nichts anderes anstand oder wurden hier Ansätze verwirklicht, die früher oder später in eine neue Qualität umschlagen könnten? Im Folgenden — auch im Hinblick auf die bevorstehende Anti-AKW-Bundeskonferenz — eine erste Auswertung.



Der Kern der Sache

Bundesweit waren die Hanauer Atombetriebe bisher bestenfalls als rotgrüner Stolperstein oder als Objekt juristischer Streitereien bekanntgeworden. Bei der Mobilisierung zur Demo am 8.11. jedoch ging es um den Kern der Angelegenheit: Es ging um Hanau als dem Zentrum bundesdeutscher Atomwaffenpläne und internationaler Plutoniumschiebereien. Es ging um die nukleare Zusammenarbeit zwischen den Hanauer Betrieben und der südaf-
Plutoniumschiebereien. Es ging um die nukleare Zusammenarbeit zwischen den Hanauer Betrieben und der südaf-
rikanischen Apartheid durch Verarbeitung von Namibia-Uran. Im Vorfeld der Demo wurden nach BI-Schätzungen 180 Infoveranstaltungen im ganzen Land durchgeführt — nicht zuletzt aus Anlaß der Demo war Hanau am 7.11. Gegenstand einer Aktuellen Stunde im Bundestag und Thema einer 10-seitigen „Spiegel''-Reportage.

In dieser Öffentlichkeitsarbeit nach innen und außen liegt bereits ein Hauptzweck und ein Haupterfolg der Hanau-Demonstration.

Als ein zweites Ergebnis der Konzentration der Anti-AKW-Bewegung auf Hanau ist die enge Zusammenarbeit mit dem radikalen Flügel der Friedensbewegung (BUF) hervorzuheben. Niemals zuvor wurde bei einer Anti-AKW-Aktion inhaltlich und organisatorisch so eng mit Teilen der Friedensbewegung zusammengearbeitet.

Es handelt sich hierbei um einen Ansatz von strategischer Bedeutung. Grundlage dieser Kooperation ist nicht nur die allgemeine Erkenntnis von der Untrennbarkeit militärischer und ziviler Atomtechnik, sondern die sehr konkrete und bedrohliche Neuorientierung des BRD-Imperialismus auf eine vorrangig militärstrategische statt kommerzielle Ausrichtung des Atomprogramms (vgl. die Hanauer Reden von K.H. Roth und A. Aschenbrenner).

Diese Neuorientierung macht es notwendig, daß die Friedensbewegung mit althergebrachten Vorstellungen bricht (z.B. ausschließliche Konzentration auf US- und SU-Waffen) und die Anti-AKW-Bewegung die begonnene Kooperation ausbaut.

Zwar hatte anläßlich der Hanau-Demo erstmals auch der Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung zur Teilnahme an einer Anti-AKW-Demonstration aufgerufen. Dennoch kann von einer intensiven Informations- und Mobilisierungsarbeit innerhalb der Friedensbewegung noch keine Rede sein. Ein wesentlicher Grund hierfür dürfte in der Totalblockade von SPD und DKP gegen die Hanau-Aktion liegen. Die SPD hatte sich auf keinem der Vorbereitungstreffen blicken lassen. Zwar hat inzwischen ihr Parteivorstandsmitglied Roth die real existierende Atomwaffenforschung in der BRD enthüllt und das militärische Interesse der Bundesregierung an dem Atomprogramm benannt (vgl. AK 275). Derartige Einsichten werden jedoch bis heute strikt dem parteitaktischen Kalkül untergeordnet und das lautet: Kritik an Wackersdorf, aber Bestandsschutz für das größte Atomwaffensprengstofflager, das ein Nichtatomwaffenstaat derzeit weltweit besitzt — Bestandsschutz für Hanau.

Die DKP wiederum, die sich mit ihrer Forderung nach „Verstaatlichung aller Atomanlagen bei umfassender demokratischer Kontrolle'' ohnehin recht abseitig bewegt, hatte sich auch als Beobachterin des Hanau-Bündnisses zurückgezogen, sobald klar war, daß im zentralen Hanau-Aufruf auch die Politik der SPD beim Namen genannt anstatt heuchlerisch ausgeklammert wird. Dadurch hätten die Veranstalter, so der DKP-Vorstand Main-Kinzig in einer Presse(!)erklärung, „große Teile der Arbeiter- und Friedensbewegung ausgegrenzt.''

„große Teile der Arbeiter- und Friedensbewegung ausgegrenzt.''

Gewaltfrei oder militant — wichtig ist der Widerstand!

Kennzeichnend für den Demoaufruf war vielmehr, daß niemand ausgegrenzt und das Ziel einer „gewaltigen und phantasievollen'' Großdemo einvernehmlich festgelegt wurde. Die Radikalität sollte nicht in den Aktionsformen, sondern in den Inhalten zum Ausdruck kommen. Diese Stoßrichtung entsprach der Festlegung vom bundesweiten Koordinierungstreffen der Anti-AKW-Bewegung am 28./29.6.86 in Frankfurt. Nach den Zusammenstößen in Brokdorf und Wackersdorf und dem anschließenden Gewaltgeheul in den Medien war auch die Frankfurter Anti-AKW-Konferenz massiv in die Schußlinie geraten: Wer sich von Gewalttätern nicht distanziere, sei selbst einer. Prompt distanzierten sich daraufhin die Hessen-Grünen, der Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) sowie die Jusos von der Aktionskonferenz. Der berühmt-berüchtigte „Offene Brief'' des grünen Generals Bastian an die Anti-AKW-Bewegung mit der Aufforderung, „Gewalttäter'' auszugrenzen und zu isolieren, war der traurige Höhepunkt. Die unabhängige Anti-AKW-Bewegung sollte in eine gesellschaftliche Isolierung gebracht werden.

Die Hanau-Demo war von Anfang an der Versuch, diese Spaltungsversuche zurückzuweisen und die Identität einer radikalen, unabhängigen Anti-AKW-Bewegung offensiv zu vertreten. Die Ergebnisse sprechen für sich:

— Der zentrale Demoaufruf, u.a. gegen den Versuch der Bundesregierung, *„den Widerstand gegen Atomenergie ... in gut und schlecht, friedlich und gewalttätig zu spalten''*, wurde im grünen Spektrum unterzeichnet von: Grüner Bundesvorstand, Grüne Bundestags- und Europaparlamentsfraktion, Grüne Landesverbände Niedersachsen, Hamburg und Baden-Württemberg, etliche grüne Kreisverbände sowie DFG/VK-Bundesvorstand, BBU, Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen, DBV-Jugend (Deutsch. Bund für Vogelschutz), EKLAT-Elterninitiative Paderborn usw. usf..

gen den Versuch der Bundesregierung, „den Widerstand gegen Atomenergie in gut und schlecht, friedlich und

— Im Hanauer Bereich hatte sich ein breites Bündnis inclusive BUND, GEW usw. hinter den Aufruf gestellt. Am 7.11. veröffentlichte im Lokalblatt der Atomstadt die GEW Hanau einen halbseitigen Aufruf zur Demonstration. Selbst der hessische Bund Naturschutz sprang zwei Tage vor Toresschluß auf den Mobilisierungszug.

— Sehr zum Leidwesen des grünen Generals und seiner Freunde entschloß sich Robert Jungk dazu, seine Unterschrift unter den Offenen Spalterbrief öffentlich zurückzuziehen. Die mehr als ruppige Reaktion Bastians (Jungk *„sollte keine unzutreffenden Erklärungen abgeben, sondern offen sagen, warum er vor der Aggressivität jener kapituliert, die unser überfälliger Aufruf zu offensichtlich getroffen hat ...''*) macht deutlich, daß von der grünen Spaltungsinitiative ein Scherbenhaufen zurückgeblieben ist.

— Erstmals in der Geschichte der Anti-AKW-Bewegung ist es gelungen, eine über 20.000-köpfige Standort-Demo nicht am frisch errichteten Bauzaun, sondern mitten in einem etablierten Atomzentrum durchzuführen.

In Hanau hat am 8.11. der unabhängige, linksradikale Flügel der außerparlamentarischen Bewegung gegen alle Isolierungsversuche seine Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt.

gige, linksradikale Flügel der außerparlamentarischen Bewegung gegen alle Isolierungsversuche seine Hand-

Die politische Grundlage des Hanau-Bündnsses basierte auf folgenden Punkten:

— Eigenständigkeit statt parlamentarische Illusionen;

— Ablehnung staatlicher Spaltungsversuche, Kampf gegen Kriminalisierung;

— Kooperation mit der Antikriegs- und Friedensbewegung und Aufklärung über alle Aspekte des Atomprogramms;

— Einheit in der Aktion auf Grundlage verbindlicher Vereinbarungen;

— Massenmobilisierung mit dem gemeinsamen Ziel, die politische Basis für den radikalen Anti-AKW-Widerstand zu verbreitern.

Diese politische Plattform sollte als „Kristallisationspunkt'', d.h. als Ausgangspunkt für weitere gemeinsame Aktionen genutzt werden.

Zweimal, am 4.10. in München und am 8.11. in Hanau, haben wir die verlogenen „Gewalt''-Prophezeihungen der Gegenseite ins Leere laufen lassen. (Das bleibt trotz des tölpelhaften Randale-Nachtrags einiger Autonomer gegen Hanauer Jeans- und Möbellädchen nach Abschluß der gemeinsamen Demo ein Fakt.) Nun wäre zu überlegen, ob wir 1987 auf Grundlage der in Hanau geschaffenen politischen Basis den Versuch einer bundesweiten Mobilisierung zum Bauzaun Wackersdorf wagen — mit dem Ziel einer politischen Kundgebung (wie in Hanau) unter Einbeziehung möglichst aller Anti-AKW-Sektoren.

ms., Bonn

Hieb — stech hau — gähn

Der Bundestag debattiert über Haunau (7.11.86)

Reuter (SPD):
Bevölkerung der Region Hanau ist wegen morgen in Sorge. Das **Demonstrationsrecht** ist die **Pressefreiheit** kleinen Mannes.

(Ströbele (GRÜNE): So ist es!)

Aber dieses Recht darf nicht von gewalttätigen Gruppen mißbraucht werden, deren Ziel es ist, unser demokratisches Staatswesen zu demontieren.

(Rusche (GRÜNE): Das könnte von uns sein!)

Ich begrüße ausdrücklich, daß es unter den GRÜNEN besonnene Kräfte gibt,

(Beifall bei den GRÜNEN)

die sich von der geplanten Großdemonstration in Hanau distanzieren.

Lenzer (CDU): Lassen Sie mich als letztes noch sagen:

Lenzer (CDU):
Lassen Sie mich als letztes noch sagen: Wenn man sich diese feine Demonstrationsgesellschaft — **von den Autonomen in Hanau über den Kommunistischen Bund bis zum Info-Büro „Freies Wackerland''**, bis zu den Südafrika-Freunden und weiß der Kuckuck was — betrachtet, weiß man, was hier läuft.

(Frau Hönes (GRÜNE): Alles Menschen, die sich Sorgen machen!)

Es ist die gleiche feine Gesellschaft, die überall, wo mit der Eisenstange, wo mit der Maske und mit dem Schutzhelm demonstriert wird, zu finden ist. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Vogel (München) (GRÜNE): Reden Sie von der Polizei?) (...)

Schäfer (SPD):
Wenn wir aus Alkem, Nukem eine Schlußfolgerung — über den Alltag hinaus — ziehen wollen, dann die: —

(Baum (FDP): Wir sitzen alle in einem Boot!)

— Lieber Kollege Baum, provozieren Sie mich jetzt bitte nicht; sonst werde ich noch etwas zur Praxis sagen und dazu, wer in Wiesbaden und Bonn tatsächlich über Jahre hinweg für die **Genehmigungspraxis** verantwortlich war. Es ist nicht so, daß man sagen kann, die Sozialdemokraten sind es gewesen.

Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung

Nach dem Versuch eines bundesweiten Anti-AKW-Treffens Ende Juni in Frankfurt soll jetzt vom 28.-30.11. in Regensburg eine „richtige'' Bundeskonferenz der „Bewegung'' stattfinden.

Nach der Hanau-Demo wird die große Frage dieser Konferenz sein „Wie weiter im nächsten Jahr?'' Drängelten sich bei bisherigen Konferenzen die Standort-BIs, eine Großaktion an „ihre Atomanlage'' zu bekommen, so liegt diesmal außer den Vorschlägen der BBA Bremen für eine Blockade des AKW Stade anläßlich des Brennelementewechsels im nächsten Frühjahr und der Berliner „offensiven Kampagne gegen die KWU'' keine konkretisierte Aktionsidee vor. Die Berliner Anti-AKW-Gruppen wollen mit einer Aufklärungskampagne über die KWU eine Demonstration Ende des Jahres vorbereiten, die im Frühjahr '87 in „massivere Aktionen'' münden soll, z.B. eine zweitägige Blockade in Verbindung mit einem Aktionstag an den vier KWU-Standorten Mülheim, Offenbach, Erlangen und Berlin. Die Orientierung für eine bundesweite, politisch zugespitzte zentrale Aktion fehlt bisher.

Maßstäbe für eine solche Aktion sind mit der Hanau-Demonstration gesetzt. Dies betrifft sowohl die Radikalität und politische Zuspitzung der Inhalte (gegen Atomstaat und Kriminalisierung, militärische Option), als auch die bewegungsübergreifende Mobilisierung und Einbeziehung des radikalen Widerstands (Autonome) für einen gemeinsam festgelegten und politisch diskutierten Aktionsrahmen. Sich anbietende Objekte für eine derartige Großdemo wären der Bauzaun von Wackersdorf wie auch der Schnelle Brüter Kalkar.

Großer Beliebtheit erfreuen sich nach Tschernobyl bei alten und neuen Gruppen „dezentrale Widerstandssamstage'', die als Ablösung von Großaktionen und Übergang zu neuen Formen des Widerstands begriffen werden, sowie die Individualaktionen für's stille Kämmerlein wie Giroblau oder „Stromsparen'' (10. Aufguß), über die auf der BUKO wohl unvermeidlich diskutiert werden wird. Bewegen soll die Konferenz auch die Frage „Bundestagswahlen'' — Verhältnis von Anti-AKW-Bewegung und Parteien/Parlament. Von der BIWAK und Anti-NATO-Ini Regensburg wurde dazu ein Papier unter dem Motto „gemeinsam radikal gegen Staat und Kapital'' — weg von der Orientierung auf die Parlamente vorgelegt.

Die Achberger und der Initiativkreis wollen den Volksentscheid gegen Atomanlagen zum Thema machen; letztere haben mit der Stoßrichtung, den Volksentscheid gegen den Widerstand auf der Straße auszuspielen, der Diskussion schon vorweg keinen Gefallen getan. Weitere AGs beschäftigen sich mit der „Gewaltfrage'', Frauen im Widerstand, zivilitärische Nutzung von Atomanlagen, Koordination der Kriminalisierungs- und Ermittlungsausschußarbeit und der Frage einer Schaffung neuer Infrastrukturen für die Gesamtheit der Anti-AKW-Bewegung, über das jetzt begrenzte Spektrum der Atommüllkonferenz hinaus.

Auf der Strecke blieb der für das Frankfurter Treffen aufgestellte Anspruch, „alte und neue Anti-AKW-Bewegung zu einem dauerhaften Machtfaktor zu machen''. Während die nach Tschernobyl gegründeten Gruppen auf ihrem Kongreß am 15./16.11. in Detmold einer Bestimmung des Verhältnisses bzw. einer Zusammenarbeit von alter und neuer Bewegung hohen Stellenwert einräumten, scheint diese Frage für die alte Bewegung nicht zu existieren. Weder taucht sie für die Plenumsdiskussion auf, noch ist sie für eine AG vorgesehen. Der Grund dafür dürfte weniger darin liegen, daß sie mittlerweile reibungslos klappt als vielmehr in massiven Berührungsängsten und einer sektiererischen Abgrenzungshaltung gegenüber dieser z.T. bürgerlichen Strömung.

Die Bundeskonferenz beginnt am Freitag, 28.11. um 19 Uhr, mit einer Auftaktveranstaltung zum Zusammenhang von Atomenergie/Wiederaufarbeitung und Unterdrückung in der „3. Welt'' (Uranabbau in Namibia, USA). Ab 20.30 Uhr folgt eine Diskussion um die Einschätzung der Herbstaktionen. Samstag tagen die Arbeitsgruppen und am Sonntag wird es im Plenum schwerpunktmäßig um die Verabschiedung von Aktionen fürs nächste Jahr gehen. Zur BUKO wurde ein Reader erstellt (zum Preis von DM 8.-), der die Aktionsvorschläge, Positionspapiere zu diversen Themen und Standortberichte enthält.

Erhältlich ist er bei der Anmeldeadresse der BUKO:
BIWAK-AG BUKO
Spiegelgasse 10, 84 Regensburg
Tel. 0941/55555 (Mo-Fr 16-19 Uhr)

s.

Volksbegehren gegen Atomanlagen gescheitert

Gespräch mit einer Mitarbeiterin des Bielefelder Trägerkreises

Am 30.9.1986 lehnte die SPD-Landesregierung in Nordrhein-Westfalen das Volksbegehren zu den Atomanlagen ab. 100.000 Unterschriften hatte die Aktion Volksbegehren innerhalb von einem Monat gesammelt und eingereicht. Die regierende SPD riskierte nicht den denkbaren Weg, ein solches Volksbegehren an den hohen formalen Hürden für die weitere Zulassung sich „totlaufen zu lassen. Bei einer Ablehnung könnten die Grünen zwar das ganze zum Wahlkampfthema gegen die SPD machen, hatte die FAZ überlegt, diesem kleinen Nachteil stehe aber die schwerwiegende Gefahr gegenüber, daß Rau ein erstmal zugelassenes Volksbegehren nicht mehr „*politisch steuern*" könnte, „*über die in diesem Prozeß liegende politische Automatik*" würde ein Kanzlerkandidat sicherlich nachdenken. (nach FAZ, 23.6.86)

Kurz gesagt, bei einem Volksbegehren könnten nicht unbedingt die Parteien die Menschen „steuern", sondern es könnte auch mal umgekehrt kommen, und das kann ein Kanzlerkandidat nicht zulassen. Und so kam es denn auch.

Wir sprachen über die Aktion Volksbegehren mit Anke Schmidt. Anke Schmidt ist Angestellte der Bielefelder Bunten Liste und Mitarbeiterin im Bielefelder Trägerkreis für ein Volksbegehren gegen Atomanlagen in NRW. Allein in Bielefeld war rund ein Fünftel aller Unterschriften gesammelt worden. Wir wollten von Anke ihre Bewertung und Einschätzung der Aktion wissen und haben in diesem Zusammenhang kritische Frage gestellt.



AK: Daß die Landesregierung das Volksbegehren nicht zulassen würde, daran hat zuletzt wohl niemand mehr gezweifelt. Was siehst Du für Gründe?

Anke: Als wir das Volksbegehren angestrengt haben, rechneten wir natürlich zumindest mit der Möglichkeit, daß es auch zugelassen wird. Diese Hoffnung hatten wir auch noch bis zum Aussteigen der Jusos kurz vor Bekanntgabe der Entscheidung, was wir schon als deutlichen Hinweis gewertet haben ...

als grünes Licht für die Landesregierung von seiten der Jusos, das Begehren nicht zuzulassen?

Das konnte zumindest so verstanden werden. Wir haben bis zum Schluß beide Möglichkeiten diskutiert — daß die Landesregierung einerseits eigentlich nicht ihre eigene Vertretungshoheit des „Bürgerwillens" selbst in Frage stellen darf, indem sie das Volksbegehren zuläßt, andererseits sich aber dem inhaltlichen Anliegen nicht ohne Gesichtsverlust in den Weg stellen kann. Intern wurde die Frage sogar so gehandelt, daß sie sich keinen besseren Gefallen tun können, als das Volksbegehren einfach zuzulassen, denn es wäre inzwischen voll in die Wahlkampfzeit gefallen und hätte damit Kräfte abgezogen; uns wäre möglicherweise ein Nichtgelingen beschert gewesen.

Überwogen hat letztlich jedoch bei ihrer Entscheidung, daß sie das Risiko höher gewertet haben, uns könnte das Volksbegehren tatsächlich gelingen.

Ich glaube nicht, daß die Landesregierung das Risiko tatsächlich für so hoch gehalten hat. Für ihren „Einstieg in den Ausstieg"-Kurs, mit dem sich die SPD gegenüber den Regierungsparteien profilieren will, hätte sie ja auch einen negativen Ausgang eines Volksbegehren gar nicht gebrauchen können, einen positiven Ausgang natürlich erst recht nicht, weil die SPD dann Nägel mit Köpfen hätte machen müssen. Auch grundsätzliche Erwägungen, der plebiszitären Demokratie. ansonsten Geburtshilfe zu verschaffen, werden eher ausschlaggebend gewesen sein, oder?

Daß die Landesregierung die Institution Volksbegehren nicht freiwillig für die Linke hoffähig macht, ist klar. Wir hatten uns allerdings erhofft, daß der politische Druck so groß sein würde, daß man nicht umhin gekommen wäre, dem Anliegen doch nachzugeben.

Damit der Druck groß ist, muß man ihn ja auch erzeugen. Wir hatten nicht den Eindruck, daß besonders viel Dampf gemacht worden wäre. Im Gegenteil schien sich recht frühzeitig Resignation breitgemacht zu haben. Warum gab es beispielsweise keine Vorbereitungen oder Anstrengungen für große Protestaktionen gegen die Landesregierung?

Der politische Druck war ja gerade ungeheuer groß nach Tschernobyl, allerdings durch die Katastrophe selbst bedingt. Wir haben das zeitliche Anhalten dieser Aufregung möglicherweise überschätzt.

Der Erwartungshaltung der besorgten Bevölkerung ist die SPD durch einen „harmonisch" inszenierten Parteitag mit verbalradikalen Beschlüssen gerecht geworden, die allerdings so vor Tschernobyl nicht denkbar gewesen wären. Gleichzeitig wurde aber im Hinblick auf die bevorstehende Bundestagswahl ein ungeheurer Druck nach innen ausgeübt, von dem viele am Volksbegehren beteiligten Verbände direkt oder indirekt betroffen waren, nicht nur die Jusos.

Du meinst sozialdemokratisch beeinflußte Verbände?

Genau. Das schwächte den Landesträgerkreis insgesamt.

Wir wollten dieses breite Bündnis, aber es war natürlich eine Schwierigkeit, daß nicht alle Beteiligten gleich radikal gesinnt waren und die Handlungsfähigkeit somit gelitten hat. Für viele war es zudem das erste Mal, daß sie politisch aktiv wurden. Allerdings wurde insgesamt eindeutig zuviel Rücksicht auf die Jusos genommen, die ja ohnehin immer nur auf dem Papier Mitglied waren.

„Große Protestaktionen" in Verbindung mit dem Volksbegehren hat es aber auch deshalb nicht gegeben, weil es nicht in andere geeignete Protestaktionen der Anti-AKW-Bewegung einbezogen wurde. Das Volksbegehren wurde in der harten Bewegungsszene ziemlich angegriffen oder aber belächelt. Leider wurde damit ein Mittel, das Volksbegehren öffentlich voranzutreiben und publik zu machen, vertan. In Brokdorf lauter Transparente „Volksbegehren" zu sehen, wäre gut gewesen!

Du berührst einen wunden Punkt in der Vorbereitung und Durchführung der ganzen Volksbegehren-Sache. Es hat doch auch keine Anstrengungen gegeben, die Anti-AKW-Bewegung insgesamt einzubeziehen. Eine Auseinandersetzung mit den ablehnenden Positionen, auch wenn sie z.T. absurd gewesen sein mögen, ist doch auch gar nicht versucht worden. Ich hatte den Eindruck, daß man ganz froh war, die „scene" draußen zu wissen.

Die Auseinandersetzung mit Positionen, die so ein Vorhaben auf institutioneller Schiene grundsätzlich ablehnen, war uns in der Tat nicht so wichtig wie die vielen Leute, die durch das Volksbegehren neu zur Anti-AKW-Bewegung gestoßen waren. Es war aber auch die Form der Debatte abschreckend: Die „Radikalinskis" aus der alten Anti-AKW-Bewegung machten ihre sagenhafte Erfahrung geltend und glaubten sich über alle neu zu diskutierenden Dinge wie die Gewaltfrage hinwegsetzen zu können und schrien in Sachen Volksbegehren „Verrat". Damit wollten die „Neuen" nicht viel zu tun haben.

Bei dem Volksbegehren wurde ja wohl versucht, das Fehlen der „alten Kämpfer" und ihres Engagements durch eine angeblich juristisch wasserdichte Formulierung des Volksbegehrensgesetzes wettzumachen. Hat sich der Trägerkreis nicht zu stark auf diese juristisch begründete Schiene verlassen?

Eine zu starke Beschränkung auf die juristische Ebene kann ich aus unserer intensiven Arbeit vor Ort nicht bestätigen. Die spielte überhaupt keine Rolle. Hier war nur die Überzeugungsarbeit und Mobilisierung für die *inhaltliche* Forderung des Volksbegehren, sofortige Stillegung der AKWs, wichtig. Die Leute sind mit selbst erstellten Argumentationshilfen von Haus zu Haus, in die Verwandtschaft und zu Kollegen gegangen.

Daß in den ersten vier Wochen hinter verschlossenen Türen (der Grünen) die juristische Form des Volksbegehrens ausgebrütet wurde, mag einige verärgert haben, war aber von der Natur der Sache her kaum anders zu handhaben. Unser Ziel war ja, das Volksbegehren insofern juristisch abzusichern, daß es zumindest nicht auf einsichtiger Ebene sofort abgebügelt werden kann; das haben wir ja auch erreicht.

Es ist doch aber abgebügelt worden.

Wir wußten natürlich, daß ein Volksbegehren politisch immer ablehnbar ist. Wir wollten aber auch nicht nur eine kleine Unterschriftensammlung á la Krefelder Appell. Von daher war die juristische Absicherung wichtig.

Es ist doch aber rein juristisch abgelehnt worden, was wir ja bereits von Anfang an gesagt haben, daß es juristisch wasserdichte Lösungen schlichtweg nicht gibt. Ihr vermutet denn ja auch in Eurer Erklärung, die am 2.10. in der NW veröffentlich wurde, politische Motive für die Entscheidung der Landesregierung. Das ändert letztlich nichts an der Tatsache, daß die Ablehnung trotzdem rein juristisch war. Politisch war die Landesregierung letztlich gar nicht gefordert, da man sich auf das Abgeben der Unterschriftensammlung eben tatsächlich á la Krefelder Appell beschränkt hat.

Das sieht bis jetzt leider so aus. Andererseits ist das letzte Wort in Sachen Volksbegehren ja noch nicht gesprochen. Wir haben beim Landesverfassungsgericht in Münster Widerspruch gegen die Entscheidung eingelegt? Da wird man sich über die juristische Bewertung der ganzen Angelegenheit nochmals unterhalten können.

Gehen wir nochmal auf den Mobilisierungsgrad ein, der vermutlich nicht ausgereicht hätte, um bei einer Zulassung das Volksbegehren erfolgreich bestehen zu können.

Zunächst mal: 100.000 Unterschriften in drei Monaten, das ist noch nie dagewesen, zumal in Nordrhein-Westfalen. Verglichen mit den für die zweite Phase benötigten 20% der Wahlberechtigten wären diese dennoch recht wenig gewesen. Die Aktion Volksbegehren hatte aber in der ersten Phase mit den üblichen Schwierigkeiten einer außerparlamentarischen Opposition zu kämpfen: Sie sah sich einem weitgehenden Medienboykott ausgesetzt.

Wir hatten jedoch deutliche Anzeichen dafür, daß sich dies nach einer Zulassung des Volksbegehren geändert hätte. Die Presse verhielt sich abwartend, hätte die Sache aber in der zweiten Phase für spannend genug gehalten, sie auch entsprechend zu würdigen, womit die Chancen, die 20% zu erreichen, natürlich gestiegen wären. Denn das kann wohl keine noch so intensive Haus-zu-Haus-Mobilisierung ersetzen. Das Problem lag also weniger darin, die *inhaltliche* Unterstützung der Bevölkerung zu finden, als vielmehr diese überhaupt über das Volksbegehren zu informieren.

Daß die Presse sich in der zweiten Phase wesentlich anders verhalten hätte, bleibt nun natürlich reine Spekulation. Das NRW-Volksbegehren ist ja, zumindest zunächst, erstmal gescheitert. Nach den beiden hessischen Volksbegehren (gegen Startbahn West und das Volksbegehren für den Frieden) jetzt die NRW-Schlappe. Meinst Du nicht auch, daß das Volksbegehren auf absehbare Zeit diskreditiert ist? Eine mehrmonatige Debatte um die Frage der plebiszitären Demokratie in der Vorbereitung und Durchführung der Aktion Volksbegehren hätte am Ende sicherlich mehr gebracht. Wir würden möglicherweise trotz der Ablehnung durch die Landesregierung nicht völlig mit leeren Händen dastehen, sondern z.B. weitermachen können in Richtung bundesweiter Volksentscheid. Die 100.000 wären — salopp ausgedrückt — nicht ganz umsonst gewesen.

Umsonst war das Ganze sicherlich nicht. In Bielefeld trifft sich auch weiterhin wöchentlich ein kleiner Kreis aus dem ehemaligen Trägerkreis, um Öffentlichkeitsarbeit zu machen, den Kontakt zu den beteiligten Gruppen zu halten und sich nicht zuletzt an anderen Aktionen der Bewegng zu beteiligen. Ich bin der Meinung, daß Menschen angesprochen wurden durch die Aktion, die z.T. auch jetzt noch aktiv sind, die sonst nicht aktiviert worden wären. Das war ja auch ein Anliegen des Volksbegehrens.

Wir hatten die Idee zu dem Volksbegehren unter dem direkten Eindruck der Stimmung nach Tschernobyl, und diese machte uns ja nur den Mut zu so einem Schritt.

Hätte frau/man Tschernobyl als konkreten Termin vorausahnen können, wäre eine mehrmonatige Debatte zur Vorbereitung angebracht gewesen, wie Du sie für besser gehalten hättest; das war aber nach menschlichem Ermessen wohl nicht drin.

Und, das ist allerdings meine persönliche Meinung, zwischen diesem konkreten Volksbegehren in NRW aus Anlaß der Reaktorkatastrophe und der grundsätzlichen Debatte um Plebiszite besteht ein Unterschied ...

... aber doch wohl ein Zusammenhang?

Mag ein, ich denke aber, daß das vielen so gegangen ist: in diesem konkreten Volksbegehren eine Chance zu sehen, ohne deshalb gleichzeitig die Meinung zu vertreten, daß die Forderung nach Volksbegehren/Volksentscheid in den Vordergrund gerückt werden muß.

Ich glaube nicht, daß das Mittel Volksbegehren jetzt diskreditiert ist, wie Du Dich ausdrückst. Gezeigt hat sich aber, daß es bei der bestehenden Gesetzgebung für eine linksalternative Opposition nur schwer oder gar nicht durchzusetzen ist. Die Frage, ob wir die Möglichkeiten für Volksentscheide überhaupt vorantreiben oder verbessern wollen, steht hier ja nicht zur Diskussion. Ich habe da — mit Blick auf die bundesdeutsche Rechte — meine Bedenken.

Diskutieren wir diesen Punkt, Frage der Plebiszite, ein anderes Mal. Der Vorschlag, dies in die Aktion Volksbegehren miteinzubeziehen, war ja einer von drei konkreten Vorschlägen, die der NRW-KB in seinem Offenen Brief an den Landesträgerkreis gemacht hat. Weiterhin hatten wir davor gewarnt, ich zitiere, „daß im frühen Herbst vielleicht knapp 100.000 Unterschriften abgegeben werden, ohne die nötige Mobilisierung erreicht zu haben. Das wäre die beste Garantie dafür, daß nicht nur, wie bereits geschehen, die Vorbereitung dieses Volksbegehrens den Juristen überlassen bleibt, sondern auch die Nachbereitung (folgenloser Streit vor dem Staatsgerichtshof usw.)".

Wir schlugen vor, als Ausdruck des unbedingten Willens zum Erfolg, in der ersten Phase bereits 1 Million Unterschriften zu sammeln.

Weiterhin schlugen wir vor, den Streit mit der SPD um das Volksbegehren auch auf der Straße auszutragen. Die Aktionen an den NRW-Standorten sollten, wie wir uns ausdrückten, „geeignet sein, in NRW 'den sozialen Frieden zu stören', um auf diese Weise zu einer intensiven und polarisierten Diskussion pro und contra Atomenergie zu kommen." Wie stehst Du im Nachhinein hierzu?

Ich habe ja eben schon gesagt, daß für das Gelingen dieses Volksbegehrens weniger die Überzeugungsarbeit wichtig gewesen ist als vielmehr die reine Verbreitung der Information, daß es dieses überhaupt gibt. Dafür ein Jahr Unterschriften zu sammeln, hätte ich für ineffektiv gehalten.

Ein bißchen mehr Dampf — es muß ja nicht gleich eine Schlacht am Zaun sein — hätte den Medienboykott, von dem Du vorhin sprachst, sicherlich durchbrechen können, dann wären die Millionen schon informiert gewesen.

Das Anliegen der örtlichen Trägerkreise war aber nicht unbedingt, „den sozialen Frieden zu stören". Die Hoffnung war, und die hat sich ja auch bestätigt, daß die Forderung nach sofortiger Abschaltung der AKWs in den Wohnzimmern diskutiert wird.

Das war doch aber zumindest ebenso ein Ergebnis der „Krawalle" um die WAA in Wackersdorf, sowie der Tschernobylschen Strahlenwolke und nicht so sehr der Volksbegehren-Aktion. Wir wollten mit unseren Vorschlägen erreichen, daß eine neue Qualität der Einbeziehung und Politisierung von Massen geschaffen wird. Leider haben wir ja nicht einmal eine Antwort erhalten.

Warum Ihr vom Landesträgerkreis keine Antwort erhalten habt, kann ich nicht beantworten, weil ich es schlicht nicht weiß. In Bielefeld waren wir von eurem Auftreten genervt, das eher als schlaumeierisch und behindernd empfunden wurde denn als vorantreibend und unterstützend.

Das liegt meiner Meinung nach zwar weniger an unserem Auftreten als vielmehr am Inhalt unserer Vorstöße, aber wir werden versuchen, diese Kritik bei künftigen Auseinandersetzungen zu beherzigen und vielleicht weniger forsch auftreten. Zum Abschluß möchte ich Dich noch um ein kurzes Resümee bitten: Was hat's gebracht?

Gebracht hat das Volksbegehren eine intensive Überzeugungsarbeit zu einer politischen Frage in den Lebenszusammenhängen und ein nie dagewesenes Bündnis von Personen und Organisationen aus Naturschutz, Friedensarbeit, Kirche, Gewerkschaften, Jugendverbänden, Verbraucherverbänden, Kinderschutz, Frauengruppen und vielen anderen, auf das vielleicht in Zukunft noch zurückgegriffen werden kann. Unsere — zugegeben schwierige — Aufgabe wird jetzt sein, die enttäuschte Erwartungshaltung der vielen Unterstützer/innen des Volksbegehrens so aufzufangen, daß zwar einerseits ein Lernprozeß über Machtverhältnisse stattfindet, andererseits aber diese Erkenntnis nicht in Resignation umschlägt.

Dieses Problem hatten bisher allerdings alle Bewegungen, die z.B. nach einer Großdemonstration in das gleiche Loch gefallen sind. Als Wahlkämpferin für die GRÜNEN möchte ich, last, but not least, hoffen, daß die Enttäuschung über die SPD-Entscheidung einigen Leuten mehr die Augen geöffnet hat.

Warten wir ab. Vielen Dank für unser Gespräch.

Anfang Mai 86: Nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl kündigt Grünen-Sprecher Lukas Beckmann die Durchführung eines Volksbegehrens in NRW an, Motto: „*Wir machen den ersten Schritt zum Ausstieg aus der Atomenergie — jetzt!*" Juristen arbeiten an der Formulierung eines Gesetzestextes als Grundlage für die Unterschriftensammlung, die Grünen basteln an einem Trägerkreis.

12. Juni 86: Die Unterschriftenlisten werden vorgelegt und erste örtliche Unterstützerkreise ins Leben gerufen. Das Volksbegehren soll per Gesetz die Atomanlagen in Landeseigentum überführen, damit auf diesem Umweg das Land den Ausstieg beschließen kann.

24. Juni 86: Nachdem sich die Ahauser beschwert haben, daß „ihr" Zwischenlager vergessen worden sei, trägt auch der KB in einem „Offenen Brief eine Kritik an dem Herangehen an die Kampagne vor (s. AK 272). Eine Antwort gibt es nicht.

Ende Juni 86: Als es mit dem Unterschriftensammeln losgeht, hat sich auf dem Papier ein riesiges Bündnis versammelt: Neben Grünen und Jusos sind Jungdemokraten, BUND, Kinderschutzbund, diverse ASten, die Falken, kirchliche Kreise, DKP, Humanistische Union, WSL/NRW und zahlreiche BIs vertreten. Bei der radikalen Linken hingegen herrscht vielfach die Furcht vor der manipulierten Mehrheit der Bevölkerung vor, die hier angesprochen werde.

Anfang August 86: Nach gut einem Monat sind 100.000 Unterschriften beisammen, über 20.000 stammen allein aus Bielefeld. SPD-Sprecher Clement fordert die Sozialdemokraten auf, sich nicht zu beteiligen. Die Jusos bleiben nach internen Debatten bei der Aktion, kündigen aber ein mögliches Überdenken an. (s. AK 273)

8. September 86: Es ist bei 100.000 Unterschriften geblieben, die beim NRW-Innenminister abgegeben werden.

13. September 86: Die Jusos kündigen an, daß sie bei einer Ablehnung durch die Landesregierung nicht mehr bei der Klage vor dem Landesverfassungsgericht mitmachen werden. (s. AK 274)

30. September 86: Innenminister Schnoor lehnt die Zulassung des Volksbegehrens mit juristischer Begründung ab.

31. Oktober 86: Der Trägerkreis der Kampagne legt beim Staatsgerichtshof Verfassungsbeschwerde ein.

Fortsetzung von Seite 1

Syrien — das neue Zentrum des Terrorismus?

— Unklar sei, so der „Spiegel", „*welcher der mindestens vier syrischen Geheimdienste hinter der Operation steckt. Deren wachsende Eigenständigkeit belegt, daß womöglich ein schleichender Machtverfall Assads eingesetzt hat.*"

Assad selbst hat in einem Interview mit der „Time" (20.10.) zu dem Londoner Attentatsversuch gesagt: Syrien habe an so einem Anschlag kein Interesse, da die Sprengung eines israelischen Flugzeugs nichts gegen Israel ausrichte. Es sei logisch, hinter dem Anschlag Geheimdienste, vor allem den israelischen, zu vermuten, die von solchen Dingen profitieren. Wenn Syrien seine Finger in der Sache gehabt hätte, wäre Hindawi gar nicht erst vor ein britisches Gericht gestellt worden — sondern, soll mensch wohl ergänzen, er wäre gleich „beseitigt" worden. Hindawi sei nämlich, so Assad weiter, nach dem Scheitern des Attentatversuchs in der Botschaft Syriens in London erschienen und habe behauptet, mit syrischen Stellen zusammenzuarbeiten. Das Botschaftspersonal sei überrascht gewesen und habe deswegen Kontakt zu syrischen Sicherheitsdienststellen aufgenommen. Die Botschaft habe daraufhin Anweisung erhalten, Hindawi rauszuschmeißen oder im Fall seiner Weigerung die britische Polizei zu informieren.

Tatsache ist, daß Hindawi von der syrischen Botschaft in London weder versteckt noch geschützt wurde; im Gegenteil sorgte diese dafür, daß Hindawi sich der britischen Polizei stellte. Daß sich die Botschaft vorher in Damaskus abgesichert hat, wie Assad berichtet, kann als sicher gelten. Falls Hindawi also, wie er im Verhör ausgesagt, aber später widerrufen hat, mit syrischen Stellen kooperiert hatte, so müßte es jedenfalls andere Stellen gegeben haben, die gegensteuerten. Die FAZ, eigentlich nicht bekannt für Beschwichtigungspolitik gegenüber terroristischen Brand- und Eiterherden, fragt sich denn auch: „*Vielleicht haben sich da einheimische Regimegegner oder ‚agents provocateurs' etwa aus Israel oder dem Irak in ihre* (der Geheimdienste)" *Reihen eingeschlichen, die Syrien entgegen dem Willen seiner Führung in eine kriegerische Auseinandersetzung hineinziehen wollen.*" (28.10.)

Viele widersprüchliche Interessen begegnen sich offensichtlich auf diesem Schauplatz. Die Konstellationen sind nicht nur unübersichtlich und kompliziert, sondern hin und wieder auch total absurd. Syrien beherbergt die radikalsten palästinensischen Gruppen und bekämpft Arafats PLO als opportunistischen Haufen, der im Solde der USA stehe. Zugleich aber kann der syrische Verteidigungsminister Tlas erklären: „*Strauß ist ein persönlicher Freund von Präsident Assad und auch von mir. Unsere Beziehungen sind sehr alt. Sie kennen meine Schwäche für das deutsche Volk, ich liebe Strauß, mein Herz schlägt für Bayern. Von Zeit zu Zeit kommt Strauß zu uns, oder wir besuchen ihn, um über die internationale Lage und arabische Politik zu sprechen. Stets sind wir einer Meinung.*" („Spiegel", 22.9.)

Seltsam: der gleiche Strauß gilt als guter Freund von israelischen Politikern wie Perez, überhaupt als verläßlicher Freund Israels. Er kann sich sogar in Israel hinstellen und bundesdeutsche Waffenlieferungen an arabische Staaten befürworten. Dann widerspricht man ihm natürlich, aber man nimmt es ihm offensichtlich nicht krumm. Strauß war Wehrmachtsangehöriger und NS-Schulungsfunktionär. Ein Wort des Bedauerns darüber hat von ihm noch niemand vernommen. Schon in den 60er Jahren vertrat Strauß barsch das „Recht der Deutschen, von Auschwitz nichts mehr hören zu wollen". Nicht einmal das hat offenbar seinem blendenden Ruf als Freund Israels schaden können. Ein Politiker, der in Syrien so gern gesehen wird wie bei dessen angeblichem Hauptgegner Israel. Wie soll man sich da noch zurechtfinden?

Eine Prognose sei jedoch gewagt: Nachdem die Sowjetunion früher schon in Ägyten etliche Milliarden an Waffenlieferungen und Finanzhilfe in den Sand gesetzt hat, wird sich Syrien wohl in nicht allzu ferner Zukunft als zweite grandiose Fehlinvestion erweisen und abgeschrieben werden müssen.

Kt., Hamburg

Eine Front — welche Front?

Zur Entwicklung des internationalen Terrorismus

6.9.86: Massaker in einer Synagoge in Istanbul — 21 Tote.
8.9.86: Massaker auf dem Flughafen von Karatschi — 19 Tote.
17.9.86: Bombenexplosion vor einem französischen Kaufhaus — 5 Tote.

Eckdaten einer Eskalation. Die bürgerliche Presse redet vom „unerklärten Krieg" gegen die Menschenrechte, von „Libanonisierung" der westlichen Welt. Israel kündigt im Einverständnis mit den USA an, die „Führer" des Terrors nun endgültig liquidieren zu wollen. „Die Rache wird furchtbar", titelt BILD. Die französischen Behörden verhängen einen faktischen Ausnahmezustand. In London halten die EG-Innenminister Krisenrat.

Moskau verurteilt die Anschläge. Die PLO, Syrien, Libyen, der Iran distanzieren sich. Die europäische Linke zeigt sich verwirrt. — Die RAF tut so, als könne sie das alles ignorieren. Mehr noch: Sie ermordet Eckart v. Braunmühl, begründet die Tat als Beitrag gegen den deutsch-arabischen Dialog, für die Stärkung der europäischen Widerstandsfront im antiimperialistischen Klassenkrieg. Zu den Massakern schweigt sie.

In der BRD reden nach den Zimmermännern jetzt auch die Bangemänner vom Krieg der Terroristen und handeln entsprechend. Anerkennung des Terrorismus als kriegsführende Partei? Aber wem nützt das Gespenst der „Libanonisierung"? Wem nützt die undefinierbare Vermischung von Befreiungskämpfen, terroristischen Massakern und Krieg zu einem einzigen Bedrohungssyndrom?

Istanbul, Karatschi, Paris — eine Front? Welche Front?

Schauen wir uns die Lage an: Der kürzlich erschienene Jahresbericht des Jaffee-Instituts der Universität Tel Aviv zum internationalen Terrorismus gibt für 1985 an: Verdoppelung der Terroraktionen von 349 in 1984 auf 639 in 1985, 47% der Aktionen in Europa, 19,8% in Lateinamerika, 17,2% im Nahen Osten, erhebliche Steigerung der Brutalität. In 46 Fällen waren die Opfer US-Bürger. Ein Drittel aller Aktionen seien von Palästinensern und Schiiten durchgeführt worden, dabei 60% aller spektakulären 'Auslandsaktionen von Abu Nidal, gefolgt von der Al Fatah, der PLO, der Gruppe Abu Mussah, einer PLO-Absplitterung.

Aus derselben Quelle berichtet die „Allgemeine jüdische Wochenzeitung" (ajw) unter der Überschrift „Eine unheilige Allianz des Terrors", Iran, Libyen und Syrien hätten 1985 eine Arbeitsteilung zum Einsatz ihrer Terrorgruppen beschlossen: Syrien unterstütze die „Palästinensische Errettungsfront", die Abu Mussa-Gruppe und die von Djibril, Habbasch und Hawathme geleiteten Organisationen (PFLP-Generalkommando, PFLP und DPFLP), Libyen die Abu-Nidal-Gruppe, die ihre Ausbildungslager und Büros in Libyen und Syrien habe, Iran die fundamentalistischen „Hizb Allahs" (Partei Gottes) den „Islamischen Djihad" (Heiliger Krieg) und die islamischen „Amal". Alle diese Gruppen hätten Büros in Damaskus und Ausbildungslager in der syrischen Bekaa-Ebene.

Am 4.2.86 habe in Libyen eine Konferenz „radikaler arabischer Terrorgruppen" stattgefunden. Teilgenommen hätten die in der „palästinensischen Errettungsfront" repräsentierten, sowie libanesische Gruppen. Am 15.3.85 habe in Tripolis eine zweite Konferenz des „Weltzentrums für den Kampf gegen Imperialismus, Zionismus, Rassismus und Faschismus" stattgefunden. Daran seien etwa tausend Vertreter terroristischer Gruppen aus der ganzen Welt beteiligt gewesen, darunter Vertreter aus Lateinamerika, Europa und Südostasien.

Die Ziele der drei Partner Syrien, Libyen, Iran seien gleichermaßen expansionistisch und antisemitisch: Präsident Assad träume von einem großsyrischen Reich unter Einschluß von Libanon und Israel, Ghaddafi von einem arabisch-afrikanischen Imperium, Chomeini von einer vereinigten arabo-islamischen (wäre hinzuzufügen: persischen) Welt. Die PLO und andere palästinensische Führer seien willige Werkzeuge in den Händen dieser drei Führer. (ajw 3.5. und 8.6.86)

Monatliche Informationen dieses vom Mossad und „befreundeten Diensten" bestens versorgten „Zentrums für strategische Studien" in Tel-Aviv geben, ergänzt durch Berichte entsprechender Zentren strategischer Forschung in den USA wie der Rand Corporation u.ä., die aktuellen Stichworte. Von „FAZ" über „Spiegel" bis „BILD" wird aus der Quelle geschöpft. Auch was die Bundesregierung unter dem Stichwort „Der Terrorismus — eine akute Bedrohung der Menschenrechte" kürzlich anläßlich einer in Stuttgart Mitte 85 abgehaltenen Tagung der „Deutschen Sektion der europäischen Konferenz für Menschenrechte" zum Thema vorzubringen wußte, ist authentischer in israelischen oder US-amerikanischen Orginalen zu lesen, Tenor: Nahost-Terrorzentrale, moskau-gesteuert. Interessant dagegen eine Resolution, die auf der erwähnten Konferenz verabschiedet wurde: In ihr wird gewarnt, die Völker müßten sich wappnen, da der Terror „kriegsähnliche Ausmaße" annehmen werde. (1)

Die entsprechenden Fakten setzten die USA. Mit ihrer Bombardierung von Tripolis im Mai dieses Jahres demonstrierten sie ihre Interventionsbereitschaft und versuchten, auch die europäischen Staaten in diese Politik tiefer hineinzuziehen. Mensch erinnere sich an die Affäre um die „Achille Lauro" im Oktober 85, als die USA noch nach der durch Vermittlung der PLO abgebrochenen Entführung das Flugzeug kaperten, das die Entführer nach Italien bringen sollte. Die USA wollten mit den Entführern zugleich den PLF-Vermittler Abu Abbas vor ein amerikanisches Gericht stellen. Italien legte sich allerdings quer, ließ Abu Abbas ausreisen und lieferte die übrigen nicht an die USA aus, sondern holte sie in Italien vor Gericht. Mensch erinnere sich an den Versuch, über das Attentat auf die Discothek „La Belle" in West-Berlin im Mai 85 die Europäer direkt in das US-amerikanische Tripolis-Abenteuer hineinzuziehen, was ebenfalls nur z.T. gelang. Nur vor diesem Hintergrund wird die neueste Eskalation verständlich.

„Krieg" in Frankreich

Am 25.10.84 betrat ein algerischer Staatsbürger namens Abdelkader Saadi eine Polizeistation in Lyon. Er bat um Schutz vor der Verfolgung durch Geheimagenten des Mossad. Der Schutz wurde ihm gewährt, mehr: er wurde verhaftet.

Nach Angaben der französischen Polizei handelt es sich bei Abdelkaader Saadi um George Ibrahim Abdallah, angeblich einer der bis dahin meistgesuchten nah-östlichen Terroristen.

Abdallah wird beschuldigt, als Chef der FARL (Revolutionäre Libanesische Armee-Fraktion) verantwortlich zu sein für eine Reihe von schweren Attentaten und Attentatsversuchen in den Jahren 81/82, darunter die Ermordung des US-Militärattaches in Paris, Charles Ray, im Januar 82, sowie des Angehörigen der israelischen Botschaft in Paris, Yacov Barsimantov, drei Monate später.

Die vermeintlichen Mossad-Agenten, vor denen Abdallah Schutz gesucht hatte, waren Mitglieder der französischen Spionageabwehr DST, die von „befreundeten Diensten" auf seine Spur gesetzt worden waren.

Abdallah wird zunächst nur wegen unerlaubten Waffenbesitzes und Paßfälschung angeklagt. Ihm drohen vier Jahre Haft. Im Frühjahr 85 entführt die FARL daraufhin den Leiter des französischen Kulturinstituts in Tripolis, Gille Sydney Peyroles und bietet einen Austausch gegen Abdallah an. Unter Vermittlung des griechisch-katholischen Erzbischofs von Beirut, Hilarion Capucci, kommt der Handel zustande. Die FARL liefert Peyroles aus — nicht dagegen die französische Regierung Abdallah. Stattdessen werden aus Kreisen der Polizei jetzt Funde aus einer Pariser Wohnung Abdallahs vorgelegt, die seine Beteiligung an den Attentaten der Jahre 81/82 belegen sollen. In der Wohnung sollen Beschreibungen jüdischer Einrichtungen und Organisationen, Stadtpläne israelischer Städte, 25 Kilo Sprengstoff, Munition und eine Pistole aus tschechoslowakischer Produktion, zwei polnische MPs , und vor allem die Waffe gefunden worden sein, mit der Barsimantov 82 erschossen worden war. Ein neues Verfahren gegen Abdallah wird eröffnet.

Die FARL spricht von Verrat. Im Dezember beginnt in Paris eine Serie von Bombenanschlägen, die sich gezielt gegen Geschäftszentren, Ausflugsziele, U-Bahnen und Fernverkehszüge richten. (siehe Chronologie) Bis März 85 fordern sieben Anschläge und Anschlagversuche zwei Tote, über 50 Verletzte, sowie erheblichen Sachschaden. Die Verantwortung übernimmt ein „Komitee für Solidarität mit den arabischen politischen Gefangenen" (CSPPA). Es begründet die Anschläge mit dem Verrat der französischen Regierung. Einzige bekanntgewordene Forderung: Die Freilassung Abdallahs.



George Ibrahim Abdullah vor Gericht

Folgen einer Nebenklage

Die neue Regierung unter Chirac will zunächst den verpatzten Handel erneuern: Lt. Bericht der Zeitschrift „Le canard enchaine" vom September 86 habe Chirac Kontakt über den französischen Geheimdienst DST herstellen lassen. Unter algerischer Vermittlung sei ein Treffen von DST-Agenten und Libanesen in Madrid zustandegekommen. Kurz darauf sollen zwei französische Abgesandte die syrische Regierung um Einflußnahme auf die FARL und um Hilfe bei den Bemühungen um den Austausch der sieben im Libanon durch Mitglieder der „Hizb Allah" seit mehr als einem Jahr als Geiseln festgehaltenen Franzosen gebeten haben. Die französische Regierung habe offenbar die Absicht gehabt, die Anklage gegen Abdallah fallenzulassen und sich damit das Wohlverhalten der FARL zu erkaufen. Das Flugzeug für Abdallah habe schon bereit gestanden. Das Vorhaben sei Mitte Juni an die USA verraten worden, die sich daraufhin als Nebenkläger im Fall Ray in den Prozeß gegen Abdallah eingeschaltet hätten, um die weiche Linie der französischen Behörden zu Fall zu bringen.

Der französische Innenminister Pasqua dementiert: „Wir verhandeln nicht." Es gebe keinen Zusammenhang zwischen den Anschlägen in Paris und der Frage, wie die entführten Franzosen wieder freikommen könnten. Paris habe vielmehr ein Gespräch mit dem Iran mit dem Ziel der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen begonnen. Darüber sei vielleicht etwas für die Gefangenen zu erreichen.

Ende August kündigt eine „französische Befreiungsfront" in „Le Monde" Vergeltungsattentate an, falls die Regierung ihre „Katzbuckelei vor den arabischen Terroristen" nicht einstelle. Die Polizei erklärt, es handle sich um rechte Kräfte im Sicherheitsapparat, die die Bemühungen der Regierung um einen Ausgleich mit den nah-östlichen Terroristen unterlaufen wollten.

Zwei Wochen zuvor hatten sich vier Mitglieder der „SOS-France", einer militant rassistischen Abspaltung der „Nationalen Front", bei der Vorbereitung eines Bombenattentats auf dem Markt von Toulon selbst in die Luft gesprengt. Die „SOS-France" gilt als verantwortlich für eine Reihe von mindestens sechs schweren Anschlägen in Marseille, Toulon, Frejus und Draguignan gegen Kneipen, Geschäfte u.ä. von Nordafrikanern und Verkaufsstellen von „SOS-Racisme".

Am 5.9.86, einen Tag vor den Massakern in Karatschi und Istanbul, nimmt die CSPPA ihre Anschlagserie wieder auf. Ein Anschlag auf die Schnellbahn RER am 5.9.86 schlägt fehl. Vier Tage darauf zerfetzt eine Bombe im Postamt des Pariser Rathauses eine Postbedienstete. Außerdem werden 18 Personen verletzt. Es folgt jetzt Bombe auf Bombe, eine bestialischer plaziert als die andere: Am 12.9. in der Cafeteria eines Vorort-Kaufhauses von Paris während der Haupt-Essenszeit, in der sich dort bis zu 1000 Menschen aufhalten. Am 14.9. im Jugendlichen-Treffpunkt „Pub Renault" auf den Champs Elysees. Am 15.9. in der Führerschein-Ausgabestelle des Pariser Polizeipräsidiums. Schließlich am 17.9.86 als bisheriger blutiger Höhepunkt vor dem Pariser Billigkaufhaus Tati zur beliebtesten Einkaufszeit. Die Zahl der Opfer hat sich nach diesem elften Anschlag auf zehn Tote und über 250 Verletzte, davon zehn Schwerstverletzte, erhöht. Der Sachschaden geht in die Millionen.

Zu allen Anschlägen bekennt sich die CSPPA. Aus Beirut läßt sie erklären: „Wir betrachten jeden Franzosen, egal, wo er sich befindet, als unser Ziel." Ihre Forderung ist nach wie vor die Freilassung Abdallahs, inzwischen allerdings ergänzt um die Forderung nach Freilassung des Syrers Anis Nacoche und des Armeniers Warodschan Garbidschan. Nacoche wurde wegen eines (mißglückten) Anschlags auf den Ex-Premier des Schah, Schapur-Bachtiar in Frankreich zu lebenslanger Haft verurteilt. Ebenso Garbadschan wegen des Anschlags auf dem Flughafen von Orly (acht Tote) im Sommer 83.

Desweiteren droht die Gruppe jetzt mit einer Ausweitung ihrer Aktivitäten gegen Italien und die USA. In Italien sitzen die FARL-Mitglieder Abdallah el Mansouri und Josephine Abdo Sarkis wegen Mordes an dem Leiter der Sicherheitsgruppe der UN für die Sinai-Halbinsel Haftstrafen von 16 Jahren ab. Italienische Justizbehörden verlangen zudem die Auslieferung Abdallahs, um ihn zusammen mit einer in Italien einsitzenden Mitkämpferin, Laqueline Esbar, wegen des Mordes an Barsimantov abzuurteilen. Angesichts der Attentate in Paris erklärt Ministerpräsident Craxi die Auslieferung Abdallahs nach Italien allerdings für nicht wünschenswert. Öffentliche Erklärungen der Amerikaner sind mir nicht bekannt.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Reaktion, Spekulation, Gerüchte

Die katastrophalen innenpolitischen Folgen der Anschlagserie skizziere ich nur: Visumszwang für alle Personen, die nicht aus EG-Ländern oder der Schweiz stammen, Demonstrations- und Kundgebungsverbot, Militärkontrollen an Grenzen und Flughäfen. Chirac erlärt, man werde sich nicht erpressen lassen und kündigt härteste Vergeltungsmaßnahmen an. Der Chef der „Nationalen Front", le Pen, ebenso wie der frühere Innenminister Giscards, Poniatowski, fordern Wiedereinführung der Todesstrafe. Eine zu diesem Zeitpunkt durchgeführte Repräsentativ-Umfrage zur Todesstrafe ergibt 71% Stimmen dafür. Antiafrikanischer und anti-arabischer Rassismus, von der Regierung mit Ausweisungsmaßnahmen angeheizt, kocht in der Bevölkerung hoch. Kritische Stimmen werden kaum laut. Selbst eine Zeitung wie „Liberation" erklärt, die Erpressungsversuche von Terroristen dürften nicht über den Rechtsstaat den Sieg davontragen. Frankreich erlebt eine bisher dort nicht für möglich gehaltene Einschränkung demokratischer Freiheiten. Lediglich aus der KPF kommt eine Stimme wie die von Andre Lajoinie, kommunistischer Fraktionschef in der Nationalversammlung, der es wagt daraufhinzuweisen, daß eine „mögliche Manipulation Israels und des CIA bei den Attentaten in Frankreich nicht ausgeschlossen" werden könne. Ihm wird daraufhin vorgeworfen, zu den Methoden des „Kalten kriegs" zurückgekehrt zu sein.

International laufen die Räder heiß: „Kolloquium zum arabischen Terrorismus" in Los Angeles, Generalversammlung der Internationalen Zivilluftfahrtbehörde (ICAO) in Montreal, Tagung der Internationalen Organisation der Fluggesellschaften (IATA), Tagung des UNO-Sicherheitsrates. In Europa kommen auf Initiative Frankreichs mehrere Sondersitzungen der EG-Innenminister zu Fragen des „grenzüberschreitenden Terrorismus" zustande. Beschlossen wird eine Intensivierung des Informationsaustausches zwischen den Grenzbehörden, Kontrolle von Diplomatengepäck, Intensivierung der grenzüberschreitenden Fahndung, Einführung eines neuen internationalen verschlüsselten Kommunikationsnetzes der Polizeiapparate. Insbesondere sollen künftig periodische Analysen zur Bedrohung durch den Terrorismus erstellt und wichtige Organisationen und Kader der entsprechenden Organisationen intensiver beobachtet werden. Weitere praktische Maßnahmen werden nicht bekannt. Die französische Polizei leitet eine internationale Steckbrieffahndung nach zwei Brüdern Abdallahs ein. Sie muß

Maßnahmen werden nicht bekannt. Die französische Polizei leitet eine internationale Steckbrieffahndung nach zwei Brüdern Abdallahs ein. Sie muß

aber abgesetzt werden, als sich die Gesuchten aus Beirut mit Alibi melden. Im übrigen herrscht über konkrete Maßnahmen im internationalen Rahmen offiziell Schweigen. Die französische Presse spekuliert über alle bekannten nahöstlichen, vor allem aber über syrische oder iranische Hintermänner der Attentatsserie, Motto: „Der unerklärte Krieg", „Beirut in Paris" usw. Ebenso in der BRD. Abu Ijad erklärt namens der PLO in Paris, der syrische Geheimdienst unterhalte sowohl zur „Armenischen Befreiungsarmee" als auch zur CSPPA gute Beziehungen. Meldungen über Verhandlungen mit der FARL werden von der Regierung, wie schon früher, dementiert. Undementiert bleibt hingegen, daß der schon in der Peyroles-Affäre aktive Capucci Abdallah im Gefängnis besucht habe.

Erst nach einem Monat, am 30.10, meldet „Le Monde", die französische Regierung habe mit Hilfe syrischer und algerischer Geheimdienste einen Waffenstillstand mit der FARL erreicht. Die FARL habe sich in Erwartung eines milden Urteils in Sachen Abdallah bereit erklärt, keine weiteren Attentate durchzuführen. Von Nacoche und Garbadschan, auch von den Drohungen gegen die USA und Italien ist seitdem nicht mehr die Rede. Der syrische Geheimdienst, dem die Aktivitäten der FARL bekannt seien, habe erklärt, seinen Einfluß auf die FARL geltend machen zu wollen. Chirac spricht von einer „Arm in Arm"-Kooperation des französischen und des syrischen Geheimdienstes. Das obligate Dementi der Regierung, es werde nicht verhandelt, bestätigt eher diese Meldung. Fakt ist, daß die Attentatsserie seit dem Anschlag auf das Kaufhaus Tati am 17.9. unterbrochen ist. Fakt ist, daß Frankreich sich gegenüber den von der Konferenz der EG-Außenminister zur selben Zeit erörterten Sanktionen gegen Syrien zurückhält und daß Chirac sogar Syrien für die Zusammenarbeit dankt. Fakt ist, daß die ersten Geiseln inzwischen ausgetauscht wurden. (Siehe Artikel zu Frankreich in diesem AK)

Wer ist Abdallah?

George Ibrahim Abdallah, 35, maronitischer Christ, stammt aus dem von Syrien kontrollierten Norden Libanons. Nach übereinstimmenden Pressemeldungen soll er zunächst lange Zeit Mitglied der „Syrischen nationalsozialistischen Partei", verharmlosend auch „Syrische nationale Volkspartei" (PPS), gewesen sein, seit ihrer an die NSDAP angelehnten Gründung 1934 wichtigste rechtsradikale Kraft in Syrien. Noch heute sollen die Partei und ihre Miliz ein leicht abgewandeltes Hakenkreuz in ihrem Emblem führen. Hauptziel der Partei, auch in ihren linken Abspaltungen, sei das großsyrische Reich unter Einschluß des Libanon, Iraks, Kuweits, Palästinas und Zyperns, sowie der südlichen Gegenden der Türkei, in denen heute arabische Minderheiten leben. Zentren der Partei seien einige Dörfer östlich von Beirut, die Hafenstadt Tripoli und vor allem der Norden Libanons, aus dem Abdallah stammt.

Von der PPS soll Abdallah zusammen mit anderen aus seinem Familien- und geographischen Zusammenhang zur KP Syriens, von da zur Habbash-Gruppe (PFLP) gegangen sein, habe dann die FARL gegründet, die seit 1981 in Europa aktiv sei.

Die „FAZ" spekuliert unter Berufung auf den italienischen Geheimdienst und die Schweizer Polizei über enge Verbindungen der FARL zu den „Roten Brigaden" und zur „action directe". Eine Französin „T.", Mitglied der trotzkistischen „Revolutionären Kommunistischen Liga" (LCR) habe als Kontaktperson gedient. Die jüngste Offensive der FARL sei durch ein Treffen am 1. Mai 86 in Zürich vorbereitet worden. Die FARL unterhalte auch ein Schweizer Nummernkonto. Frederic Oriach, „einer der gefährlichsten Leute" von „action directe", habe sich kürzlich in Damaskus aufgehalten und in einem Interview seine Sympathie für die FARL bekundet. Polizei-Spekulationen wollen auch wissen, daß das Kürzel „FAR..." im Anklang an die RAF gewählt worden sei.

Die Attentate der FARL in Europa 81/82 richteten sich gegen israelische und US-amerikanische Institutionen und Repräsentanten. So neben den schon genannten Charles Ray und Yacov Barsimantov auch gegen den 1. Sekretär der US-Botschaft in Paris, Addison Chapman, der den Anschlag überlebt, am 12.12.81. Verteidiger Abdallahs ist übrigens Anwalt Jaques Verges, der auch den früheren Lyoner GeStaPo-Chef Barbie verteidigt.

Ob der syrische Geheimdienst über die Aktivitäten der FARL im Detail

Verges, der auch den früheren Lyoner GeStaPo-Chef Barbie verteidigt.

Ob der syrische Geheimdienst über die Aktivitäten der FARL im Detail

unterrichtet war, bleibt der Spekulation überlassen, ebenso wie die Tatsache angeblicher Kontakte zu europäischen Gruppen. Sicher ist nur, daß die Aktivitäten der FARL geheimdienstlich kein Geheimnis waren — weder für „westliche" noch für andere Dienste. Hieraus ließe sich alles und nichts ableiten. Bedenkenswert scheint nur, daß eine kleine Gruppe wie die FARL, von der zudem ein Teil bereits in europäischen Knästen sitzt, kaum aus eigener Kraft in der Lage gewesen sein dürfte, eine derartig konzentrierte Aktivität über einen so langen Zeitraum zu entfalten.

Bleibt schließlich die Frage „cui bono", „wem nützt es?", wenn mensch sich nicht mit der zwar möglichen, aber überaus dürftigen Erklärung zufriedengeben will, die Massaker bloß als Versuch der Gefangenenfreipressung, also als Form eines auf menschenverachtende Methoden abgesunkenen, fanatisierten oder wie auch immer durchgeknallten antiimperialistischen Befreiungskampfes zu erklären — wie es die bürgerliche Presse mit wahrem Vergnügen tut, die die Linke hämisch auffordert, ihr Verhältnis zum Terrorismus jetzt neu zu definieren!

Jenseits jeder Spekulation sind folgende Interessen zu berücksichtigen:

Erstens: Der Versuch, Druck auf Frankreich auszuüben, um es zur Aufgabe seiner, noch aus der ehemaligen Mandatsrolle für den Libanon resultierenden, Vermittlerstellung im Nahen Osten zu veranlassen. Speziell die französische Präsenz im Rahmen der UNIFIL-Truppen ist unterschiedlichsten Kräften ein Dorn im Auge. Das gilt sowohl für Israel, das die Bewegungsfreiheit der von ihm kontrollierten „Armee des Südlibanon" im „Sicherheitspuffer" zwischen Libanon und Israel eingeschränkt sieht, als auch für die proiranischen „Hizb Allah", denen die UNIFIL-Truppen als Hindernis auf ihrem Weg nach Jerusalem gelten. Es gilt aber wohl kaum für die PLO.

Frankreich im 'Krieg gegen Terroristen'

Paris fühlt sich von Arabern bedroht / Erneutes Attentat auf eine Pariser Polizeidirektur fordert 35 Verletzte / Drakonische Anti-Terror-Maßnahmen: Generelle Visumpflicht, außer für EG-Bürger und Schweizer / Militär kontrolliert Grenzen und Flughäfen

In Paris redet man schon vom „Kriegszustand"

Nach dem Attentat auf das Postamt im Pariser Rathaus, das ein Menschenleben forderte, ist von einer Eskalation der Auseinandersetzung die Rede / Die mutmaßlichen Attentäter von der libanesischen FARL fordern die Freilassung ihres ...

Terroristen Krieg erklärt

„Mobilmachung Frankreichs gegen den Terrorismus"

Eine neue Kriegsform

Briten wollen EG-Sanktionen

London fordert gemeinsame Schritte gegen Syrien



Die Terroristen haben der Bundesrepublik Deutschland den Krieg erklärt

viel größer geworden. Aus diesem Grund geht es nicht ohne persönliche Vorsorgemaßnahmen, ohne die Aufmerksamkeit der Nachbarn und Freunde, ohne Mitfahndung der Be- ständnis für die Ablehnung verdeckter Ermittler. Wer so etwas auf sich nimmt, das ist ein Kreuz, das er für andere hier mitträgt. Den Leuten muß man jede Hilfe und Fürsorge Sie die Verpflichtung demgegenüber, der sich stellt?
Zimmermann: Der kann ein neues Leben anfangen, mit neuen Papieren...

Zweitens der Versuch, Einfluß auf die Haltung Frankreichs im iranisch-

Zweitens der Versuch, Einfluß auf die Haltung Frankreichs im iranisch-irakischen Krieg zu nehmen. Bisher beliefert Frankreich den Irak im großen Stil und offiziell mit Waffen, den Iran dagegen nur heimlich. Wegen der hohen Verschuldung des Irak sollen die Waffenlieferungen an diesen jetzt eingeschränkt, andererseits mit den Verhandlungen zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen offenbar auch Gespräche über Waffenlieferungen an den Iran angeschoben werden. Die länger als ein Jahr andauernde Geiselnahme von sieben Franzosen durch die „Hizb Allah" steht in diesem Zusammenhang. Motive für Erpressungsaktionen liegen auf Seiten des Iran ebenso wie auf Seiten des Irak, nicht zuletzt auch auf Seiten rechter Kräfte der französischen Rüstungsindustrie und des Sicherheitsapparates, die eine diplomatische Lösung des Konflikts verhindern wollen. Auch die imperialistischen Konkurrenten Frankreichs im Waffengeschäft wollen wir nicht vergessen. Andeutungen der französischen Regierung über Verhandlungen mit dem Iran lassen entsprechende Problemlagen vermuten.

Schließlich muß mensch nicht gleich die CIA persönlich bemühen, um das Interesse der USA in dieser Sache zu erkennen. Die geradezu provokatorische Verschärfung der Prozeßführung gegen Abdallah durch den USA-Nebenkläger zeigt, daß die FARL objektiv allemal eine Figur auf dem Brett der Eskalationsstrategie der USA im Nahen Osten ist. Wie weit die CIA in dieser Angelegenheit etwa direkt mit rechten Kräften im französischen Sicherheitsapparat kooperiert hat, diese Kräfte gar selbst von rechts nachgeholfen haben, wie Andre Lajoinie vermutet, muß z.Zt. offen bleiben.

Istanbul

Nur einen Tag nach der Wiederaufnahme der Anschlagserie durch die FARL mähen zwei arabisch sprechende Attentäter die zum Gebet versam-

melten Gläubigen in der größten Synagoge Istanbuls mit MPs nieder. Als sie feststellen, daß ihnen der Fluchtweg

melten Gläubigen in der größten Synagoge Istanbuls mit MPs nieder. Als sie feststellen, daß ihnen der Fluchtweg versperrt ist, sprengen sie sich selbst nach dem Ruf „Gott ist groß" mit Handgranaten in die Luft: 21 türkische Juden werden getötet, viele verletzt. Nur ein Junge bleibt unverletzt.

Im Anschluß übernehmen diverse Gruppen die Verantwortung. Eine Gruppe erklärt angeblich namens einer Gruppe „Islamischer Widerstand", der Anschlag sei Vergeltung für die israelischen Überfälle auf die Dörfer im Südlibanon. „Islamischer Widerstand" dementiert. In Zypern bekennt sich eine „Palästinensische Racheorganisation". In der Türkei meldet sich eine „Organisation für Nordarabische Einheit". Schließlich bekennt sich noch eine „Internationale Kampffront — Gruppe Märtyrer Amrusch". In Tunis distanziert sich Salah Chalaf namens der PLO.

In der türkischen Presse wird vermutet, die Attentäter hätten ihre Waffen auf diplomatischen Kanälen über die Vertretungen Syriens, Libyens oder des Iran erhalten. BILD behauptet sogar zu wissen, daß der libysche Rundfunk die Synagoge als zionistischen Geheimdiensttreffpunkt bezeichnet habe.

Der „Spiegel" — natürlich gestützt auf Informationen aus Tel Aviv — ist auf einer heißeren Spur: Er weiß von ostdeutschen Schuhen und einer sowjetischen Kamera zu berichten, die die Attentäter gehabt haben sollen. Im übrigen halte der türkische Ministerpräsident Özal eine Urheberschaft Libyens nicht für wahrscheinlich. Ein in Israel verhafteter Palästinenser soll einen der Attentäter identifiziert haben. Daraus hätten sich Hinweise auf die Abu-Nidal-Gruppe ergeben. Türkische Zeitungen hätten in den letzten zwei Jahren mehrfach von Drohungen der Gruppe Abu Nidals oder des „Islamischen Dschihad" berichtet. In Ankara wisse man bereits seit geraumer Zeit, daß die Türkei militanten Muslimgruppen ein Dorn im Auge sei: NATO-Anbindung an den Westen, gute Beziehungen zu Israel. Radikale Muslim im Nahen Osten verurteilten zunehmend auch den säkularisierten Kurs der türkischen Regierung. Englische Geheimdienstquellen wollen dagegen lt. „FAZ" von einer neugegründeten Organisation wissen, die von den „Hizb Allah" und einer im Iran residierenden militanten Organisation unterstützt werde. — Spekuliert wird rundum. Beweise legt niemand vor.

Karatschi

Zeitgleich entwickelt sich das Drama in Karatschi: Am 6.9. stürmen vier mit MPs bewaffnete Luftpiraten auf dem Flughafen von Karatschi einen Jumbo der PAN-AM mit Passagieren aus unterschiedlichsten Nationen. Ein US-Passagier wird beim Sturm der Geiselnehmer auf den Jumbo getötet, drei weitere Passagiere verletzt. Die Entführer verlangen, nach Larnaca (Zypern) geflogen zu werden. Über Telefon aus Nikosia/Zypern übernimmt eine Gruppe „Libysche Revolutionäre Zellen" die Verantwortung, wenige Stunden später eine weitere namens „Dschundullah" (Gotteskrieger) per Schreiben in Beirut. Beide geben an, an Bord befänden sich US-Agenten, die hingerichtet würden.

Nach einer halsbrecherischen Flucht der Jumbo-Crew durchs Cockpit-Fenster verlangen die Entführer eine neue, arabischsprechende Mannschaft. Nach zweitägigem Tauziehen setzen pakistanische Soldaten stattdessen an, die Maschine zu stürmen. Die Entführer antworten darauf mit einem MP-Massaker unter den Passagieren. Nach Augenzeugenberichten feuern sie mit dem Ausruf „Allah ist groß" panisch in die Menge, bis sie keine Munition mehr haben: 19 Tote, 150 Verletzte.

In Presseberichten werden die Entführer mal als pro-libysch, mal als proiranisch bezeichnet. Ghaddafi distanziert sich. Syrien distanziert sich. Ebenso der Iran. Moskau verurteilt die Anschläge. Ein paar Tage später heißt es in der „FAZ", die Geiselnehmer seien junge Palästinenser gewesen, die ohne die Unterstützung einer Regierung operierten. Beweise werden für keine der Versionen vorgelegt.

Später wird berichtet, die Entführer hätten deshalb nach Larnaca/Zypern geflogen werden wollen, weil sie Mitglieder der „Einheit 17", angeblich der Leibwache Arafats, freipressen wollten, die dort seit der Ermordung von drei Israelis im September 85 auf ihren Prozeß warten. Die PLO hatte sich damals von dem Attentat distanziert, die drei Israelis, zwei Männer und eine Frau, aber zugleich als Agenten des Mossad bezeichnet. Auch die Beschuldigungen gegen die PLO bleiben ohne Beweis.

Möglichkeiten...

Möglichkeiten...

Bleibt wieder die Frage, wem könnte es nützen? Schauen wir uns die angebotenen Varianten an:

Die **palästinensische Spur**: Richtig ist, daß nach dem Juni-Krieg 1967 Terrorismus eine dominierende Rolle im palästinensischen Kampf gespielt hat. Aber nach der mißglückten Aktion des „Schwarzen September" während der Olympiade in München 1972, wo der Versuch einer Entführung israelischer Sportler durch ein Kommando des „Schwarzen September" im MP-Feuer westdeutscher Polizei zusammenbrach, wurde deutlich, daß die Mehrheit der PLO und auch der Fatah Arafats von bewaffneten Kommando-Aktionen im Ausland als schädlich für die Sache der PLO abrückte und sich seit Sommer 73 von den meisten Auslandsaktionen scharf distanzierte. Dies hing eng mit der angestrebten diplomatischen Anerkennung der PLO und dem Auftreten Arafats vor der UNO im November 74 zusammen. Es betraf noch nicht das Vorgehen gegen israelische Zivilisten in Israel und den besetzten Gebieten selbst. Nach dem Oktoberkrieg 73, der die Einleitung eines „Friedensprozesses" unter US-Regie brachte, trat die Auseinandersetzung um die „politische Lösung", d.h. Verhandlungslinie oder bewaffneter Kampf, mit hinzu. 1974 kam es zu ersten Geheimabsprachen der PLO mit europäischen Regierungen. Basis des Gesprächs war der Verzicht auf Auslands-Aktionen und die Weitergabe von Informationen und aktuellen Warnungen über geplante Aktionen unkontrollierter Gruppen. Aus dieser Entwicklung ergab sich 1973/74 das Herausfallen von kleineren Verbänden aus der PLO, die sich auf den Terrorismus spezialisiert hatten, mit dem politischen Weg nicht zurechtkamen und ihn unter allen Umständen torpedieren wollten, wie die Abu-Nidal-Gruppe.

Seit der Vertreibung der PLO aus Beirut 1982 erklären die EG-Regierungen, an der Spitze die BRD,

im Rahmen des europäisch-arabischen Dialogs, die bisher einseitig mit der PLO zum einen, arabischen Ländern zum andern betriebenen Absprachen zu einer antiterroristischen Allianz, der sog. Troika zusammenschließen zu wollen. Die Bemühungen seien bisher daran gescheitert, daß man sich nicht auf eine Definition des Terrorismus einigen konnte. Tatsächlich bestehen schon die arabischen Partner darauf, die Annexionspolitik Israels als Quelle des Terrorismus zu benennen. Die EG-Partner dagegen sind unter dem Druck der USA und Israels nur bis zu Formulierungen wie ,,ungelöstes israelisch-palästinensisches'' Problem zu bewegen. Von Einigung zwischen PLO und EG-Staaten ist schon gar nicht die Rede.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, wer Nutzen davon hat, die PLO mit der Verantwortung für terroristische Aktionen zu belasten. Die PLO jedenfalls nicht. Interessant in diesem Zusammenhang, was die immer gut informierte ,,ajw'' von dem US-Strategen Anthony Cordesman, Vizepräsident des Eaton Analytical Assesments Center, Spezialgebiet: militärische Aspekte des arabisch-israelischen Konflikts, zu zitieren weiß. Der Amerikaner vertritt die These, der arabische Terrorismus zeitige seit Jahren schon ,,keinerlei Siege, sondern eine stetige Serie selbstverursachter Wunden''. Opfer des Terrorismus sei weniger Israel als die Araber. Der arabische Terrorrismus trage speziell zur Isolation der Palästinenser bei. Auch liberale amerikanische Juden seien inzwischen nicht mehr bereit, sich für Versöhnung einzusetzen. Zwar löse jeder neue Mord Aufmerksamkeit aus, erhöhe aber nur die Wut und Ablehnung. Kein westlicher Staat sei mehr bereit, sich erpressen zu lassen.

Gerade vor diesem Hintergrund ist die **Abu-Nidal-Spur** dagegen nicht von der Hand zu weisen. Massaker gegen Synagogen wie in Istanbul sind sozusagen ein Markenzeichen der Gruppe, so im August 81 in Wien (2 Tote, 18 Verletzte), im Oktober 81 in Antwerpen (3 Tote, über 100 Verletzte), im September 82 in Brüssel (4 Verletzte), im Oktober 82 in Rom (1 Toter, 34 Verletzte).

Mit solchen provozierenden Bluttaten, mit einer langen Reihe von Morden an verhandlungsbereiten Politikern der PLO, mit den Terroraktionen auf den Flughäfen von Wien und Rom im Dezember 85, geht die Abu-Nidal-Gruppe seit ihrer Abspaltung 74 gegen die verhandlungsbereiten Kräfte der PLO vor, sollen die Verhandlungen torpediert und soll die PLO zugleich international ins Abseits gebracht werden. Auf dieser Linie hätten auch die aktuellen Masssaker eine gewisse Logik, um die PLO nach der Niederlage
aktuellen Masssaker eine gewisse Logik, um die PLO nach der Niederlage
82 vollends in die Isolation zu drücken und neuerliche Verhandlungsinitiativen zu torpedieren.

Auch die antisemitische Ausrichtung der FARL würde in dieses Bild passen. Andererseits hat die Abu-Nidal-Gruppe niemals Anschläge gegen US-Einrichtungen oder Personen unternommen. Ebenso widerspricht der zwei Tage dauernde, dramatische Ablauf des Massakers in Karatschi der üblichen ,,Handschrift'' Abu Nidals, die sich gerade durch planmäßiges und professionelles Morden auszeichnet, nicht dagegen durch panische Schießereien, wie es von den Augenzeugen aus dem Jumbo in Karatschi geschildert wird.

Keineswegs abwegig ist die Vorstellung, daß sich interessierte Kräfte das Image Abu Nidals zunutze gemacht haben könnten. In Frage kämen alle, die an einer Eskalation der Konflikte im Nahen Osten Interesse haben.(Näheres zu Abu Nidal, siehe Anm. 2)

Die **iranische Spur**: Tatsache ist, daß sich auch im palästinensischen Raum, ebenso wie im östlichen und auch im südlichen Mittelmeerraum seit dem Sturz des Schah durch Ayatolla Chomeini, verstärkt seit Beginn der irakisch-iranischen Krieges 1979 schiitische und sunnitische Milizen bilden, die den Terrorismus um eine neue Variante erweitert haben.

Hervorzuheben ist die ,,Hizb Allah''. Gegründet 1982, ist sie inzwischen auf über 4000 Kämpfer angewachsen. Sie ist eine Abspaltung der national-schiitischen und pro-syrischen Amal-Bewegung, die bisher — in Konkurrenz zu Israels ,,Südlibanesischer Armee'' (SLA) — den Süden des Libanon kontrollierte. Die ,,Hizb Allah'' orientiert sich im Gegensatz zur Amal an der ,,Islamischen Republik'' Chomeinis. Sie wird ideell und materiell vom Iran unterstützt. Ihre Ausbilder sind iranische ,,Revolutionswächter'', ,,Pasdaran''. Ihr Todfeind Nr. 1 ist die USA, gefolgt von Israel als Nr. 2. Auf den Stirnbändern ihrer Kämpfer ist zu lesen: ,,Der Weg zum Sieg des Islam und nach Jerusalem führt über den Libanon.''

Senatoren wollen wissen, wie Geiseln freikamen

US-Kongreß soll Zusammenhang mit Waffenlieferungen an Iran klären / Tritt Shultz zurück?

Befreiung der Geiseln im Libanon Ergebnis der Annäherung USA-Iran

US-Außenminister wittert Verrat

Shultz droht mit Rücktritt, falls sich die US-Waffenlieferungen an den Iran bestätigen

Spitze Schreie erschüttern das Weiße Haus

Reagan rotiert in innenpolitische Krise um den Waffendeal mit Teheran / Am Mittwoch gab Reagan erstmals offiziel die Waffenlieferungen an den Iran zu / Dänische Seeleutegewerkschaft bestätigt wiederholte Lieferungen von Waffen und Ersatzteilen an den Iran

Waffen gegen Geiseln

USA liefern via Israel Waffen an das Khomeini-Regime / Reagan dementiert / US-Regierungsstellen umgehen eigenes Waffen-Embargo

Zwei Franzosen freigelassen

Geiselnehmer in Libanon: Paris machte Zusagen

Französische Geiseln in Beirut freigelassen

Paris soll Zusage an Forderung der vermutlich proiranischen „Revolutionären Gerechtigkeit" gegeben haben / Syrien vermittelte im Deal um die Freilassung der beiden Franzosen / Frankreich setzt Bemühungen um die Freilassung der restlichen Geiseln fort

Dänische Waffenbrücke nach Iran

Seeleute prangern Geschäfte der Reedereien mit dem Golfkrieg an

Reagan: Waffen waren kein Lösegeld

US-Präsident bestätigte offiziell Geheimkontakte zu Iran

Operationsgebiet der ,,Hizb Allah'' ist die sog. Sicherheitszone im Süden Libanons. Ihre Anschläge richten sich gegen die Besetzung des Gebietes: Einerseits gegen die UNIFIL-Soldaten, vor allem gegen die Mandatstradition Frankreichs, besonders aber gegen den Terror der SLA, die die ihr von den USA und Israel zugedachte ,,Pufferfunktion'' offensichtlich immer weniger erfüllen kann — zumal ihre Soldaten großenteils ebenfalls Schiiten sind.

Seit Beginn des Chomeini-Regimes gab es scharfe Zusammenstöße zwischen schiitischen Terroristen und den USA. Mensch denke an das über ein Jahr lang währende Geiseldrama in der Teheraner Botschaft 1979/80. Das Attentat auf das US-Hauptquartier in Beirut 1982 wurde von schiitischen Kamikaze-Fahrern ausgeführt. Beides gilt in den USA noch heute als Trauma: Aus 79 datiert der Amtswechsel von Carter auf Reagan, die Aufstellung einer Terrorismus-Liste seitens der USA, auf der seitdem der Iran an führender Stelle der Staaten steht, zu denen die USA wegen deren Unterstützung des Terrorismus nur eingeschränkte wirtschaftliche und diplomatische Beziehungen unterhalten. Aus 79 datiert die Grundlegung für Reagans Anti-Terror-Strategien, aus 82 deren aktualisierte Neuauflage. Die sieben französischen Geiseln, die als Erpressungspotential in den iranisch-französischen Verhandlungen eingesetzt werden, sind Geiseln der ,,Hizb Allah''. Terroristische Anschläge auf höhere politische oder militärische Amtsträger Israels und der NATO-Staaten durch Kommandos der ,,Hizb Allah'' bzw. mit ihr kooperierender Gruppen gehören inzwischen sozusagen zur nahöstlichen Tagesordnung.

Dies alles prädestiniert die iranorientierten schiitischen Gruppen in den Augen westlicher Journalisten geradezu als Top-Terroristen, insbesondere wenn die USA, Israel oder Frankreich betroffen sind. Da sie zudem in der Regel Araber sind, im geografischen Sinne vielfach sogar Palästinenser, mindestens Libanesen oder Syrer, läßt sich an ihnen das verblassende Bild des palästinensischen Terroristen jetzt wunderbar aufpolieren — als noch gefährlichere, weil absolut unberechenbare palästinensisch-schiitische Fanatiker.

Tatsächlich haben die schiitischen Fundamentalisten aber bisher nur ausnahmsweise Aktionen im Ausland durchgeführt. Tatsächlich waren die von ihnen durchgeführten Terrorakte bisher in der Regel präzise auf erkennbare Institutionen, Repräsentanten oder Symbole ihrer erklärten Gegner gerichtet. Tatsächlich bestehen Differenzen zwischen ihnen und den syrischen Nationalisten, ebenso wie zwischen ihnen und der PLO. Tatsächlich sind FARL-Chef Abdallah und seine engsten Mitstreiter christliche Maroniten, die eher dem rechten syrischen Nationalismus, als ausgerechnet dem islamischen Fundamentalismus iranischer Orientierung anhängen.

Das alles schließt Verwicklungen Chomeinis in den internationalen Terrorismus nicht aus, aber mensch wird schon genauer differenzieren müssen.

Bleiben die **libysche, die syrische und die armenische Spur:**

Was **Ghaddafi** betrifft, so beziehen sich Beschuldigungen aktuell auf die Kraftsprüche, mit denen er nach der Bombardierung von Tripolis im Mai dieses Jahres die USA vor weiteren Übergriffen warnte. Auf der Konferenz der Blockfreien kündigte er nach einem FR-Bericht ,,terroristische Akte in aller Welt, die Aufstellung einer Armee zu diesem Zweck, einen Angriff auf den israelischen Atomreaktor und seinen bevorstehenden Austritt aus der Blockfreien-Bewegung'' an. Als unbestritten muß inzwischen gelten, daß Ghaddafi die Gruppe Abu Nidals mindestens finanziell und zeitweilig logistisch unterstützt. Terror im Ausland ist Ghaddafi durchaus nachzuweisen, allerdings bisher nur gegenüber eigenen Landsleuten. 1982 forderte er libysche Oppositionelle unter Androhung ihrer Ermordung auf, ins Land zurückzukehren. Eine Kette von Morden an libyschen Staatsbürgern im Ausland war die Folge. Auf die angeblichen Beweise der CIA für die Beteiligung libyscher Stellen beim Anschlag auf ,,La Belle'' im Mai 86 wartet die Öffentlichkeit bisher vergebens. Zudem distanzierte sich Ghadaffi sowohl von diesem Anschlag als auch von den neueren Massakern. Das alles zeigt: Möglich ist viel, bewiesen ist nichts.

Kommen wir zu **Syrien**: Präsident Assad erklärte in einem Interview in ,,time'' vom Oktober 86, ebenso wie sein Verteidigungsminister Tlas zur selben Zeit im ,,Spiegel'', Syrien habe nichts mit dem internationalen Terrorismus zu tun. Sie forderten die westlichen Geheimdienste auf, für das Gegenteil Beweise vorzubringen. Zwar befürworteten beide ausdrücklich, und dies in scharfem chauvistischem Ton, Kampfhandlungen gegen die Okkupation Palästinas durch Israel, ebenso wie gegen die Präsenz der NATO-Staaten im Libanon, vor allem der USA, ,,but here'', betonte Assad, ,,only on arab land!''

Tatsache ist, daß Syrien geografisch ein Zentrum international operierender terroristischer Gruppen ist. Das gilt für Abu Nidal. Das gilt für die FARL. Auch die Forderung nach Freilassung Nacoches weist wieder auf Syrien. Das gilt für die ,,Hizb Allah'' und andere Fundamentalisten-Gruppen. Gegenüber der PLO ist Syriens Politik dagegen direkt provokatorisch. Langfristig gesehen, zielt sie auf die Liquidierung der Palästinenser als Nation. Von daher sind die Provokationen Abu Nidals, der ,,Fatah-Dissidenten'' u.ä. gegen die PLO unmittelbar mit der Politik Syriens, bzw. syrischen ,,Stellen'' verflochten. Daran gibt es keinen begründeten Zweifel. Wahr ist andererseits, daß Syrien auch Gruppen und Aktivitäten unterstützt, die nicht vom provokatorischen Typ sind, wie PFLP und DPFLP, u.a. zwecks Wahrung seines Einflusses auf die radikale palästinensische Linke. So ist auch das Verhältnis Syrien-Israel, Syrien-USA usw. sehr widersprüchlich und ambivalent. Hervorzuheben ist, daß Assad ein diktatorisches Regime aufrechterhält, das von den USA hofiert wird, daß sein Verteidigungsminister Tlas sich in dem erwähnten Interview als enger Freund von F.J. Strauß bezeichnet, mit dem Syrien in allen wesentlichen Fragen übereinstimme. Soweit Syriens Politik der Eindämmung und tendenziellen Vernichtung der PLO dient, besteht offenbar Interessenidentität mit Israel und den USA. Andererseits ist es Tat-

Fortsetzung nächste Seite

Chronik der Ereignisse

14.6.85: Entführung einer TWA-Maschine nach Beirut durch schiitische Gruppen. Ein US-Marinetaucher getötet, Von den 104 Passagieren kommen die letzten 39 erst nach 17 Tagen frei. Reagan erklärt, die Zentren des Terrorismus ausheben zu wollen. Wischnewski bietet die GSG 9 als internationale Einsatztruppe an.
19.5.85: Bombenanschlag in der Abflughalle des Frankfurter Flughafens, zwei Kinder, ein Mann getötet, 42 Menschen verletzt, vier davon schwer. Über 30 Urheberschreiben treffen ein. Die Urheber bleiben unklar.
2.7.85: Bombenanschläge gegen englische und jordanische Büros auf dem Flughafen von Madrid. Eine Tote, 24 Verletzte. Verantwortung übernimmt eine ,,Organisation der Unterdrückten''. Die Anschläge seien gegen die Ankündigung der USA gerichtet, gegen die Zentren des Terrorismus vorgehen zu wollen.
3.7.85: Offenbar unplanmäßige Bombenexplosion im Gepäckraum des römischen Flughafens. 15 verletzte Flughafenarbeiter.
24.9.85: Ermordung von drei Israelis durch ein palästinensisches Kommando in Lanarca/Zypern. Ein anonymer Anrufer übernimmt namens der ,,Einheit 17'', angeblich eine Terrorgruppe aus Arafats Leibwache, die Verantwortung. Die PLO distanziert sich, erklärt aber, die drei Israelis seien Agenten des Mossad gewesen.
30.9.85: Die israelische Luftwaffe bombardiert das Hauptquartier der PLO in Tunis. Ca. 200 Menschen werden getötet, drei Gebäudekomplexe zerstört. Arafat ist zufällig nicht anwesend.
7.10.85: Kaperung der ,,Achille Lauro'' durch ein palästinensisches Kommando der PLF. Ein US-Passagier wird unter unklaren Umständen getötet. Die PLF übernimmt die Verantwortung, bemüht sich aber, über PLF-Chef Abul Abbas, die Entführer zur Aufgabe zu bewegen. Reagan läßt das Schiff nach deren Aufgabe durch die 6. Flotte kapern.
Dez. 85: Bombenexplosion in einem Kaufhaus in Paris, Verletzte, Sachschaden. Die Verantwortung übernimmt das ,,Komitee zur Befreiung arabischer politischer Gefangener'' (CSPPA), Forderung: Freilassung des FARL-Chefs Abdallah.
2.2.86: Bombenexplosion auf der Champs Elysees, acht Verletzte. Im Eiffelturm wird eine Bombe entschärft. Urheber CSPPA.
24.2.85: Bombenexplosion in einer Buchhandlung der Pariser Innenstadt, vier Verletzte. Urheber CSPPA.
20.3.86: Bombenexplosion in einer Geschäftspassage auf der Champs Elysees, zwei Tote, 28 Verletzte, Urheber CSPPA.
20.3.86: Entschärfung einer Bombe in einem Metro-Wagen.
April 86: Bombenexplosion an Bord einer TWA-Maschine auf dem Flug von Rom nach Athen. Vier Tote.
5.4.86: Bombenanschlag auf die Discothek ,,La Belle''. Zwei Tote, über 200 Verletzte. Die USA machen Ghaddafi und Assad verantwortlich. Ahmed Hasi wird verhaftet, vom ihm die Spur zu seinem Bruder Nezar Hindawi als angeblicher Hintermann gezogen.
15.4.86: Reagan läßt Tripolis bombardieren.
9.6.86: Khaled Nazzal, Mitglied im Sekretariat der (DLFP), wird in Athen auf der Straße erschossen. Urheber nicht bekannt. Die Art des Anschlags verweist aber auf Abu Nidal oder Mossad.
4.7.86: Explosion einer Kofferbombe im Abfertigungsschalter der israelischen Fluggesellschaft El AL in Madrid, drei Schwer-, mehrere Leichtverletzte. Urheber lt. spanischer Polizei: die von der Fatah abgespaltene Abu-Mussa-Gruppe, angeblich von Syrien unterstützt. Verhaftet wird Nasser Ali, der aussagt, einen ähnlichen Versuch bereits in Paris gemacht zu haben.
17.7.86: Entschärfung einer Bombe mit Bestimmungsort Tel Aviv auf dem Londoner Flughafen. Nezar Hindawi wird als angeblich von Syrien unterstützter Hintermann verhaftet.
August 86: Bemühungen innerhalb der PLO um Einberufung des Palästinensischen Nationalrats. Die Abu-Mussa-Gruppe und die PFLP/Generalkommando (Ahmed Jibril), sind strikt dagegen.
21.8.86: Explosion im Buchladen eines Chomeini-Gegners in London. Ein Toter, zwölf Verletzte.
4.9.86: Androhung von Anschlägen durch eine ,,Französische Befreiungsfront'' gegen eine ,,weiche'' Linie der französischen Regierung in Sachen FARL in Paris. Nach Angaben der Polizei handelt es sich um rechte Kräfte aus dem Staatsapparat.
5.9.86: Verhinderter Bombenanschlag auf die französische Schnellbahn RER. CSPPA kündigt weitere Anschläge an. Forderung nach Freilassung Abdallahs, außerdem des Syrers Naccoche und des Armeniers Garbadschan.
6./8.9.86: Entführung eines PANAM-Jumbos. Zwei Tage später Massaker auf dem Flughafen von Karatschi, als pakistanische Soldaten den Jumbo stürmen wollen, 19 Tote, 150 Verletzte. Es bekennen sich ,,Libysche revolutionäre Zellen'' und ,,Dschundullah''. Die Urheber bleiben aber unklar.
7.9.86: Massaker in der Synagoge in Istanbul, 21 Tote, viele Verletzte. Diverse Urheberangaben, tatsächliche Urheber aber unbekannt.
8.9.86: Bombenexplosion in einem Pariser Postamt, eine Tote, 18 Verletzte. Urheber CSPPA.
12.9.86: Bombenexplosion in einem Pariser Vorort-Kaufhaus, 42 Verletzte. Urheber CSPPA.
14.9.86: Bombe in einem Jugendtreffpunkt der Pariser Innenstadt. Beim Versuch, die Bombe zu entschärfen, wird ein Polizist getötet. Urheber CSPPA.
15.9.86: Bombenexplosion in der Führerschein-Ausgabestelle des Pariser Polizeipräsidiums. Ein Toter, 51 Verletzte. Urheber CSPPA.
17.9.86: Bombenexplosion vor dem Kaufhaus Tati in Paris, 5 Tote, 52 Verletzte, acht davon schwer. Urheber CSPPA.
17.10.86: Ermordung des französischen Militärattaches in Beirut, Oberst Christian Goutierres. Urheber eine ,,Front für Gerechtigkeit'', die noch weitere Attentate ankündigt.
Anfang Sept. 86: ,,Kolloqium zum arabischen Terrorismus'' (Los Angeles) mit 600 Teilnehmern, u.a. dem israelischen Botschafter Rabin. Forderung nach Maßnahmen gegen Länder, die den arabischen Terrorismus unterstützen: Ausweisung von arabischen Diplomaten, Schließung von Botschaften, Exportboykott, Verhängung von Embargos, Verweigerung von Landerechten für Flugzeuge.
25.9.86 ff: EG-Innenministerkonferenz zum Terrorismus, Beschluß neuer Informations- und Fahndungsmaßnahmen, Kontrolle von Diplomatengepäck, systematische Überwachung internationaler terrorverdächtiger Personen und Organisationen.
25.9.86: Tagung der ,,Generalversammlung der internationalen Zivilluftfahrtbehörde'' (ICAO) in Montreal, der ,,Internationalen Luftfahrtorganisation'' (IATA) Forderung nach Ratifizierung internationaler Sicherheitskonventionen durch alle am Luftverkehr beteiligten Staaten und Gesellschaften.
23.09.86: UNO-Sicherheitsrat fordert Rückzug aller von der libanesischen Regierung nicht genehmigten israelischen Truppen aus dem Libanon. Israel weigert sich mit Hinweis auf seine Sicherheit. USA enthält sich.
11.10.86: Ermordung E. v. Braunmühls durch die RAF. Begründung der Tat als Beitrag gegen den europäisch-arabischen Dialog, für die Stärkung der antiimperialistischen Front.
12.10.86 Bildung einer Sonderkomission am Bundeskanzleramt, die ad-hoc-Maßnahmen gegen Terrorismus vorschlägt: Einführung einer Kronzeugenregelung, Verschärfung des Strafmaßes und Geltungsbereichs des § 129a, Wiedereinführung des § 130 (Billigung von Gewalt) ins StGB, verstärkte ,,Umfeld''-Fahndung.
Anfang Okt. 86: Die EG-Außenminister-Konferenz erörtert diplomatische Maßnahmen gegen Syrien. Neben London tut sich dabei vor allem die EG hervor. Nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen drohen die USA Syrien mit militärischem Eingreifen. Die UdSSR warnt die USA.

(Ich erhebe mit der Chronologie keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Alles, was nicht unmittelbar den Nahost-Zusammenhang betraf, habe ich weggelassen. Auf den Versuch einer Auflistung lokaler Terrorakte habe ich ebenfalls verzichtet, obwohl sie als andere Seite der Medaille selbstverständlich zum Problem gehören. Es würde den Rahmen sprengen.)

Fortsetzung von vorheriger Seite

sache, daß Syrien auf Grund seiner gegen Israel gerichteten nationalistischen Ambitionen ein eindeutiges Interesse an einer Zuspitzung der Konflikte, konkret der Beseitigung der noch aus dem Oktoberkrieg 73 resultierenden ,,Friedensordnung'' im Nahen Osten hat und auch artikuliert. Tatsache ist schließlich, daß Syrien den Iran massiv im Krieg gegen den Irak unterstützt, also Interesse an entsprechenden Aktionen pro-iranischer Milizgruppen der ,,Hizb Allah'' u.ä. hat. Tatsache ist schließlich, daß trotz Kenntnis dieser Lage seitens USA/Israel in den zurückliegenden Jahren die gegenseitigen Beziehungen derart waren, daß man verbal gegeneinander losging, real aber recht vorsichtig miteinander blieb.

Bleibt schließlich noch die Forderung der FARL nach Freilassung des wegen des Anschlags auf den Flughafen Orly im Juli 83 verurteilten Warodschjan Garbadschan. Das führt auf die **,,armenische Spur''**. Außer der Pariser Erklärung der PLO gibt es keine aktuellen Hinweise auf eine aktive Rolle der ,,Armenischen Befreiungsarmee'' in der internationalen Terror-Szene und ihre Verbindungen zur FARL und Syrien.

Aber die blutigen Anschläge armenischer Terroristen auf türkische diplomatische und sonstige Einrichtungen in Europa und USA seit Mitte der 70er Jahre sind mehr als berüchtigt: Der Verhaftung mehrerer armenischer Akteure Ende 79 in der Schweiz folgte eine Serie von Anschlägen auf Schweizer Einrichtungen im Ausland und in der Schweiz selbst, verantwortlich waren in allen Fällen: Kommandos der ,,Armenischen Geheimarmee für die Befreiungs Armeniens'' (ASALA) und der ,,Armenischen Revolutionären Armee'' (ARA). Ihr Motiv: ,,Antwort auf das Blutbad'' von 1917, d.h. den Genozid am armenischen Volk durch der ,,Armenischen Revolutionären Armee'' (ARA). Ihr Motiv: ,,Antwort auf das Blutbad'' von 1917, d.h. den Genozid am armenischen Volk durch das damalige türkische Regime. Bewaffneter Kampf mit dem Ziel der Aufhebung der seitdem bestehenden armenischen Diaspora und Bildung eines unabhängigen armenischen Staates.

Das Vorgehen der ASALA-Kommandos zeigt eine ähnliche Handschrift wie die FARL-Attentate: Bomben in der Züricher Bahnhofshalle, Bomben in einem Lausanner Kaufhaus, besondere Spezialität: Massaker im zivilen Flugverkehr mit der Türkei, so in Orly, so schon ein Jahr zuvor (August 1982) im Flughafen von Ankara, 9 Tote, 17 Verletzte. Der Verhaftung des ASALA-Kommandos von Orly folgte eine ganze Welle von blutigen Attentaten auf französische Einrichtungen in Europa durch ein ,,Kommando Orly''.

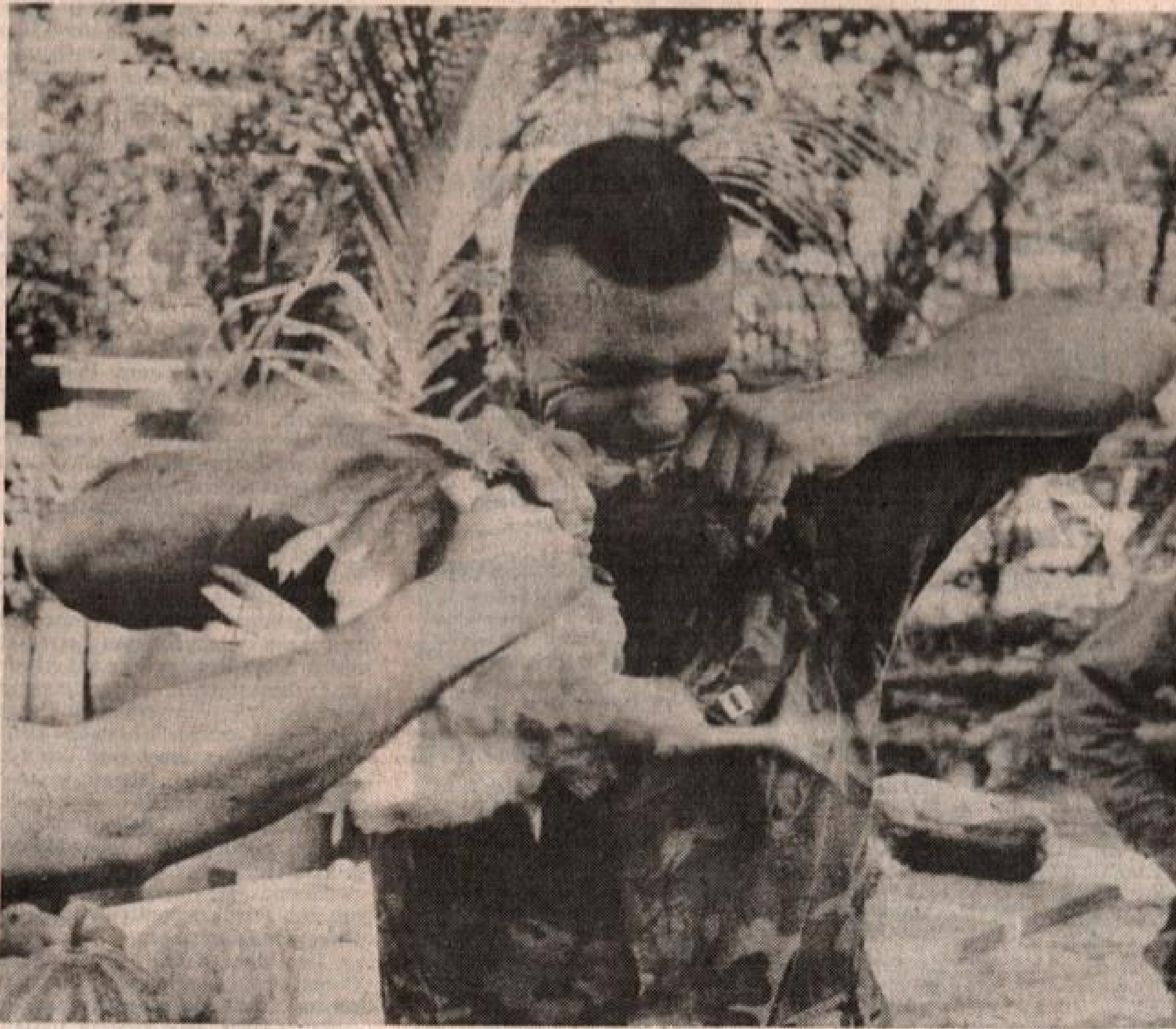
Im August 1983 traf es das ,,Maison de France'' am Kurfürstendamm in West-Berlin, 1 Toter, 23 Verletzte. Die Bombe explodierte inmitten von neun Frauen und Männern der Gruppe ,,Fasten für das Leben'', die im ,,Maison'' eine Protestresolution gegen französische Atomwaffenversuche an den Generalkonsul übergeben wollten.

Laut ,,VS-Bericht 83'' habe eine ,,möglichweise von libyschen und syrischen Stellen unterstützte Terroristengruppe um ,Carlos'' an dem Anschlag in West-Berlin mitgewirkt. Carlos soll sich in einem Schreiben an die BRD-Botschaft in Saudi-Arabien dazu bekannt haben. Genaueres ist von amtswegen bis heute offen.

Parallelen gibt es viele. Absprachen mit der FARL, die über das bloße schweigende Akzeptieren Garbadschans zu der von ihr erhobenen Freilassungsforderung für ihn hinausgehen, sind möglich. Was die syrische Spur angeht, so sei auch darauf hingewiesen, daß eine der großen Armenier-Kolonien, die sich in der armenischen Diaspora bilden konnte, Burj Hamoud, eine Vorstadt im Osten Beiruts ist. Hier könnte es unterschiedlichste Verbindungen geben. Konkretes jedoch bleibt auch auf der armenischen Spur Spekulation. (8)

Wahrscheinlichkeiten...

Unangenehm klar dagegen sind die Aktivitäten auf der anderen Seite: *,,Israel und Amerika bereiten den härtesten Schlag gegen arabische Terrorgruppen vor — einen Doppelschlag mit Spezialkommandos und Luftangriffen. Diplomaten beider Länder haben den Regierungen in London, Paris und Bonn mitgeteilt, daß Terrornester in Libyen, Syrien und Persien vernichtet werden. Erstmals sollen auch Terrorführer ,liquidiert' werden — voraussichtlich Ghadaffi selbst und Terrorchef Abu Nidal. Ein israelischer Gemeindienstmann: ,Unsere Rache wird diesmal furchtbar''*, so wußte Rolf Tophoven am Tag nach den Ereignissen von Karatschi und Istanbul in BILD zu berichten.



„Der entschlossene Biß ist wichtig, o.k.?" — Überlebenstraining von US-Sondertruppen

Reagan habe *jetzt* den geheimen Operationsplänen gegen Ghadaffi und Abu Nidal zugestimmt, die die israeli-

Reagan habe *jetzt* den geheimen Operationsplänen gegen Ghadaffi und Abu Nidal zugestimmt; die die israelische Regierung nach den Überfällen in Rom und Wien im Dez. 85 habe entwickeln lassen. Wörtlich heiße es darin u.a.: *,,Oberstes Ziel muß es künftig sein, die Führer zu liquidieren.''* Sobald ,,zweifelsfreie Beweise'' für die Urheberschaft Syriens, Libyens oder Persiens für die Attentate vorlägen, würden Ziele in den genannten Ländern bombardiert.

Dies mußte mensch am 8.9.86 lesen. Aber schon zwei Wochen vor den Massakern von Istanbul und Karatschi hatte Reagan Libyen mit erneutem militärischem Eingreifen gedroht, falls Ghaddafi gegen die zu der Zeit stattfindenden Manöver der 6. US-Flotte im Mittelmehr ,,provoziere'' oder wenn — schon damals dieselbe Formulierung wie nach den Massakern und wie inzwischen auch gegenüber Syrien — ,,sichere, belegbare Beweise'' über die Verwicklung der libyschen Regierung in einen Terroranschlag vorlägen.

Eine Woche davor wieselte US-Sonderbotschafter Walters durch Europa, um Zustimmung für politische und diplomatische Präventivmaßnahmen zur Isolierung Ghaddafis werbend. Ungeniert erklärte er lt. FR, *,,geheimdienstliche Aktivitäten und ,verdeckte Aktionen' sollten dazu beitragen, die interne Opposition gegen Ghaddafi zu stärken und seine Machtstellung zu untergraben.''* Als am 2.9. leiser Widerspruch aus dem Genscher-Ministerium kam, stand Walters am 4.9. in Bonn.

Kaum war die amerikanisch-israelische Liquidationsallianz verkündet, enthüllte US-Senator Duerenberger, Vorsitzender des US-Geheimdienst-Ausschusses, die USA hätten bereits seit Mitte August Infor-

mationen über bevorstehende Anschläge gehabt ...
Schließlich: Mehr als ein Jahr zuvor,

mationen über bevorstehende Anschläge gehabt ...

Schließlich: Mehr als ein Jahr zuvor, im Juni 85, hatte Reagan anläßlich der Entführung einer TWA-Maschine nach Beirut durch schiitische Terroristen die Eröffnung eines ,,Kreuzzugs gegen die Zentralen des internationalen Terrorismus'' verkündet. Es folgten die Bomben auf Tripolis ein halbes Jahr später.

Kurz: Es drängt sich der Eindruck auf, daß CIA und Mossad die Massaker von Paris, Istanbul und Karatschi hätten erfinden müssen, wenn ihnen nicht jemand zuvorgekommen sein sollte. Die Massaker nützen jedenfalls ausschließlich der Strategie der Spannung, die derzeit von den USA und Israel im Nahen Osten verfolgt wird und in die sie die EG-Staaten hineinzuziehen versuchen.

Einen gewissen, wenn auch für Reagan und Peres sicher noch keinen befriedigenden Erfolg dieser Strategie lassen die Beschlüsse der EG-Außenminister-Konferenzen vom September und Oktober erkennen: Die Thatcher-Regierung konnte den Fall Hindawi zum Anlaß nehmen, als Reagans Sprachrohr EG-Maßnahmen gegen Syrien zu fordern.

Nezar Hindawi wird von der englischen Justiz beschuldigt, er habe am 17.7.86 eine Bombe an Bord eines mit Bestimmungsort Tel Aviv startenden Flugzeuges schmuggeln wollen. Er soll auch der Urheber des Anschlags auf die Diskothek ,,La belle'' im Mai 85 gewesen sein. Sein Bruder, Ahmed Hasi, habe ihn lediglich ausgeführt. Im Prozeß um die Entführung der ,,Achille Lauro'' wurde Nezar Hindawi von der italienische Justiz geheimnisvoll als Verbindungsmann einer in verschiedenen europäischen Ländern und West-Berlin operierenden terroristi-

schen Gruppe bezeichnet. Der Name der Gruppe wurde öffentlich bisher nicht genannt. Die englische Regierung

schen Gruppe bezeichnet. Der Name der Gruppe wurde öffentlich bisher nicht genannt. Die englische Regierung hält es für bewiesen, daß Syrien hinter dem internationalen Terrorismus steckt, während Chirac interessanterweise die Variante von einer Provokation des Mossad verbreiten ließ.

Die Thatcher-Regierung kündigte ihre diplomatischen Beziehungen zu Syrien. Sie forderte von den übrigen EG-Staaten die Rückberufung ihrer Botschafter zwecks ,,Konsultationen''. Frankreich und Spanien lehnten ab. Andere Länder blieben offenbar unentschieden. Weitere Maßnahmen wie die Aussetzung von Waffenverkäufen und von Besuchen auf hoher Ebene, die Überwachung der Aktivitäten der syrischen Botschaften sowie besondere Sicherheitsvorkehrungen bei Flügen von und nach Syrien wurden im November beschlossen.

Die Bundesregierung will die Forderungen der englischen Regierung bereits im Vorweg eines möglichen gemeinsamen Beschlusses durchführen. Auch soll die turnusmäßige Neubesetzung der BRD-Botschaft in Damaskus erst wieder vorgenommen werden, wenn sich in dem jetzt in West-Berlin gegen Ahmed Hasi anstehenden Prozeß wegen des Anschlags auf das ,,deutsch-arabische Zentrum'' kein neues Belastungsmaterial gegen Syrien ergebe.

Zur Bekräftigung verkündete Donald Regan, Stabschef im US-Präsidialamt, wenige Tage darauf, nachdem auch die USA die diplomatischen Beziehungen zu Syrien abgebrochen hatten, militärische Aktionen der USA seien nun auch gegen Syrien nicht ausgeschlossen. Ob die gegenwärtigen Drohungen der NATO-Hardliner gegen Syrien einerseits, die Geheimkontakte Frankreichs andererseits zu einer Verschlechterung der Beziehungen der NATO-Staaten zu Syrien führen oder Syrien nur enger an ,,den Westen'' anschließen sollen und werden, muß z. Zt. offen bleiben.

Nur einen Tag nach den Drohungen gegen Syrien berichtete die Presse von geheimen Waffenlieferungen der USA an den Iran als Gegenleistung für aktive Terroristenbekämpfung. Die Szene ist offensichtlich in Bewegung!

Staatsterrorismus

So erscheint hinter der aktuellen, scheinbar ganz irrationalen Eskalation des internationalen Terrorismus am Ende handfeste Politik — allerdings keineswegs die einheitliche antiimperialistische Front, wie sie die RAF in ihren theoretischen Auslassungen und Erklärungen der letzten Zeit, so auch in ihrer Begründung für die Erschießung v. Braunmühls, immer wieder beschwört, sondern ein Knäuel widersprüchlichster politischer Interessen: Die Konflikte um die Neuordnung der ökonomischen und politischen Beziehungen zwischen den Völkern des Nahen Ostens zum ersten. Die Auseinandersetzungen um einen eigenen antiimperialistischen Weg innerhalb der dort lebenden Völker und zwischen diesen Völkern und dem ,,Westen'' zum zweiten. Das Gerangel in der NATO um die Neubestimmung der opportunen Mischung von militärischem und diplomatischem Druck in der Region zum dritten. Die Stichworte des Konflikts sind: Zerfall der OPEC, Vertreibung der PLO, Scheitern der 73er ,,Friedensregelung'', insbesondere auch absehbarer Zusammenbruch der 1982 von Israel installierten ,,Sicherheitszone'' im Südlibanon, irakisch-iranischer Krieg, Krise der Blockfreien.

Kurz: Was heute als internationaler Terrorismus das Medienbild und das Bewußtsein der Weltöffentlichkeit in Bezug auf Terrorismus prägt, ist zum allergrößten Teil nahöstlicher Provenienz, obwohl real Aktionen nahöstlicher Gruppen nur ein Teil terroristischer Aktivitäten auf der Welt sind, ganz zu schweigen von bewaffneten Kämpfen an verschiedenen Brennpunkten des Globus. ETA, IRA, Südkorea, Südafrika, Mittelamerika, Philippinen — das wären Stichworte, denen mensch hier nachgehen müßte. All diese Aktivitäten unterscheiden sich z. T. erheblich in inhaltlicher Zielsetzung, Verhältnis zur Bevölkerung und zu den Aktionsmethoden vom aktuellen nahöstlich geprägten Terrorismus, werden aber in letzter Zeit zunehmend von dessen Dominanz überdeckt. (Siehe ,,Terrorismus und Bewaffneter Kampf'', zur Politik der IRA, in diesem AK).

Entscheidend dafür ist über das bloße Ausmaß der Internationalisierung hinaus Form und Charakter des aktuellen internationalen Terrorismus: Er richtet sich inzwischen ausdrücklich in einer Weise gegen die Zivilbevölkerung, die nach bisher in der Linken geltenden Vorstellungen nur als faschistisch, bzw. staatsterroristisch zu be- rung, die nach bisher in der Linken geltenden Vorstellungen nur als faschistisch, bzw. staatsterroristisch zu be- zeichnen ist.

Die Akteure der internationalen Terror-Szene können in den letzten Jahren immer weniger für sich in Anspruch nehmen, im Namen des palästinensischen Befreiungskampfes, oder auch generell im Namen von antiimperialistischen Befreiungsbewegungen zu handeln, auch wenn immer wieder versucht wird, durch Benutzung gängiger Namen und Parolen diesen Anschein zu erwecken. Sie handeln allerdings auch nicht als individualisierte Einzeltäter, sondern zunehmend als ,,Kämpfer'', klassisch formuliert: als Agenten staatlicher oder besonderer nationalistischer Interessen, auch da, wo ihre Hintergründe undefinierbar bleiben. Mehr noch: Politische Anonymität und die zunehmend menschenverachtenden Methoden kennzeichnen gerade diese Art von aktuellem Terrorismus.

In einem gewisen Sinne ist dies tatsächlich Ausdruck eines unerklärten Krieges, schon insofern, als Terrorismus von seinem Wesen her unerklärter Krieg ist — aber doch sehr anders, als es uns die bürgerliche Presse weismachen will: Dieser Krieg findet eben nicht in Paris, nicht auf den internationalen Flugrouten und nicht erst seit heute statt. Dieser Krieg wird bereits seit Jahren als ,,low intensity war'' im Nahen Osten geführt. Seine Hauptakteure sind die USA, die NATO und Israel. Der Angriff der USA auf Tripolis, die ständigen ,,Strafexpeditionen'' Israels auf libanesische Dörfer sind nur die öffentlich legitimierten Beispiele der von der imperialistischen Allianz in diesem Krieg bereits entwickelten staatsterroristischen Methoden — wenn mensch dem Terrorismus die Definition zugrundelegt, die die Strategie-Experten dieser Länder selbst propagieren.

Nehmen wir beispielsweise Brian Jenkins, einen der allseits von seinesgleichen anerkannten Chef-Strategen der Rand-Corporation. (4) Er definiert in einem Grundsatzaufsatz über den ,,Terrorismus als neue Art des Konflikts'': *,,Die Gewaltandrohung, individuelle Gewaltakte oder eine eigens auf das Hervorrufen von Angst gerichtete Gewaltkampagne — terrorisieren — kann Terrorismus genannt werden. Terrorismus ist Gewalt, um Effekt zu erzielen: nicht allein, und manchmal ganz und gar nicht, wegen des Effekts auf die unmittelbaren Opfer der Terroristen. Tatsächlich kann das Opfer außerhalb einer Beziehung zu den Absichten der Terroristen stehen. Terrorismus ist Gewalt, die auf Leute zielt, die zusehen. Furcht ist der beabsichtigte Effekt des Terrorismus, nicht das Nebenprodukt. Dies, letztenendes, unterscheidet terroristische Taktiken von bloßer Brutalität und anderen üblichen Formen gewalttätigen Verbrechens, das vielleicht Angst verbreitet, aber kein Terrorismus ist.*

Unter denen, die wir Terroristen nennen, können Revolutionäre und andere politische Extremisten sein, kri-

USA erforschen neue Taktik zur Guerilla-Bekämpfung

Geheime Organisation in Panama / Experimente in El Salvador

PANAMA-STADT, 13. November (Reuter). In Panama arbeitet seit vier Monaten im stillen eine Organisation des US-Militärs, die darauf ausgerichtet ist, den USA bei der Niederschlagung von Aufständen zu helfen und Siege in Kleinkriegen herbeizuführen. Die „Forschungsleitung für Kleinkriegsoperationen" (SWORD) ist aktiv an der Ausarbeitung einer neuen Militärstrategie beteiligt, um Einfällen marxistischer Gruppen in der Dritten Welt begegnen zu können.

Die Strategie, mit der lang anhaltende Guerillakriege und kriegerische Konflikte ohne den Einsatz von US-Truppen gewonnen werden sollen, heißt im Militärjargon Doktrin des „Konflikts von geringerer Intensität" LIC. General Paul Gorman, früher Chef des US-Kommandos Süd mit Sitz in Panama, hatte im Januar in einer Rede erklärt, die Marine beschreibe LIC als „gewalttätigen Frieden". Eigentlich sei diese Art der Kriegführung den USA zuwider, sagte Gorman, da sie auch Opfer unter Unschuldigen nicht ausschließe. Die Männer, die sie in die Tat umsetzen, arbeiteten geheim, konspirativ und seien gewöhnlich moralisch skrupellos.

In El Salvador expeimentierten die USA seit etwa einem Jahr mit der LIC-Strategie, sagte ein hoher Offizier zu Reuter. Dort gebe es aber noch Probleme mit der Beschaffung von Informationen über Bewegungen der Aufständischen, über Nachschubwege, Waffenverstecke und andere Bereiche der Infrastruktur der Rebellen. Derzeit werde ein Netz regionaler Geheimdienstzentren in allen Provinzen errichtet, um dies zu verbessern. Die Geheimdienstarbeit in El Salvador liege „mehr oder weniger in Händen des CIA", des Geheimdienstes der USA.

Wenn die LIC-Strategie voll entwickelt sei, werde sie möglicherweise den langen Stillstand im salvadorianischen Konflikt lösen und es den Regierungstruppen ermöglichen, binnen zwei Jahren die Rebellen zu besiegen. Bislang sei die LIC jedoch noch nicht so angewendet worden, wie sie konzipiert worden sei.

Auch die von den USA unterstützten Rebellen in Nicaragua könnten von LIC profitieren. Dies gehe aber nur, wenn die Aufständischen eine Exilregierung ausriefen, um damit eine legitime Alternative zur linksgerichteten Regierung der Sandinisten zu bieten.

aus: FR, 14.11.86

Quod erat demonstrandum

minelle, die politische Ziele verfolgen, und ein paar wirklich Verrückte. Terroristen können allein operieren oder Mitglieder einer großen und gutorganisierten Gruppe sein. Terroristen können sogar staatliche Agenten sein. Ihre Sache kann extreme Ziele haben — die Zerstörung allen Staates, was an sich keine neue Idee ist. Oder ihre Sache kann eine vergleichsweise vernünftige und verständliche sein — Selbstbestimmung für eine bestimmte ethnische Gruppe. Oder ihr Motiv kann rein persönlich sein — Geld oder Rache. Die Ziele von Terroristen können begrenzt und lokal sein — die Beseitigung eines bestimmten Regimes — oder sie können global sein — eine gleichzeitige weltweite Revolution.'' Oder, darf ergänzt werden, eine globale Konterrevolution.

Daß offen zur Schau gestellte Aktionen dabei nur die Spitze des staatsterroristischen Eisbergs sind, liegt auf der Hand. Die verdeckten Aktivitäten von CIA und Mossad stehen ja weltweit inzwischen fast synonym für Staatsterrorismus. Was Israel angeht, sei an die einschlägige Karriere des früheren Ministerpräsidenten Begin oder auch Schamirs erinnert, ebenso an die lange Liste der seit Gründung Israels ermordeten Kader der PLO, von den Massakern in den palästinensischen Lagern ganz zu schweigen.

Wenn die bisherige stillschweigende Liquidierungspraxis des Mossad jetzt vor der Weltöffentlichkeit legitimiert wird, zielt das nicht nur auf eine Eskalation des im Nahen Osten geführten unerklärten Krieges, sondern läßt auch befürchten, daß der Terror auf eine neue Stufe gehoben werden soll — ganz im Gegensatz zu allem scheinheiligen Anti-Terror-Geschrei der Allianzpartner Israel/USA.

Die öffentliche Legitimation der Liquidationsstrategie durch die USA und Israel nach Karatschi/Istanbul zielt darauf, die Ernte dieser Entwicklung einzubringen, indem die so entstandene undefinierbare terroristische Bedrohung erstens propagandistisch zur Diffamierung jeder Art von antimperialistischem Befreiungskampf, zweitens als Vehikel zur angestrebten endgültigen Enthauptung des Widerstands benutzt wird. Dagegen hat weder der palästinensische, noch nationaler arabischer Widerstand, erst recht natürlich nicht die selbst von ihren eigenen politischen Ausgangsvorstellungen weit abgerutschte RAF *militärisch* etwas zu setzen.

Im Vordergrund kann daher nur die politische Auseinandersetzung um Ziele und Methoden um imperialistische wie auch antiimperialistische Politik stehen, wenn mensch neue Mitkämpfer, zumal für den bewaffneten Kampf gegen die imperialistische Unterdrückung gewinnen will.

Die Definitionen der RAF von der „gleichzeitigkeit der kämpfe weltweit'', der „westeuropäischen guerilla als abschnitt und funktion des internationalen klassenkriegs'' usw. beinhalten die Vorstellung, daß jede bewaffnete Aktion, jeder terroristische Anschlag, sofern sie nicht eindeutig faschistischen Ursprungs sind, per se und spontan antiimperialistisch und ein Teil der antiimperialistischen Front seien. Angesichts der zynischen Blutspur des internationalen Terrorrismus ist diese Vorstellung bestenfalls blind.

Die psychologische Kriegsführung der Herrschenden hat schon immer suggeriert, daß der Terrorismus sich potentiell gegen jeden richte, also auch undifferenziert gegen die Zivilbevölkerung. In der Vergangenheit wurde diese Propagandathese trotz wieder und



„... In diesem Sinne ...''

Es verwundert nicht, daß unter den gegebenen Bedingungen die Entwick-

Es verwundert nicht, daß unter den gegebenen Bedingungen die Entwick-lung von Staatsterrorismus kein Privileg der USA und ihrer Verbündeten geblieben ist, sondern daß auch von den vergleichsweise schwachen Gegnern der imperialistischen Allianz in dieser Region wie Syrien, Libyen, Iran, Irak — gerade wegen ihrer Schwäche — versucht wird, daraus Nutzen zu ziehen. Dabei versucht man sich offensichtlich der unterschiedlichen ethnischen und nationalen Gruppen, einschließlich diverser radikalisierter Abspaltungen der PLO, wie auch der libanesischen Armenier in unüberschaubarer Weise zu bedienen. Für die Auseinandersetzung *vor Ort, d.h. vor allem im Libanon,* gilt das allemal.

Internationaler Staatsterrorismus dieser Herkunft muß aber letztlich in der Defensive bleiben, d.h. immer mit militärisch weit überlegenen Eskalationen seitens der USA, Israels, eines oder aller NATO-Partner usw. rechnen. Das gilt umso mehr, wenn die UdSSR oder andere Länder des sozialistischen Lagers sich von terroristischen Anschlägen distanzieren.

Eine andere Situation könnte sich vielleicht ergeben, wenn die terroristischen Aktionen Bestandteil solcher antiimperialistischer Kämpfe wären oder wieder würden, die motiviert wären durch Bewegungen in der „3. Welt'', dabei verständlich und als emanzipatorisch erkennbar auch für mindestens eine relevante Minderheit in den Metropolen. Dies aber würde Aktionen wie jetzt die der FARL, wie in Istanbul oder Karatschi gerade ausschließen, d.h. die Ebene des Staatsterrorismus tendenziell wieder verlassen.

Flankiert von wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen ist es aber CIA, Mossad u.a. in wechselnder Allianz mit arabischen Führern in den zurückliegenden Jahren gelungen, den palästinensischen Befreiungskampf und insgesamt den nationalen arabischen Widerstand durch eine gezielte Liqidationsstrategie gegenüber der politischen und militärischen Führung im wahrsten Sinne kopflos zu machen. Die politische Verrottung des auf den Nahost-Raum zurückgehenden internationalen Terrorismus und seine Funktionalisierbarkeit für staatsterroristische Ziele ist nicht zuletzt ein Ergebnis davon.

wieder auftretender Grenzfälle durch die Praxis des linken Terrorismus permanent widerlegt, der sich immer be-

wieder auftretender Grenzfälle durch die Praxis des linken Terrorismus permanent widerlegt, der sich immer be-mühte, seine Aktionen als gegen bestimmte herrschende Kreise, auf keinen Fall gegen die Zivilbevölkerung gerichtet, zu definieren. Das gilt z.B. für Aktionen des „Schwarzen September'' Anfang der 70er Jahre. Das gilt auch für die Aktionen der RAF, die sich — wie gequält auch immer — nach mißglückten Aktionen wie z.B. dem Anschlag auf das Springer-Hochhaus 1972, selbst noch nach der Ermordung des GI Pimental 1985 selbstkritisch neu als gegen die Herrschenden gerichtet zu legitimieren versuchte.

Anschläge mit massenfeindlicher Stoßrichtung erwiesen sich dagegen immer wieder als von Faschisten verursacht. Mensch denke an die Serie von Massakern 1969/70 in Italien, die Massaker im Hauptbahnhof von Bologna und beim Münchner Oktoberfest 1980. Diese faschistischen Anschläge waren immer direkt und bewußt als Provokationen gedacht, wurden anonym durchgeführt und häufig den Linken in die Schuhe geschoben, wurden allenfalls hinterher als faschistisch aufgedeckt.

Bei den Massakern in Frankreich haben wir jetzt *erstmals* die Situation, daß eine sich als antiimperialistisch und revolutionär bezeichnende Gruppe wie die FARL welt-öffentlich und explizit erklärt: Wir erklären *der Bevölkerung* den Krieg. Jeder Franzose ist unser Ziel. — Das ist, wie die RAF sagen würde, eine „projektion der imperialistischen psychologischen kriegsführung'', die plötzlich als Realität ins Leben tritt, wobei es sehr wohl sein kann, daß es auf Umwegen die Imperialisten selbst sind, die diese Projektion aus der Welt der Propaganda in das wirkliche Leben befördert haben, um mit dem Terrorismus zugleich die PLO, darüberhinaus generell antiimperialistische Befreiungsbewegungen und speziell ihre bewaffneten Formationen in den Augen der Metropolen-Bevölkerung gründlich zu desavouieren. Das wird sich nach Lage der Dinge allerdings möglicherweise nie aufklären lassen.

Der Terrorismus war nie ein Produkt der europäischen „Volksmassen'' oder des „Proletariats''. Er erfreute sich auch keiner großen Popularität. Er hatte aber dennoch jahrelang ein erkennbares politisches Gesicht, (ja eigentlich jahrzehntelang, wenn mensch seine Vorläufer vor dem 2. Weltkrieg mit in Betracht zieht.) Die „Massen'' standen dem Terrorismus zwar ablehnend, aber nicht feindlich gegenüber, weil deutlich war, daß nicht sie, sondern „Repräsentanten des Systems'' usw. die Zielobjekte der Terroristen waren. Schon in den letzten Jahren dagegen hatte sich das Image des Terrorismus durch die Anschläge gegen Synagogen, Massaker auf Flughäfen usw. entschieden verschlechtert. Mit den Ereignissen in Frankreich ist der bisherige Tiefpunkt erreicht. Es ist nur noch idiotisch, wenn die RAF und die action directe diese Entwicklung glauben ignorieren zu können

Wenn Rolf Tophoven als antiterroristischer Scharfmacher Nr. 1 unter den Staatsjournalisten der BRD namens des Bundesinnnenministeriums jetzt den Terrorismus als „4. Form des Krieges'' neben dem Atomkrieg, dem konventionellen Krieg und dem Partisanenkrieg definiert, dann wird damit nur deutlich, daß auch die Regierung der BRD die Chancen erkannt hat, die Verrottung des Terrorismus, insondere auch den stumpfen Militarismus der RAF, zur grundlegenden politischen Diffamierung von bewaffnetem, bzw. überhaupt entschlossenem Widerstand auch hierzulande zu nutzen. (6)

Bleibt festzuhalten: Für die Unterstützung des bewaffneten Kampfes in der „3. Welt'', die Entwicklung eines Bewußtseins von der Notwendigkeit reolutionärer Gewalt hier bei uns, bedeutet die erkennbare Verrottung des Terrorismus und seine Funktionalisierung als Staatsterrorismus, daß die politische Trennungslinie zwischen Staatsterrorismus, individuellem Terrorismus und bewaffneten Volkskämpfen wieder genauer gezogen werden muß, um nicht in der Diffamierung jenes Befreiungskampfes als Krieg gegen die Menschenrechte, sprich gegen die Interessen der Unterdrückten, unterzugehen. Das gilt auch für unsere Metropolen-Guerilleros, sofern sie noch den Anspruch haben, nicht nur antiimperialistisch, sondern sogar revolutionär sein zu wollen.

F.

Anmerkungen:

1) Besonders gern abgeschrieben wird offenbar eine Arbeit der Chef-Strategen des Zentrums, Ariel Merari und Elad Shlomi: „The soviet bloc and world terrorism'', Nr. 25 vom Aug. 84 des Bulletins des Jaffee Center for Strategic Studies.

2) Eine ausführliche Übersicht über die Aktivitäten der Gruppe, sowie eine Untersuchung ihres Hintergrunds (Syrien, Israel) finden sich in AK 266, „Wer Abu Nidal erfinden würde, wenn es ihn nicht schon gäbe'' und „Kein

vitäten der Gruppe, sowie eine Untersuchung ihres Hintergrunds (Syrien, Israel) finden sich in AK 266, „Wer Abu Nidal erfinden würde, wenn es ihn nicht schon gäbe'' und „KeinFrieden im nahen Osten'', sowie AK 232, „Wer ermordete Issam Sartawi (PLO)?''

3) So Hans Graf Huyn: „Moskau und der internationale Terrorismus'' in „Der Terrorismus — eine akute Bedrohung der Menschenrechte'', hrsg. vom BMI, Dez. 85.

Huyn, politisch bisher hauptsächlich als fester Bestandteil jeder Art von „Braunzonen''-Veröffentlichungen in Erscheinung getreten, darf dort 60 Seiten, nahezu die Hälfte der Broschüre, mit der Reproduktion der altbekannten, antiterroristisch angereicherten „Theorie'' der kommunistischen Weltverschwörung vollmachen. Huyns Pamphlet ist eine freche Provokation der Bundesregierung gegen die UdSSR, wenn auch als solche bisher unbeachtet geblieben.

4) Brian Jenkins in „International terrorism — a new mode of conflict''. Research-Paper No. 48 der Rand Corporation, California 1974.

Die RAND-Corporation gilt als **das** brainstorming-center der USA zu allen gesellschaftlich relevanten Fragen. Sie organisiert Grundlagenforschung, Regierungsberatung, öffentliche Propaganda über eine Unzahl von Seminaren und Buchveröffentlichungen — ganz zu schweigen davon, daß ihre Mitarbeiter/innen in der Regel Universitätsangehörige sind.

Die hier zitierte Veröffentlichung steht im Zusammenhang der Rand-Kriegsforschungen.

5) Angaben über die Geschichte des Mossad, wie auch selbstständig operierender israelischer Terrorgruppen finden sich in: „Wer ermordete Issam Sartawi?'' (AK 232).

Eine Liste der vom Mossad angeblich auf europäischem Boden durchgeführten Morde findet sich u.a. im „Palästina Bulletin'' vom 20.6.86: Dezember 72 Mahmoud Hamshari (PLO-Vertreter in Paris), Januar 73 Hussein Abu Khair (PLO-Vertreter in Zypern), Oktober 73 Wahel Zualter (PLO-Vertreter in Rom), Februar 78 Said Hammani (PLO-Vertreter in London), August 78 Ezzedin Kalak (PLO-Vertreter in Paris), Juni 81 Naim Khader (PLO-Vertreter in Belgien), Oktober 81 Majed Abu Sharrar (Mitglied des Zentralkomitees von Al Fatah), August 83 Hanna Mukbil (Generalsekretär der Arabischen Journalistenunion in Athen).

6) Rolf Tophoven: „Die neue Qualität des internationalen Terrorismus seit dem Krieg im Libanon 1982 — der schiitische Terror und seine Ziele'' in „Der Terrorismus — eine akute Bedrohung der Menschenrechte'', hrsg. vom BMI, Dez. 85.

7) Wenn keine näheren Quellenangaben gemacht sind, entstammen die aktuellen Informationen der zugänglichen Tagespresse der BRD. Sie sind bei Bedarf auch im Detail und mit Datum verfügbar.

8) Informationen nach: VS-Bericht 83, „Archiv der Gegenwart'' Bd. 81 bis heute, sowie div. Tagespresse.

Achtung: Eine Übersicht über die palästinensischen Organisationen findet sich in AK 266, S. 11 (Stand von Ende 85).

Der Erkennerbrief

Sehr geehrter Herr Genscher,

wir haben eine Denkaufgabe für Sie. Sicher mehr noch als alle besorgten Menschen dieser Republik haben Sie sich gefragt, wie der Mord an Gerold von Braunmühl geschehen konnte. Was mag — jenseits der Phraseologie sogenannter Bekennerbriefe — das wirkliche Motiv der Terroristen gewesen sein? Warum gerade er?

Sie wissen: Die Täter verfügten über intime Detailkenntnisse der politischen Funktionen ihres Opfers. Die Teilnahme von Braunmühls an den vertraulichen Vierer-Konsultationen zwischen den USA, England, Frankreich und der Bundesrepublik war ihnen bekannt.

Nicht nur der „Spiegel" schloß daraus, daß es „im Außenministerium ein gefährliches Leck" geben müsse. Wer leckt da warum und wohin?

Der Gedanke, im AA residiere ein Konfident der RAF, erscheint abwegig und sollte als zu abenteuerlich verworfen werden. Der gesunde Selbsterhaltungstrieb der im Staatsdienst Tätigen und der Mangel an Vorteilen, den die ja gewiß nicht sehr spendierfreudige RAF zu bieten hat, sprechen dagegen. Das Leck muß also einen anderen Partner haben, und erst über diesen Umweg sind dann die Informationen an das RAF-Kommando geflossen. Da die RAF deutlich darauf hinweist, das Attentat solle einen Beitrag zur Lösung der Nah-Ost-Probleme liefern, muß sich unser spezielles Augenmerk auf diese Region konzentrieren. Wir können — ohne der Leichtfertigkeit bezichtigt zu werden — davon ausgehen, daß die Herrn von Braunmühl betreffenden Geheiminformationen dem Leck im Bonner AA entwichen und über ein nahöstliches Informationsumschlags-Relais zu den Terroristen gelangten. Wir wollen aber nicht unterstellen, das Leck habe von Anfang an Kenntnis von solch verschlungenen Pfaden gehabt.

Vielmehr halten wir es für möglich, daß wir es hier mit einem entfernten Geistesverwandten des naiven Billy Carter zu tun haben, jenes Präsidentenbruders — Sie erinnern sich? — der sich zeitweise großzügiger Präsente aus Libyen erfreute. Wir wollen nun keineswegs aufs Geradewohl mal wieder Herrn Ghaddafi beschuldigen, nein, ganz im Gegenteil: Wir wollen Form und Umfang des AA-Lecks studieren.

Wie könnte so eine leckende Persönlichkeit aussehen? Wie Billy Carter, ganz recht. Unser Konfident bietet demnach folgendes Charakterbild: impulsiv, ungefestigt, sogar unreif, unternehmungslustig. Er setzt auf schnellen Erfolg, schnelle Karriere und schnelle Mark. Leicht kann man ihn zu abenteuerlichen Coups überreden. Er befindet sich auf Grund mehrerer geschäftlicher Pleiten stets in finanziellen Nöten. Das bringt ihn in psychische Krisensituationen. Andererseits neigt er zur Überschätzung seiner eigenen Rolle wie auch seiner Beziehungen, insbesondere derer zur arabischen Welt. Ein Analytiker ist er sicher nicht. Eher einer, der sich bei gar nichts etwas Böses denkt. Einer, der gern gefällig ist. Und der dann schon mal Informationen rüberschiebt, einen kleinen Hintergrundbericht, politische Software und immer hart am Waffengeschäft. Dabei mag beiläufig auch der Name von Braunmühl gefallen sein. Der sollte *mal Informationen rüberschiebt, einen kleinen Hintergrundbericht, politische Software und immer hart am Waffengeschäft. Dabei mag beiläufig auch der Name von Braunmühl gefallen sein. Der sollte* *schließlich Staatsminister werden, und möglicherweise hätte das schmerzliche Umbesetzungen zur Folge gehabt...*

Lieber Herr Genscher, erst kürzlich hat in Ihrem Ministerium ein Beamter Selbstmord begangen. Das tut uns leid. Wir glauben aber nicht, daß damit das Leck geschlossen ist.

Sie müssen vielmehr ernsthaft nachdenken, ob unsere Personenbeschreibung auf einen ihrer Mitarbeiter hinweist. Fast meinen wir, Sie hatten das Leck schon vor dem Attentat in Verdacht. Warum sollten Sie sonst, trotz ledernen Magens und eiserner Nerven, zusammengeklappt sein? Ihre Ohren hören sicher manches wachsen. Und sowas kann einen gerade im Wahlkampf völlig fertig machen...

Mit freundlichen Grüßen — 2, die es auch gern wüßten





Terrorismus und bewaffneter Kampf

Ein bewertender Vergleich zwischen IRA und RAF

Das Braunmühl-Attentat gibt einmal mehr dazu Anlaß, über die Existenz und — wenn von einer solchen gesprochen werden kann — den Zustand der „westeuropäischen Front" im Kampf gegen den Imperialismus nachzudenken.

Im folgenden soll es dabei um den „Frontabschnitt Irland" gehen, wo sich die Kämpfe bereits in einem etwas höheren Stadium befinden, was der revolutionären Linken hierzulande bisweilen glänzende Nässe in die Augen treibt. Zweifelsohne liegt diese emotionale Ergriffenheit, von der auch der Autor nicht frei ist, nicht zuletzt in dem tristen Zustand der hiesigen revolutionären Kräfte begründet, zu deren eklatanter Schwäche sich ab und an auch noch bodenlose Dummheit gesellt (siehe Braunmühl-Attentat). Die RAF kann soviel schießen und bomben, wie sie will: Auf nicht absehbare Zeit wird Irland im europäischen Kontext etwas „Exotisches" bleiben, eben in jeder Hinsicht — ökonomisch ebenso wie beim Niveau des Widerstands — „Dritte Welt in Europa".

IRA und INLA

Skandierten noch vor einigen Jahren junge in Leder gekleidete Rebellen vor Frankfurts Banken „RAF, Brigaden, ETA, IRA — Eine Front in Europa", so wurde die IRA von dieser „Front" derweil exkommuniziert. Obgleich sie sich zu keinem Zeitpunkt als Mitglied dieser skurilen Konstruktion wähnte, vielmehr sozusagen „zwangsrekrutiert" wurde, ist diese Entwicklung von Interesse.

Während der Rundreise der Sinn Féin-Repräsentanten „Danny" Morrison und Briege Brownlee entblödeten sich „Antiimpis" nicht, den „Provos" vorzuwerfen, sie hätten den „bewaffneten Kampf" suspendiert und kümmerten sich nicht mehr um ihre politischen Gefangenen. Hingegen wurde der „Irish National Liberation Army" (INLA) bescheinigt, die Knarre auch weiterhin hochzuhalten. Zwar ist der Besitz der Waffe sicherlich auch ein Zeichen von Souveränität, andererseits wohl kaum das einzige Kriterium, nach dem eine Organisation als revolutionär einzuordnen ist.

Wie absurd der an die „Provos" adressierte Vorwurf ist und von wieviel Unwissen gekennzeichnet, wird allein schon daraus ersichtlich, daß das Verhältnis von militärischen Aktionen der „Provos" zu denen der INLA ca. 75:1 betragen dürfte. Nun mag mensch einwenden, die INLA-Aktionen kämen in der BRD-Presse nicht herüber. Nicht zu leugnen ist, daß maximal 5% der militärischen Aktionen von IRA und INLA in die hiesige Medienberichterstattung Eingang finden. Irland ist nun mal „ab von Schuß", fern der Brennpunkte internationaler Politik. Indes: In den drei Wochen, in denen der Autor dies Jahr zur „marching season" weilte, war zwar tagtäglich von militärischen Aktionen der IRA zu hören, hingegen herrschte in Sachen INLA
rischen Aktionen der IRA zu hören, hingegen herrschte in Sachen INLA
Funkstille. Die INLA befindet sich heute in einem Zustand, der eine kontinuierliche militärische Kampagne verunmöglicht. Dieser Zustand ist nicht nur der repressiven Politik des Staatsapparates der INLA geschuldet, sondern auch schweren politischen Versäumnissen der Organisation sowie der Politisierung und Linksentwicklung der „Provos". Die IRSP/INLA hat sich bei Gründung als Kristallisationspunkt für den sozialistischen Republikanismus (in Abgrenzung zum „Provo"-Nationalismus) verstanden. Im Gegensatz zu den „Provos" stellte sie sich Wahlen und nahm auch gewonnene Parlamentssitze ein. Heute propagiert sie das genaue Gegenteil, wohl vor allem deshalb, um so noch gegenüber den linkssozialistischen „Provos" das Recht auf eine eigene Existenz zu begründen.

Die IRSP/INLA ist heute intern hoffnungslos zerstritten, verfügt über nicht weniger als drei Führungen. Eine dieser Führungen propagiert einen orthodoxen „ML"-Kurs, wie er in Irland niemals politisch Fuß fassen kann. Doch legitim ist, was der Abgrenzung gegenüber den „Provos" dient. Militärische Aktionen, sofern sie denn stattfinden, konzentrieren sich vorwiegend auf Maßnahmen der Geldbeschaffung, dienen somit primär der Aufrechterhaltung der Organisation. Die „Provos" werfen der INLA vor, daß einige ihrer Mitglieder in West-Belfast in „kriminelle Aktivitäten" involviert seien. Die Belfaster INLA-Führung hat dies mittlerweile eingestanden und gegenüber den „Provos" Abhilfe versprochen. Ehemalige Basen des INLA-Agierens wie „Divis" in Belfast und Derry sind mittlerweile an die „Provos" gegangen. Im Falle von „Divis" hatte die INLA in unverantwortlicher Weise mit Sprengstoff herumhantiert, was zwei Kinder das Leben kostete. Die „Provos" haben daraufhin die INLA mehr oder weniger aus „Divis" herausgedrängt, auf daß nicht die „Sicherheitskräfte" infolge der INLA-Fehler dort Fuß fassen würden. Eine Reihe klügerer politischer Köpfe der IRSP/INLA hat die Organisation mittlerweile verlassen und sich teilweise den „Provos" angeschlossen. Der Verlust an politischer Substanz ist das größte Problem von IRSP/INLA, das genau genommen besteht, seitdem ihr Gründer Seamus Costello — ein hervorragender theoretischer Kopf wie Praktiker — von der „Official IRA", deren ehemaliger Operationschef er war, erschossen wurde.

Das aktuelle Problem der INLA ist offensichtlich, daß sie eigentlich durch die Linksentwicklung der „Provos" an Legitimation verloren hat, sich aber aufgrund der Existenz von Waffen und einer Kriegskasse nicht auflösen kann.

Wir müssen also konstatieren, daß sich die RAF in Nordirland auf eine Organisation bezieht, die sich in einem Prozeß des Verfalls befindet und in militärischer Hinsicht kaum mehr eine Rolle spielt. Wahrscheinlich ist es exakt dieser marode Zustand der INLA, der sie in den Augen der RAF so interessant macht. Die Möglichkeit, von „gleich zu gleich" zu reden, ist hier zweifelsohne eher gegeben als bei der IRA. Andererseits sollte mensch sich davor hüten, IRSP und INLA mit der RAF umstandslos gleichzusetzen.
sich davor hüten, IRSP und INLA mit der RAF umstandslos gleichzusetzen.
Immerhin verfügen diese Organisationen noch über eine gewisse soziale Basis. Ihr politisches Repertoire und ihre Bedeutung in der politischen Landschaft Irlands ist noch allemal höher zu veranschlagen, als der Status der RAF in der BRD.

Nicht minder abstrus als der Vorwurf der Aufgabe des „bewaffneten Kampfes" ist die Behauptung, die „Provos" hätten eine Politik zugunsten der Gefangenen aufgegeben. In Anbetracht von ca. 1.000 politischen Gefangenen in einem Land, wo es mehr politische als soziale Gefangene gibt, ist dies ohnehin völlig unmöglich. Die Gefangenen würden dies wohl kaum zulassen, bzw. es käme unvermeidlich zu einer Spaltung der Organisation. Von den Spendendosen der Gefangenenorganisation „Green Cross", die auf den Theken der republikanischen „Social Clubs" stehen, bis zu den Demos auf der „Falls Road": Die Frage der politischen Gefangenen spielt in der „Provo"-Praxis eine herausragende Rolle, auch nach dem „großen Hungerstreik".

Und was die Sinn Féin-Rundreise anbelangt, so hatten die „Provos" ihrerseits darauf bestanden, daß nicht nur ein Sinn F'ein-Repräsentant, sondern auch eine ehemalige Gefangene mitreiste. Die Lage der weiblichen politischen Gefangenen bildete einen inhaltlichen Schwerpunkt der Rundreise. Briege Brownlee referierte auf der Rundreise nicht als Sinn Féin-Vertreterin, sondern in ihrer Funktion als Sprecherin des „Stop the Strip Searching"-Komitees. Allerdings ist der diesbezügliche Ansatz der „Provos" ein gänzlich anderer als der der RAF. Die „Provos" sind sich nicht zu schade, sich auch um solche Kräfte in ihrer Solidaritätskampagne zu bemühen, die ihrer militärischen Kampagne ablehnend gegenüber stehen. Obgleich sie einen derartigen „Opportunismus" weit weniger nötig hätten als die politisch und sozial isolierte RAF.

Über die Einheit von politischem und militärischem Kampf

An dieser Stelle kommt dann gewöhnlich als letztes Argument, es existiere innerhalb der „Provos" eine Spaltung zwischen Politikern und IRA-„Volunteers". Tatsächlich ist der aktuelle Disput ein Generations- und Nord-Süd-Konflikt, der quer zu der politischen und der militärischen Formation verläuft. So hat beispielsweise der IRA-Armeerat die politische Partei aufgefordert, auf dem nächsten Parteitag das Prinzip der Nichteinnahme von gewonnenen Parlamentssitzen zu suspendieren („abstentionism"-Prinzip) und sich entsprechend an den kommenden südirischen Wahlen zu beteiligen. Das Argument der IRA-Führung: Die Boykott-Strategie überschreite den Bewußtseinshorizont der südirischen Bevölkerung und führe lediglich dazu, daß potentielle Sinn Féin-Wähler anderen Parteien — insbesondere der bürgerlich-nationalistischen Fianna Fail-Partei — ihre Stimme geben würden. Die Position der IRA-Führung trifft nun weniger im „Norden" — wo der „bewaffnete Kampf" ausgefochten wird — und innerhalb der IRA auf
trifft nun weniger im „Norden" — wo der „bewaffnete Kampf" ausgefochten wird — und innerhalb der IRA auf
Widerspruch, als im „Süden" und innerhalb Sinn Féins. Und hier kommt der Widerspruch weniger von links, denn von rechts, aus dem Milieu des traditionellen und teilweise eher konservativen Republikanismus, der sich bisweilen auf Prinzipienreiterei reduziert. Überhaupt läßt sich nachweisen, daß die gesamte Modernisierung und Politisierung der republikanischen Bewegung unter sozialistischen Vorzeichen von der IRA ausging und ausgeht. Der Politisierungsgrad eines jungen Belfaster IRA-„Volunteers" ist in der Regel höher als der eines südirischen Sinn Féin-Politikers mittleren bis älteren Jahrgangs. Dies liegt in der politischen und sozialen Realität der republikanischen Bewegung im „Norden" begründet. Die Basen der IRA-Guerilla liegen in den katholischen Ghettos der Städte und in verarmten ländlichen Regionen. Sinn Féin, als politischer Arm der IRA, ist innerhalb der urbanen katholischen/nationalistischen Arbeiterschaft stärker verankert als die gemäßigte sozialdemokratische SDLP. In Belfast avancierte Sinn Féin bei den letzten Kommunalwahlen zur stärksten Partei des katholischen/nationalistischen Lagers. Der Wahlkreis des Sinn Féin-Präsidenten und Unterhausabgeordneten Gerry Adams liegt in West-Belfast, dem größten zusammenhängenden katholischen Arbeiter- und Arbeitslosenviertel Nordirlands.

Gerade die „Urbanisierung" des „bewaffneten Kampfes" (der z.B. in den 50er Jahren primär in ländlichen Regionen stattfand) hat die Politisierung unter sozialistischen Vorzeichen befördert. Aber die „Provos" sind nicht erst politisch, seitdem sie sich an Wahlen beteiligen. Dies ist bestenfalls ein Ausdruck davon, eigentlich nur ein Nebenaspekt. Die „Provos" waren schon immer — und dies war mit ein Grund für ihre Popularität, die nicht erst seit ihrer ersten Kandidatur existiert — in zahlreichen politischen und sozialen Basisaktivitäten involviert. Vom Kampf um billige und bessere Wohnungen bis zum Kampf wider die alltägliche Repression, die nicht nur die „Volunteers" betrifft. In den urbanen Ghettos ist es den „Provos" teilweise gelungen, eine selbstverwaltete Ökonomie zu etablieren.

Politische und militärische Kampagne korrespondieren miteinander. Die IRA-Führung zeigt sich bemüht, ein Spannungsverhältnis zwischen beiden zu vermeiden. Die IRA fährt ihre militärische Kampagne herunter, alsbald wie Wahlen anstehen oder politisch humanitäre Kampagnen wie der Hungerstreik in Long Kesh. Die IRA pflegt Bomben nicht am Vortag von Wahlen, sondern am Tag danach zu zünden. Am Vortag nicht, weil die von der politischen und sozialen Agitation Sinn Féins ablenken könnte, am Tag danach um zu demonstrieren, daß der „bewaffnete Kampf" weiter geht und Wahlurne hin, Wahlurne her auch fortan das „scharfe Schwert des Widerstandes" (so der Sinn F'ein-Politiker und mutmaßliche IRA-Chef McGuiness, übrigens selbst „Parlamentarier"), das „Standbein" darstellt.

Ziele der IRA sind allseits bekannte „Haßobjekte": Britische Soldaten,

Ziele der IRA sind allseits bekannte „Haßobjekte": Britische Soldaten, Polizisten (die die Bevölkerung belästigen und ständig mit MP im Anschlag patrouillieren), Gefängniswärter, Maggie Thatcher. Protestantische Politiker sind eher die Ausnahme von der Regel, da die IRA befürchtet, daß dies zur sektiererischen Konfrontation und zu dem Eindruck, in Nordirland tobe ein Krieg zwischen religiösen Fanatikern, führen könnte (zu den Ausnahmen: siehe Artikel über die Todesschwadrone in diesem AK). Diese Objekte haben den Vorteil, daß mensch nicht erst ellenlage Erklärungen abfassen muß, um die mit der militärischen Aktion verbundene politische Absicht zu erläutern und die betroffene Person vorzustellen. Gemessen an der RAF fällt die Wahl des Gegners durch die IRA recht bescheiden aus: der britische Imperialismus und seine Statthalter. Supranationale Organisationen wie NATO, EG, EPZ, WEU, UNO, OECD und OPEC spielen hinsichtlich der militärischen Kampagne keine Rolle. Die IRA ist offensichtlich der Auffassung, daß in Anbetracht ihrer Kapazitäten die Auseinandersetzung mit dem britischen Imperialismus vollends ausreicht. Die IRA fühlt sich hier mehr der Tradition nationaler und sozialrevolutionärer Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt, denn dem jüngeren metropolitanen Dr. Mabuse-Internationalismus verpflichtet. Möglicherweise ist diese Selbstbeschränkung aber auch nur Ausdruck irischer-Provinzialität.

Kein Spritzenplatz in Irland

Ort, Zeit und Bedingung sind für Sinn Féin und IRA keine Fremdwörter. Die republikanische Bewegung ist dazu in der Lage, politische Entwicklungen vorauszusehen, in diese zu intervenieren und diese zu steuern bzw. positiv zu beeinflussen. Sinn Féin kann an einem Wochenende den totalen „Zoff" — etwa in Form des Sturms auf die britische Botschaft in Dublin — organisieren, um dann eine Woche später eine absolut disziplinierte und friedliche Demo am gleichen Ort abzuhalten. So beispielsweise geschehen im Jahr des „großen Hungerstreiks" (1981). Sowohl der Sturm auf die Botschaft wie der folgende friedliche Aufmarsch waren beabsichtigt. Die Botschaftsaktion (an der immerhin 15.000 Menschen beteiligt waren) sollte deutlich machen, wohin eine Eskalation der Hungerstreikauseinandersetzung auch im „Süden" hinführen könnte. Das Dubliner Establishment sollte in Nervosität versetzt werden. Die friedliche Demonstration eine Woche darauf dokumentierte wiederum die Fähigkeit zur „Eskalationskontrolle". Zudem sollte kein Vorwand geliefert werden, unter dem sich die Dubliner Regierung ohne Gesichtsverlust mit London verbünden und zudem noch einen Keil in die südirische Solidarität mit den Hungerstreikern treiben konnte. Andererseits war die Drohung der Eskalation bereits ausgesprochen und vorgestellt worden. Am Tage vor der Demonstration wurden die Marschierer (die zuvor bereits halb Irland durchquert hatten) an Sammelpunkten zusammengerufen, wo ihnen die Order zum friedlichen und disziplinierten Verhalten erteilt wurde. Einige „Kids" aus Belfast und Derry murrten zwar zunächst etwas, aber dabei blieb es auch.

Nicht anders verhielt es sich beim diesjährigen Jahrestag der Einführung der Internierung. Die Nacht von Freitag auf Samstag gehörte der Jugend. Bereits Tage zuvor wurden Benzin-Bomben angefertigt und das Holz für Barrikaden und Feuer zusammengetragen. In der Nacht lieferten sich dann tausende von Republikanern Schlachten mit Polizei und Armee. Jedem, der nach Mitternacht die Straße betrat, war dies vorher klar. Nichts anderes war beabsichtigt. Am Sonntag war dann eine disziplinierte Parade auf der „Falls Road" angesagt, mit Kapellen und im Sonntagsanzug. Die Chronisten der Weltpresse hatten beides eingefangen. Die Straßenschlachten und den Massenaufmarsch vor der Kulisse schwer bewaffneter Soldaten und Polizisten. Was hätte besser Repression und Widerstand in Nordirland dokumentieren können? Dazu gesellte sich noch eine in der Woche zuvor besonders intensiv geführte militärische Kampagne der IRA. Alles war also vertreten, und alles korrespondierte miteinander.

Verstanden wird dies jedoch nicht als lockeres Nebeneinander unterschiedlicher Widerstandsformen, frei nach dem „großen Fritz": „Jeder nach seiner Facon" vielmehr liegt eine bewußte Integration verschiedener Stränge des Widerstands, die miteinander korrespondieren und aufeinander angewiesen sind, vor. Will die IRA — auch als Ordnungskraft — in den Ghettos von Derry und Belfast überleben, muß sie eine Politik betreiben, die
auch als Ordnungskraft — in den Ghettos von Derry und Belfast überleben, muß sie eine Politik betreiben, die
an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientiert ist, und dort, wo sie deren Horizont überschreitet, zumindest vermittelbar bleibt. Sie hat bei all ihren militärischen Aktionen, die sich in Belfast und Derry notwendigerweise in dichtbesiedelten Wohnvierteln zutragen, darauf zu achten, daß sie sich nicht den Zorn der Bevölkerung oder auch nur deren Unverständnis zuzieht. Die IRA gilt heute weltweit als die einzige in Städten operierende Guerilla, die tatsächlich dazu in der Lage ist, einen „sauberen" (soweit dies möglich ist) Guerillakrieg zu führen. Sowohl der ANC als auch die salvadorianische FMLN weilten bereits mit Vertretungen in Belfast, um sich dort in die Strategie und Praxis des urbanen Guerillakrieges einweisen zu lassen. In den 70er Jahren hatte die IRA diesbezüglich selbst viele Fehler gemacht, was dem Umstand geschuldet war, daß auch für diese traditionsreiche Organisation das städtische Terrain völlig neu war. Sie hat erfahren müssen, wie schlecht ausgeführte und unüberlegte Aktionen zu Lasten der Unterstützung durch die Bevölkerung gehen können. Selbstverständlich führt die IRA ihren Kampf teilweise stellvertretend für die Bevölkerung. Sie steht einem bewaffneten Massenaufstand skeptisch gegenüber, sofern dieser die Guerillaorganisation ersetzen soll. Aber sie ist sich dessen bewußt, daß sie einen derartigen „Stellvertreterkrieg" nur dann erfolgreich führen kann, wenn sie sich dabei größerer Teile der Bevölkerung als sympathisierendes Publikum gewiß ist. Diese Sympathien reichen vom bloßen Applaudieren oder dem Kreuzchen für Sinn Féin bis zur Weitergabe von Informationen, dem Unterschlupf für „Volunteers", dem Verstecken von Waffen etc.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Interessanterweise legen einige Erhebungen nahe, daß die Unterstützung der IRA größer ist als die Sinn F'PHeins, daß auch nicht wenige Wähler der SDLP mit der IRA sympathisieren. Die Mehrheit der SDLP-Wähler betrachtet die ,,Provos'' als ,,Idealisten und Patrioten''. IRA-Aktionen werden mit ,,klammheimlicher Freude'' begleitet, da sie eventuell die Konzessionsbereitschaft Londons gegenüber der eigenen Partei erhöhen könnten. Der IRA wird eine militärische Funktion attestiert, doch soll das Einfahren der Ernte der militärischen Kampagne den ,,gemäßigten Politikern'' vorbehalten bleiben.

Äußerst ablehnend verhält sich die IRA gegenüber einer ,,blinden Militanz'', die nicht dazu in der Lage ist, zwischen potentiellen Angriffsobjekten zu differenzieren und fließende Grenzen zur unpolitischen Kleinkriminalität aufweist. Gemeint ist jene Strategie, die hierzulande — aufgrund des Fehlens eines militanten Milieus und einer Bürgerkriegssituation — noch um einiges verrückter anmutet, nämlich der ,,Angriff'' auf Kleinkrämer, deren Scheiben und deren Auslagen. Nach dem Motto: ,,Heute habe ich meinen Kolonialwarenhändler angegriffen. Dieser Angriff reiht sich ein ...''. Im Rahmen von Straßenschlachten mit Polizei und Armee ist es schon in der Vergangenheit auch zur Zerstörung von privatem Klein- und ,,community''-Eigentum gekommen. Interessanterweise kommt dies im unruhigen Nordirland vergleichweise seltener vor als in der ruhigen BRD. Die IRA hat in solchen Fällen zwar stets Verständnis für die ,,Frustration'' geäußert, die in derartigen Aktionen bisweilen zum Ausdruck kommt, andererseits jedoch unmißverständlich vor Wiederholungen und Nachahmungen gewarnt. In einigen Fällen wurden gar disziplinarische Maßnahmen ergriffen.

Die IRA handelt nach der Prämisse, daß eine Guerilla nicht nur für Unsicherheit (was den Feind anbelangt), sondern auch für die Sicherheit (was die eigene Klientel, aber auch Teile des ,,neutralen Mittelfelds'' anbelangt) zu sorgen hat. Eine Guerilla, deren Aktionen weniger den Staat schwächen, denn dessen ,,potenzierte Antwort'' herausfordern und hiervor keinen Schutz bieten kann, muß im Volk an Unterstützung verlieren. Denn im Bewußtsein des Volkes wird die Guerilla — und nicht der Staat — zum Grund für eine sich stetig verschlechternde Situation. Hier liegt ein entscheidender Denkfehler der RAF: Es nützt relativ wenig, den Staat zu provozieren, auf daß für alle erkennbar seine ,,faschistische Fratze'' erscheint, wenn mensch nicht gleichzeitig dazu in der Lage ist, die Bevölkerung vor der staatlichen Reaktion zu schützen, der staatlichen Gegenoffensive politisch und militärisch Widerstand zu leisten. Auch für eine Guerilla gilt letztendlich das Kosten-Nutzen-Kalkül und das Prinzip der ,,Schadensbegrenzung'' (was das eigene ,,Territorium'' und die Unterstützerschar angeht). Wenn die IRA heute in Nordirland eine so große Reputation genießt, dann deshalb, weil viele Katholiken/Nationalisten der Meinung sind, daß es ihnen bei Verschwinden der IRA eher noch schlechter gehen würde. Die wenigen Reformen, die in den 70er und 80er Jahren getätigt wurden, gehen letztendlich auf das Konto der IRA-Kampagne.

Die IRA hat jedoch auch den Schutz der eigenen ,,community'' vor gewöhnlicher Kriminalität, Vandalismus und diffuser Militanz zu organisieren. Das Volk ist nicht selten wankelmütig, insbesondere was seine Mittelschichten anbelangt. Es schlägt sich mitunter auf die Seite desjenigen, der auch Sicherheit bieten kann. Würde die IRA keine Sicherheit vor der gewöhnlichen Kriminalität, dem Vandalismus und der diffusen Militanz bieten können, würde in den katholischen/nationalistischen Ghettos — die sich bislang dem staatlichen Zugriff versagen — ein Vakuum entstehen, das die ,,Sicherheitskräfte'' auszufüllen trachten. Mensch darf davon ausgehen, daß sich ein großer Teil unserer ,,Antiimpis'' und Autonomen, die so gern Berlin und Belfast in einem Satz nennen, an letzterem Ort höchst unwohl fühlen würden. Die Politischeren und Vernünftigeren unter ihnen würden vielleicht die gebotene Chance wahrnehmen und zu disziplinierten und ,,unterm Volk'' arbeitenden Politikern (von mir aus auch IRA-,,Volunteers'': aber dazu gehört noch mehr Disziplin und Bewußtsein ...) avancieren. Andere hingegen würden mit der IRA aneinandergeraten und ihres Daseins in den nationalistischen Ghettos kaum froh werden. Die IRA verfährt mit derartigen Leuten um einiges rigider, als mensch dies aus den schlimmsten Zeiten von ,,KB-Bullen'' kennt. Es geht hier nicht darum, dies zu beschönigen oder gar zu glorifizieren. Allerdings verweist es auf die Existenz erheblicher ,,kultureller Differenzen'' und Mentalitätsunterschiede zwischen einem Teil der hiesigen Militanten und der IRA.

Kann wirklich jeder anfangen?

Diese Frage muß um die Frage ergänzt werden: Darf wirklich jeder anfangen, ist es sinnvoll, eine Strategie zu propagieren, nach der jeder erst einmal tun und lassen kann, was er will?

Obgleich in Nordirland ungleich mehr Sprengstoff gezünde wird und ungleich mehr Kugeln verschossen werden als in der BRD, besteht das Problem, den Urheber ausfindig zu machen, deutlich seltener. Eigentlich besteht das Problem nur bezüglich Aktionen der Gegenseite: Waren es nun loyalistische Paramilitärs, das SAS oder Todesschwadrone der Polizei, die den Republikaner XY nachts überfielen und ermordeten?

Dabei arbeitet die britische Armee in Nordirland mit erheblich mehr ,,schmutzigen Tricks'', als wir dies von unseren ,,Sicherheitskräften'' und Geheimdiensten vermuten. ,,Danny'' Morrison erklärte uns auf der Sinn F'ein-Rundreise, daß ihre militärischen Aktionen so angelegt seien, daß ,,unsere Leute'' (gemeint sind damit nicht nur die Fische, sondern auch das Wasser) sofort erahnen können, ob es die IRA war, irgendwelche Desperados, loyalistische Provokateure oder der britische Geheimdienst. Gerade in solchen Fällen, wo dies nicht sofort erkennbar sei, wo eventuell Verwirrung bezüglich der Urheberschaft entstehen könnte, sei es besonders wichtig, sich umgehend zu erklären, die Umstände darzulegen, eventuelle Fehler offen und ehrlich einzugestehen. Als Beispiel hierfür nannte er den IRA-Anschlag auf das Londoner Kaufhaus ,,Harrods''. Der IRA-Armeerat erklärte sich ohne wenn und aber zu einer Aktion, die der IRA schaden mußte. Er erklärte desweiteren, daß die Aktion unauthorisiert gewesen sei und die verantwortlichen ,,Volunteers'' der Londoner Einheit zur Verantwortung gezogen würden. Anders verhielt es sich mit dem Anschlag auf das Thatcher-Kabinett. Dieser war authorisiert und problemlos vermittelbar.

Nach Morrison darf sich auf keinen Fall eine Stimmung und ein Milieu etablieren, wo die Leute irritiert sind und nicht mehr wissen, aus welcher Richtung der Schuß fiel und in wessen Verantwortung die Bombe gezündet wurde. Dies sei der Tod einer jeden militärischen Kampagne.

Mensch messe dies nun an der Behauptung ,,Jeder kann anfangen''. Wohin soll dieser Satz anders führen als in das völlige Desaster?

Wieso kann die westdeutsche Linke (und diese ist ja nicht einmal gleich Volk) eigentlich nach der Ermordung Olof Palmes nicht binnen weniger Stunden mit Gewissheit sagen, die RAF war es nicht? Viele von uns haben dies zunächst einmal nur gehofft. Mensch muß davon ausgehen, daß selbst (oder gerade?) das engere RAF-Umfeld Stunden danach nicht hätte sagen können, ob das Attentat auf die eigene Kappe, die Kappe eines Geheimdienstes, die Kappe eines Verrückten oder die Kappe von Rechtsradikalen ging. Ich bin mir ziemlich sicher, was ich bei Anfrage aus dem Milieu vernommen hätte. Kein Ja und kein Nein. Nur die Feststellung, daß ein Olof Palme als legitimes Ziel nicht auszuschließen sei (Repräsentant einer besonders infamen — weil ,,liberal'' getarnten — Variante des Imperialismus, SI etc.). Also: Alle Möglichkeiten offen halten. Irgendwelchen blödsinnigen Zusammenhänge lassen sich immer noch konstruieren. Mensch könnte sagen, daß die RAF bei Olof Palme noch einmal davon gekommen ist. Sie war es ganz offensichtlich nicht.

Aber auch so muß mensch konstatieren, daß eine ,,Guerilla'', die zu derartigen Erklärungen wie die von der RAF aus Anlaß des Braunmühl-Attentats verfaßte in der Lage ist, die in einer Weise von der ,,Rekonstruktion des Proletariats'' stammelt, wie es die proletarische und sozial verankerte IRA niemals wagen würde, bestenfalls eine Karikatur darstellt. Eine äußerst miese noch obendrein.

,,*Wir sind eine sozialistische republikanische Bewegung, eine Bewegung, die den bewaffneten Kampf in den sechs Grafschaften (= Nordirland) und die Etablierung einer sozialistischen Republik bestehend aus den 32 Grafschaften Irlands anstrebt. Im gesamten Westeuropa existiert keine revolutionäre oder sozialistische Organisation, die sich derart viel Unterstützung aus dem Volke erfreuen kann wie wir.*

Wir müsen uns dieser Tatsache bewußt sein und uns bemühen, darauf aufzubauen'' (der mutmaßliche IRA-Stabschef Martin McGuiness).

,,*Es gibt einen zentralen Unterschied zwischen der IRA und diesen anderen, isolierten Gruppen in Europa. Die IRA hat eine Tradition. (...) Sie hat seit 1916 eine Guerilla-Kampagne geführt (...) und sie hätte niemals das Ausmaß der britischen Repression überleben können, wenn sie nicht so fest in der Bevölkerung verankert wäre. Die IRA (...) ist keine ultralinke Gruppe, isoliert von der Bevölkerung, aus intellektuellen Angehörigen der Mittelschichten, die absolut keine Basis in der Bevölkerung haben*'' (,,Danny'' Morrison).

Was soll mensch dem noch hinzufügen ...

dsm

Abkehr vom ,,Absentismus''

Zum Parteitag von Sinn Fein

Sinn Féin, der politische Arm der Irish Republikanischen Armee, hat am 2. November auf ihrem diesjährigen Parteitag die Suspendierung der traditionellen Politik des ,,abstentionism'' beschlossen. Nicht weniger als 70 Jahre zählte das ,,abstentionism''-Prinzip zu den Sakrilegen der radikal-republikanischen Partei, wenngleich sich bereits seit einiger Zeit diesbezüglich ein Aufweichungsprozeß konstatieren läßt. Ein Aufweichungsprozeß, der einherging mit der verstärkten Politisierung und Linksentwicklung der ,,Provos'', insbesondere ihres bewaffneten Arms. Der Parteitagsbeschluß bedeutet, daß Sinn Féin sich künftig nicht nur an Wahlen zum südirischen Parlament beteiligen wird, sondern errungene Mandate auch wahrnehmen wird. Bislang ist Sinn Féin in zahlreichen süd- und nordirischen Kommunalparlamenten, in der inzwischen wieder aufgelösten nordirischen Versammlung, in südirischen Grafschaftsparlamenten und im britischen Unterhaus vertreten. Die Sitze im nordirischen Parlament und im britischen Unterhaus wurden allerdings nicht eingenommen. Auf kommunaler bzw. Grafschaftsebene hatte das ,,abstentionism''-Prinzip hingegen keine Gültigkeit. Der historische Beschluß wurde von den Parteitagsdelegierten mit 429 zu 161 Stimmen angenommen. Damit wurde die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit zwar nur knapp erreicht, andererseits fiel die Entscheidung doch deutlicher aus, als dies viele politische Beobachter vorab vermutet hatten.

Dies dürfte nicht zuletzt dem Umstand geschuldet sein, daß die IRA bereits einige Wochen zuvor einen gleichlautenden Beschluß gefaßt hatte. Einmal mehr hatte sich der bewaffnete Arm als Motor der Politisierung und Linksentwicklung erwiesen.

Die IRA-Versammlung

Mitte Oktober fand an einem geheimen Ort die erste ,,allgemeine Armee-Versammlung'' der IRA seit 16 Jahren statt. Anwesend waren der alte ,,Armee-Rat'' und die alte ,,Armee-Exekutive'' sowie Abgesandte der südirischen und nordirischen Kommandobereiche, der Brigaden, Bataillone und diversen ,,Active Service Units'', deren Wahl zuvor bei gesonderten Versammlungen ihrer Einheiten erfolgt war. Die wesentlichen Ergebnisse dieser IRA-Versammlung, der vom Sinn Féin-Organ ,,An Phoblacht/Republican News'' ,,historische Bedeutung'' attestiert wurde:

— Die Betonung der Notwendigkeit der Fortsetzung des bewaffneten Kampfes, um die britische Vorherrschaft zu brechen und irische Unabhängigkeit zu erlangen.

— Mit mehr als der erforderlichen Zwei-Drittel-Mehrheit wurde die Aufkündigung jenes Passus in der IRA-Verfassung beschlossen, der IRA-,,Volunteers'' die Einnahme von Parlamentssitzen untersagt. Mit der gleichen Mehrheit wurde desweiteren ein Bann gelüftet, der das Verbot der Unterstützung von erfolgreichen republikanischen Kandidaten, die ihre Sitze im südirischen Parlament einnehmen, beinhaltete.

— Bestätigt wurde eine Verordnung in der ,,General Army Order'', die offensive militärische Aktionen gegen die Administration, die Armee und die Polizei der Republik Irland untersagt.

— Die IRA-Verfassung wurde inhaltlich und sprachlich auf ,,sexistische Elemente'' hin überarbeitet.



Ruain O'Bradaigh

— In geheimer Wahl wurde eine neue 12-köpfige Armee-Exekutive bestimmt, die ihrerseits aus ihrem Kreis den neuen Armee-Rat zu benennen hat.

Spaltung oder Absplitterung?

Während ,,taz''-Auslandschef ,,mf'' von einer Spaltung Sinn Féins infolge der ,,abstentionism''-Entscheidung phantasiert, liegt die ,,FR'' schon wesentlich richtiger: ,,Die Absplitterung dürfte allerdings kaum die gleiche Wirkung haben wie die tiefe Spaltung Sinn Féins von 1970 über eine ähnliche Frage''. So Peter Nonnenmacher in der ,,FR'' vom 4.11.

Ca. 20 Delegierte hatten zusammen mit 80 weiteren Mitgliedern nach der nisses den mit Delegierten, ausländischen Beobachtern und Journalisten völlig überfüllten Saal verlassen, um in bereits vorher angemieteten Hotelräumen die Organisation ,,Republican Sinn Féin'' zu gründen. Angeführt wurde die Absplitterung von den traditionalistischen Republikanern O'Bradaigh und O'Connell. O'Bradaigh war bis November 1984 Präsident Sinn Féins, wurde jedoch dann von dem republikanischen Linkssozialisten Gerry Adams aus diesem Amt verdrängt. O'Connell ist ein ehemaliger Stabschef der ,,Provos'', der sich um ihren Aufbau verdient gemacht hat. O'Connell stand O'Bradaigh viele Jahre als Vizepräsident zur Seite, quittierte jedoch diesen Posten mit der Machtübernahme durch die nordirischen Linken.

Tatsächlich sind die Ausgangsbedingungen gänzlich anderer Natur, als dies 1969/70 der Fall war, als es über die Frage des ,,abstentionism'' zur Spaltung der republikanischen Bewegung in einen ,,offiziellen'' und einen ,,provisorischen'' Flügel kam. Waren es seinerzeit südirische ,,Politicos'' bzw. eine in Dublin ansässige IRA-Führung, die für die Abschaffung des ,,abstentionism''-Prinzips einstanden, so sind es heute nordirische Republikaner und IRA-,,Volunteers'', die sich hierfür stark machen. Die Opponenten hingegen kommen vor allem aus dem ,,Süden'', wo der bewaffnete Kampf nicht stattfindet, und repräsentieren



Gerry Adams

eher das konservative und traditionalistische Gesicht des Republikanismus.

1969/70 kam es zu einer Koalition zwischen der jungen, im bewaffneten Kampf involvierten nordirischen Basis und der aufrechten, an den Prinzipien ,,abstentionism'' und Bewaffneter Kampf festhaltenden Minderheit im ,,Süden'', die sich vorwiegend aus traditionalistischen Republikanern vom Schlage O'Bradaighs zusammensetzte. Diese Traditionalisten waren insoweit progressiv und den vorgeblich sozialistischen und linken ,,Officials'' vorzuziehen, daß sie über die richtige Erkenntnis der Unreformierbarkeit des nordirischen Staatswesens, der Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes gegen die staatlichen Organe und der Zerschlagung der ökonomischen und politischen Bindungen zwischen den nordirischen Loyalisten und dem britischen Mutterland verfügten. Ansonsten gaben sie sich in ideologischer Hinsicht eher konservativ, denunzierten die ,,Officials'' als ,,marxistisch'' und mit einer ,,internationalen kommunistischen Bewegung'' in Verbindung stehend etc. Für die junge kämpfende Basis im ,,Norden'' war seinerzeit die Aufgabe des ,,abstentionism'' durch die späteren ,,Officials'' von weit geringerer Bedeutung, als die damit einhergehende Aufgabe des bewaffneten Kampfes. Die ,,Official''-Führung war weder willens noch dazu in der Lage, die militärische Verteidigung der katholischen/nationalistischen Ghettos gegenüber den loyalistischen und später auch britischen Attacken zu organisieren. Sie versammelten sich um die ,,Provo''-Führung, weil diese ihnen das Gegenteil versprach und dies auch einhielt.

Es ist nun exakt jene junge Garde von damals, die heute die IRA- und Sinn Féin-Führung stellt und für die Abkehr vom ,,abstentionism'' bei Aufrechterhaltung des bewaffneten Kampfes eintritt. Sie will nicht akzeptieren, was die Geschichte des radikalen Republikanismus scheinbar als unumstößliche Wahrheit bestätigt: daß Politisierung und bewaffneter Kampf miteinander unvereinbar seien, daß Politisierung zur Preisgabe des bewaffneten Kampfes führe, daß Marxismus gleichbedeutend mit Reformismus und Stalinismus sei. Die Rechten und Traditionalisten um O'Bradaigh verweisen immer wieder auf die Erfahrungen mit den ,,Officials'', die mit dem Anspruch der Politisierung unter sozialistischen Vorzeichen antraten, um letztendlich im biederen Reformismus zu versinken.

Das Problem O'Bradaighs und seiner neuen Formation wird sein, daß in dem Teil des Landes, in dem der bewaffnete Kampf tagtäglich real stattfindet, die republikanische Basis den Kurs Gerry Adams mehrheitlich mitträgt. Von daher wird es auch kaum möglich sein, einen Widerspruch zwischen Politisierung und bewaffnetem Kampf zu konstruieren. O'Bradaigh und seine ,,Republican Sinn Féin''-Formation präsentieren sich einerseits als Gralshüter republikanischer Prinzipien — ,,abstentionism'' und bewaffneter Kampf —, andererseits verfügen sie weder über einen eigenen militärischen Arm noch können sie mit relevanter Zustimmung aus den Reihen der real existierenden IRA rechnen. Dazu kommt noch, daß sie ihre Anhänger wohl mehrheitlich in dem Teil des Landes zählen dürften, in dem der bewaffnete Kampf nicht stattfindet.

Mit der Abkehr vom ,,abstentionism''-Prinzip ist den Linken die Streichung eines der letzten elitären Elemente der radikal-republikanischen Philosophie gelungen. Das ,,abstentionism''-Prinzip war als Prinzip genau genommen so sympathisch (weil rigide und scheinbar radikal) wie unpolitisch. Unpolitisch ob seines völlig zeitlosen

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Charakters. Es widersprach dem Bewußtsein der südirischen Bevölkerung, ja selbst der potentiellen Unterstützer der republikanischen Sache im „Süden". IRA-Unterstützer wählten in ihrer Mehrheit die bürgerlich-nationalistische Fianna Fail-Partei, die stärkste Partei im „Süden", die sie als kleineres Übel gegenüber der pro-britischen Fine Gael-Partei betrachteten. Das „abstentionism"-Prinzip war ein Hindernis auf dem Weg Sinn Féins zu einer Massenpartei und einem politischen Faktor auch im „Süden". Dies wird jedoch umso notwendiger, je mehr die Situation im „Norden" — wo Sinn Féin ein relevanter Faktor ist — stagniert.

Die Linken fürchten, daß sie zwar eines Tages mittels der IRA den britischen Rückzug erzwingen könnten, die politische Ernte einer solchen Entwicklung jedoch anderen politischen Kräften überlassen müßten, da eine starke und mit der IRA korrespondierende politische Partei nicht existiert. Auch hierfür gibt es ein historisches Beispiel, nämlich die irische Spaltung von 1920/21. Ohne den bewaffneten Kampf der IRA gäbe es heute nicht einmal diese unvollkommene Republik Irland mit ihrem — im Vergleich zum britischen „Norden" — bißchen Mehr an Freiheit. Doch die politische Ernte fuhr seinerzeit nicht die IRA ein, die stattdessen — nachdem sie ihre Schuldigkeit getan hatte — gnadenlos verfolgt wurde.

Die Linken haben bereits seit einiger Zeit erkannt, daß ein Schlüssel zur Lösung des nordirischen Problems im „Süden" und in dessen stärkere Einbeziehung in die radikal-republikanische Strategie liegt. Sie plädieren deshalb dafür, daß die südirische Sektion der Partei ihre Reduzierung auf einen Traditionsclub und Solidaritätsverein mit dem bewaffneten Kampf im „Norden" überwindet, um sich stärker den südirischen Problemen und deren gesamtirischer Dimension zu widmen. Dazu gehört auch die von den „Provos" im „Süden" lange Zeit (aus einer elitären Haltung heraus, die in Wahrheit on geringem politischen Bewußtsein zeugte) vernachlässigte soziale Agitation.

Rückschritt in der Abtreibungsfrage

Rückschritt in der Abtreibungsfrage

Stellt die Preisgabe des „abstentionism"-Prinzips aus linker Sicht einen Fortschritt dar, so ist in der im erzkatholischen Irland extrem brisanten Abtreibungsfrage eher ein Rückschritt zu konstatieren. Auf dem letztjährigen Parteitag war noch der spektakuläre Beschluß gefaßt worden, daß den Frauen in Sachen Abtreibung völlige Entscheidungsfreiheit überlassen werden sollte. Für irische Verhältnisse war dies ein absolut kulturrevolutionärer Akt, auch in den Augen der Sinn Féin-Unterstützerschaft. Keine irische Partei — ob im „Norden" oder im „Süden" — hatte sich bis dahin in dieser Frage derart weit vorgewagt. Immerhin hatte noch vor gar nicht so langer Zeit in der Republik Irland ein Volksentscheid stattgefunden, mit dem Ergebnis, das Verbot der Abtreibung in die Verfassung aufzunehmen. Auch im „Norden" wurde der Parteitagsbeschluß von der katholischen Kirche, der gemäßigt nationalistischen SDLP und den reaktionären Protestanten scharf angegriffen. Tatsächlich hatte Sinn Féin eine rasante Entwicklung durchgemacht: Anfang der 80er Jahre hieß es noch, mensch sei „total opposed to abortion". 1983 wurde dieser Satz dahingehend modifiziert, daß es „nur" noch „opposed to abortion" hieß. 1985 dann der oben zitierte Beschluß. Auf dem diesjährigen Parteitag wurde diese Beschlußlage revidiert. Abtreibung wird nun nur noch im Falle des Vorliegens einer medizinischen Indikation befürwortet. Dieser Rückschritt kann allerdings nicht losgelöst von der „abstentionism"-Debatte erörtert werden. Die Linken planten einen „deal": Preisgabe des „abstentionism"-Prinzips gegen Revision des Abtreibungsbeschlusses. So sollte verhindert werden, daß eine überstrapazierte traditionalistische Fraktion die Partei verläßt. Dieses Kalkül ging allerdings (s.o.) nur teilweise auf. Zweifelsohne erfolgte die Revision aber auch mit Blick auf das radikal-republikanische Wählerpotential. Bei den nordirischen Nachwahlen zum britischen Unterhaus vom Januar dieses Jahres hatten die katholische Hierarchie und die SDLP eine infame Kampagne gegen die „Provos" eröffnet, die zum Inhalt hatte, daß die „Provos" nach dem real-existierenden Leben nun auch noch die Tötung des „werdenden Lebens" beabsichtigten. Bei diesen Nachwahlen verlor Sinn Féin in ländlichen Regionen Wählerstimmen an die SDLP, nach Einschätzung der Parteiführung aufgrund besagter Anti-Abtreibungskampagne. Im republikanischen und urbanen Belfast, wo keine Nachwahlen stattfanden, wäre die Beschlußlage wohl nicht zum Problem geworden. Nach Auffassung von Gerry Adams, Danny Morrison u.a. linken Führern kam dieser Parteitagsbeschluß zu früh.

Die Revision des Parteitagsbeschlusses ist allerdings wohl eher als vorübergehender und taktischer Rückzug in dieser Frage zu werten. Dafür spricht auch, daß die Initiative zur Revision von den Linken selbst ausging.

Unruhe im Establishment

Im südirischen Establishment hatte die Ankündigung Sinn Féins, das „abstentionism"-Prinzip zu suspendieren, bereits vor einigen Monaten Unruhe ausgelöst. Erzreaktionäre Abgeordnete der Regierungspartei Fine Gael fordern das präventive Verbot Sinn Féins. Re-

gelöst. Erzreaktionäre Abgeordnete der Regierungspartei Fine Gael fordern das präventive Verbot Sinn Féins. Re-

gierungschef Fitzgerald rief dazu auf, daß alle „demokratischen Parteien" Irlands zusammenstehen müßten, um Wahlerfolge Sinn Féins zu verhindern. Die Oppositionspartei Fianna Fail, die größte Partei im Land, gibt sich seit einiger Zeit bewußt anti-britisch, da sie einen Einbruch Sinn Féins in ihr Wählerpotential befürchten muß. Die Kritik Fianna Fails am britisch-irischen Abkommen ist in vielen Aussagen nahezu gleichlautend mit den Einwänden von Sinn Féin und IRA.

Was allseits befürchtet wird, ist, daß Sinn Féin bei den im nächsten Jahr anstehenden Wahlen die Funktion des Züngleins an der Waage zufallen könnte. Die Fianna Fail-Partei erinnert sich noch ungern daran, wie sie 1981 die Regierungsmacht verlor, weil die Wähler ihr in zwei Wahlkreisen einen Denkzettel für ihre opportunistische Haltung in der Hungerstreikfrage erteilten und zwei IRA-Hungerstreiker, die im „Süden" angetreten waren, mit Parlamentsmandaten ausstatteten.

dsm



Alltag in Belfast



Zum Kronzeugen gehört der Krontäter

Am 3.11. berichtete die „taz" wieder einmal über Versuche des Verfassungsschutzes, die linke Szene zu infiltrieren. In der Bodensee-Region wurde eine junge Frau angeworben, um Interna aus Kneipen und Wohngemeinschaften, über Grüne und Atomgegner auszukundschaften. Wie es die Regel in den bisher bekanntgewordenen Fällen dieser Art ist, stellte der VS nach einigen „einfachen Aufga-

Fällen dieser Art ist, stellte der VS nach einigen „einfachen Aufga-

ben" schon bald höhere Anforderungen an die frisch gebackene Agentin. Sie sollte nach Wackersdorf gehen, um dort eine Beziehung zu einem geeigneten „Autonomen" anzuknüpfen; dann sollte sie die Autonomen zu Gewalttaten anstiften. Daraufhin ließ die Frau den ganzen deal auffliegen und wandte sich an die Öffentlichkeit. Der „taz"-Bericht schließt mit der originellen Pointe, als (über)nächstes werde der Staat wohl eine Kron*täter*-Regelung einführen. Der Witz dabei: Man muß nur einen kleinen Schritt weiterdenken. Die geplante Gesetzesänderung *ist* schon die „Krontäter"-Regelung.

Auch der „Spiegel" vom gleichen Datum robbt sich allmählich an die Wahrheit heran, ohne sie wirklich zu erfassen. Dort findet sich, in einem Interview mit dem ehemaligen Hamburger Justizsenator Klug (Nr. 45/86, S. 22), die folgende als Frage an Klug formulierte Passage:

> „In allen Ländern, wo es eine solche Regelung gibt, muß der Kronzeuge vor Gericht aussagen, wird dem Angeklagten konfrontiert, muß sich befragen und seine Glaubwürdigkeit überprüfen lassen. In der Bundesrepublik soll ihn kein Gericht, kein Beschuldigter und kein Verteidiger zu Gesicht kriegen. Der Generalbundesanwalt und ein Ermittlungsrichter sollen im stillen Kämmerlein aushandeln dürfen, daß sie den Kronzeugen laufenlassen — bevor es überhaupt zum Prozeß kommt."

Interessant ist in diesem Zusammenhang der beiläufige „Spiegel"-Hinweis, es sei sogar überlegt worden, die ganze Angelegenheit *ausschließlich* in die Hände der Generalbundesanwaltschaft zu legen:

> „Im Justizministerium wurden aus solchen Gründen auch radikalere Modelle erwogen. Der Generalbundesanwalt sollte danach allein entscheiden, ohne Zustimmung eines Richters und auch ohne irgendwelche einschränkenden Kriterien. ‚Möglichst viel Ermessensspielraum', hieß es in einem Kinkel-Papier, sei erwünscht. Aber am Ende fürchteten sich die Erfinder vor der eigenen Courage." (ebenda, S. 22)

In der Praxis wird diese Nuance kaum einen Unterschied machen; der betreffende Ermittlungsrichter sitzt bekanntlich in Rebmanns Karlsruher „Burg", und nach allen bisher gemachten Erfahrungen wird man wohl mit Fug und Recht von ein und der gleichen Behörde sprechen müssen. Seine völlige Ausschaltung hätte allerdings die Ermächtigung der Anklagebehörde gegenüber der Rechtssprechung allzu augenfällig werden lassen. Deshalb hält man es in Bonn offenbar aus taktischen Gründen für klüger, der Richterschaft formal etwas entgegenzukommen. De facto ist es so: Rebmann ist die Adresse für alle Aussagewilligen; ohne jede Kontrollmöglich-

mann ist die Adresse für alle Aussagewilligen; ohne jede Kontrollmöglich-

keit, vor allem aber ohne jede Öffentlichkeit *(„im stillen Kämmerlein")* entscheidet er über Straffreiheit oder Strafminderung, über Belohnung und Ausstattung der Betreffenden mit einer neuen „Legende" etc. Folglich entscheidet auch er allein über die Art und Weise, wie mit den so gewonnenen ‚Erkenntnissen' umgegangen wird: Was und wieviel davon in Fahndungen, Ermittlungen oder Gerichtsverfahren eingeht; welche Behörde davon wieviel mitbekommt und wie es zuletzt in der Öffentlichkeit aufbereitet wird — wenn überhaupt! **Rebmann wird gesetzlich dazu befugt, eine Art Alleinherrschaft (in rechtlicher Hinsicht) über den ganzen Komplex ‚Informationen aus der Terrorszene' auszuüben. Wenn man bedenkt, wie sehr dieser ganze Komplex geeignet ist, die Öffentlichkeit politisch zu manipulieren, wenn nur im ‚richtigen' Augenblick die ‚richtige' Information an das ‚richtige' Medium gegeben wird, dann wird klar, welche Machtfülle Rebmann verliehen wird.**

Es ist zu befürchten, daß dies der eigentliche Zweck des neuen Pakets von ‚Terrorgesetzen' ist; die Kronzeugen-Kontroverse, in der die SPD gemüht ist, die Regierung eher von rechts zu überholen („Straffreiheit für Mörder??!"), lenkt nur davon ab. Der Verweis auf andere Länder in diesem Zusammenhang kann nur als absichtsvolle Täuschung verstanden werden. In Italien wie im angelikanischen Recht muß der Kronzeuge vor Gericht erscheinen; für die geplante Ausstattung des GBA mit solch außergewöhnlichen Vollmachten gibt es keinen Vergleich aus dem bürgerlich-demokratischen Ausland. Man beruft sich also völlig zu Unrecht auf diese Beispiele. Hier geht es um die juristische Festschreibung von Geheimdienstpraktiken, wie sie natürlich überall existieren, aber eben nicht überall ausdrücklich legalisiert werden. Hier geht es um Ausnahmerecht und Sonderbefugnisse — am ehesten noch zu vergleichen mit der Militärgerichtsbarkeit.

Die geplanten Gesetzesänderungen bestätigen den Eindruck, den man vom äußeren Anschein her — etwa bei der Fernsehberichterstattung über Terrorismus schon lange gewinnen konnte. Rebmann tritt in der Öffentlichkeit generell nicht als Vertreter der Rechtsprechung, sondern als Sprecher der Exekutive auf, er macht weniger den Eindruck des obersten RAF-Anklägers, als vielmehr den des obersten RAF-*Jägers*. Die Medien stellen ihm — ganz selbstverständlich — die Fragen, die sie eigentlich an das BKA oder die Geheimdienste haben, und er antwortet so selbstverständlich darauf, als sei er GBA, BKA, VS und BND in einer Person — eben der Experte schlechthin. Und deswegen ist es auch kein Zufall, daß sich für diesen ganzen Komplex auf seiten der Kritiker ein und derselbe Begriff eingebürgert hat: Staatsschutz. Kurzgesagt — nicht nur das BKA, wo diese Feststellung banal ist, auch die Bundesanwaltschaft führt sich als Geheimdienst auf, und dieser äußere Schein soll nun Gesetz werden. Denn wenn Rebmann ausdrücklich *nicht* im Namen und Auftrag der Öffentlichkeit

wenn Rebmann ausdrücklich *nicht* im Namen und Auftrag der Öffentlichkeit

und als ein Organ derselben entscheidet, gegen wen Anklage erhoben werden und wer stattdessen belohnt wird — in wessen Namen und Auftrag wird er es dann tun? Natürlich in dem der Geheimdienste.

Da ist es stimmig, wenn die geplanten Gesetzesänderungen von Justizstaatssekretär Kinkel ausgearbeitet werden, der vorher BND-Chef war, und es ist logisch, daß er drei Kriterien fordert:

1. Nur eine Person (Rebmann) soll entscheiden;
2. möglichst viel Ermessensspielraum bei dieser Entscheidung;
3. *„Das muß alles unter Ausschluß der Öffentlichkeit geklärt werden"* (Kinkel laut „Spiegel").

Kinkel war es auch, der — wohl ohne Otto Schily bewußt demütigen zu wollen — den Satz prägte, nun müsse das staatliche Gewaltmonopol gegen den Terrorismus zum Einsatz kommen. All das weist auf Absichten hin, in deren Zusammenhang die Kronzeugen-Regelung als sekundär erscheint.

Zumal es eine Kronzeugen-Praxis ja schon längst gibt: Urbach, Bodeux, Speitel, Dellwo oder das Gespann Loudil/Berger. Auch der Fall Boock beweist das Vorhandensein erheblicher „Ermessensspielräume" in dieser Hinsicht: Ihm wurden Hafterleichterungen und Strafmilderung in Aussicht gestellt, falls er „auspackt" und sich nicht nur distanziert. Gerade weil sich Boock nicht als Kronzeuge zur Verfügung stellte, rächte man ich ihm gegenüber mit besonderer Härte.

Einmal immanent betrachtet: In Italien, wo es hunderte, wahrscheinlich sogar über tausend Angeklagte der Brigate Rosse gab, mag es für die Herrschenden einen gewissen Sinn ergeben haben, den Kronzeugen gesetzlich zu verankern. In der Bundesrepublik, wo der Kreis, der dafür infrage käme, vielleicht aus einigen Dutzend Menschen besteht, muß es grotesk wirken, deswegen Gesetze zu verändern (anstatt die „Ermessensspielräume" zu nutzen, die das geltende Recht ohnehin gewährt). **In der Bundesrepublik geht es darum, die Macht der Geheimdienste auszubauen und zu sanktionieren, ihre Kontrolle weiter einzuschränken — die Gewaltenteilung ein weiteres Stück aufzuheben und die Monopolisierung der Staatsgewalt ein weiteres Stück voranzutreiben.** Nur, wozu? Um von der abstrakten Ebene dieser Erörterungen ein

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

wenig wegzukommen, mag ein Beispiel aus der Staatsschutz-Praxis herangezogen werden. Denn es geht ja um reale Maßnahmen, die durchgeführt werden sollen, und die Herren Rebmann und Kinkel genießen ja auch vor allem den Ruf von Praktikern.

Nehmen wir also das Beispiel des engsten Freundes eines Attentäters, welcher von Mitarbeitern des GBA und Kriminalbeamten eines LKA verhört wird — zunächst einmal nur, weil man sich von ihm Aufschlüsse über Persönlichkeit und Charakter des Täters erhofft. Der Zeuge berichtet nach anfänglicher Zurückhaltung über die politische Einstellung des Attentäters. Er verwickelt sich in Widersprüche und bricht im Verlauf des Verhörs zusammen. Es stellt sich heraus, daß er von Attentatsplänen — mehr oder weniger konkret — wußte. Er gibt auch eine ziemlich präzise Schilderung des politischen Kalküls, welches dem fraglichen Attentat zugrundelag. Diese Aussage wirft die bisherige Hypothese der Fahnder, wonach es sich grob gesagt um einen „dummen Jungenstreich" mit schlimmen Folgen gehandelt habe, völlig über den Haufen. Den erfahrenen Vernehmern entgeht nicht, daß das geschilderte politische Kalkül, welches eher für „Profiarbeit" spricht, nicht zu den Persönlichkeiten des jugendlichen Täters und seines Mitwissers paßt, nicht zu ihren spinnerten eigenen Ideen, nicht zu ihrer offenkundigen Unreife und auch nicht zu der Umgebung, in der die beiden aufgewachsen sind und leben. Es stellt sich die Frage nach politischen Hintermännern. Diese neue Erkenntnis ist für die Vernehmer so bedeutsam, daß das Verhör (soweit es protokolliert wurde) abgebrochen wird, um den Chef, Rebmann, zu Rate zu ziehen. Aus Gründen der Staatsräson werden die betreffenden Aussagen des Zeugen verworfen, sprich: für unglaubwürdig erklärt. Nun wird das ganze, protokollarisch festgehaltene Verhör noch einmal in umgekehrter Richtung durchgeführt (Rebmann nennt das „*Ausermitteln*"). Alle Ergebnisse, die man am Vortag gewonnen hatte, werden durch wiederholte Befragung relativiert, es wird auf Widersprüche verwiesen, alles wird angezweifelt usw., um am Ende bei dem Erkenntnisstand anzulangen, den man vor der Einvernahme des Zeugen auch schon hatte. Dadurch wird die Anfangshypothese eines „dummen Jungenstreichs" mit schlimmen Folgen gehalten.

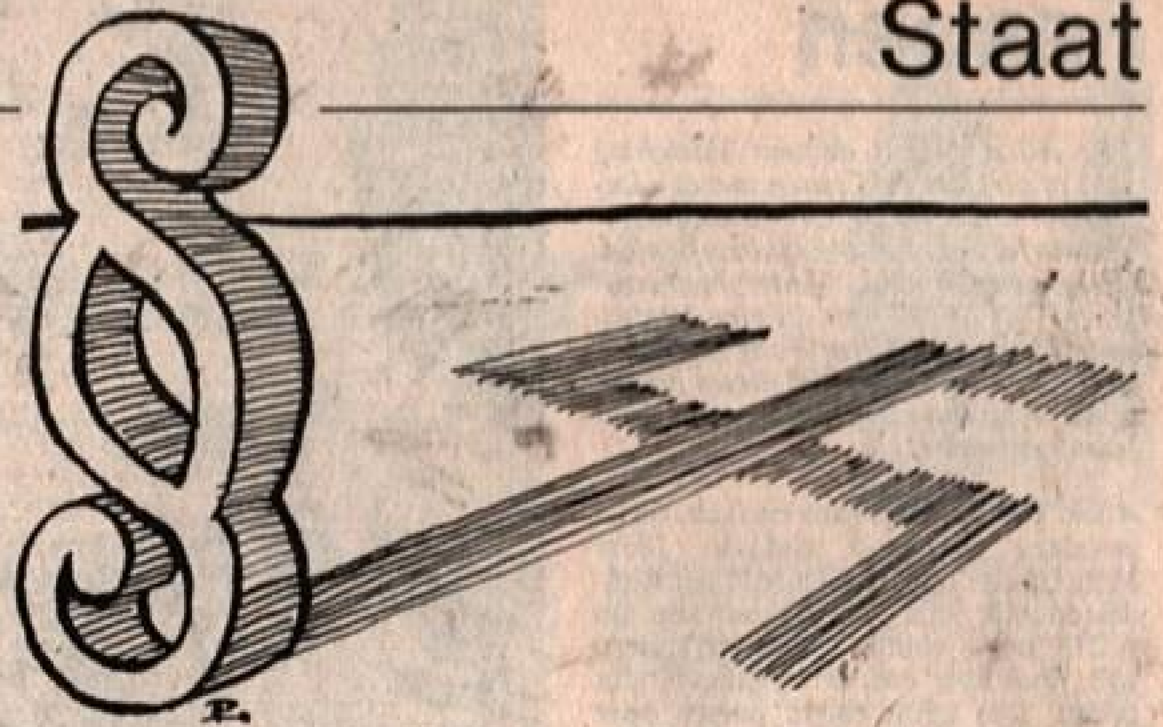
Das Beispiel ist durchaus nicht fiktiv. Es beschreibt die Befragung eines Schulfreundes von Gundolf Köhler in Donaueschingen durch Anwälte aus Karlsruhe. Köhler wurde als „Einzeltäter" für das Oktoberfest-Attentat vom 26.9.80 verantwortlich gemacht. Es liegt auf der Hand, daß eine solche Praxis des Aus- oder besser *Weg*ermittelns für alle Beteiligten, insbesondere aber für den GBA äußerst riskant ist. Die Akten geraten — auch wenn ein Prozeß wegen Tod des „Einzeltäters" nicht stattfindet — in zuviele Hände und landen am Ende doch bei der Presse (wie in obigem Beispiel geschehen). Man muß den Zeugen nicht nur kaufen, sondern auch rundum glaubwürdig machen, ihn einschüchtern, bedrohen, sogar psychiatrisieren (wie im obigen Beispiel geschehen). Das kann schiefgehen und schon steht der GBA (aber möglicherweise noch viel mehr, je nach Beschaffenheit, die durch diese Praxis gedeckten Hintermänner) am Pranger. Derartige Verlegenheiten werden durch die geplante Gesetzesänderung beseitigt. Man kann den Betreffenden aussagen lassen, ihn anschließend als Kronzeugen in die Wüste schicken und die Akten im Tresor der Karlsruher Burg versenken oder besser noch vernichten. **So gesehen bietet die Kronzeugen-Regelung in der geplanten Form jede Menge Vorteile, aber nicht zur Aufklärung, sondern viel mehr zur Vertuschung begangener Straftaten und zur Deckung ihrer Täter oder Hintermänner.**

Haben wir die Materie bis hierhin sorgsam durchdacht, so ist es nicht mehr schwer zu erkennen, um welche Art von Terrorakten es sich handelt, deren Vertuschung — rechtlich gesehen — immer noch einige Verlegenheiten bereitet. Es handelt sich um den ganzen Komplex, staatlicherseits „Terror mit Terror zu bekämpfen" und so bekommt BND-Kinkels Aussage, jetzt das staatliche Gewaltmonopol einzusetzen, nochmal einen ganz speziellen Akzent. Überspitzt könnte man sagen, der Staat greift nach dem Terrormonopol — bei Zusicherung von Straffreiheit.

Aktivitäten wie das Celler Loch des VS-Gespanns Berger/Loudil werden nach der neuen Rechtslage niemals die Justiz und noch weniger als bisher die Öffentlichkeit beschäftigen. Dabei muß man sich bewußt machen, daß es sich beim Celler Loch nur um eine vergleichsweise harmlose Geschichte gehandelt hat. Um es auf den Punkt zu bringen: Ein Geheimdienstagent kann künftig Bomben legen, gefälschte Bekennerschreiben verfassen, die den Verdacht auf RAF oder RZ lenken; wenn er in die Gefahr gerät, „verbrannt" zu werden, weil er vielleicht einen Fehler begangen hat, kann er sich ganz legal bei Rebmann melden — „dies alles habe ich zur Aufdeckung terroristischer Gruppen getan" — und sich mit einer angemessenen Belohnung und neuen Ausweisen in ein neues Leben begeben. Ob seine Untaten tatsächlich irgendetwas aufdeckten oder vielleicht das politische Klima in einer bestimmten Richtung beeinflussen sollten — dies zu entscheiden, bleibt dem GBA überlassen, welcher wohl nicht umsonst den Ruf des Oberscharfmachers genießt (bitte den Begriff sehr wörtlich nehmen: *scharf machen!)*.

Über den Umweg einer angeblichen „Kronzeugen-Regelung" wird eine Lücke überbrückt, die den Geheimdiensten bisher tatsächlich Kopfzerbrechen bereitet hat. Streng gesehen (freilich wird das in der Praxis nie so streng beachtet) dürfen sie nämlich terroristische Gruppen infiltrieren; dabei sind sie allerdings formal gehalten, selbst keine Straftaten zu begehen (es hält sich freilich kaum jemand aus diesem Metier daran). Mit der geplanten Gesetzesänderung fallen einfach die letzten Schranken für eine hemmungslose V-Leute-Tätigkeit in der Illegalität. Und genau das ist es, was die Dienste anstreben. Hat jemand schon einmal von einem in eine illegale Gruppe eingeschleusten Agenten gehört, der dort den Bremser gespielt hätte? Durchweg ist das Gegenteil der Fall: Sie versuchen stets, Öl aufs Feuer zu gießen — freilich um dadurch den Brand in eine bestimmte Richtung zu lenken. Die Methode ist uralt: Noch jeder Großinquisitor, und als solcher versteht sich Rebmann, ist dort gelandet. Und so gesehen ist auch der in der laufenden Diskussion häufig gehörte Satz völlig richtig: Die Kronzeugen-Regelung wird den Terror nicht mindern, sondern verstärken. Allerdings einen anderen Terror anderer Urheber, als diejenigen meinen, die diesen Satz gebrauchen. Oder weiß Augstein wirklich, was er sagt, wenn er von einem *Notstandsgesetz* spricht und will nur, daß wir selber darauf kommen?

de.



Der Dolch des Mörders unter der Robe des Juristen

„Der Dolch des Mörders war unter der Robe des Juristen verborgen" — so brachte die Jury des Nürnberger „Juristenprozesses" 1947 ihre Sicht der NS-Justiz auf den Punkt. Die westdeutsche Justiz dagegen hat große Mühe darauf verwandt, diesen Tatbestand zu vertuschen, statt ihn aufzuklären und die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen. Die Einstellung der Ermittlungsverfahren gegen Mitglieder des „Volksgerichtshofes" durch die Westberliner Staatsanwaltschaft im Oktober diesen Jahres setzt den Schlußpunkt unter dieses düstere Kapitel.

Nach diesem „wohltuenden Schlußstrich" (FAZ) ist es endgültig: die 5.243 Todesurteile, auf die es der „Volksgerichtshof" im Laufe seines elfjährigen Wirkens gebracht hat, bleiben ebenso ungesühnt wie die über 32.000 Todesurteile der Sonder- und Kriegsgerichte der NS-Justiz insgesamt. Das hebt die Behandlung der Taten der NS-Justizverbrecher noch aus dem allgemeinen Skandal der juristischen „Vergangenheitsbewältigung" heraus: auch hier wurden die eigentlich Verantwortlichen zwar verschont, aber immerhin einige der schlimmsten Henkersknechte zur Verantwortung gezogen.

Die wenigen überhaupt in Gang gesetzten Strafverfahren gegen Nazi-Richter und -Staatsanwälte endeten stets mit Einstellung oder Freispruch. Die entsprechende Zauberformel aus der Küche der Rechtsdogmatik lautete: ein rechtswidriges Todesurteil ist nur dann strafbar, wenn das Urteil gleich-
ein rechtswidriges Todesurteil ist nur
dann strafbar, wenn das Urteil gleich-
zeitig den Tatbestand der vorsätzlichen Rechtsbeugung erfüllt, wobei der Nachweis eines — sonst so beliebten — Eventual-Vorsatzes als nicht ausreichend angesehen wird.

Dieses Richterprivileg schützte auch solche mörderischen Juristen, die für Taten, die selbst nach NS-Gesetzen „nur" mit Gefängnis bedroht waren — etwa die „Rassenschande" — die Todesstrafe verhängt hatten, solange das Verfahren nur vor einem „ordentlichen Gericht" stattfand. Und das waren nach Ansicht von Politik und Justiz in der BRD sowohl der „Volksgerichtshof" als auch die Sonder- und Kriegsgerichte, an denen Leute wie der Marinerichter a.D. Filbinger wüteten. Daß beim „Volksgerichtshof" nicht einmal mehr die Hülle bürgerlicher Rechtsstaatlichkeit vorhanden war, mochte der Bundestag erst 1985 feststellen. Die Urteile der übrigen Sondergerichte gelten noch heute als rechtmäßig zustandegekommmen!

Daneben gab es natürlich immer den Rettungsanker der „biologischen Lösung": die Ermittlungen wurden so lange verzögert, bis es nichts mehr zu ermitteln gab, weil die Beteiligten aus Gesundheitsgründen — zu deren Attestierung sich helfender ärztlicher Beistand immer finden ließ — nicht mehr zur Verfügung standen. So auch im Fall der Ermittlungen gegen den „Volksgerichtshof". Ein mittleres Wunder immerhin, daß überhaupt ermittelt wurde. Sie begannen — 17 Jahre nach Kriegsende — 1962 auf eine Strafanzeige des ehemaligen stellvertretenden US-Anklägers beim Nürnberger „Hauptkriegsverbrecher-Prozeß", Robert M.W. Kempner. Im Fall des Kammergerichtsrates Rehse, der an 231 Todesurteilen des „Volksgerichtshofes" mitgewirkt hatte, kam es daraufhin tatsächlich zur Anklage; der Angeklagte starb allerdings vor Abschluß des Verfahrens, das durch die Instanzen ging. Für die Westberliner Staatsanwaltschaft war das Anlaß genug, die übrigen Ermittlungsakten auch wieder zuzuklappen. 1979 gelang es Kempner, noch einmal Ermittlungen in Gang zu setzen, die — zwischenzeitlich auch mal wieder eingestellt — jetzt endgültig begraben worden sind.

Daß es — auch unter den Maßstäben bürgerlicher Legalität — anders geht, hat ansatzweise der „Nürnberger Juristenprozeß" 1947 — einer der zwölf unter amerikanischer Regie durchgeführten Nürnberger Nachfolgeprozesse — gezeigt, wo sich dreizehn führende Nazi-Juristen zu verantworten hatten. Hier sollte — zum ersten und zum letzten Male, wie sich später zeigte — das Rechtssystem des NS-Staates insgesamt zum Verbrechen gegen die Menschlichkeit erklärt und die Mitwirkenden an Erlaß und Durchführung der entsprechenden Gesetze abgeurteilt werden. Die äußerest milden Urteile, vor allem aber die Begnadigungspraxis der Alliierten, in der sich der Bruch zwischen den Beteiligten der Anti-Hitler-Koalition und der Beginn des „Kalten Krieges" niederschlug, gaben das Unternehmen allerdings der Lächerlichkeit preis. Bis 1951 waren bis auf einen alle Verurteilten wieder auf freiem Fuß.

Die Rechtssprechung der Nürnberger Prozesse sollte nach den ursprünglichen Vorstellungen der Alliierten die Grundlage bilden für die Entnazifizierung des öffentlichen Lebens in Deutschland. Die aber fand im Bereich der Justiz — mehr noch als in anderen Bereichen — nur auf dem Papier statt. Fast alle Staatsanwälte und Richter des „Dritten Reiches", die zum allergrößten Teil NSDAP-Mitglieder waren, wurden in den Westzonen wieder in den Justizdienst übernommen. Für die Verhinderung einer grundlegenden Neuordnung, die Absicherung der kapitalistischen Restauration und den Ausbau der BRD zum „Bollwerk gegen den Kommunismus" brachten sie
Ausbau der BRD zum „Bollwerk ge-
gen den Kommunismus" brachten sie
ja auch die denkbar besten Voraussetzungen mit. Nur aus optischen Gründen wurden 1961 die am deutlichsten Belasteten in den finanziell bestens ausgestatteten Ruhestand entlassen.

Im Gegensatz hierzu wurde in der Sowjetischen Besatzungszone ein radikaler Schnitt vorgenommen: alle NSDAP-Mitglieder wurden auf Befehl der sowjetischen Militäradministration aus dem Justizdienst entfernt, die offenen Stellen entsprechend den Vorstellungen einer Bürgerjustiz mit Laienrichtern besetzt.

In der BRD dagegen war die NSDAP-Mitgliedschaft nicht nur kein Hindernis, sondern geradezu eine Voraussetzung für eine Karriere im Justizapparat. Unverkennbar war dabei der Trend, solche Juristen bevorzugt bei der Besetzung der mit politischen Straftaten befaßten Gerichte und wichtiger Positionen der Justizministerien zu berücksichtigen. Ein Beispiel mag zur Illustration genügen:
Der ehemalige SA-Kämpfer und NSDAP-Staatsanwalt Erwin Schüle brachte es nach dem Krieg sogar zum ersten Leiter der Zentralstelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen! Nachdem er aufgrund internationaler Kritik diesen Job vorzeitig aufgeben mußte, avancierte er zum Generalstaatsanwalt in Baden-Württemberg und leitete als solcher beispielsweise das Todesermittlungsverfahren in Sachen Stammheim-„Selbstmorde".

Abgesehen von der personellen Kontinuität, die der Nachkriegsjustiz ihr spezielles braun-schwarzes Gepräge gab, muß eine aktuelle antifaschistisch-demokratische Justizkritik sich vor allem der Kontinuitätslinien annehmen, die sich im Bereich des politischen Strafrechts zeigen: Mehr noch als in der Behandlung von Bewerbern für den Öffentlichen Dienst, Asylsuchenden, Kriegsdienst- und Totalverweigerern, Demonstranten und Blockierern ist die Justiz dieses unseren Landes bei der Verfolgung von „Terroristen" und „Sympathisanten" ihrer NS-Vergangenheit treu geblieben. Die extremen Freiheitsstrafen gegen RAF-Mitglieder und die endgültige Einstellung der Strafverfolgung von Nazi-Justizverbrechern sind insofern nur zwei Seiten derselben Medaille.

A., Bremerhaven

Presseerklärung Bremer Strafverteidiger zum „Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus"

Die INITIATIVE BREMER STRAFVERTEIDIGER, ein Zusammenschluß von rund 100 Rechtsanwälten und anderen Juristen im Lande Bremen wendet sich mit Entschiedenheit gegen den Entwurf der Fraktionen CDU/CSU und FDP für ein „Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus" vom 31.10.1986.

In der öffentlichen Diskussion ist zu Unrecht der Eindruck entstanden, als sei die sogenannte Kronzeugen-Regelung der wesentliche Bestandteil dieses Gesetzespaketes. Nach unserer Auffassung ist der wahre Umfang der Gefährlichkeit dieser Regelung erst aus dem Gesamtzusammenhang der am 6.11.1986 in den Bundestag eingebrachten Regelungen zu erkennen.

Diese betreffen zunächst die Änderungen des § 129a StGB („Bildung terroristischer Vereinigungen"). Das Gründen und die Mitgliedschaft in einer derartigen Vereinigung soll nunmehr mit einer Mindeststrafe von 1 Jahr bestraft werden, d.h. als Verbrechen eingestuft werden.

Der Kreis der Katalogtaten wird drastisch erweitert. In diesem Zusammenhang heißt es in der Begründung des Gesetzentwurfes (Drucksache 10/6286) wörtlich:

„... nach der Einschätzung der Praxis und den Erfahrungen aus jüngster Zeit (sind) folgende Strafen als typische terroristische Erscheinungsformen hinzugekommen:
— gefährlicher Eingriff in den Bahn-, Schiffs- und Luftverkehr — § 315 StGB — (Störaktionen gegen Munitionstransportzüge durch Entfernen von Eisenbahnschwellen, Blockieren von Weichen und anderem),
— Störung öffentlicher Betriebe — (§ 316b StGB) — (Absägen von Strommasten),
— Brandanschläge auf Polizei- und Militärfahrzeuge sowie auf Anlagen im Energieversorgungsbereich, insbesondere auf Baumaschinen."

Diese Vorschrift soll sich somit ausdrücklich gegen Aktionsformen richten, die von Teilen sozialer Bewegungen, wie der Antiatomkraft-Bewegung und der Friedensbewegung diskutiert und angewandt werden.

Die Behauptung eines Verbrechens oder eines Vergehens nach § 129a StGB gibt den Strafverfolgungsbehörden eine Vielzahl von Angriffsmöglichkeiten an die Hand, die 1976 eingeführt und seinerzeit bereits auf unseren entschiedenen Widerspruch gestoßen waren:
— die Mitgliedschaft in einer Vereinigung nach § 129a StGB stellt für sich einen gesonderten Haftgrund dar (§ 112 Abs. 3 StPO),
— es besteht die Möglichkeit der Durchsuchung von Wohnräumen Nichtverdächtiger, wie jüngst in Düsseldorf (§ 103 StPO),
— die Möglichkeit einer Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (§ 100a StPO)
— die Möglichkeit der Einschränkung des Besuchs- und Schriftverkehrs, der Überwachung des Verkehrs mit dem Verteidiger und der Anordnung einer Trennscheibe bei Besuchen des inhaftierten Beschuldigten (§ 148 Abs. 2 StPO),
— Die Möglichkeit der Kontaktsperre (§ 31 EGGVG).

Erst in diesem Kontext erhält auch die Legalisierung des Kronzeugen ihren „Sinn".

Die Kronzeugenregelung schafft für den Betreffenden einen gesetzlich garantierten Anreiz zur Lüge, um die eigene Strafverfolgung zu vermeiden. Diese Konsequenz ist den Strafverteidigern aus den Betäubungsmittelverfahren, in denen selbst belastete Zeugen oder Mitangeklagte von einer ähnlichen Regelung in § 31 BtmG Gebrauch machen, hinlänglich bekannt.

Das Prinzip der Fährnis des Verfahrens wird weiter ausgehöhlt, indem die Kronzeugenregelung Zeugen zweierlei Rechts schafft.

Die Kronzeugenregelung wird ihre in diesem Sinne verheerende Wirkung voraussichtlich gerade in den Bereichen erfahren können, die durch die dargestellte Ausweitung des Anwendungsbereichs des § 129a StGB eröffnet werden. Deshalb lehnt die INITIATIVE BREMER STRAFVERTEIDIGER auch sogenannte Kompromißlösungen ab, durch die Kronzeugen dann von der Vergünstigung ausgenommen werden sollen, wenn sie sich selbst des Mordes strafbar gemacht haben.

Die INITIATIVE BREMER STRAFVERTEIDIGER lehnt ferner die Wiedereinführung des §130a StGB („Anleitung zu Straftaten") ab.

Aus guten Gründen, nicht nur der geringen Praktikabilität, sondern insbesondere der damit verbundenen Einschränkung der Meinungsäußerungsfreiheit ist diese Regelung im Jahre 1981 nach rund fünfjähriger Geltungsdauer wieder abgeschafft worden. Die damaligen Erfahrungen zeigten, daß die legitime öffentliche Auseinandersetzung über die verschiedensten Widerstandsformen in die Illegalität verbannt wurde. Gleichzeitig kam es zur Beschlagnahme von Klassikern der politischen Literatur und zu Eingriffen in die Wissenschaftsfreiheit. Wenn es nach dem Text der Begründung des Gesetzentwurfes Zweck der neuen Vorschrift ist, „der Gefährdung der Allgemeinheit durch das Entstehen eines psychischen Klimas, in dem schwere, sozialschädliche Gewalttaten gedeihen können, entgegenzuwirken", dann ist jetzt bereits abzusehen, daß mit der Vorschrift des § 130a StGB wiederum die unselige Hatz auf die sogenannten intellektuellen Helfershelfer in der Art der 70er Jahre wieder eröffnet werden soll.

Die aktuellen Gesetzesinitiativen stellen eine Fortführung der in den 70er Jahren aus dem Boden gestampften Antiterrorismusgesetze mit ihren weitgehenden Beschneidungen der Rechte der Beschuldigten ihrer Verteidiger dar. Sie dürfen nicht Gesetz werden.

INITIATIVE BREMER STRAFVERTEIDIGER
Der Vorstand

„Nicht Programme und Sonntagsreden, sondern Handlungen erwarten wir''

Gespräch mit Alice Schwarzer über die Parteienpolitik zum § 218



Foto: Bettina Flitner

AK: Alice — mit deinem Vorschlag geht es dir darum, Frauen aus der Defensive, in die sie durch Mörderinnen-Vorwürfe und Lebensschutzargumentation geraten sind, wieder herauszuholen. Als Mittel hast du eine Verfassungsklage zur Überprüfung des § 218 gewählt. Was ist das Ziel dieses juristischen Vorschlags? Warum zum Verfassungsgericht?

Alice: Die Sache ist ganz einfach, sie ist geradezu zwingend einfach. Jeder Mensch, der oder die heute in der Bundesrepublik jetzt oder irgendwann am § 218 noch einmal etwas verändern will, muß über das Verfassungsgericht gehen. Das kann einem passen oder nicht, das sind Realitäten! Das Parlament, das zuständig ist für die Verabschiedung von Gesetzen in der Bundesrepublik, hat rein rechtlich nur ein Gremium über sich, das ist das Verfassungsgericht. An das Verfassungsgericht kann appelliert werden, oder es kann auch selber tätig werden, um die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen zu überprüfen, die vom Parlament erlassen wurden. Nach dem Erlaß der Fristenregelung, zu der wir Frauen damals die SPD und die FDP gezwungen haben — die hatten 1974 ganz einfach Angst, sonst die Wahlen zu verlieren — hat das Verfassungsgericht interveniert und gesagt, diese vom Parlament beschlossene Fristenregelung ist nicht verfassungsgemäß. Dem folgte die Indikationsregelung. Sie ist rein juristisch vom Verfassungsgericht jetzt sozusagen blockiert — der § 218 kann darum heute nicht mehr direkt vom Parlament, sondern nur noch auf dem Weg über das Verfassungsgericht geändert werden. Ich brauche dem Arbeiterkampf nicht zu erklären, auch seinen Leserinnen und Lesern nicht, daß natürlich das Verfassungsgericht kein über allen Wassern schwebendes juristisches Gremium ist, sondern ein poli-

über allen Wassern schwebendes juristisches Gremium ist, sondern ein poli-tisches Interesseninstrument. Darum ist es auch eine Widerspiegelung der politischen Verhältnisse damals gewesen, daß von acht Richtern sechs das Gesetz für nicht verfassungskonform erklärten und zwei mit derselben Logik widersprochen haben. Und wenn ihr jetzt sagen wollt, das Verfassungsgericht sei reaktionär ...

Das wollten wir gerade.

Da kommen mir die Tränen in die Augen. Man hat es wirklich in diesem Land geschafft, die Verdummung der politischen Linken und Möchte-gern-Linken soweit zu treiben, daß ein radikales Denken verwechselt wird, mit der Kenntnisnahme bestimmter Machtverhältnisse. Wir haben uns Anfang der 70er Jahre, als wir den § 218 abschaffen wollten, selbstverständlich nicht an den lieben Gott gewandt und auch nicht an den Teufel, sondern an das damals dafür zuständige Parlament und das ist bekanntermaßen auch nicht sehr fortschrittlich. Das war damals die Stelle, die den § 218 reformieren oder abschaffen konnte und heute ist die Stelle das Bundesverfassungsgericht. Ob uns das nun paßt oder nicht.

Wir sind nicht grundsätzlich dagegen, uns an ein Parlament oder Verfassungsgericht zu wenden. Wenn wir das unterstützen, dann allerdings nicht, weil wir uns erhoffen, daß dort Recht oder Gerechtigkeit gesprochen wird, sondern dann wissen wir, daß dort in unserem Sinne nur etwas passiert, wenn wir Druck ausüben können, d.h. wenn es eine breite Bewegung gibt. So wie das ja z.B. Anfang der 70er Jahre auch der Fall war.

Ihr wollt wissen, ob ich das derzeit nicht problematisch finde?

Ja.

Nein. Ich finde das keineswegs problematisch. Ich finde es den richten Augenblick. Aus verschiedenen Gründen: zum einen haben wir die Indikationslösung, die ja überhaupt eine Unerhörtheit ist, jetzt seit zehn Jahren. Mit dieser Indikationsregelung kann man machen, was man will, da kann man jeder Frau die Abtreibung verweigern, und es wird ja auch zunehmend entmündigender für Frauen. Deshalb meine ich, daß diese Wahlzeit — wir haben nur alle vier Jahre Wahlen — die richtige ist. Ich weiß gar nicht, warum ich vier Jahre warten soll? Was soll sich da ändern? Ganz im Gegenteil, wir sehen, daß die SPD immer rechter wird, daß die Grünen sich in einem rasanten Prozeß der Profilierung als kleinstes Übel befinden. Es kann von der Seite nur schlechter werden. Was die Meinung der Bevölkerung angeht, liegen uns dutzende von offiziellen Umfragen aller Art vor, bei denen immer wieder eines herauskommt: 70% bejahen, daß Frauen selbst bestimmen, ob sie eine Schwangerschaft austragen oder nicht.

Sind diese 70% auch bereit, gegen den § 218 zu kämpfen und aktiv zu werden?

Was heißt, zu kämpfen? Die Mehrheit wäre auf jeden Fall dafür. Volkes Meinung darf nicht mit der Meinung von Kardinälen und dem Effekt der gewaltigen Pressepropagandamaschinen verwechselt werden. Diese 70% entsprechen übrigens Zahlen aus anderen Ländern. Ich erinnere nur daran, daß in Italien die Volksbefragung die Fristenregelung gebracht hat. Aber selbst wenn die Bevölkerung in diesem Punkte nicht fortschrittlich wäre, hieße das doch nicht, daß ich deswegen nicht gegen den § 218 kämpfe. Ich als Radikale habe meine Forderung noch nie den Statistiken entnommen. Ich setze mich für Dinge ein, die richtig sind, und ich versuche das so geschickt und so kraftvoll wie möglich zu machen. Der einzige Grund, der dafür spräche, daß in dieser Vorwahlzeit nicht zu machen, wäre, daß man sicher ist, daß in vier Jahren die Parteienlandschaft bedeutend fortschrittlicher und frauenfreundlicher aussieht, und das will mir doch wohl niemand sagen, daß es sich so entwickeln wird.

Die von dir vorgeschlagene Normenkontrollfrage zielt darauf ab, bestenfalls die Indikationsregelung durch die ursprüngliche Fristenregelung zu ersetzen. Dir wird von Frauen vorgeworfen, daß damit die weitergehende Forderung nach Streichung des § 218 nicht mehr gestellt wird.

Das ist falsch, aber das ist man ja gewöhnt aus der deutschen Politikszene, daß nicht mit Argumenten sondern mit Unterstellungen und Verdrehungen gekämpft wird. Das finde ich phantastisch. Die juristisch vorgeschriebene Normenkontrollklage — wir erlauben uns jetzt mal, informierte Bürgerinnen zu sein (das können sogar Frauen) — schreibt vor, daß sich die Argumentation auf dem Boden der Argumente des Bundesverfassungsgerichtes, die ich natürlich nicht teile, bewegt. Sie besagt, das Grundgesetz verpflichte auch zum Schutz sogenannt werdenden Lebens. Es läge hier eine Notwendigkeit der Abwägung der Interssengüter vor, so heißt das juristisch. Der Gesetzgeber sei darum gehalten, dieses werdende Leben zu schützen. Es müsse darum ein Gesetz gemacht werden, das dazu beitrage, daß letztendlich in der Summe so wenig wie möglich Abtreibungen herauskommen. Auf diese juristische Argumentation gehen wir in unserer Streitschrift gegen den § 218 auch ein. Aber gleichzeitig argumentieren wir immer auch politisch — und da waren, sind und bleiben wir uneingeschränkt für die Abschaffung des § 218.

Das Ergebnis der Intervention des Verfassungsgerichtes war 1976 die Indikationsregelung.

Daraus muß nicht automatisch die Indikationsregelung folgen. Aber das Parlament hat dann damals den Kompromiß der Indikationsregelung gemacht. Die von der SPD-Regierung damals in Auftrag gegebene und fundierteste offizielle Untersuchung der nach Verabschiedung der Indikationsregelung entstandenen Lage in der Bundesrepublik, die sogenannte Hollandstudie, ist zu dem Schluß gekommen, daß durch die Indikationsregelung noch nicht einmal das, was das Verfassungsgericht gefordert hat, erreicht würde. Die Untersuchung wurde von einem Arzt und einem Soziologen — beide Niederländer — gemacht, sonst hätten die sich gar nicht erlaubt, so frei zu denken. Es ist beweisbar, z.B. durch diese Untersuchung, daß das, was das Bundesverfassungsgericht fordert, nämlich weniger Abtreibungen, durch die Indikationsregelung nicht eingelöst wird. Weil der § 218 nicht regeln kann, *ob* abgetrieben wird, sondern nur *wie* abgetrieben wird. Denn Frauen treiben ab, weil sie *ungewollt* schwanger sind. Das ist das entscheidende — egal was sie glauben oder denken. Wir Feministinnen sagen schon lange, daß es überhaupt nur einen Weg gibt, um weniger Abtreibungen zu haben, das ist, weniger ungewollte Schwangerschaften zu haben.

Aber ist es denn unser vordringliches Interesse, die Abtreibungszahlen zu senken?

Ich meine, es ist reichlich komisch, daß ausgerechnet ich das gefragt werde. Ich will nicht hochmütig sein, aber wenn ich für eines stehe, dann...

Es ist nicht dein Problem, aber es ist ein Problem in diesem Manifesttext ...

Der ist ja von mir. Ich habe da den Satz formuliert: „Auch wir sind gegen Abtreibungen''. Das ist es doch, nicht?

Genau, danach wollten wir gerade fragen.

Ich habe das übrigens nicht zm ersten Mal gesagt. Ich bin sehr erstaunt über die Reaktion. Ich habe immer gesagt, daß ich die Einteilung und Spaltung, die die Befürworter des § 218 machen, in angebliche Abtreibungsgegner und fanatische Abtreibungsbefürworter (das sind solche, die eine Abtreibung gut finden), noch nie akzeptiert habe. Ich als Frau, die kompromißlos gegen den § 218 ist, habe immer gesagt, ich halte es für nicht wünschenswert, daß eine Frau ungewollt schwanger ist. Ich selber habe versucht, als Feministin auf breitester Ebene dazu beizutragen — durch Aufklärung, dadurch daß man überhaupt weiß, was mit seinem Körper los ist, dadurch auch, daß Sexualität nicht automatisch Heterosexualität ist. So verstehe ich diesen Satz. Ich weise die Spaltung von den Joseph Höffners und Joschka Fischers in die Abtreibungsgegner und Abtreibungsbefürworter in aller Entschiedenheit zurück. Auch ich finde es wünschenswert, daß eine Frau nicht ungewollt schwanger wird. Ich meine eigentlich, daß es verdammt viel bösen Willen braucht, um diese Formulierung in dem Manifest, in dem Kontext, vor dem Hintergrund, aus der Feder von Frauen mit der Geschichte, so zu interpretieren. Ich halte das für reine nackte Demagogie. Jeder weiß, daß ich das nicht meine. Das jetzt karriereentschlossene junge grüne Parteifrauen wie Verena Krieger in der TAZ (TAZ, 3.11. — AK) hergehen und so etwas zu behaupten wagen, ist nackte Demagogie.

Aber gerade in einer Zeit, wo die Hauptangriffe gegen den § 218 mit einer Lebensschutzargumentation geführt werden, drängt sich die Frage auf, ob der Satz nicht doch als ein Nachgeben oder Zugeständnis gegenüber solchen Strömungen der neuen feministischen Nachdenklichkeit gewertet werden kann.

Nein, auf keinen Fall. Das Maximum, was ich mir da anziehen möchte, ist vielleicht, da es nicht nur aus demagogischen Mündern kommt, sondern auch naiver repetiert wird, daß es eine mißverständliche Formulierung ist. Mag sein, ich bin erstaunt darüber. Es gibt für mich in dieser Frage keinen Kompromiß — und das ist es ja auch, was ich Schoppe und Kompagnon vorwerfe, daß sie es in ihrem Gegenmanifest für nötig gehalten haben, zu betonen, daß sie den Dialog mit der Kirche suchen. Daß sie bedauern, daß gerade jetzt, wo mit den Kirchen im Zusammenhang mit der neuen Gentechnologie diskutiert werden kann, ein solches Manifest kommt. Ich halte das schlicht für Verrat an der Sache der Frauen. Allerdings habe ich Respekt vor Frauen, die das für sich anders entscheiden. In diesem Sinne bin ich keine Befürworterin von Abtreibungen. Wenn eine gläubige Katholikin für sich der Meinung ist, daß Abtreibung nicht mit ihrer Ethik zu verbinden ist, respektiere ich das für ihre Person. Ich bin aber nicht bereit, eine persönliche Ethik zu einem politischen Programm oder gar zu einem Gesetz machen zu lassen.

Deshalb ja auch unser Erstaunen über den Satz im Manifest.

Außer einigen findigen Karrieristinnen bei den Grünen, die ihren Hauspaschas nun gar nicht so gerne auf dem Schwanz rumtreten, ist zunächst niemand auf eine so absurde Interpretation gekommen. Ihr seid selbst politisch Handelnde, ihr wißt, wie manchmal ein Text, wie Manifeste entstehen. Das soll keine Entschuldigung sein, aber würde ich können, würde ich gerne einen Satz im Manifest hinzufügen, weil es offensichtlich Anlaß gibt zu Unklarheiten — nur jetzt können wir es nicht mehr ändern.

Zu der Rolle der Parteien in deinem Vorschlag: wenn der Schritt zur Verfassungsklage gelingen soll, dann bist du von den Parteien abhängig, denn die müssen die Klage einreichen. Es zeichnet sich jetzt schon die Reaktion ab, daß die Parteien nicht mitziehen. Hattest du andere Erwartungen und Hoffnungen gehabt?

Ich will euch sehr ehrlich antworten. Was die Reaktion angeht, habe ich auf diese Geschlossenheit nicht gerechnet. Ich habe gehofft, daß zumindest eine frauenengagierte Minderheit der SPD versuchen würde — wenigstens unter der Decke — bei mir, sagen wir mal, anzurufen: du hör mal, versteh es doch, unterzeichnen kann ich das nicht, du weißt, was los ist, aber wenn wir da irgendwie unterstützen können. Aber diese Geschlossenheit, das Kuschen und Schweigen, die Feigheit der SPD-Frauen, die Posten haben, hatte ich nun doch nicht ganz so erwartet. Frau Däubler-Gmelin, die in der Frauenfrage ein wahrer Transvestit ist, hat ja dermaßen wenig Ahnung und Feingefühl dafür, daß sie sogar noch diese Hochglanzbroschüre, die peinlichste Propaganda für die Indikationsregelung macht, stolz in der EMMA den Leserinnen angeboten hat. Uns sind hier die Lachtränen runtergelaufen, als wir ihren Brief lasen. Ich meine etwas besseres kann gar nicht unter das Volk, als diese Broschüre, um aufzuklären über den ungeheuren Verrat der SPD in Sachen § 218.

Was die Grünen angeht: mir war klar, daß die Reaktion sehr durchwachsen sein würde. Aber auch da habe ich nicht mit einem so raschen auch zur Demagogie und zum Manövrieren entschlossenen Versuch dieser handvoll Frauen gerechnet, die blitzschnell versucht haben, die Klageforderung von der Partei abzuwehren, mit einer Art Gegenmanifest. Nun dieser Trick

versucht haben, die Klageforderung von der Partei abzuwehren, mit einer Art Gegenmanifest. Nun dieser Trick

ist trotz der zu allem entschlossenen kleinen Clique Bonner grüner Frauen, deren harter Kern Schoppe, Beck-Oberndorf und Werkmeister zu sein scheint und zu dem sich jetzt mit fliegenden Fahnen Verena Krieger gesellt hat, nicht gelungen. Unser Manifest mit der Forderung an Grüne und SPD, endlich etwas gegen den § 218 *zu tun*, wird inzwischen bei den Grünen breit diskutiert. Viele grüne Frauen und Männer haben es mit unterzeichnet, so z.B. auch die grüne Frauen-Arbeitsgruppe Niedersachsen. Parteifrauen wie Schoppe können es sich jetzt also mit der Argumentation nicht mehr ganz so einfach machen, denn sie müssen sich jetzt auch mit ihren eigenen Leuten auseinandersetzen. Es gibt zunehmend Grüne, die über den § 218 nicht nur Papier produzieren, sondern wirklich gegen ihn handeln wollen. Daß gleichzeitig sehr viele grüne Männer und auch einige Frauen in Wahrheit an den § 218 gar nicht ran wollen, ist mir auch klar. Den Jungens war das noch nie so wichtig. Und frau-sein schützt bekanntlich vor patriarchalischem Denken auch nicht ... Grüne, die im Namen ihrer persönlichen Ethik eine Gefängnisstrafe für Frauen fordern, die keine ungewollte Schwangerschaft austragen wollen, gehören ganz einfach nicht in eine fortschrittliche Partei, die wären besser in der CSU aufgehoben.

Die Erklärung der grünen Frauen kommt nicht von Frauen, von denen wir die Absage geradezu erwartet hätten, sondern es waren maßgeblich Frauen, die innerhalb der Grünen Partei für die Forderung nach Streichung des § 218 kämpfen. Verena Krieger hat ihre Ablehnung in ihrem Gespräch mit uns im AK 275 damit begründet, daß sie das Instrument der Verfassungsklage ablehnt.

Was von Verena Krieger zu halten ist, weiß man spätestens seit dem 3. November, wenn man die TAZ gelesen hat. (Auf der Debatten-Seite der TAZ am 3.11.86 wurden die Positionen zur „Initiative Verfassungsklage'' von A.S. und V.K. — pro und contra — veröffentlicht — AK) Ich habe das noch selten beobachtet bei einem Menschen, der die Reputation hat, links zu sein und Feministin zu sein, und von dem man bisher nur Freundliches dachte, wie schnell da das Mäntelchen nach dem Wind gedreht wird ... Für mich steht jemand wie Verena Krieger, die ich nicht persönlich kenne, als Exempel für eine bestimmte Art opportunischer, pseudoradikaler politischer Karrieren. Sie stellt sich nicht den Argumenten, sie fühlt sich in keiner Weise einer Aufklärung oder Auseinandersetzung verpflichtet, sondern betreibt eine massive Volksverdummung, eine durch Verdrehung und Diffamierung.

Da schreibt eine Verena Krieger in der „taz'', ich — Alice Schwarzer —

Fortsetzung auf Seite 23



„Väter kommen nicht mehr vor"

Interview mit Verena Krieger über den „Grünen Mütterkongreß"

Mit Verena Krieger, Sprecherin der Bundesarbeitsgruppe (BAG) Frauen der Grünen sprachen wir über den Kampf gegen den §218 bei den Grünen und die Initiative von Alice Schwarzer für eine Verfassungsklage (s. AK 275).

In diesem 2. Teil des Gesprächs geht es um Tendenzen und Strömungen grüner Frauenpolitik, sowie um die Auseinandersetzung bei der Vorbereitung des „Mütterkongresses" am 22./23.11. in Bonn.

Kämpften früher Frauen gegen die traditionelle Arbeitsteilung der Geschlechter, stand die eigene Entwicklung und Emanzipation im Vordergrund, übernehmen Frauen heute wie selbstverständlich allein die Rolle der Ernährerin und Versorgerin ihrer Kinder — diese alt-neue Mütterlichkeit wurde nach Tschernobyl offensiv von grünen und linken Frauen vertreten. Frauen üben selbstlos Verzicht — das Kind ist der Mittelpunkt, darüber definiert sich die Identität der Frau.
Welche Rolle übernehmen in diesem Prozeß die grünen Frauen?
Welche Strömungen bestimmen die Richtung?

G./Hamburg

G: Seit wann machst du Frauenarbeit?

Verena: Ich komme aus der autonomen Jugendzentrumsarbeit und habe dort unter anderem Mädchenarbeit gemacht. Außerdem steckte ich in Frauenbewegungszusammenhängen. Ich bin dann zu den Grünen gegangen und habe in der Landesfrauenarbeitsgruppe gearbeitet, später dann in der Bundesarbeitgruppe (BAG) Frauen der Grünen. Ich bin also in die Grünen bereits als „frauenbewegte" Frau gegangen und hatte diesen inhaltlichen Schwerpunkt.

Frauenbewegung und „neue Mütterlichkeit"

Frauenbewegung und „neue Mütterlichkeit"

Was hälst du von den neuen Tendenzen und Entwicklungen in der Frauenbewegung wie neue Mütterlichkeit, Lebensschutz gegen Selbstbestimmungsrecht etc.?

Ich denke, daß es diese Rechtstendenzen oder besser Rückzugstendenzen gibt, aber sicherlich nicht nur bei den grünen Frauen, sondern sie sind allgemein in der Frauenbewegung vorhanden. Diese Entwicklung läuft schon seit einigen Jahren. Sie äußert sich in verschiedenen Bereichen, sei es die §218 Debatte, wo Feministinnen plötzlich entdecken, daß sie in einem Konflikt zwischen dem Schutz des werdenden Lebens und dem Selbstbestimmungsrecht der Frau stecken; sei es in der Ökologiefrage, die zu einem frauenspezifischen Thema erklärt wird; sei es in der Diskussion um die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, wo Frauen entdecken, daß diese Arbeitsteilung nicht nur Nachteile sondern auch Vorteile hat, und daß sie die für sich genießen und nutzen wollen. So wird das ja vertreten.

Meiner Meinung nach ist ein großer Teil gerade der grünen Frauen Trägerin dieser neuen Trends in der Frauenpolitik.

Nein. Es ist eine Tendenz, die allgemein in der Frauenbewegung stattfindet. Sie tritt bei den Grünen nur deshalb besonders in den Vordergrund, weil sie das Geld und Medien haben, um diese Positionen auch öffentlich artikulieren zu können. Diese Möglichkeit hat die Frauenbewegung sonst kaum. Deshalb bin ich auch nicht der Meinung, daß die grünen Frauen diesem Trend in stärkerem Maße aufsitzen, als die Frauenbewegung insgesamt.

Mir fallen dazu zwei Beispiele ein. Das eine ist der Frauen- und Ökologiekongreß, der in großem Maße nicht nur von grünen Frauen besucht wurde sondern vor allem von autonomen Frauen, die dieses Thema für sich entdeckt haben. Ähnliches zeichnet sich für den Mütterkongreß ab. Das wird nicht in erster Linie ein grüner Kongreß, sondern vor allem nicht-grüne Frauen sind auf diese Thematik abgefahren.

Wo siehst du deinen Standort in dieser Auseinandersetzung? Wie gehen die Grünen mit den verschiedenen Positionen um?

Es ist schwer, konkret festzumachen, welche Strömung wie stark ist. Ich bin der Meinung, daß die Tendenz der neuen Mütterlichkeit oder der neuen Moralität bei den grünen Frauen nicht mehrheitsfähig ist, jedenfalls nicht bei den Frauen, die Frauenpolitik machen.

Aber mit Formeln wie Mehrheit oder Minderheit wird zu wenig ausgesagt. Diese Positionen werden zwar bisher nur selten als Programm formuliert, aber sie schwingen in allen Debatten mit. Auch wenn sie derzeit keine Mehrheit finden, die Stimmung ist da und sie verbreitet sich.

Ich persönlich kann sagen, daß ich versuche, diese Tendenzen seit Jahren zu bekämpfen. Es gibt für mich einen Widerspruch zwischen neuer Mystifizierung von Weiblichkeit und Mütterlichkeit und einer aufklärerischen und emanzipatorischen Politik.

Ich finde es aber wichtig, der Frage nachzugehen, weshalb es diese Entwicklung zu diesem Zeitpunkt gibt. Die gängige Formel, daß sich hier die

Ich finde es aber wichtig, der Frage nachzugehen, weshalb es diese Entwicklung zu diesem Zeitpunkt gibt. Die gängige Formel, daß sich hier die

Wende in den Köpfen der Frauen niederschlägt, halte ich nicht für sonderlich aussagekräftig.

Ein Aspekt, den ich da sehe, ist der, daß es einen Widerspruch gibt zwischen dem, was die Frauenbewegung der 70 Jahre an Forderungen und Zielen formuliert hat und dem, wie die Lebensrealität dieser selben Frauen heute aussieht: Frauen sind erwerbslos, sie sind finanziell abhängig vom Mann, sie sind verheiratet, haben Kinder bekommen und finden sich in der klassischen Frauen- und Mutterrolle wieder. Auf dieser Grundlage geraten sie in beträchtliche Widersprüche zu sich selbst und ihren alten Ansprüchen. Die Tendenz scheint bei vielen dahin zu gehen, daß diese Widersprüche gelöst werden, indem diese alten Forderungen für falsch erklärt werden, anstatt Widersprüche schlicht zur Kenntnis zu nehmen und zu erklären. Die Ursachen, daß Frauen ihren Ansprüchen nicht genügen, dürfen nicht in dem eigenen Versagen gesucht werden. Das ist vielleicht auch ein Fehler der Frauenbewegung, weil diese hier immer dazu geneigt hat, eher rigide Kriterien aufzustellen, wie frau zu leben habe. Diese Kriterien entsprechen aber nicht den realen Lebensbedingungen.

Mütterkongreß

Von den grünen Frauen wird die Durchführung eines Mütterkongreßes geplant. Du warst an den Vorbereitungen zeitweise beteiligt. Im Arbeiterkampf stand vor längerer Zeit dazu, es sei derzeit noch nicht entschieden, ob nur Mütter kommen dürfen.

Es hat nie eine Kontroverse darüber gegeben, ob auch Nicht-Mütter zu dem Kongreß kommen dürfen. Im Gegenteil, die Mütter der Vorbereitungsgruppe, mit denen wir, die BAG-Frauen, im Konflikt liegen, vertreten, die Nicht-Mütter sollen ruhig kommen, dann können sie mal was dazu lernen!

Es hat während der Vorbereitung Streit um die Inhalte und den Ablauf des Kongreßes gegeben.

Es gab von Anfang an zwei unterschiedliche Konzeptionen für diesen Kongreß. Die „BAG Frauen" wollte das Thema als Wahlkampfthema angehen, um offensiv der Mütter- und Familienkampagne von Geißler und Rita Süßmuth etwas entgegen zu setzen. Es sollte Mütterlichkeit als gesellschaftliches Phänomen thematisiert werden, als etwas, was alle Frauen betrifft. Es besteht da unserer Meinung nach eine Wechselbeziehung, denn alle Frauen — ob Mütter oder nicht — werden über ihre Fähigkeit zu gebären definiert.

Die Vorstellung der Gruppe von Müttern, die jetzt die Vorbereitung übernommen haben, sieht ganz anders aus. Die Mütter stellen sich vor, daß das ein Kongreß im wesentlichen von Müttern für Mütter werden soll. Mütter sollen sich als „soziale Gruppe" konstituieren, untereinander austauschen und sich abgrenzen von den Frauen aus der Frauenbewegung, von denen sie sich völlig vernachlässigt fühlen.

Es geht ihnen darum, praktische Forderungen z.B. im Bereich der Stadtplanung oder der Wohnungsbaupolitik zu formulieren. Unter den Tisch fällt dabei die gesamte gesellschaftliche Dimension von Mütterlichkeit. Mutter-sein wird nur noch als Tatsache vorausgesetzt und nicht mehr infrage gestellt, sondern vielmehr uneingeschränkt positiv bewertet, wobei wie selbstverständlich von der Einheit Mutter-Kind ausgegangen wird.

In dem Vorbereitungspapier von Gabi Potthast und Doro Pass-Weingartz wird von Müttern als einer „gesellschaftlichen Gruppe" gesprochen, die die „Möglichkeit nutzen können, sich als politische Kraft wichtig zu nehmen und über gesellschaftliche Veränderungen aus ihrer Perspektive zu diskutieren." Werden eigentlich alle Mütter als ein Einheit mit gemeinsamen Forderungen und Ansprüchen begriffen?

Im Prinzip läuft dieser Ansatz darauf hinaus, obwohl das auch von denMüttern mit unterschiedlicher Härte vertreten wird. Der Kongreß ist konzipiert als ein „Betroffenen-Kongreß". Dabei wird als Tatsache vorausgesetzt, daß

hinaus, obwohl das auch von denMüttern mit unterschiedlicher Härte vertreten wird. Der Kongreß ist konzipiert als ein „Betroffenen-Kongreß". Dabei wird als Tatsache vorausgesetzt, daß

Frauen für die Kinderbetreuung zuständig sind. Väter kommen nicht vor. Praktisch sieht es so aus: Die Mütter in der Vorbereitungsgruppe fühlen sich überlastet und frustriert und darüberhinaus auch noch geringgeschätzt in ihrer Mutterrolle. Deshalb wollen sie nun ihre Interessen artikulieren und Forderungen stellen. Das finde ich auch gut und unterstützenswert. Die Kehrseite ist aber, daß ihre Abhängigkeit und Ausbeutung als Mütter nicht mehr thematisiert wird.

Der ironische Gipfel liegt in der Tatsache, daß es einigen nicht in erster Linie um materielle Forderungen zur Verbesserung der Lebenssituation von Müttern und Kindern geht, sondern daß sich alles weitgehend im ideologischen Bereich abspielt. Die Frauen fordern eine ideologische Aufwertung ihrer derzeit unterbewerteten Tätigkeit als Mutter, damit wären viele Mütter aus der Vorbereitungsgruppe schon zufrieden. Das bedeutet aber in der Konsequenz nichts anderes, als das, was Blüm bereits vor Jahren den Frauen angeboten hat.

In den Vorbereitungspapieren taucht z.B. die Forderung nach Einbeziehung und Entlastung durch den Mann oder Vater nicht mehr auf.

Ja, das ist richtig. Es gab z.B. den Vorschlag einer Frau — übrigens dreifache Mutter — eine Arbeitsgruppe zu dem Thema anzubieten: „Wo bleiben die Väter?" Es sollte darum gehen, Strategien zu finden, um die Väter in die Aufgaben einzubeziehen. Das wurde in der Vorbereitungsgruppe kritisiert, es würde eine Überbewertung der Väter stattfinden. Es müsse doch in erster Linie um die Mütter selbst gehen. Das macht die Tendenz deutlich. Die Arbeitsgruppe findet jetzt zwar statt, aber nur weil es noch Ansätze von Pluralität in der Vorbereitungsgruppe gab. Eine Frau hat das in der Arbeitsgruppe so formuliert: die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung hat auch für Frauen ihre Vorteile, und wir können nicht einfach platt sagen, wir lehnen sie ab. Es wird stark darauf orientiert, daß Frauen es schön finden, mit Kindern zu leben und die Arbeit zu tragen. Es geht eigentlich nur noch darum, ihnen das zu erleichtern.

Wie ist eure Auseinandersetzung um die unterschiedlichen Vorstellungen ausgegangen?

Diese Auseinandersetzung wurde stark emotional geführt, teilweise auch diffamatorisch. Die gesamte „BAG Frauen" wurde zu einer Gruppe von Nichtmüttern erklärt.

Stimmt das?

Nein, stimmt nicht. Es ging soweit, daß Mütter, die sich eingemischt haben, zu ideologischen Nicht-Müttern erklärt wurden, nur weil sie ein anderes Verhältnis zu ihrer Mutterrolle haben. Letztlich gab es nur noch eine ideologische Unterscheidung zwischen Müttern und Nicht-Müttern und keine faktische mehr. Das ist doch aufschlußreich.

Im Zuge der Auseinandersetzung wurde die „BAG Frauen" auch pauschal als Gruppe von Feministinnen diffamiert, die sich um die Belange von Müttern nicht kümmern. Es gab die Gruppe der kinderlosen Feministinnen auf der einen Seite, und es gab die leidgeplagten Mütter auf der anderen Seite, die die große Masse darstellen und die wir aus dem Auge verloren hätten. Das ist ein Klischee, das eigentlich schon sehr alt ist und das jetzt ganz neu wieder aufgetischt wird. Das halte ich für außerordentlich gefährlich. Es stimmt auch einfach nicht, weil wir in unserer Arbeit einiges zur Mütterfrage getan haben

Es gab dann eine gemeinsame Sitzung, mit dem Versuch, einen Kompromiß zu finden. Ich bin der Meinung, daß es keinen Kompromiß gegeben hat. Das Ergebnis war, daß die Müttergruppe aus dem Bonner Raum, von der die Idee für den Kongreß stammt, die Konzeption des Kongresses geprägt hat und auch einen großen Teil der Vorbereitung trägt. Die „BAG Frauen" hat sich bis auf zwei Frauen rausgezogen.

Mystifizierung von Mütterlichkeit

Und jetzt?

Wir haben das Interesse, auf dem Kongreß mitzudiskutieren und dort die politische Diskussion und Auseinandersetzung zu führen. Ich denke, auf diesem Kongreß wird es auf jeden Fall

Fortsetzung nächste Seite



Wer außer uns kennt das Leben von Müttern wirklich? Wer weiß was es bedeutet, Kinder großzuziehen, wer weiß um die Freude mit Kindern zu leben, Entwicklungsprozesse zu sehen, Zeit zu geben? Wer weiß etwas von der täglichen Isolation, dem Frust, die Mutlosigkeit, dem Gefühl, nichts in der Gesellschaft zu zählen? Wo finden Mütter Bestätigung, Entlastung, Unterstützung? In der Regel „nur" durch andere Mütter.

Wie ein Parasit nährt sich der Staat von der unsichtbaren Arbeit der Frauen und Mütter. Die Gesellschaft orientiert sich am Idealbild eines jungen, flexiblen, „weißen Mannes", der von jeglicher Familienarbeit freigestellt ist. Sie lebt zwar von uns, von der Arbeit der „anderen Gesellschaft", aber sie gibt uns, unserem Leben mit Kindern, unseren Bedürfnissen keinen Raum.

Von rechter Seite gibt es zwar besonders zu Wahlzeiten eine rein verbale Aufwertung der Arbeit und Leistung der Mütter, doch bei konkreten politischen Entscheidungen und bei der Bereitstellung von finanziellen Mitteln fallen Mütter immer wieder hinten runter.

Während sich die Linken bisher auch um dieses Thema gedrückt haben, besetzte die Frauenbewegung die Mütter- und Kinderfrage eher negativ; wie können wir die Kinder wegorganisieren, damit Frauen die Hände frei haben für ihre „Emanzipation". Die Auseinandersetzung mit dem Faschismus und die Tatsache, daß die Mütterfrage bisher nur von konservativen Kräften belegt worden ist, haben dieses Thema zu einem Tabu gemacht, was dazu geführt hat, daß auch hier die Frauen die schweigende Mehrheit und die Männer die Karriere, sprich Politik machen.

Und daran muß sich einiges ändern. Wir haben es satt, noch länger in dieser Gesellschaft zur Sprachlosigkeit verdammt zu sein. Wir wollen diese Gesellschaft, ihre Parteien, ihre Männer messen an unserer Sprache, unseren Werten, unseren Erlebnissen.

Dies kann erst einmal über eine genaue Beschreibung unseres täglichen Lebens, unserer Probleme und Freuden geschehen.

Oberstes Ziel dieses Kongresses sollte es daher sein, Mütter zu Wort kommen zu lassen, zu erfahren und zu akzeptieren, wie Mütter empfinden. Wir sollten die Möglichkeit nutzen, uns als politische Kraft zu Wort zu melden, uns wichtig zu nehmen und über gesellschaftliche Veränderungen aus unserer Perspektive zu diskutieren.

Wir denken, daß es an der Zeit ist, auch einmal uns zuzuhören! Und wir sind sicher — und gerade dies nach Tschernobyl — unsere Welt, unsere Gesellschaft würde sich entscheidend zum Positiven verändern, wenn die Familienarbeit, die bisher fast ausschließlich von Frauen geleistet wird, als wichtige gesellschaftliche und auch menschliche Aufgabe gesehen und von allen mitgetragen würde.

(Einleitung der Einladumg zum „Grünen Mütterkongreß")

Fortsetzung von vorheriger Seite

massive Konflikte geben. Ich bin der Meinung, das muß auch so sein. Es geht nicht, daß diese Mysifizierung von Mütterlichkeit so still und leise durchgesetzt wird — noch dazu auf einem Kongreß im Wahlkampf. Der Konflikt muß öffentlich geführt werden. Was ich ärgerlich finde, ist, daß bei der Konzeption des Kongreßes die vorhandenen Kontroversen nicht genug eingeplant sind, z.B. durch Einladungen von Referentinnen mit verschiedenen Positionen. Aber das ist sicherlich kein Zufall, das war beim Ökologiekongreß ebenso.

Die gesamte Auseinandersetzung um den Mütterkongreß wird nicht öffentlich geführt, es ist nichts bekannt außer dem Datum und dem Titel ,,Leben mit Kindern — Mütter werden laut''. Hattet ihr nicht das Interesse, vorab breiter zu informieren und zu diskutieren?

Ich gehe davon aus, daß auf dem Kongreß die Kontroverse geführt wird. Wie stark die Unterschiede in den Positionen sind und wieviel Sprengstoff sie beeinhalten, ist den meisten Frauen gar nicht klar. Unsere Möglichkeiten als BAG in die Öffentlichkeit zu treten sind natürlich relativ gering. Wir können nur immer wieder versuchen, die Diskussion über die strittigen Punkte voranzutreiben.

Eine letzte Frage: Du hattest zu Beginn davon gesprochen, daß die neuen Tendenzen bei den Grünen bisher nicht mehrheitsfähig sind...

Bisher nicht — wenn sie programmatisch auf den Punkt gebracht werden, dann sind sie nicht mehrheitsfähig.

Das zeigte sich z.B. auf dem Bundesparteitag in Hannover, wo der Entwurf eines Frauenprogramms der hessischen Realo-Frauen abgelehnt wurde — obwohl er so prominente Unterstützerinnen wie Christa Nickels und Waltraud Schoppe hatte.

Das Problem ist allerdings, daß diese Positionen meist nicht abstimmungsreif formuliert werden, sondern nur als Emotionen durch den Raum wabern.

Aber findest du nicht, daß sie nach außen das Bild der Grünen prägen und dominieren?

Sie sind im Moment auf dem Vormarsch.

Du fühlst dich mit deinen Vorstellungen von Frauenpolitik noch richtig bei den Grünen aufgehoben?

Du fühlst dich mit deinen Vorstellungen von Frauenpolitik noch richtig bei den Grünen aufgehoben?

Die Frage ist ja witzig gestellt! Was heißt richtig aufgehoben?

Ich bin in einer Minderheitenposition. Ich bin als Linke und Feministin in der doppelten Minderheitenposition, auch in der doppelten Situation des permanent ausgegrenzt und bekämpft werdens — und zwar mit allen Mitteln. Also ,,richtig aufgehoben'' wäre in dieser Situation doch sehr freundlich formuliert. Aber ich sehe die Grünen im Moment noch als ein Politikfeld für meine Positionen, das derzeit immer noch genügend Freiräume bietet, feministische Inhalte weiter zu entwickeln. Die Möglichkeit für Feministinnen Politik zu machen ist da. In dem Maße wie wir ausgegrenzt werden, stellt sich diese Frage natürlich immer wieder neu; und daß es Versuche gibt, für solch eine Ausgrenzung, das würde ich schon so sehen. Es gibt zunehmend Vorstöße der ,,neuen'' Frauenpolitikerinnen wie z.B. Antje Vollmer, die versucht mit ihrem moralischen Impetus die Frauenfrage zu besetzen.

Weil diese Variante von ,,Frauenpolitik'' vielen Herren in der grünen Partei natürlich lieber ist als die der BAG-Frauen, kann das zur Ausgrenzung von Feministinnen führen. Aber es ist noch nicht entschieden, wie das ausgeht.

Ich danke dir für das Gespräch



Brauchen die Rechten die Frauen?

Thesen zur Diskussion der neuen konservativen Frauenpolitik

Mit den Schlagworten ,,Kinder, Küche, Kirche'' läßt sich die konservative Frauenpolitik nicht mehr zutreffend charakterisieren. Die CDU hat die Frauen als gesellschaftlichen Faktor für ihre politischen Ziele neu entdeckt. An einer umfassenden Analyse dieser Entwicklung mangelt es bisher. Als Diskussionseinstieg stellt unsere Gastautorin ihre Thesen zur Einschätzung der neuen konservativen Frauenpolitik vor — Thesen, die nicht auf die einhellige Zustimmung unserer Leserinnen stoßen werden. Ergänzt wird der Beitrag durch eine kurze (Negativ-)Bilanz der Amtszeit von Ministerin Rita Süßmuth.
Red.

I. Mehr als Wahlkampf

Seit dem CDU-Parteitag von 1985 befinden sich die Konservativen in einer ideologischen Offensive im Bereich Frauen- und Familienpolitik. Waren Teile der autonomen Frauenbewegung, der grünen Frauen bis hin zu den Frauen in der SPD schon durch diese Auftaktveranstaltung der ,,neuen Frauenpolitik'' der CDU verunsichert, so stellte der Rücktritt Geißlers und die Ernennung der Wissenschaftlerin Süßmuth zur neuen Familien- (und später auch Frauen-)ministerin bisher den geschicktesten Schachzug der Bundesregierung dar. Mit verblüffend progressiven Aussagen widersprach die Ministerin scheinbar dem bisher in der CDU vertretenen reaktionären oder auch nur hausbackenen Kurs.

Nicht nur die Politikwissenschaftlerin Ingrid Langer vermutet daher, worin Frau Süßmuths Aufgabe wirklich besteht: ,,... *der Familienpolitik der Union den Anschein von Progressivität zu verleihen, der die Frauen dazu bringen soll, diese Politik zu akzeptieren.''*

Union den Anschein von Progressivität zu verleihen, der die Frauen dazu bringen soll, diese Politik zu akzeptieren.''
(FR, 27.9.86)

Dies vor allem im Hinblick auf die Bundestagswahlen im Januar: Wahlanalysen zeigen nämlich, daß die CDU gerade bei den jungen Wählerinnen stark verliert. In Wahlkampfzeiten ist es immer so: Plötzlich werden Wählergruppen entdeckt, die man(n) fast 4 Jahre vernachlässigt hat. Ist diese einfache Erklärung die Antwort auf die Frage, weshalb die Rechten den Politikbereich ,,Frauen'' in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Auseinandersetzung gerückt haben? Oder beinhaltet dieses Konzept doch mehr als eine plumpe, zeitlich begrenzte Anbiederung? Eher muß letzteres bejaht werden. Denn die Rechten haben einerseits erkannt, daß die Frauenfrage zunehmend mit der Lösung der gesellschaftlichen Probleme verknüpft ist (These: die Rechten brauchen die Frauen) und sehen andererseits, daß die allgemein gestiegene Anspruchshaltung von Frauen nicht so einfach wieder zurückzuschrauben ist.

,,*Eigentlich müßte der Selbsterhaltungstrieb der nach wie vor von Männern geleiteten Regierungen wahrnehmen, daß die Emanzipation der Frau nicht irgendwie Frauensache ist. Die Emanzipation der Frau war niemals so mit dem Weltzustand verknüpft wie heute. Entweder es gelingt, diese Reserve weltweit zu aktivieren oder es sieht sehr schlecht aus. Es ist die Hälfte der Menschheit! Sieht man das nicht?* (Irmtraud Morgner, Schriftstellerin aus der DDR).

Auf die neue Etappe in der Frauenpolitik der Rechten mußte sich auch die Frauenbewegung einstellen. Die Benutzung der Begriffe Gleichberechtigung, Feminismus und Partnerschaft setzten sehr geschickt am Alltagsbewußtsein vieler Frauen an. Mit der Bestellung einer Frauenministerin Rita Süßmuth gewann die Rechtsregierung plötzlich die Initiative in der Frauenfrage.

II. ,,Feminisierung'' der Arbeitswelt

Für die Kapitalseite wird die Einbeziehung der weiblichen Qualifikationen zur Notwendigkeit, wenn sie dem internationalen Wettbewerbsdruck standhalten will. Warum? Im Zuge der Umwälzung der Produktionsbedingungen durch die rasche technologische Entwicklung werden zwei Entwicklungstendenzen deutlich:

1. Die Verwissenschaftlichung der Produktion
Mit der Verwissenschaftlichung der Produktion ändern sich auch die Anforderungen an die Menschen, die in der Produktion arbeiten. Außer einer höheren Qualifikation auf wissenschaftlich-technischem Gebiet werden stärker als bisher typische Eigenschaften der Reproduktion benötigt, eben sogenannte ,,weibliche Eigenschaften''.

In den USA hat man schon länger erkannt, daß die Menschenführung alter Prägung, die gekennzeichnet ist von Autorität und Hierarchie, den gestiegenen Anforderungen des Produktionsbereiches nicht mehr genügt. Dort werden gezielt Frauen in den Führungsetagen der Unternehmen gefördert. Frauenbeauftragte in den Firmen kümmern sich um Fortbildung für



„Schwester Rita''

„Schwester Rita''

Frauen und überwachen die Gleichbehandlung der Frauen bei Beförderungen. In der BRD gibt es solche Frauenbeauftragte z.B. bei IBM, die freilich mit Feminismus nichts am Hut haben.

Was unterscheidet nun die typisch weibliche von der typisch männlichen Qualifikation? Die Sozialisation des Mannes als der typischen Ware Arbeitskraft hat folgendes Profil:
— ausgeprägtes individualistisches Nützlichkeitsdenken
— instrumentelle Einstellung zur Arbeit als Mittel zur sinnlich-vitalen Bedürfnisbefriedigung,
— in der gesellschaftlichen Arbeit unfrei; in der Freizeit ungesellschaftlich.
Die auf die gesellschaftliche Funktionszuweisung ausgerichtete Sozialisation von Frauen (Reproduktionsbereich) führt demgegenüber zu einer stärkeren Ausprägung kollektiver Aspekte des Arbeitsprozesses, kollektive Aneignung und Vergegenständlichung, aber auch Konfliktabwehr und Altruismus.

Lothar Späth prägte für die Produktionsbedingungen der Zukunft den Begriff ,,neues Team'', d.h. stärkere Betonung der gesellschaftlichen und kooperativen Aspekte in der Arbeit. Es liegt auf der Hand, daß Frauen hierfür besonders geeignet sind.

2. Die Zwei-Drittel-Gesellschaft
Mit der Verwissenschaftlichung der Produktion, der Einführung von neuen Technologien kommt es unter kapitalistischen Bedingungen zur massenhaften Vernichtung von Arbeitsplätzen, insbesondere auch von Frauenarbeitsplätzen. Daraus folgt, daß ein großer Teil der Gesellschaft durch Dauerarbeitslosigkeit von der Teilhabe am gesellschaftlichen Produktionsprozeß und auch am politischen Entscheidungsprozeß ausgeschlossen sein wird. Dieses Konzept muß von innen her stabilisiert werden durch die Verankerung eines bestimmten Werte- und Rollenverhaltens. Die Wettbewerbslogik findet Anwendung auf jedes Individuum. Es soll suggeriert werden, daß jede/r, der/die mitmacht, sich den Anforderungen anpaßt und eine entsprechende Leistungsideologie mitbringt, auf seine/ihre Kosten kommen wird. Wer das aus individuellem Fehlverhalten heraus nicht schafft, ist selber schuld daran.

Teile und herrsche: Die Spaltung der Frauen

Da es zwei Zielgruppen von Frauen gibt, wird z.Zt. auch ideologisch auf zwei Ebenen gearbeitet: Das Konzept für Frauen der Intelligenz sieht etwas anderes vor als das für die Frauen der Arbeiterklasse.

Frauen der Arbeiterklasse
Durch den Einsatz von neuen Technologien in vielen Bereichen sind hauptsächlich die klasssischen Frauenarbeitsplätze im tertiären Sektor und in der Produktion betroffen. Diese Tendenz wird sich in den kommenden Jahren durch die Automatisierung in den Büroberufen noch weiter verstärken. Diese von Massenarbeitslosigkeit betroffenen Frauen werden vollständig in die Abhängigkeit vom Mann zurückgedrängt, und es bleibt bei dem alten Rollenverständnis.

Der andere Teil der Frauen hat noch einen Arbeitsplatz; diese Frauen können sich, wenn sie vom ,,Angebot des Kapitals'' Gebrauch machen, also für flexible Teilzeittätigkeit, Kapovaz, Job-Sharing, Heimarbeit verfügbar sind, im Rahmen einer ,,neuen Partnerschaft'' mit dem Mann arrangieren. Der Frau aus der Arbeiterklasse wird die Frau der Intelligenz, die es ,,geschafft'' hat, als ideologisches Leitbild gegenübergestellt; damit wird ihr die Schuld für ihr ,,Versagen'' selbst zugewiesen. Denn sie hat sich nicht entsprechend den Forderungen nach einer ,,Neuen Partnerschaft'' für Veränderung in der Partnerschaft eingesetzt und wurde durch den Mann gehemmt, nach oben zu kommen. Diese Leistungsideologie, die den übergroßen Teil der weiblichen Bevölkerung vom gesellschaftlichen Produktionsprozeß ausschließen wird, weil es zunächst massenhaft Frauen sein werden, die durch die Rationalisierung aus dem Arbeitsprozeß ausgegrenzt werden und weil die Masse der Frauen nicht die

durch die Rationalisierung aus dem Arbeitsprozeß ausgegrenzt werden und weil die Masse der Frauen nicht die
Möglichkeit der qualifizierten Bildung haben wird, soll die Spaltung der ,,neuen Arbeiterklasse'' (die immer schneller wachsende Schicht der Intelligenz bei den Lohnabhängigen) von der alten vorantreiben.

Frauen der Intelligenz
Die weibliche Intelligenz hat für das Kapital in seinem neokonservativen Konzept eine Schlüsselfunktion:

In der Aufwertung der Intelligenz insgesamt bekommt sie einen besonderen Stellenwert. In der Bundesrepublik wird die Heranbildung einer weiblichen Intelligenz immer bedeutender: können doch Frauen, die sich den Karriereweg gegen viele Widerstände erkämpft haben, individuelle hohe Leistungen erbringen, also voll in die Ideologie ,,wer will, der kann'' hineinpassen, und so gegen Frauen, die solche Leistungen nicht bringen, ausgespielt werden.

Frauen der Intelligenz haben durch ihre Lebenssituation viele Möglichkeiten, ihre Unterdrückung in der patriarchalen Gesellschaft, die Widerspruchslinien zu erkennen. Sie entwickeln Ansprüche nach Emanzipation, nach ei-



ner eigenständigen, unabhängigen Lebensperspektive. Ob diese Ansprüche von Frauen nur individuell, für die eigene Person eingefordert werden, oder ob sie sie gesellschaftlich für ihr Geschlecht durchsetzen wollen, ist für die Hegemoniefähigkeit eines Spaltungskonzeptes von hoher Bedeutung.

Außerdem sind Frauen Ideologieträgerinnen. Vor allem in der Intelligenz haben die Forderungen der Frauenbewegung zu einem veränderten Rollenverhalten geführt. Die männliche Intelligenz ist eher bereit, sich an dem Verhalten der Frauen zu orientieren. Somit hat die weibliche Intelligenz mit ihrem Verhalten, ihren Kritikpunkten und Forderungen Einfluß auf die Männer. Wenn also die Rechtsregierung um die weibliche Intelligenz entsprechend ihrem zukünftigen Stellenwert kämpft, ist dies auch der Kampf um die gesamte Schicht.

Aus der Funktion der weiblichen Intelligenz wird auch klar, welches ideologische Muster für diese Frauen von den Rechten angeboten wird: Gegner ist der Mann, mit dem sie individuell um eine partnerschaftliche Teilung von Beruf, Familie und Beziehung streiten müssen. Sie haben die ,,große Chance'' durchzukommen; ob es ihnen gelingt, ist ihr individuelles Problem.

Neue Ansprüche und ihre Integration

Bei der Umsetzung ihrer Pläne stehen

und ihre Integration

Bei der Umsetzung ihrer Pläne stehen
die Rechten aber vor zwei zentralen Problemen: Die Entwicklung der Produktivkräfte machte in der Vergangenheit die Einbeziehung von Frauen der Arbeiterklasse in die Produktion nötig; damit entstanden aber auch gewachsene Ansprüche bei den Frauen, für die sie kämpfen. Die Frauen der Arbeiterklasse werden sich nur mit schönen Worten sicherlich nicht so einfach wieder aus der Produktion verdrängen lassen, zumal die materielle Notwendigkeit der Berufstätigkeit der Frau für die Familien eher gestiegen ist.



„Feminisierung der Arbeitswelt''

Wegen der gestiegenen (und in Zukunft noch steigenden) Bedeutung der Intelligenz (und hier vor allem der wissenschaftlich-technischen Intelligenz) für die Produktion ist ihre Einbindung in das rechte Herrschaftskonzept eine zentrale Notwendigkeit. Noch aber steht diese Intelligenz und besonders die Frauen der Intelligenz der umfassenden Hegemoniegewinnung der Rechten im Wege. Noch ist im Bereich der Universitäten das gesamtgesellschaftliche Gleichgewicht nach links verschoben. (Hier sei auf die

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

herausragende Rolle des novellierten Hochschulrahmengesetzes verwiesen, daß die ideologische Verankerung des Elite- und Konkurrenzprinzips an den Hochschulen leisten soll).

Benötigt wird also eine Strategie, die gleichzeitig gestiegene Ansprüche aufgreift, Lösungen anbietet und andererseits integriert und Ansprüche zurückschraubt, bzw. sie individualisiert. ,,*Ein aufgeschlossener, denkender Konservatismus ist bemüht, das Anliegen der Frauen aufzunehmen, indem Gleichstellung akzeptiert und abgetrennt wird von der Idee und der Absicht der Befreiung aller aus aller Abhängigkeit. Diesem Unterfangen kommt deshalb eine so große Bedeutung zu, weil die Lösung der Frauenfrage für die Politik der Wende in ökonomischer, sozialer, politischer und ideologischer Hinsicht eine Schlüsselfrage darstellt. Gelänge es, die Frauen — als die größte abzuspaltende, traditionell umstandslos benachteiligte Gruppe — in ihren Rechten und Ansprüchen zurückzustutzen und umgekehrt ihre traditionelle Opferrolle als allgemein empfehlenswertes Beispiel neu zu verankern, so wären die Schleusen für die ,Wende' bzw. den geplanten zweiten Anlauf nach 1987 mit geöffnet.*'' (Mechthild Jansen, Blätter für deutsche und internationale Politik 3/86)

Birgit, Stuttgart

Lovely Rita

— Eine Bilanz —

Ein Hauch von Lila ...

Sie setzt sich gegen eine Verschärfung des § 218 ein,fordert die systematische Schulung von Frauen für Führungsaufgaben in Wirtschaft und Politik sowie eine Erhöhung des Frauenanteils auf Kandidatenlisten ihrer Partei; sie hält es für wünschenswert, daß Männer für die Erziehung der Kinder einige Jahre zu Hause bleiben: ,,*Die Beteiligung der Frauen sei gerade heute besonders wichtig, da die Lösung entscheidender Zukunftsfragen anstehe. ,Das sind keine Fragen, die man den Männern allein überlassen kann'* '' (Süddeutsche Zeitung vom 25.6.86)

Ihr Amtsantritt löste Verwirrung aus: ,,*Bekommt so eine qualifizierte Frau im Interesse aller Frauen eine Chance, oder wird sie im Interesse einer Männerpartei benutzt?*'' (taz). ,,*Liebe Frau Süßmuth, schade, daß Sie in der falschen Partei sitzen*'' (Johannes Rau). Die ,,Emma'' sah Süßmuths Ernennung als Trick des ,,gerissenen kleinen Generalsekretärs'', die Ministerin selber als unschuldiges Opfer. ,,*Die neue Ministerin hat vom Bonner Geschäft keine Ahnung. Sie ist weder in der Partei verankert, noch hat sie Rückhalt oder Unterstützung. Sie kann also nur machtlose Einzelgängerin oder spektakuläre Kamikaze-Ministerin werden.*'' Im Interview wird sie von Alice Schwarzer als ,,fortschrittlich'' tituliert und mit Samthandschuhen angefaßt (Okt. 85). Erst in der ,,Emma'' vom April 86 wird Kritik laut, in Form eines ,,offenen Briefes an die Ministerin''.

... doch grau die Fakten

Seit ihrem Amtsantritt hat die ,,Frauen''ministerin nichts, aber auch gar nichts an konkreten Veränderungen bewirkt. Sämtliche Gesetze, die während ihrer Amtszeit in Kraft getreten oder verabschiedet worden sind, wurden von ihrem Vorgänger Geißler initiiert. Im einzelnen vor allem die Einführung des Erziehungsgeldgesetzes und Abschaffung des Mutterschaftsurlaubes sowie die Bundesstiftung ,,Mutter und Kind''. Beide Gesetze benachteiligen eindeutig die berufstätigen Frauen.

Wenn sie also schon nichts für die Frauen tut, wendet sie sich dann wenigstens gegen Gesetzesvorhaben aus anderen Ressorts, die die Benachteiligung der Frauen zur Folge haben? Auch dies ist nicht der Fall. Weder bei der Novellierung des Hochschulrahmengesetzes noch bei den Kürzungen der Sozialleistungen, der Novellierung des Scheidungsfolgenrechts und den Änderungen des Beschäftigungsförderungsgesetzes (verstärkte Möglichkeiten zum Abschluß befristeter Arbeitsverträge) waren kritische Töne von ihr zu hören.

Zur Berufstätigkeit von Frauen:
,,*Die CDU tritt für die Gleichberechtigung von Mann und Frau im Erwerbsleben ein...*'' (Leitsätze für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau, 1985) Süßmuth: ,,*Wenn wir wenigstens schon dahin kämen, nicht in jeder berufstätigen Mutter eine schlechte Mutter zu sehen ... dann wären wir schon einen großen Schritt weiter.*'' (Spiegel, 21.10.85)

Diese Aussagen scheinen der platten ,,Heim- und Herdideologie'' von einst zu widersprechen. Steckt auch etwas anderes dahinter? Die Politikwissenschaftlerin Ingrid Langer meint dazu: ,,*Es ist auch nicht neu, daß die Union den Frauen zubilligt, in eingeschränkter Weise berufstätig zu sein. Schon Heck hat, als er Wuermeling als Familienminister ablöste, die Frauen nicht mehr pauschal an den Herd und zu den Kindern verbannt. Das haben die Konservativen übrigens nie getan: die niedrig entlohnte Erwerbsarbeit der Frauen der unteren Schichten war ihnen immer recht!*'' Welchem Ziel aber letztlich jegliche Berufsausbildung und Berufstätigkeit untergeordnet ist, wird aus einer Werbebroschüre der CDU-Frauenvereinigung deutlich: ,,*Wie schön ist es doch, wenn die Mutter den Kindern fachlich beschlagen helfen kann! Und selbst ihren Kindern zum Vorbild wird, wie man im Beruf seine Frau stellen kann und trotzdem voll für die Familie da ist.*''

Zur Rolle der Familie:
Die bisher durchgesetzten gesetzlichen Regelungen waren ,,eindeutig Maßnahmen, die im Abwägen zwischen Familie und Beruf der Familie zugute kamen.'' Und: ,,*.... am Anfang der Kette von Ungleichheiten steht immer die Familie. Sie wirkt wie der Klotz am Bein der Frau auf ihrem Weg in die Gleichberechtigung*'', kommentiert die Süddeutsche Zeitung (21.7.86).

Süßmuth selbst sagte Ende '85, das Jahr '86 solle ,,zum Jahr des Durchbruchs für die Familien'' werden. Tatsächlich hat sich die Art und Weise, wie die Familie als ,,Keimzelle des Staates'' in den letzten Jahrzehnten propagiert wurde, geändert. Früher konnte ungehemmt biologistisch argumentiert werden, das geht heute nicht mehr. Als grundsätzlich patriarchalische Institution in Frage gestellt wurde sie aber nie, zunehmend weniger auch von der Frauenbewegung.

Heute schreibt die CDU-Frauenvereinigung: ,,*Die Familie bildet das Fundament unserer Gesellschaft und unseres Staates. Sie steht daher unter dem besonderen Schutz unserer Verfassung. Die Familie ist als Lebens- und Erziehungsgemeinschaft der erste und wichtigste Ort menschlicher Geborgenheit und Sinnvermittlung.*''

Und in den ,,Leitsätzen'' heißt es: ,,*Das Grundgesetz verpflichtet den Staat zum besonderen Schutz von Ehe und Familie. Die Ehe ist auf Dauer angelegt und gibt den Ehepartnern und ihren Kindern Halt, Geborgenheit und verläßliche Lebensbedingungen. Nichteheliche Lebensgemeinschaften können die Institution der Ehe nicht ersetzen.*''

Zum § 218:
Mit Erleichterung wurden von vielen Frauen die Äußerungen der neuen Familienministerin vernommen, sie wende sich gegen eine Verschärfung des § 218. Und obwohl die CDU-Frauenvereiniung harte Töne anschlägt (,,*Wir CDU-Frauen stellen die Frage: Kann man Friedensschützer, Naturschützer und Vorkämpfer für ein menschlicheres Leben sein und gleichzeitig die vielfache Tötung ungeborener Kinder im Mutterleib hinnehmen?*'') ist es Tatsache, daß der Plan, den Abtreibungsparagraphen 218 zu verschärfen, schon an Heiner Geißler scheiterte und an seiner Einschätzung, eine solche Gesetzesänderung sei bei den weiblichen Fraktionsmitgliedern nicht durchsetzbar. (nach SZ vom 8.4.86)

Birgit, Stuttgart

Fortsetzung von Seite 20

sei nicht für das Selbstbestimmungsrecht der Frauen, die Frauenbewegung würde die Indikationsregelung befürworten, etc. — also lauter Ungeheuerlichkeiten. Zum Schluß kommt die Katze aus dem Sack. Verena Krieger sagt, sehr beleidigt, daß Manöver diene wohl dazu, den kleinen Unterschied, den es immerhin gäbe zwischen den Parteien, zu verwischen und würde der EMMA dazu verhelfen, ,,auch diesmal wieder nicht Farbe zu bekennen.'' Daß jemand wie Verena Krieger uns nicht übelnimmt, welche Haltung wir zum § 218 haben, sondern daß sie uns übelnimmt, daß wir damit ihre Partei in Bredouille und Verruf bringen — ausgerechnet in der Vorwahlzeit, wo ja alles wieder stramm zu stehen hat, das wird in ihren Artikel ganz klar.

Ich bin auch der Auffassung, daß es auch kein Zufall ist, daß es ausgerechnet diejenigen Frauen sind, die sich bisher als Feministinnen der Partei profiliert haben. Daß diese Feministinnen (in Anführungsstrichen) vorgeprescht sind, um eine außerparlamentarische und entsprechend unbequeme — natürlich nicht parteiloyale — Initiative abzublocken und zu verhindern, ist eigentlich ein ganz klassisches Verfahren. Das macht die SPD seit langem so. Das machen überhaupt die Männer, die in diesem Land herrschen, seit langem so. Kein vernünftiger Mann verbrennt sich an der Frauenfrage noch die Finger, dafür haben sie alle ihre Mädels, die sie vorschicken! Und die Mädels, die sie am liebsten vorschicken können, sind natürlich die, die die angeblich engagierten sind. Die tragen dann *ihre* feministische Version vor — eine Version, die den Jungens nicht so weh tut. Natürlich kann die grüne Partei eine feministische Initiative von außen nur mit ihren Parteifeministinnen abwürgen. Würde Joschka sagen, Schwarzer ist wohl verrückt geworden — da sagt jeder: Na haste Töne, der Obermacho, was ist denn nun los? Darum muß die Damenriege ran! Und siehe da, sie stand prompt parat, sehr prompt! Wenn man sich schon den Luxus erlaubt, bei mir Silbe für Silbe in meinem Manifest umzudrehen, dann möchte ich doch mal, daß sich dieselben den Luxus erlauben, sich diesen zutiefst reaktionären Text, den diese zehn grünen Frauen und vorgeblichen Feministinnen da zwei Tage nach Erscheinen des Manifestes hastig veröffentlicht haben, mal anzuschauen.

Du meinst also, an dem Vehikel ,,Verfassungsklage'' hat die ablehnende Haltung nicht gelegen?

Das meine ich. Ich halte das alles für Pseudoargumente. Es geht diesen Frauen darum, von ihrer Partei Ärger abzuhalten.

Marita Haibach, die Frauenbeauftragte der Grünen in Hessen ist die einzige grüne Erstunterzeichnerin eures Manifests. Sie hat angekündigt, die Verfassungsklage mit zu einem Knackpunkt in den nächsten hessischen rot-grünen Koalitionsverhandlungen zu machen. Rot-grüne Koalitionen sind ja sowohl bei den Grünen als auch bei den autonomen Linken unstritten und werden von linken Teilen politisch abgelehnt. Würdest du eine rot-grüne Koalition in Kauf nehmen, wenn die Klage unterstützt würde? Hast du Probleme mit einer rot-grünen Koalition?

Das ist eine ganz andere Schiene ... Beim Angriff auf die Indikationsregelung sind mir alle recht. Wenn jetzt die FDP, die nicht gerade im Brennpunkt meiner politischen Leidenschaft steht, sagt, sie stelle sich dahinter — was sie nicht tun wird — dann sage ich: Das ist eine sehr gute Idee.

Du hast die Bereitschaft der Parteien zur Verfassungsklage als ,,Gretchenfrage'' bezeichnet, die Frauen ihrer Partei vor der Wahl stellen sollen. Wenn weder SPD, FDP noch Grüne bereit sind, die Klage zu unterstützen, hieße das für dich, daß sie alle drei gleichermaßen nicht wählbar sind für Frauen — also Wahlboykott?

Durch den Verlauf dieser Kampagne ist es noch klarer geworden, daß der § 218 in der Tat eine ganz zentrale Frage bleibt. Man erkennt daran die, die auf unserer Seite stehen, und die, die auf der anderen Seite stehen. Das ist phantastisch, sie wollen einfach nicht den Frauen das Selbstbestimmungsrecht in dieser Frage zugestehen. Ich als autonome Feministin und überhaupt als denkender politischer Mensch sehe schon lange nicht mehr ein, daß ich irgendeiner Partei einen Blankoscheck überreichen sollte. Mir ist die Relativität der meist gar allzu kleinen Unterschiede klar. Ich kann aber von diesen Parteien auch nicht von heute auf morgen fordern, daß sie andere Parteien werden. Aber ich kann etwas fordern, etwas Konkretes, Machbares fordern und sagen, wenn ihr mir das gebt, kriegt ihr diesmal meine Stimme. Eine solche machbare Forderung ist die Verfassungsklage der Parteien gegen den § 218. Wir leben allerdings in einem Land, das keine Tradition hat im offensiven Wahlboykott. ,,Nicht wählen'' wird in Deutschland traditionell als unpolitisch empfunden. Ich sehe in der augenblicklichen Lage keine Chance, eine wirklich breite, zum Tragen kommende Bewegung für einen politischen offensiven Wahlboykott auszulösen. Es muß wohl darum jede und jeder für sich entscheiden, was sie/er an diesem 25. Januar tut. Da wo es politische Zusammenhänge gibt — wie bei euch im Arbeiterkampf und bei uns in der EMMA — muß natürlich darüber vorher kritisch radikal und ohne jede *automatische* Parteiloyalität diskutiert werden. Jede automatische Parteiloyalität wäre das Ende des unabhängigen kritischen Denkens. Was die Frauen angeht: daß die die Schnauze mehr als vollhaben, immer nur die Kerle an der Macht zu haben, ist ja schon an dem Überraschungserfolg beim Hamburger Trick mit der Frauenliste zu sehen ...

Aber es gibt Unterschiede — auch in der Frauenfrage — zwischen SPD und Grünen. In deinem Manifest steht ,,auch wir sind gegen Abtreibung'', aber wir sind auch gegen eine Bestrafung der Frauen und für das Selbstbestimmungsrecht. Die Grünen sagen in ihrem Bundesprogramm, wir sind für Lebensschutz, aber wir sind auch gegen eine Bestrafung der Frauen und für das Selbstbestimmungsrecht. Die Qualität dieser Formulierungen ist politisch identisch. Wie willst du inhaltlich begründen, nicht zur Wahl der Grünen aufrufen zu wollen?

Warum sollte ich? Durch diese Initiative haben wir gesagt: *Wir* erwarten nicht nur Programme und Sonntagsreden, sondern wir erwarten Handlungen im Rahmen des für euch möglichen. Ihr als Partei könnt gegen den § 218 handeln. Wenn ihr sagt, ihr seid dagegen — dann handelt auch.

Nun entdecken wir, daß diese sehr mühsam durchgebrachte grüne Programmforderung der Streichung des § 218, das Papier nicht wert zu sein scheint, auf dem sie steht. Die grüne Partei ist nicht bereit, sehr frauenfeindliche Gegner und Gegnerinnen in den Reihen ihrer eigenen Partei, in Grenzen zu verweisen. Joschka Fischer konnte sich unwidersprochen auf dem Katholikentag als Auch-Katholik und mit einer skandalösen anbiedernden Distanzierung von der Forderung nach Streichung des § 218 profilieren.

Daß die Forderung im Parteiprogramm steht, das ist besser als nichts. Ich gehöre zu den Frauen, die das zu schätzen wissen, nur — wenn ich sehe, daß das folgenlos bleibt, da weiß ich, was ich davon zu halten habe. Es sind im Grunde nur graduelle Unterschiede: die SPD behauptet ja auch, wenn sie einen Moment bei Besinnung ist, und man sie ordentlich tritt, sie sei für Fristenregelung. Frau Däubler-Gmelin ist allerdings in der Frauenfrage nicht bei Besinnung. Und es spricht übrigens nicht für die Stärke der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), daß so eine Frau überhaupt zur Verwaltung der Frauenfrage benannt werden konnte.

Aus feministischer Sicht ist natürlich der Unterschied zwischen Fristenregelung und Streichung politisch sehr bedeutend. De facto aber ist es das heute nicht. Wir kämpfen ja erst einmal gegen die Indikationsregelung und da kämpfen Anhänger/innen der Streichung und der Fristenregelung pragmatisch gemeinsam — ganz wie 1974.

Inzwischen fordern fünf Einzelgewerkschaften die ersatzlose Streichung des § 218.

Das ist doch toll, nicht?

Ja! Gibt es dort Resonanz auf deine Initiative?

Ja, da gibt es sehr, sehr vorsichtig und taktisch formulierte Briefe. Es ist natürlich klar, daß die Gewerkschaft sofort begriffen hat, daß diese Initiative eine Wahlkampagne ist — und das ist sie ja auch. Wir wissen, daß die Gewerkschaft in diesem Zusammenhang keine für die SPD unbequeme Rolle zu spielen pflegt. Das gilt auch für die Frauen, da gibt es kein Ausscheren. Ihr wißt ja, daß die Gewerkschaft zu den Institutionen gehört, deren Strukturen besonders patriarchalisch sind. Es hat nicht zufällig fünfzehn Jahre gedauert — fünfzehn Jahre! — bis die Frauenfrage anfing, sich da zu regen. Ich freu' mich drüber! Ich warte gerne, wenn es sein muß, fünfzehn Jahre. Ich hatte nie die Hoffnung, muß ich ehrlich sagen, daß die Gewerkschaftsfrauen bei dem Manifest mitziehen würden — aus parteipolitischen Gründen. Aber ich hoffe doch, daß sie sich ihren Teil denken und sich die Unabhängigkeit in ihrer Haltung zu dieser Frage nicht nehmen lassen, auch wenn sie es nicht wagen, gegen die SPD anzutreten.

Wieviele haben bisher das Manifest unterzeichnet?

In den ersten fünf Tagen haben wir über 1.900 Unterschriften bekommen, in den ersten fünf Tagen! Darunter auch einige Frauen und Männer aus der SPD und sehr viele Grüne — ganze grüne Verbände wie die niedersächsischen Frauen und geschlossen die ganze grüne Münchener Stadtratsfraktion. Es gibt eindeutig eine Kluft zwischen Parteipolitik und dem, was die Leute denken. Das ist das, was ich die ganze Zeit sage und ich bin bestärkt in meiner Haltung, mich nicht an Institutionen und Parteien zu orientieren. Wir hätten hier nie gesessen, um über die Initiative und den § 218 zu reden, und die Karrieristinnen bei den Grünen hätten sich nie so entwaffnend rasch entlarvt. Ich sage das jetzt lachend, weil ich langsam sarkastisch werde. Es tut mir leid, lieber hätte ich es gehabt, sie hätten Charakter gehabt.

Wie ist die Presseresonanz?

Bis jetzt recht bescheiden!

Im Stern sollte ein Streitgespräch zwischen dir und Herta Däubler-Gmelin erscheinen ...

Das Streitgespräch, das von Herta Däubler-Gmelin schon zugesagt war, ist von ihr kurzfristig wieder abgesagt worden. Damit ist sie, was ihre Parteiinteressen angeht, sicherlich gut beraten gewesen. Es ist ihr ein bißchen spät eingefallen. Ansonsten ist es doch wieder einmal bemerkenswert, wie geschlossen die Reihen der SPD-nahen Presse bleiben. Ein bißchen besinnt sich offensichtlich auch Waltraut Schoppe, die es zunächst opportun gefunden zu haben scheint, mit ihrer pro-Kirchen Argumentation zurückzuschlagen. Seither schweigt sie und schickt in der Bonner Politik unerfahrenere wie Verena Krieger vor. Ein seit Wochen für den ,,Pflasterstrand geplantes und von mir wie Schoppe zugesagtes Streitgespräch hat sie gerade zum vierten Mal mit dem Argument, sie habe ,,immer noch'' oder ,,schon wieder die Grippe'', verschoben. Die Vermutung liegt nahe, daß die Ursache der Schoppeschen Verstimmung weniger das Wetter und mehr das politische Klima ist: wird da jetzt abgewartet, wie der Wind sich dreht, damit die Mäntelchen wieder passend gehängt werden können?

Bei der alternativen Presse sieht das nicht anders aus. Die TAZ hat unsere Kampagne zunächst (wie so oft bei feministischen Kampagen!) auf Teufel komm raus manipuliert. Das hat zum Glück diesmal nicht so ganz geklappt. Etliche Stadtzeitungen und linke Blätter — wie der Arbeiterkampf — haben das nicht mitgemacht, sie haben informiert statt manipuliert. Die Diskussion über ein pro und contra ist also jetzt in vollem Gange — und das ist gut so.

Nun hat die taz am 3.11. eine Debattenseite dazu gebracht.

Jetzt endlich. Zunächst aber haben sie versucht, dicht zu machen. Als es gar nicht mehr anders ging, haben sie einen sehr verwuselten Bericht, dem man überhaupt kaum die Faktenlage entnehmen konnte, gebracht. Aber siehe da! Als das Gegenmanifest der zehn grünen Frauen kam, die den Dialog mit der Kirche suchen, war es die Seite eins. Über die ablehnende Reaktion haben sie breit berichtet. Aber das Manifest selbst haben sie quasi verschwiegen. Das wenige, das die taz bis jetzt gebracht hat, war — sagen wir mal — grob manipulativ. Das ist keine korrekte Dokumentation. Die taz hat nicht über die Kampagne Bericht erstattet, sondern versucht, die Gegenkampagne voranzutreiben.

Wenn sich bestätigt, was sich jetzt schon abzeichnet, daß keine der Parteien den Vorschlag einer Klage annimmt, bedeutet das dann, daß deine Inititative gescheitert ist?

Nein, keineswegs. Die Repolitisierung der § 218-Debatte und die Entlarvung der pseudo-feministischen Vereinnahmungsversuche durch Parteipolitikerinnen sind erste Erfolge. Was den § 218 angeht: wenn die Parteien nicht handeln, werden wir selber handeln müssen. Und darüber werden wir nach den Wahlen reden.

Wir danken dir für das Gespräch.

Freispruch im Bonner FAP-Prozeß

Aus dem Werdegang einer FAP Ortsgruppe

Grinsend und in Siegerpose nahm der Ex-Kreisvorsitzende der „Freiheitlichen Arbeiterpartei'' (FAP) Stefan Niemann (19) am 14.10. seinen Freispruch entgegen. Niemann war vor dem Bonner Landgericht wegen Totschlags und gefährlicher Körperverletzung angeklagt. Er hatte bei einem Streit am 9.3. in Siegburg seinen Kumpan Wolfgang Schneider (19) getötet und zwei weitere, Jörg Karasch (19) und Oliver Zimmermann (20), schwer verletzt. Mit der Belehrung, daß er zwar nach dem Gesetz freigesprochen


Stefan Niemann

sei, jedoch weiterhin die moralische Schuld trage, da er damals und noch immer Ziele von Gruppen verfolge, die die Gewalt auf ihre Fahnen geschrieben hätten, dämpfte die verstimmte Richterin Niemanns Jubelausbruch.

Ansonsten kratzten Richterin Müller und Staatsanwalt König, wie schon im vorangegangenen Prozeß um den „Kaiserplatzüberfall'' (siehe AK 273), nur an der Oberfläche des politischen Hintergrundes. Kein Wunder also, daß die angekündigten „tiefen Einblicke'' in die heimische Neonaziszene in diesem Gerichtsverfahren ausblieben. Immerhin lieferten aber die Einlassungen des Angeklagten und die Zeugenaussagen einige neue Puzzleteilchen über die Struktur der Neonazis.

Das Gericht erkannt auf Notwehr, obwohl man darüber geteilter Meinung sein konnte. Zunächst jedoch, zum besseren Verständnis dessen, was am 9.3. passierte, einiges zum Werdegang von Niemann und seinen Freunden.

Stolz ein Deutscher zu sein

Mit 12 Jahren macht Niemann die Bekanntschaft eines Jungen, der Wehrmachtskram sammelt. Bei ihm findet er ein Buch über Adolf Hitler, das einen starken Eindruck auf ihn hinterläßt.

er ein Buch über Adolf Hitler, das einen starken Eindruck auf ihn hinterläßt.

1982 zieht er mit seinen Eltern in die Trabantenstadt St. Augustin, wo es keine nennenswerten rechtsgerichteten Aktivitäten mehr gibt. Mit dem Protest von 300 Antifaschisten vor dem Haus des NPD-Bundeswehrmajors Lindner in Schmerbroich im Juli 1981 war die Öffentlichkeitsarbeit der NPD vorläufig verstummt.

Niemann, intelligent, aber noch politisch desorientiert und in normaler Opposition zum Elternhaus, bekommt Schwierigkeiten in der Schule. Zunächst besucht er das Gymnasium in Niederpleis, wo er die Schulbank mit seinen späteren Mitstreitern Ulrich


Oliver Zimmermann

Henn, Armin Bartsch und Oliver Zimmermann drückt. Da Niemann alles ablehnt, was ihn erziehen will, verliert er trotz anfänglich guter Leistungen das Interesse an der Schule und läßt sich hängen. Er kommt in die Realschule und von dort in die Hauptschule, die er 16jährig und ohne Abschluß verläßt. In dieser Zeit begeht er kleinere Strafdelikte (vier Mal Diebstahl und zwei Mal Schwarzfahren), für die er eine Jugendarreststrafe bekommt. Von seinen Eltern wird er vor die Tür gesetzt. Ganz ähnliche Lebensläufe haben die oben Genannten. Alle brechen die Schule ab. Im Dezember 1983 gründen Henn, Bartsch, Zimmermann und Kerstin Siegel in Mülldorf die „Rechte Front'' (RF) Sankt Augustin. Zeitgleich mit dieser Gründung werden überall im Stadtgebiet Hetzparolen gegen Ausländer gesprüht. Nur wenige Tage später stößt Niemann zur RF und wird, aufgrund seiner rhetorischen Fähigkeiten, innerhalb kurzer Zeit zum Wortführer der Gruppe. Später stößt noch der Lohmarer Jörg Karasch hinzu. Alle sechs sind arbeitslos.

Die Ideologie der „Rechten Front'', so Niemann im Prozeß, beruhte in erster Linie auf extremer Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus. Man war „stolz, ein Deutscher zu sein'', und wollte eine „klassenlose Gesellschaft'' — jedoch nicht wie die Kommunisten, die das jetzige Gesellschaftssystem völlig umkrempeln und aus Arbeitern Direktoren machen wollten.

Anwerbung durch das K 14

Nur drei Monate vor der Gründung in Augustin waren Mitglieder der Wiking Jugend (WJ) bei einer Wehrsportü-


Ralf Tegetoff

bung auf dem Petersberg in Königswinter von der Polizei überrascht worden. Unter den acht Festgenommenen

bung auf dem Petersberg in Königswinter von der Polizei überrascht worden. Unter den acht Festgenommenen

befand sich der lokale „Gauführer'' Ralf Tegetoff aus Aegidienberg. Wegen Sprengstoffversuchen mit Rohrbomben wird Tegetoff im Jahr darauf zu lächerlichen 15 Stunden Sozialdienst verurteilt.

Sensibel geworden durch dieses Ereignis kümmert sich das 14. Kommissariat um die Augustiner Szene. Doch anders, als man denkt.

Als Richterin Müller Niemann fragt, wie er zur WJ gekommen sei, antwortet er: „Über das K 14!'' Er sei, so erzählt Niemann, von einem Herrn Klein vom K 14 verhört worden, der sich sehr für ihn interessierte. Herr Klein fand, daß er in eine richtige Organisation, wie z.B. die WJ gehöre, und sich nicht mit „Kinderkram'' beschäftigen sollte (gemeint war die RF). Besagter Herr liefert ihm die Kontakte zur Tegetoff-Truppe und verabschiedet sich mit den Worten: „Sag Bescheid, wenn was Entscheidendes im Gange ist. So Leute wie Dich brauchen wir!''

Ob dies die einzige Begegnung zwischen Klein und Niemann ist, bleibt fraglich. Auf der anderen Seite ist Niemann, der in Augustin und später in Siegburg zum geistigen Ideologen aufsteigt, ein so überzeugter Neofaschist, daß es schwer fällt, sich ihn als Verräter an der eigenen Sache vorzustellen.

Diese Begegnung ist wahrscheinlich der Grund, warum er später von den eigenen Leuten verdächtigt wird, Polizeispitzel zu sein.

Rechte im Aufwind

Anfang 1984 integriert sich die „Rechte Front'' in die WJ und nimmt an deren Wehrsportübungen im Siebengebirge und in der Eifel teil. Über die WJ bekommt Niemann Kontakte zur ANS, zur Nationalen Front und später zur ANS-Ersatzorganisation FAP. Es folgt eine Zeit mit regen Aktivitäten. Die Augustiner WJler werden in Aktionen in und außerhalb Bonns einge-


Meinhard Elbing

bunden. Am 5.5.84 Büchertisch der NPD in Bonn, wo es zum Handgemenge mit Antifaschisten kommt. Am 19.5.84 auf dem Münsterplatz und am 1.9.84 auf dem Kaiserplatz; Aktionen, über die schon berichtet wurde.

Im November 84 verhindern Antifaschisten die öffentliche Gründung der FAP-Sankt Augustin. Niemann und SS-Siggi Borchardt suchen das Weite.

Die mißlungene Gründungsfeier in Menden wird heimlich nachgeholt. Geschlossen treten die Augustiner „Wikinger'' in die FAP ein. Zur FAP-Ortsgruppe Sankt Augustin gehörten neben Niemann noch Henn, Bartsch, Zimmermann, Siegel und Karasch.

Niemann, vom Sendungsbewußtsein getragen, wird Kreisvorsitzender der FAP und versucht von Augustin aus, weitere Ortsgruppen zu gründen. Dies gelingt zunächst in Lomar mit Karasch und später mit Frank Karman in Siegburg.

Bei verschiedenen überregionalen Veranstaltungen fungiert die Niemann-Truppe als Saalschutz (z.B. Münchener NPD-Parteitag). Die Liste der Körperverletzungen, Sachbeschädigungen, Bedrohungen und sonstigen Gewalttätigkeiten, die von der Niemann-Truppe ausgehen, ist schier unendlich, und nur wenig wird strafrechtlich verfolgt. Nichts gemacht wird z.B. gegen die Urheber der im Oktober 1984 aufgetauchten „Todeslisten'' oder gegen die zerstochenen Reifen einer Sozialarbeiterin des Lohmarer Jugendzentrums, wo Niemann süffisant kommentiert: „Wer gegen uns arbeitet, darf sich über sowas nicht wundern!'' Nichts gemacht wird im März 1985, als Nie-

„Wer gegen uns arbeitet, darf sich über sowas nicht wundern!'' Nichts gemacht wird im März 1985, als Nie-

mann und seine Freunde sich als Vertreter des Wahlkreisamtes ausgeben, um so genügend Unterschriften für eine Kandidatur der FAP zu den Landtagswahlen zu bekommen.

Und dort, wo es zu Gerichtsverfahren kommt, ergehen zum Teil merkwürdige Urteile. Am 15.8.84 greift Niemann in Mülldorf einen Schwarzen tätlich an, beschimpft ihn als „Nigger'' und besprüht ihn mit CS-Gas. Hierfür bekommt er im Januar 1985 eine Verwarnung und 60 Stunden Sozialdienst.

Am 1.9.84 prügelt Niemann auf dem


Erwin Schönborn
Rene Decrouppee

Kaiserplatz auf Bonner Punker ein. Das Verfahren wird eingestellt.

Am 12.9.84 wird er in der Mülldorfer „Ankerschänke'' von der Polizei aufgegriffen. Er trägt ein Gewehr und ein Koppelschloß mit Reichsadler und Hakenkreuz. Hierfür bekommt er am 29.5.85 eine zweijährige Bewährungsstrafe wegen tragens einer Waffe ohne Waffenschein und Verwendung von NS-Kennzeichen.

Am 23.12.85 darf sich Niemann erneut bewähren. Wegen Ladendiebstahls und Schwarzfahrens veruteilt das Siegburger Amtsgericht den jetzt 18jährigen zu acht Monaten auf drei Jahre Bewährung.

Am 18.9.85 begehen Bartsch und Niemann eine gemeinschaftliche Sachbeschädigung am Jugendzentrum in Augustin. Als das Urteil hierzu verlesen wird, sitzt Niemann schon zwei Monate in U-Haft wegen der Tötung von Schneider in Siegburg. Das Urteil lautet neun Monate Knast, die er zur Zeit in der JVA-Siegburg absitzt.

Der Bruch

Die FAP-Ortsgruppe Sankt Augustin schafft es, neue Mitglieder zu werben. Aus dem Jugendzentrum werden der später getötete Wolfgang Schneider und Ernst Kaminski rekrutiert. Kaminski und Schneider sind zu dieser Zeit als Schläger bekannt.

Im Prozeß erklärt Niemann, daß die FAP bewußt gewalttätige Leute einzubinden versuchte, um sie gegen „Subjekte'' in der Bonner Innenstadt einzusetzen. Kaminski und Schneider waren aufgrund ihres latenten Ausländerhasses ideal für diese Aufgaben.

Trotz dieser für die FAP guten Entwicklung kommt es Ende 1985 zum offenen Bruch zwischen Niemann und seiner Augustiner Ortsgruppe.

Niemann, von Natur aus klein und schmächtig im Vergleich zu Karasch oder Zimmermann, muß seine Führungsposition immer wieder aufs Neue deutlich machen. Für seine „Messerführung'' ist er unter seinen eigenen Leute gefürchtet. Nicht zuletzt dadurch, daß die Ortsgruppe ziemlich disziplinlos und chaotisch ist, wird seine Autorität nach und nach untergraben.

Wegen „Spritgeldes'' geraten Henn, Zimmermann und Bartsch in Streit mit Niemann. Wenig später verweigert Niemann Bartsch 10.- DM für Drogen. Daraufhin wird er von Bartsch, Zimmermann und Peter Orfen vor der „Ankerschänke'' verprügelt und landet für drei Tage im Krankenhaus. Wiederum später, in der Gaststätte „Zur Kanne'' in Niederpleis, verweigert Niemann Schneider und Bartsch Geld. Die beiden verprügeln ihn mit Hilfe von Kaminski und rauben ihn aus. Niemann verliert zwei Schneidezähne und landet für eine Woche im Krankenhaus. Er erstattet Anzeige. Hinzu kommen jetzt Verdächtigungen,

zähne und landet für eine Woche im Krankenhaus. Er erstattet Anzeige. Hinzu kommen jetzt Verdächtigungen,

daß er Polizeispitzel sei. Bartsch bekommt 28 Anzeigen und erhält eine Vorladung vom K 14; ihm werden dort Dinge vorgehalten, die nur „Insider'' wissen können. Ähnliches passiert Karasch. Das K 14 beschuldigt ihn zusammen mit Willi Häusler, Hakenkreuze am Asylantenwohnheim in Augustin gesprüht zu haben. Ebenfalls eine interne Information. Auch Kaminski und Schneider bekommen Vorladungen. Schneider verliert fast seine Lehrstelle wegen der Anzeige, die Niemann wegen Körperverletzung gestellt hat. Zimmermann wird beschuldigt, eine Tankstelle ausgeraubt zu haben.

Nach dem Krankenhausaufenthalt bricht Niemann seine Zelte in Augustin ab und schließt sich der FAP-Ortsgruppe Siegburg an. Er verrät niemandem seine neue Adresse.

Die Tatnacht

Am 9.3. besucht Niemann den Siegburger FAP-Mann Karman in der Ludwigstr. 23. Für kurze Zeit besucht er im selben Haus Frank V. Bei seiner Rückkehr in Karmans Wohnung sieht sich Niemann von Henn, Siegel, Bartsch, Karasch und Zimmermann umstellt. Sie drohen, ihn „fertig zu machen'' — wollen seine Adresse und verlangen Antwort auf den Vorwurf, er sei ein Polizeispitzel. Als Niemann mit seiner Adresse herausrückt, fahren Henn und Siegel weg, um sie zu überprüfen. Die Lage in der Wohnung spitzt sich zu. Karasch fordert Niemann auf, sich aus der Politik rauszuhalten. Er dürfe keine FAP-Aufkleber oder Flugblätter mehr herstellen. Henn und Siegel kommen zurück. Da beide nach Hause müssen, nimmt sie Bartsch mit und kündigt an: „Wir bringen noch ein paar Schlächter mit!'' Er kommt kurze Zeit später mit Kaminski und Schneider zurück, die einen besonderen Haß auf Niemann haben. Da Bartsch nochmals wegfährt um Fritten zu holen, sind jetzt am Geschehen Schneider, Kaminski, Zimmermann und Karasch beteiligt. Karman hält sich neutral im Hintergrund.

Mit Zimmermanns Worten: „Gleich brechen wir dir alle Knochen!'' fängt es an, ernst zu werden. Schneider verlangt von Niemann, er solle ihm die Stiefel lecken. Als Niemann nicht spurt, wird er blutig geschlagen. Karasch verlangt von ihm, er solle Hosen-


Ulrich Henn

träger und Stiefel ausziehen. In dieser Situation findet Niemann eines von vielen Messern, die Karman überall deponiert hat. Mit dem Ruf „Ihr Schweine'' stürzt sich Niemann auf Schneider, Zimmermann und Karasch, die ihm die Tür versperren. Schneider erleidet einen tödlichen Bauchstich. Zimmermann erhält Stiche am Unterarm, Karasch am Auge und in die Brust. Niemann kann aus der Wohnung flüchten und stellt sich der Polizei.

Gauführer und Stiefelknechte

Im Gerichtsverfahren taucht zweimal der Name Tegetoff auf. Der Zeuge Karman legte Wert auf die Feststellung, daß die Augustiner FAPler keinen „Auftrag'' für dieses „Verhör'' gehabt hätten. Richterin Müller, hellhörig geworden, fragt Karmann, wer denn einen „Auftrag'' hätte geben können. Antwort: „Ralf Tegetoff, unser politischer Leiter!''

An anderer Stelle geht es um ein noch laufendes Ermittlungsverfahren


Norbert Schnelle

gegen Niemann. Bei einer Hausdurchsuchung hatte die Polizei einen Brief beschlagnahmt, der von Niemann verfaßt, aber nicht abgeschickt worden war. Er war an den Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde Berlin, Galinski, gerichtet. Gefragt, warum er ihn nicht abschickte, antwortet Niemann: „Tegetoff rief mich an und sagte, es wäre zur Zeit nicht opportun, den Brief abzuschicken!''

Niemann scheint von seinen Leuten jedenfalls noch nicht fallengelassen worden zu sein. Im Oktober unterschreibt er mit „Heil Deutschland'' einen Leserbrief in der FAP-Zeitung „Deutscher Standpunkt''. Seit August 1986 wird er in der Gefangenenliste der HNG („Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene'') neben Michael Kühnen, Erwin Schönborn, Manfred Roeder, Siegfried Borchardt u.a. aufgeführt.

Andres Garcia, Antifa-AK Bonn

Kontakt: Initiative Gemeinsam gegen Neofaschismus Bonn, Hartmut Meyer c/o AStA Nasserstr. 11, 5300 Bonn 1

''Das ist der Punkt, wo die Arbeit wieder am Ort und im Bereich anfangen muß''

Gespräch mit ausgetretenen Grünen aus München

Auf dem letzten Bundesparteitag der Grünen in Nürnberg, Ende September, sind zahlreiche Wünsche, Träume und Hoffnungen linker Grüner zurechtgestutzt worden oder gleich zu Bruch gegangen. 60% der grünen Delegierten und sogar 80% der bayerischen Delegierten hatten dort eine Unterstützung der Demonstration in München gegen die WAA verweigert, weil man um rechtere Stimmen bangte. Das nannte in seinem Interview im letzten AK Thomas Ebermann einen „*Bruch in unserem Verhältnis zu den außerparlamentarischen Bewegungen*''.

270 Mitglieder und Delegierte unterschrieben auf dem Parteitag eine Protesterklärung und kündigten ihre Beteiligung an der München-Demo an. Fünf Mitglieder aus dem Kreisverband München Nord gingen einen Schritt weiter und erklärten noch auf dem Parteitag ihren Austritt aus der Partei. Mit zwei von ihnen, Petra und Peter haben wir ein längeres Gespräch geführt. Außerdem dabei war Klaus aus Kolbermoor, der dort vor zwei Jahren für die Grünen in den Stadtrat gewählt wurde, aber im Laufe der bayerischen Auseinandersetzungen bereits im Frühjahr dieses Jahres aus den Grünen ausgetreten ist. Eine (von unseren Gesprächspartnern authorisierte) Zusammenfassung dieses Gespräches drucken wir hier ab.

Daß angesichts des bayerischen grünen WAAhnsinns: Wahlkampf statt Demo jemand bei den Grünen schließlich die Schnauze voll hat, ist für den AK-Leser sicherlich gut zu verstehen. Wir wollten aber etwas mehr über die Erfahrungen der drei in und mit den Grünen wissen. Und da haben wir beim Eintritt in die Grünen angefangen.

Es fing gut an

Klaus hat schon vor seiner grünen Mitgliedschaft in der Bundesarbeitsgemeinschaft Rechtsentwicklung mitgearbeitet. Im Sommer/Herbst 1984 ist er dann mit einer ganzen Gruppe von acht bis zehn Leuten um die Rosenheimer Stadtzeitung in die Grünen eingetreten. Mit ihrem im weitesten Sinne sozialistischen Selbstverständnis wollte die Gruppe ihre politische Arbeit mit dem Grünen Apparat und der Organisation im Rücken besser machen und auch neue Leute dafür gewinnen. Und es fing mit dem Austritt einiger rechter Grüner auch sehr gut an.

Peter war vor seinem Eintritt in die Partei (ebenfalls 1984) noch nirgendwo organisiert. „Ich habe mir gedacht, weil die Grünen eine — in Anführungsstrichen — ehrlichere Politik als SPD bzw. Jusos machen, gehst Du in diese Partei.'' Mit seinen praktischen Erfahrungen mit Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern etc. ist er dann schnell auf die Augsburger Gruppe gestoßen, die dazu arbeitete und auch sozialistische Politik in den Grünen machen wollte. „Ich habe da innerhalb kurzer Zeit wahnsinnig viel dazugelernt in diesen Sachen, dabei hat sich bei mir dann sehr schnell ein Bewußtseinswandel vollzogen.''

Petra berichtet: Nach einer Entwicklung über die Jusos und Demokratischen Sozialisten folgte erst einmal zwei bis drei Jahre Pause zur Neuorientierung. Im Frühjahr 85 ist sie dann einfach zum Kreisverband München Nord gekommen und wollte dort politisch arbeiten und Kontakte finden. „Daß die Grünen keine linke Partei sind und wohl auch keine werden, damit hatte ich schon gerechnet, mir aber vorgestellt, daß man in den Grünen über linke Inhalte wenigstens diskutieren und sie im Programm zumindest als Minderheitsmeinung unterbringen könnte. Glücklicherweise bin ich dann im Kreisverband Nord gelandet, wo ich ein paar Leute getroffen habe, die ähnliche Ideen hatten.'' Und es schien sich auch anfangs zu lohnen und es schien so, als ob man sogar noch Leute dazu rüberziehen könnte. Hatte man vorher nur über Bezirksausschuß-Probleme und Verkehrsberuhigung diskutiert, so konnte auch — wo es angeleiert wurde — etwa über die NATO-Frage diskutiert werden.

Es war bei allen Dreien also ganz unterschiedlich, aber eines war doch gleich: zu Beginn hatten sie eine Gruppe mitgebracht oder gefunden, die an einem Ort bzw. in die Grünen hinein linke oder im weitestens Sinne sozialistische Politik machen wollten. Aber dann kamen die Erfahrungen mit den bayerischen Grünen und ihren Strukturen.

Rückschläge

In inhaltlichen Fragen, so berichtet *Petra* aus München-Nord, wurde häufig nicht widersprochen oder in Einzelpunkten auch „richtig'' abgestimmt, aber an mehr formalen Fragen konnte man doch merken, daß „uns Linken die Unterstützung entzogen wurde.'' Dann schlug es einem schon stimmungsmäßig entgegen: „Die schon wieder,'' hieß es, wenn irgendein Antrag kam oder „die wollen wieder so schwierige Sachen diskutieren''.

Klaus hatte nach seinen Erfahrungen in der Bundesarbeitsgemeinschaft Rechtsentwicklung mit anderen grünen Antifaschisten eine bayerische Landes-AG dazu gegründet. Und „anläßlich unserer Planungen zum 8. Mai sind dann wirklich die schlimmsten Sachen passiert.''

Peter stieß im Landesarbeitskreis Wirtschaft neben einem Block für eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik auch auf die rechte Fraktion um Leo Betzl, die eine etwas zurückgedrängte „Freie Marktwirtschaft'' mit Profit à la FDP wollten.

Eine bayernweite linke Zusammenarbeit gab es aber nicht. Auf Bundesversammlungen setzten sich die Rosenheimer demonstrativ möglichst weit weg von den Bayern und am liebsten unter die Hamburger oder Berliner. Es gab mehr „persönliche'' Kontakte zwischen Rosenheim und München. Immerhin wandten sich einige Linke an den Münchener Kreisverband Nord, nachdem er ein Image als linker Kreisverband weghatte. In die Programmdiskussion zur Landtagswahl hatten sich die Linken kräftig reingehängt, etwa in den Programmteilen „Demokratie und Recht'', „Soziales und Gesundheit'' oder beim Wirtschaftsprogramm. Und es kam, wie es kommen mußte.

Parteiprogramm

Für Weißenburg 1985, den bayerischen Programm-Parteitag, hatten sich die linken Grünen viel vorgenommen. Stattdessen sah sich *Peter* mit „dermaßen unpolitischen Begründungen für die Markwirtschaft'' als Zumutung konfrontiert, die jede Diskussion abwürgte. „Eine fortschrittliche Position nach der anderen wurde dann im Plenum weggestimmt, z.B. unsere Forderung nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel sowie des Grund und Bodens.''

Klaus: „Nachträglich können wir feststellen, daß eine der wenigen fortschrittlichen Positionen, die wir damals durchbekommen haben, die Stellungnahme zur Asyl-Frage war: ‚*die BRD ist de facto ein Einwanderungsland*' ging damals noch ganz konfliktfrei durch. Das wäre heute, nachdem die ‚Asylanten-Debatte' so hochgekocht wurde, auch nicht mehr möglich; jetzt würden die Grünen Magenweh bekommen. Wenn ich nur daran denke, daß Norbert Mann kürzlich bei einer Wahlveranstaltung in Kolbermoor gefordert hat, unsere Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit solle sich doch mal mit den Republikanern an einen Tisch setzen, weil die nur zu wenig Informationen hätten, dann sträuben sich mir die Haare.'' Die Republikaner waren am Ort bekanntermaßen an der Gründung einer „Bürgerinitiative'' gegen das Asylantenwohnheim beteiligt, mit Teilen der CSU und „rechtem Mob'' haben sie Drohbriefschreibereien organisiert und vieles anderes mehr; „arme Verführte'' für Norbert Mann, der sich offenbar weit in die Faschismus-Problematik bzw. die der Faschisten reingearbeitet habe.



Zweiter Anlauf

Aber zurück nach Weißenburg, dort haben sich die bayrischen Linken erstmals und „ganz spontan an einem Tisch versammelt und überlegt, wie sie das Beste aus der Situation machen konnten,'' berichtet *Peter*. Und daraus entstand die erste Erklärung und der „Trachtenverein ‚Rot-Schwarz''': „Das Programm sollte in einer zweiten Landesversammlung links nachgebessert werden, darauf wollten sich die Linken gut vorbereiten.'' Der aufmerksame AK-Leser kennt das Ergebnis schon, die Nachbesserung scheiterte. Das Schlimme dabei war, daß das Dümmste gerade gut genug war, um den linken Flügel auflaufen zu lassen. Zur Vergesellschaftung von Grund und Boden meinte irgendein Kleinbauer: „Leut', des könnts ihr net mache, dann wählt uns doch kein Bauer mehr' und damit war die Sache vom Tisch. Auf ähnlichem Niveau und mit entsprechendem Ausgang lief die 218-Debatte, bei der Halo Saibold mit Tränen in den Augen den Schutz des ungeborenen Lebens durchpöwerte, und dadurch sind ja dann einige Frauen zum Trachtenverein gestoßen. Erst nach dieser zweiten Versammlung war uns eigentlich allen klar, daß wir Linke in eine Ecke abgedrängt worden waren.''

Welche Perspektive?

Auch mit dem „Trachtenverein'' fing das erst wieder prächtig an: Auf einmal kamen aus vielen Kreisverbänden die Linken zusammen, weil man sich erstmals als linker Grüner bayernweit organisieren konnte und es wurde mit Elan versucht, in bundesweite Zusammenhänge linker Strukturen bei den Grünen hereinzukommen. Warum ist die Sache dann so schnell und buchstäblich eingeschlafen? Warum war „nach dem fünften Treffen die Anzahl der Anwesenden so geschrumpft, daß eine Weiterarbeit kaum sinnvoll erschien''?

Peter erläutert: Jeder habe sich mal als links definiert, „wobei wir das nie mal irgendwann ausdiskutiert haben, was das eigentlich heißt.'' Aus Peters Sicht war die Ursache des Scheiterns darin zu sehen, „daß man sich zu sehr mit grün-interner Problematik beschäftigt hat: Es waren letztlich Treffen, die sich auf die nächsten Landes- oder Bundesversammlungen bezogen: Also wie geht man taktisch vor, welche Anträge bringen wir ein, was machen wir, wenn dieser oder jener Antrag nicht durchgeht, usw. usf. Wir haben nie eine Analyse unserer Lage, speziell in Bayern versucht, woraus wir dann vielleicht klarer hätten ableiten können, was sich lohnt und was nicht. Dazu ist es dann gar nicht mehr gekommen.''

Natürlich habe es auch die andere Seite gegeben, fügt *Petra* hinzu, „daß nämlich nur inhaltlich geredet wurde, aber nicht klar war, was macht nun eigentlich damit, welchem Zweck dient diese oder jene Diskussion. Wenn der Kreis etwa ein Papier zur NATO erstellt hatte; ja gut, dann war das eben fertig und dann wurde noch ein Protokoll über die Debatte geschrieben und dann war's das auch. Kurz gesagt, es bestand schlicht Perspektivlosigkeit.'' Es hat dann, so *Klaus*, schnell eine Aufspaltung zwischen den Leuten gegeben. Ein Teil hatte „gar keinen Bock mehr, über langfristige Ziele nachzudenken, die man in oder mit oder teilweise mit den Grünen verwirklichen kann, die sind eigentlich schon draußen gestanden'' und wollten jetzt etwa vor allem in Wackersdorf mitmischen. Die andere Extremposition bezogen etwa die Starnberger, die auf jeden Fall drin bleiben wollten und „dabei gar nicht mehr hinterfragt haben, ob das noch linke Politik ist. Die sind dann voll auf die Stamm-Linie eingeschwenkt.''

Solche Alternativen seien nie genauer diskutiert oder gar ausdiskutiert worden, so *Petra*. Die Leute haben sich dann individuell aus dem Kreis zurückgezogen, sehr schnell schrumpfte der Kreis auf den Teil, für den die Frage einer möglichen Abspaltung aus den

rückgezogen, sehr schnell schrumpfte der Kreis auf den Teil, für den die Frage einer möglichen Abspaltung aus den

Grünen nicht mehr existierte. Als weiteren Grund des Zerfalls nennt sie „die tatsächliche Isolation des Trachtenvereins. Das haben die Leute dann in ihren Kreisverbänden zu spüren bekommen.'' Als Delegierte wurde sie auch als Minderheit gar nicht mehr aufgestellt. „Die waren dann auch so frustiert, daß sie meinten, daß das eh alles nichts mehr bringt, wenn sie schon in ihren eigenen Kreisverbänden keinen Fuß mehr auf den Boden bekommen.''

Bei diesem Stand — die linken Grünen in Bayern waren mit ihren Vorstellungen nicht nur aufgelaufen, sondern als Minderheit kaum noch geduldet und in die Isolation gedrängt, der Versuch einer Organisierung der linken Grünen war auseinandergelaufen — brachte dann die ausdrückliche Abgrenzung der Grünen Partei auf ihrem Nürnberger Parteitag von einer linken Demonstration das Faß zum Überlaufen.

Neuer linker Anfang?

Auch Thomas Ebermann sieht nach Nürnberg nur noch die Möglichkeit, die Grünen, wo er nun mal arbeitet, für linke Positionen „offenzuhalten'', was in der Konsequenz heißt, daß auch er linken Druck und neue Potentiale außerhalb der Grünen für notwendig hält. Wir wollten von den Dreien wissen, wie es aus ihrer Sicht mit der linken Arbeit in Bayern weitergehen soll, was sie sich vorgenommen haben.

„Man darf halt nicht vergessen,'' meint *Klaus*, „daß die Organisierung der Linken hier allein schon wegen der Struktur Bayerns schwierig ist. Hunderte von Kilometern zu fahren, um sich irgendwo zu treffen und dann wiederum ewig lang zu überlegen, ob nun innerhalb der Grünen oder außerhalb, hat keinen Sinn. Für mich ist das der Punkt, wo die Arbeit wieder am Ort, im eigenen Lebens- und Arbeitsbereich anfangen muß. Die Münchener müssen z.B. da ansetzen, wo etwas nach den Wackersdorf-Auseinandersetzungen von den Autonomen übrigbleibt, also zumindest von dem Teil, der nach einer politischen und gesellschaftlichen Analyse sucht. Im ländlichen Raum wird das natürlich noch schwieriger. Die ganzen Bereiche, die innerhalb der Grünen wichtig waren, Wirtschaft, Demokratie und Recht, Faschismusfrage, alles was mit der neuen und der alten Rechten zusammenhängt: Diese Problematik muß erst wieder — auch gegen die heutigen Grünen — diskutiert und offenkundig gemacht werden. Eine Linke entsteht nicht einfach dadurch, daß einige bei den Grünen austreten. Das wird schwierig. Ich habe schon Angst davor, daß nach und nach jeder Linke austritt und dann macht er gar nichts mehr. Dieser Austritt darf keine Niederlage sein und ist eigentlich auch keine, sondern ist Ausdruck eines gewachsenen Bewußtseins über die Lage der Linken innerhalb der Grünen und überhaupt der Linken in der BRD und von da aus kann man dann wieder neu anfangen.

Sehr optimistisch bin ich da allerdings nicht. Wenn ich mir z.B. anschaue, was es in München an Linken gibt, dann ist das eine Katastrophe. Das kann man nicht vergleichen, so wie der Ebermann das macht, mit Hamburg oder Frankfurt oder Berlin. Es ist aber unsere Aufgabe, das klar festzustellen und dann ist es auch schon ein Fortschritt, wenn wir uns in München mit zehn Leuten treffen und uns neue Inhalte erarbeiten und dann schauen, wie wir das in andere Organisationen reintragen und neue Leute gewinnen können. Das ist halt eine langfristige Angelegenheit und da spielen die Grünen keine große Rolle mehr.''

Peter möchte das Problem ausdrücklich nicht auf die bayerische Situation beschränkt sehen: „Grundsätzlich stehen die Linken in Hamburg, Berlin oder Frankfurt vor demselben Problem. Da sie aber auf lokaler Ebene Handlungsmöglichkeiten haben, fällt ihnen der Austritt viel schwerer als uns. Was die Grünen bundesweit angeht, besitzen sie genausoviel oder genausowenig Einfluß wie wir.'' Er empfindet es als Problem für viele Linke, die jetzt in der Partei drin sind, „daß es außerhalb der Partei kein Forum gibt. Das wäre mal vordergründig unsere Aufgabe, hier außerhalb der Grünen etwas zu schaffen. Die bestehende Orientierungslosigkeit hält doch viele derzeit noch ab, aus der Partei rauszugehen.'' Dieses Problem müsse man unbedingt angehen, „damit die Leute, wenn sie die Grünen verlassen, nicht im Privatleben verschwinden, sondern eine Art Sammelbecken vorfinden, wo sie politisch weiterarbeiten können.'' Allerdings sei es „mit einem Sammelbecken für Linke längst nicht getan.'' Aber „was ich mir derzeit als Anfang ganz gut vorstellen kann, ist, daß sich die Linke möglichst bald auf lokaler Ebene regelmäßig trifft'', um theoreti-

ganz gut vorstellen kann, ist, daß sich die Linke möglichst bald auf lokaler Ebene regelmäßig trifft'', um theoreti-

sche Diskussionen, bezogen auf die aktuellen politischen Fragen, zu führen. „Dies sage ich deswegen, weil ich sehr viele Linke (mich eingeschlossen) im Alter zwischen 20 und 26 kenne, die ein mehr oder minder großes Theorie-Defizit haben. Hier möchte ich besonders die Alt-Linken auffordern mitzuarbeiten, auch wenn sie vor x Jahren das alles schon einmal gemacht haben.''

Raus aus den Grünen?

Ob sie nach ihrem Austritt auch andere Linke Grüne auffordern würden, auszutreten, wollten wir wissen. Für *Petra* sind „die Grünen eine gesellschaftliche Tatsache'' und man könne nicht so tun, als gäbe es sie nicht. „Die haben eine Menge linkes Potential aufgesogen und selbst wenn sich außerhalb der Grünen eine sogenannte Linke organisieren würde, müßten die sich ganz zwangsläufig mit den Grünen auseinandersetzen und mit den linken Grünen zusammenarbeiten, auf jeden Fall Kontakt zu ihnen halten und überlegen, wie sie von außen stützen könne. Ich muß auch ehrlich sagen, ich finde es — auch wenn ich selber ausgetreten bin — nach wie vor richtig, daß es Linke innerhalb der Grünen gibt, wie den Ebermann zum Beispiel oder auch andere, die nicht so bekannt sind. Die können sicherlich nicht die Strategie beeinflussen. Aber es gibt viele, die in diese Partei eintreten, weil sie einfach das Gefühl haben, etwas aus persönlicher Betroffenheit tun zu müssen, wo dann eine Politisierung erst einmal stattfinden muß. Und da haben die Linken ein wichtige Aufgabe. Ich würde jetzt nicht hingehen und sagen, alle müssen austreten, oder alle, die drin bleiben, sind Verräter, das wäre völliger Quatsch.''

Der erste Ansatz einer überörtlichen Zusammenarbeit linker Grüner in Bayern wurde anläßlich des 8. Mai 85 gemacht. Auf Antrag einiger Linker hatte die Landesversammlung beschlossen, der Landesvorstand solle eine bayernweite

niger Linker hatte die Landesversammlung beschlossen, der Landesvorstand solle eine bayernweite

Veranstaltung zum Thema „8. Mai'' durchführen, um das antifaschistische Bewußtsein der Grünen zu dokumentieren. Nachdem der LV keinerlei Anstalten dazu unternahm, entwarf die Landesarbeitsgemeinschaft „Rechtsentwicklung und Neofaschismus'' zusammen mit einigen Nürnberger Grünen ein Grundsatzpapier für die Grünen zum „8. Mai''. Das Papier sei zu „sowjetfreundlich'', argumentierte stereotyp der LV. Nach wochenlangen Auseinandersetzungen sollte der Rechtsanwalt Uwe Schreiner ein Gegenpapier aufsetzen. Das kam aber nie zustande, die Initiative zum „8. Mai'' verlief schließlich im Sande.

Als dann im Herbst '85, bei der Debatte um das bayerische Landtagswahlprogramm in Weißenburg, fast sämtliche linken Positionen rausgestimmt worden waren, bildete sich dort spontan ein linker Kreis mit dem Namen „Trachtenverein''. Mit einer scharfen Presserklärung trat er gleich an die Öffentlichkeit. Innerhalb einiger Wochen besaß der Kreis 60-80 Kontaktleute in verschiedensten Orten. Schon im Frühjahr '86, nachdem in Bayern die Programmdebatte beendet war und in Offenburg der befürchtete Durchmarsch der Realos (Abwahl von Ditfurt und Trampert) so nicht stattgefunden hatte, nahmen die doch sehr unterschiedlichen politischen Vorstellungen über die mittel- und langfristige Perspektive der Linken in den Grünen dem Kreis die Basis. Als beim fünften Treffen nur noch ein Dutzend Leute zusammenkamen, wurde der Trachtenverein erst einmal begraben.

Sanfter abrüsten?

Jürgen Reents kritisiert grüne Rüstungspolitik

„Realpolitik" gegenüber der Bundeswehr? Dieses Thema hat die „gewaltfreien" Grünen schon mehrfach erwischt. Hier dokumentieren wir eine Kritik von Jürgen Reents an den von den Grünen in Bonn eingebrachten Kürzungsvorschlägen für den Bundeswehretat der Bundeswehr von 1987. Als sich der zuständige Arbeitskreis der Grünen Fraktion nahezu einhellig der Kritik anschloß, legte Torsten Lange, als einer der Kritisierten, prompt am nächsten Tag, am 22.10.86 seinen Sitz im Verteidigungsausschuß nieder. Wir dokumentieren hier seine Rücktrittserklärung.
Nachfolger von Torsten Lange im Verteidigungsausschuß wurde übrigens Gerd Bastian.

Als wir uns im Spätsommer 1983 auf unsere erste Teilnahme an einer Haushaltsberatung im Bundestag vorbereiteten, haben wir uns entschieden,
1. grundsätzlich keinem Rüstungshaushalt zuzustimmen,
2. trotz unserer grundsätzlichen Ablehnung aber auch zum Rüstungshaushalt konkrete Kürzungs- und Streichungsvorschläge einzubringen.

Dabei ging es nicht darum, daß wir unter den gegebenen politischen Bedingungen irgendeine Hoffnung auf Durchsetzung solcher Vorschläge hatten, sondern wir wollten daran politisch dokumentieren, daß vordringlich die *Auf- und Weiterrüstung* gestoppt werden muß, und der Friedensbewegung konkretes Argumentationsmaterial dafür mit in die Hand geben. Entsprechend haben wir uns nicht daran orientiert, unsere Vorschläge so klein zu schneidern, daß wir ähnlich der SPD als eine Partei erscheinen, die bis auf wenige Märker alles beim Alten lassen will. Und wir haben auch nicht — wie traditionell die DKP — irgendeine willkürlich gegriffene und globale Prozentzahl genannt, um die wir den Rüstungshaushalt kürzen wollen. Sondern: wir haben den Rüstungshaushalt konkret durchforstet und unter bestimmten inhaltlichen Gesichtspunkten zusammengerechnet, was nach unserer Meinung zuallererst weg muß. Ich habe dazu am 29.8.83 der Fraktion ein Papier vorgelegt, daß diese Schwerpunkte genannt hat, und das auch in der Fraktion angenommen wurde:
- Streichung aller Ausgaben, die der Vorbereitung auf einen atomaren oder chemischen Krieg dienen, sowie Ausgaben für psychologische Kriegsführung
- Beschaffungsstopp für alle neuen Waffensysteme und militärischen Anlagen
- Stopp der Wehrforschung für neue Waffen und für die Weiterentwicklung vorhandener Waffen
- Personalstopp in der Bundeswehr und Einstellung der militärischen Nachwuchswerbung
- Drastische Manövereinschränkung der Bundeswehr und vollständiger Rückzug der Bundeswehr aus dem Ausland
- Rückzug aus der NATO

Diese grundsätzliche Herangehensweise an den Rüstungshaushalt ist nie durch eine Diskussion im AFI (Arbeitskreis Frieden/Abrüstung/Internationales bei der Grünen Fraktion — Anm. AK) oder gar in der gesamten Fraktion geändert worden.

Für die Jahre 1984 und 1985, in denen ich als Berichterstatter im Haushaltsausschuß u.a. für den Einzelplan 14 mit zuständig war, errechnete sich dies jeweils zu einem guten Drittel des Einzelplan 14 — mehr als 15 Mrd. DM.

Nach der Rotation wurde sich für den Haushalt 1986 i.w. an diese Überlegungen gehalten, es wurden für den Einzelplan 14 erneut 15,17 Mrd. DM Kürzungsvorschläge errechnet.

Die jetzt für den Haushalt 1987 eingebrachten Kürzungsvorschläge, die Wolfgang Bruckmann errechnet hat, und für die Torsten Lange und Heinz Suhr die politische Verantwortung zeichnen, halten sich nur scheinbar an die „alte Linie". Der Sache nach findet eine Revision mit riesigen Schritten statt: Für den Einzelplan 14 sind jetzt Kürzungsvorschläge mit einer Gesamtsumme von nur noch knapp 4,8 Mrd. DM eingereicht worden.

Manche mögen vielleicht denken, im Grunde sei das relativ egal, weil es ohnehin nicht um Durchsetzungschancen geht, und dies immerhin noch über den Kürzungsvorschlägen der SPD liegt (letztes Jahr: 1,44 Mrd. DM). Mir geht es nicht um einen Beweis von Radikalität durch möglichst hohe Streichungsforderungen, sondern darum, was wir — mit welchen Vorschlägen auch immer — politisch signalisieren. Das jetzige Signal ist: Auch gegenüber dem Rüstungshaushalt sind wir zahmer geworden.

1. Wir haben unsere eigenen Rüstungskürzungsvorschläge auf ein Drittel zusammengestrichen. (Das wird übrigens durch einen kleinen Zahlenschwindel noch etwas verwischt: Im Kommentar von Heinz und Torsten zu den diesjährigen Kürzungsvorschlägen werden die rüstungsrelevanten Kürzungen in den Einzelplänen 04, 05, 35 und 36 den Kürzungen im Einzelplan 14 hinzugerechnet — das sind dann knapp 6,3 Mrd. DM — und über diese Zahl heißt es dann, dies seien 12% des Einzelplan 14. Diese Milchmännerrechnung ist fast schon versetzungsgefährdend. Tatsächlich handelt es sich um ca. 9,3% Kürzung des Einzelplan 14, was immer auch in anderen Einzelplänen noch gekürzt wird.)

2. Die Forderung „Beschaffungsstopp für neue Waffen und militärische Anlagen" ist aufgegeben, ebenso die grundsätzliche Ablehnung der Erforschung und Erprobung neuer Waffen sowie der Weiterentwicklung vorhandener Waffen. Stattdessen signalisieren die Zahlen jetzt: Bitte etwas weniger neue Waffen und Militäranlagen hinzukaufen. Nicht mehr: keine neuen Panzer, sondern lediglich: „Stornierung der weiteren Beschaffung von 150 Leo II und der Kampfwertsteigerung des Leo I" — womit 800 Mio. für andere Kampffahrzeuge nächstes Jahr grün unangetastet bleiben. Bei der Beschaffung von Munition werden die neuen MARS-Flugkörper, auf die Wörners Offiziere ganz besonders scharf sind, nicht gestrichen. Nicht 98 neue MRCA-Tornado soll die Luftwaffe nächstes Jahr bekommen, aber immerhin 50 billigen ihr die grünen Verteidigungshaushälter zu. Nicht zwei neue Fregatten 122 die Marine, aber eine. Die gigantische Aufrüstung der Bundeswehr mit modernsten Fernmeldeanlagen, wozu u.a. die neuen elektronischen Führungssysteme gehören, soll nicht gestoppt, sondern um 10% von 1,05 Mrd. auf 0,945 Mrd. DM gekürzt werden — um damit „eine sparsamere Mittelbewirtschaftung (zu) bewirken", wie es in der Antragsbegründung heißt. Usw. usw. ...

Allerdings muß gesagt werden, daß hier bereits für den Haushalt 1986 der generelle Beschaffungsstopp in einigen Titeln aufgegeben wurde.

3. Die militärische Ausbildung im Ausland ist kein Thema mehr für die Grünen — damit aber auch nicht die Forderung: Rückzug der Bundeswehr aus anderen Ländern. Kein Thema mehr sind auch die einen atomaren Krieg als überlebbar suggerierenden Ausgaben für „ABC-Schutzmaterial".

4. Für die Nachwuchswerbung der Bundeswehr ist die Streichung zugunsten einer Mittelkürzung aufgegeben worden. Nicht mehr: Keine Werbung für den Kriegsdienst — sondern: Etwas zurückhaltender werben bitte!

Und dies alles ohne politische Diskussion in der Fraktion oder im AFI. Derart heimlich betriebene Revisionen mit vollendeten Tatsachen sind vermutlich nicht einmal in der SPD möglich — aber bei uns! Die Anträge seien eingereicht, sagte Wolfgang heute auf der AFI-Sitzung ...

Vor diesem Hintergrund ist mir allerdings auch erklärbar, wieso das Informationsheft *„Der Rüstungshaushalt: Was er beinhaltet — Warum wir ihn ablehnen"*, das ich im März dieses Jahres auf der Basis der Haushaltszahlen 1986 geschrieben und in Absprache mit der zuständigen AFI Untergruppe redaktionell fertig gestellt habe, schließlich in der Schublade der „Abrüstungsverantwortlichen" blieb. Und wieso ich vor zwei Wochen die überraschende Neuigkeit erfuhr: Wolfgang sitzt an einer neuen Broschüre, er habe „konzeptionelle Bedenken" gegen eine Aktualisierung des bereits fertigen Textes vorgebracht. Nach genauer Durchsicht des von ihm erbetenen Materials (s.o.) schlagen die „konzeptionellen Bedenken" mit einer Summe von 4,7 Mrd. DM zu Buche.

Für eine grundlegende Diskussion von 4,7 Mrd. DM zu Buche.

Für eine grundlegende Diskussion im AFI füge ich eine Gegenüberstellung der grünen Kürzungsvorschläge zum Einzelplan 14 für 1986 und 1987 bei — sowie den (noch nicht aktualisierten) Textvorschlag zum Rüstungshaushalt.

Jürgen Reents
14.10.86

22.10.1986 Diskussion über Außen- und Sicher-

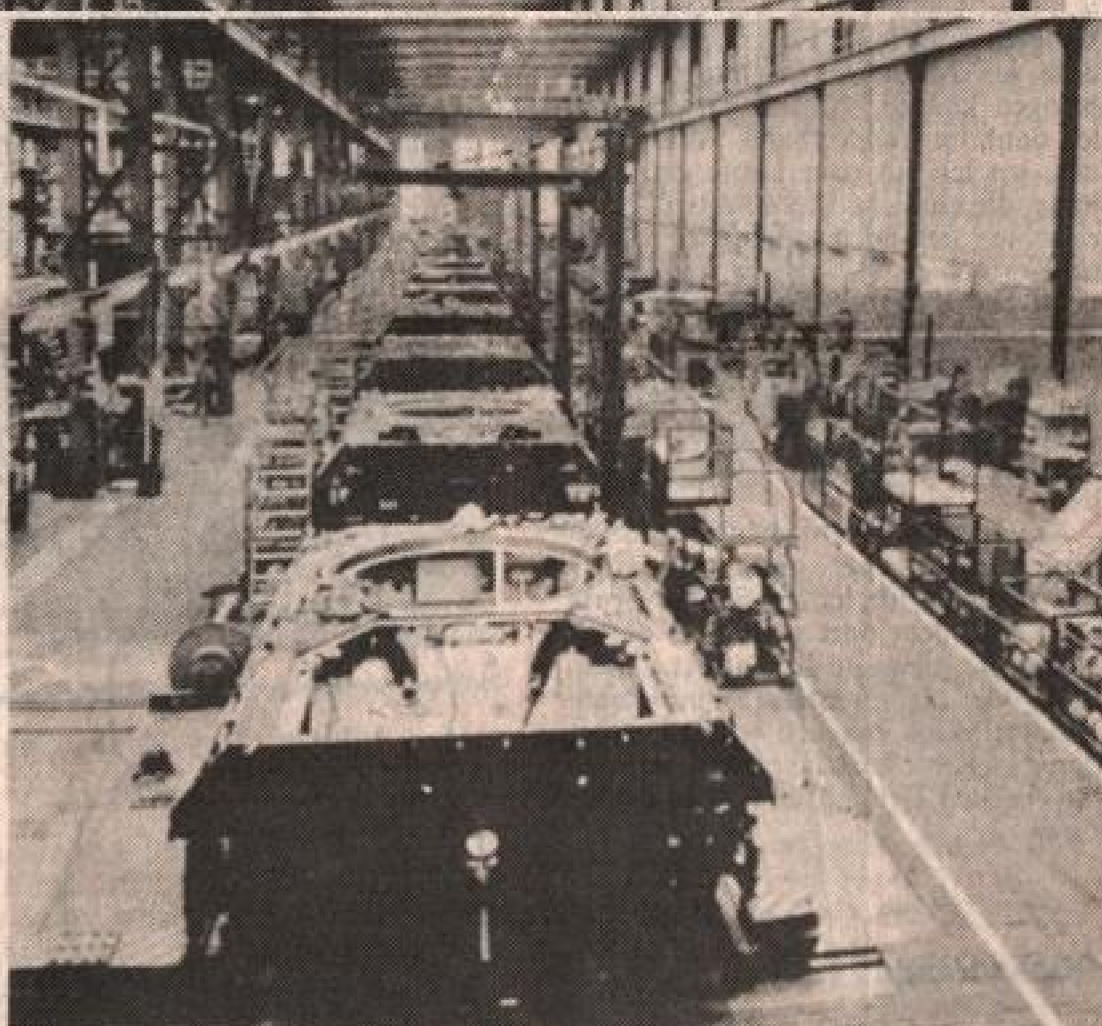
22.10.1986

An den Fraktionsvorstand und Bundesvorstand der Grünen

Liebe Freundinnen und Freunde,

hiermit teile ich Euch mit, daß ich mit sofortiger Wirkung von meiner Mitgliedschaft im Verteidigungsausschuß und im Unterausschuß Abrüstung und Rüstungskontrolle Abstand nehme.
1. würde eine weitere Teilnahme meinerseits meine Glaubwürdigkeit berühren, da meine haushaltspolitische (Einzelplan 14) Konzeption, die ich dort vertreten habe, nicht die Zustimmung des AFI und der Fraktion (Nachtsitzung gestern mit ca. 15 Leuten) gefunden hat, obwohl ich mich damit nahtlos in Parteibeschlüsse eingefügt habe. Glaubwürdigkeitsdefizite in solchen Gremien schaden auch grüner Politik insgesamt.
2. ist ein gewisser Demotivations-Endpunkt erreicht, wenn man mitbekommt, wie in der Fraktion Personalentscheidungen dann getroffen werden, wenn es um den Glanz der Medien geht. In ihrer Funktion als Fraktionssprecherin wäre Anne Borgmann, zugleich im Auswärtigen Ausschuß vertreten, geeignet gewesen, in der TV-Diskussion über Außen- und Sicherheitspolitik zu reden. Wenn man sie aber nicht — aus welchen Gründen? — nicht wollte, dann wäre zu erwarten gewesen, daß zumindest der in der Fraktion zuständige Abgeordnete im Verteidigungs- und Abrüstungsausschuß mit in die Entscheidung einbezogen würde. Stattdessen wählte man im Schnellverfahren Petra Kelly, der ich das persönlich gönne und ihr auch zutraue, kompetent mitzudiskutieren, mit der dürren Begründung von Chr. Schmidt, sie sei „bekannt". Auf Dauer kann niemand von mir erwarten, daß ich lediglich Kärrnerarbeit vor Ort mache, und dann ein Slalom um mich herum betrieben wird, wo es um eine Außendarstellung geht, die mit den von mir bearbeiteten Inhalten zu tun hat.
3. sei noch darauf hingewiesen, daß der Schwerpunkt „Frieden" nun schon mehrfach auf Fraktionssitzungen behandelt werden sollte, jedoch immer wieder ausgefallen ist. Auch dies ist ein Stück Demotivation, vor allem dann, wenn die Fraktion einem dann personell und inhaltlich indirekte Mißtrauensvoten ausstellt.

Torsten Lange



Grüne Panzer für 800 Millionen?

Störmanöver-Prozesse

Wir wissen von insgesamt 90 Verfahren gegen Beteiligte der Störmanöveraktionen im Herbst 84. Wir gehen aber davon aus, daß weitere Prozesse stattfanden, von denen wir nichts mitgekriegt haben. So stand z.B. in der Hildesheimer Alternativzeitung „Knochenhauer" vom Februar 86 ein Artikel über ein Störmanöververfahren, von dem wir nichts wußten.

65 dieser 90 Ermittlungs- und Strafverfahren fanden wegen „Nötigung" statt; 12 wegen „Landfriedensbruch/Sachbeschädigung". Die restlichen Tatvorwürfe waren u.a. Diebstahl (von Manöverhinweisschildern), gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr bzw. in den Luftverkehr, Beleidigung, Verkehrsbehinderung, Fahrerinflucht.

In 65 Nötigungsverfahren wurden *lediglich zwei Leute zu Geldstrafen verurteilt:* eine Frau, die die Berufung zurückzog (sie hatte verständlicherweise keinen Nerv mehr)und ein Typ, der nach der zweiten Instanz jetzt gegen das Urteil Revision einlegte. Die weiteren 58 Nötigungsverfahren gingen für die Staatsanwaltschaft aus wie das „Horneberger Schießen": *4 rechtskräftige Freisprüche und 54 Einstellungen;* davon gingen 10 Einstellungen auf einen Freispruch zurück, d.h. auch die Kosten des Rechtsanwaltes des Angeklagten mußten von der Staatskasse getragen werden. Sonst ist bei Einstellungen üblich, daß der Angeklagte seine RA-Kosten selbst tragen muß.

Die Verfahrensausgänge im einzelnen:
5 Freisprüche (4 mal Nötigung, 1 mal gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr),
76 Einstellungen (etwa 20 vor der Eröffnung der Hauptverhandlung, 53 während des laufenden Verfahrens),
3 rechtskräftige Verurteilungen (1 mal Nötigung (20 Tagessätze), 1 mal Eingriff in den Luftverkehr (90 TS), 1 mal Beleidigung (10 TS)),
5 geringe Geldstrafen wegen Ordnungswidrigkeit (Verkehrsbehinderung) und
2 Prozesse — wegen Nötigung — **laufen noch** (einer davon in Revision).

Diese insgesamt doch recht gute Bilanz haben wir dem StörManöver Prozeßinfo Nr. 9 (vom 15.10.86) entnommen. Weniger schön ist, daß die Prozesse — selbst bei eingestellten Verfahren — viel Geld gekostet haben, wofür auch der EA-Hildesheim viel Arbeit und Geld investiert hat. Dafür gibt das Info insgesamt 20.000 DM an!

Spenden also dringend notwendig, schreibt das Info:
Konto: R. Zimmermann, Stadtsparkasse Hildesheim,
BLZ 259 50 001 Nr. 108043660,
Verwendungszweck: Prozeßkosten

SPD-Sicherheitspolitik — Ein halber Frieden

Unter diesem Titel haben die Grünen im Bundestag eine fast hundertseitige Broschüre zur SPD-Sicherheitspolitik herausgebracht.

Neben einer größeren Selbstdarstellung des Konzeptes „einseitiger Abrüstungsschritte" bis hin zum NATO-Austritt, für das die Herausgeber Irene Schülert und Volker Böge von der GAL-Fachgruppe Frieden und gleichzeitig vom linken Flügel der Grünen stehen, enthält die Broschüre eine umfangreiche Darstellung und Kritik an der SPD-Politik und Programmatik in diesem Bereich. Themen wie die „Selbstbehauptung Europas", die „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit" bis hin zur kommunalen „Friedenspolitik" der SPD werden abgehandelt. Die Broschüre endet mit einem Vergleich der SPD mit ein Stück weit radikaleren Schwesterparteien in Europa.

Das ganze ist sicherlich einmal als Grüne Wahlbroschüre zum Thema Frieden gedacht, aber auch ein nützliches Handwerkszeug dafür geworden, wo sich etwas genauer mit der SPD-Sicherheitspolitik beschäftigt oder darüber diskutiert werden soll.

SPD-Sicherheitspolitik —
Ein halber Frieden
DIN A 5 Broschüre, 95 Seiten, DM 3,-
Bestellungen über:
Die Grünen, Bundesgeschäftsstelle
Colmanstr. 36, 5300 Bonn 1

Blockade im Hunsrück

Zum 20./21. November (das ist der dritte Jahrestag des Stationierungsbeschlusses) ruft der Bonner „Koordinationsausschuß" der Friedensbewegung und zahlreiche Persönlichkeiten zu einer Blockade der Zufahrtswege zum Stationierungsgelände im Hunsrück auf, wo 96 Cruise Missiles stationiert werden sollen.

Dieser Aufruf gelte erst recht auch nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, wonach Sitzblockaden weiterhin als „Nötigung" verurteilt werden können. *„Die Friedensbewegung hält daran fest, daß die Legimation von Aktionen zivilen Ungehorsams in erster Linie daran gemessen werden muß, ob damit auch gegen den Willen der Bundesregierung und des Gesetzgebers schwerer Schaden von der Bevölkerung abgewendet werden kann. Die Behinderung der weiteren Anhäufung lebensbedrohender Massenvernichtungssysteme und die Verhinderung einer atomaren Katastrophe gebieten auch Aktionen, die bewußt Regelverletzungen in Kauf nehmen."* Das erklärte Gerd Greune für den KA. Auch wenn diese Blockade erst im nachhinein und nun losgelöst von der großen Hunsrück-Aktion stattfindet, ist dies zumindest ein symbolischer Akt zur Unterstützung von Blockadeaktionen, nachdem es vorher im KA Vorstöße gab, in Zukunft generell solche Aktionen aus dem KA zu verbannen.

Probleme mit der Nicaragua-Solidarität

Wie die SPD in Dortmund die Städtepartnerschaft hintertreibt

Carlos Arguello, Mitglied der nicaraguanischen Nationalversammlung und zuständig für internationale Hilfsprojekte in der Region Matagalpa, und Ricardo Lumbi, Mitabeiter des Landwirtschaftsministeriums MIDINRA, besuchten am 24.10.86 die Stadt Dortmund. Eingeladen hatten der ,,Verein zur Förderung einer Städtepartnerschaft Dortmund — San Isidro'' und das Mittelamerika-Komitee. Dieser Besuch war bisheriger Höhepunkt in der Bemühung, eine Städtepartnerschaft zwischen den beiden Städten voranzubringen und Basiskontakte zwischen Einrichtungen (z.B. Schulen) in Dortmund und San Isidro zu verstärken. Es war aber auch gleichzeitig Höhepunkt der Querelen zwischen den ,,traditionellen'' Teilen der Solidaritätsbewegung und der SPD.

Überlegungen, eine Städtepartnerschaft zwischen Dortmund und einer Stadt in Nicaragua anzustreben, entstanden bereits Ende 1984 in Kreisen des damaligen Mittelamerika-Komitees. ,,Art und Weise der Hilfsmaßnahmen im Rahmen der Städtepartnerschaft müßten im Einzelfall entschieden werden und dürfen nicht an politische Forderungen geknüpft sein.'' (1) Wie berechtigt die diesen Sätzen zu entnehmende Skepsis gegenüber den Absichten politischer Parteien und anderer gesellschaftlicher Gruppen war, sollte sich noch herausstellen.

Nach schleppendem Beginn gründete sich schließlich Anfang April 1986 der ,,Verein zur Förderung einer Städtepartnerschaft Dortmund — San Isidro'' (im folgenden kurz ,,Verein'' genannt). Beteiligt sind außer dem Mittelamerika-Komitee (im folgenden kurz ,,MAK'' genannt), den Grünen und der SPD noch eine Reihe von nicht parteipolitisch gebundenen Personen. Differenzen innerhalb des MAKs bezüglich der Einschätzung der SPD zeigten sich bereits bei der Wahl des Vorstands. So konnte es dazu kommen, daß die SPD mit zwei Personen im Vorstand vertreten ist.

Im Sommer 1986 spitzte sich der Konflikt zwischen SPD und SPD-nahen Teilen des Vereins und dem MAK zu. Den Grünen in Dortmund wurde ein Brief des Oberbürgermeisters Samtlebe (SPD) an den Bürgermeister der Stadt San Isidro vom 28.4.1986 (also kurz nach der Gründung des Vereins) zugespielt. In diesem Brief heißt es, ,,daß die bürgerschaftliche Vertretung der Stadt Dortmund seit längerer Zeit über projektbezogene Hilfe für eine Stadt in Nicaragua berät.'' (2)

Diese Behauptung war jedoch schlicht falsch. In einer von den Grünen einberufenen Pressekonferenz hieß es hierzu: ,,Die bürgerschaftliche Vertretung ist immer noch der Rat, und da ist keineswegs über projektbezogene Hilfen für Nicaragua diskutiert worden. Dies mag in der SPD-Fraktion geschehen sein.'' (3) OB Samtlebe rechtfertigte sich damit, daß ,,der Ältestenrat kurz informiert worden (sei), zum anderen sei es seine Pflicht, sich vorher über ein solches Projekt zu informieren.'' Dies ,,sei inzwischen in Gesprächen und Kontakten unter anderem mit den Botschaften, mit dem Mittelamerika-Experten Hans-Jürgen Wischnewski, der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Dortmunder Förderverein geschehen.'' (4)



Wer hat uns verraten? (3762. Auflage)

Nun hat es aber keine Gespräche zwischen dem OB und dem Verein gegeben, zumindestens nicht mit dem gesamten Vorstand. In einem offenen Brief warf ein grüner Ratsherr dem OB Samtlebe vor, er belüge die Dortmunder Öffentlichkeit, indem er die Beschäftigung des Ältestenrates mit Hilfe für Nicaragua behaupte. Und er handle ausschließlich im außenpolitischen Interesse der SPD. Oder warum sonst die Rede von der Friedrich-Ebert-Stiftung und Herrn Wischnewski?'' (5)

In einem Interview mit dem Dortmunder Kabelfunk machte Samtlebe — offensichtlich etwas unter Druck geraten — dann eine Zusage, 150.000 DM für ein Gesundheitszentrum in San Isidro zur Verfügung zu stellen.

Der Oberbürgermeister, mit einer absoluten SPD-Mehrheit im Rat, sprach sich ,,klar gegen eine Partnerschaft aus''. Es solle Hilfe geleistet werden ,,auf humanitärem Wege. Aber wir sollten uns nicht zwischen die Fronten stellen''. (6) Nach dem Wortgeklingel für's Volk die Tatsachen: ,,Es (gibt) einen Brief von Samtlebe an die Friedrich-Ebert-Stiftung in Managua mit dem Inhalt, ob man sich mit einer einmaligen finanziellen Leistung aus einer offiziellen Städtepartnerschaft freikaufen könne.'' (7) Es kam zu schweren Kontroversen zwischen SPD-Mitgliedern und SPD-freundlichen Menschen im Verein und dem MAK auf der einen Seite, und den Grünen und den eher ,,traditionellen'' Teilen des MAKs auf der anderen Seite. Kritisiert wurde jedoch nicht das Verhalten de SPD-Fraktion und ihr Versuch, den Verein zu umgehen, sondern vielmehr die Veröffentlichung des Samtlebe-Briefes durch die Grünen und die darauf gegründete Kritik an der SPD. Dies habe der Solidaritätsbewegung mit Nicaragua geschadet. Weil man die Sozialdemokratie vor den Kopf gestoßen hat? Dabei übersehen die Kritiker des Vorgehens der Grünen, daß die SPD in Dortmund bisher vornehmlich daran interessiert war, eine Städtepartnerschaft zu umgehen und die Solidaritätsbewegung zu umgehen und die Solidaritätsbewegung politisch auszuschalten.

daß die SPD in Dortmund bisher vornehmlich daran interessiert war, eine Städtepartnerschaft zu umgehen und die Solidaritätsbewegung zu umgehen und die Solidaritätsbewegung politisch auszuschalten.

Spezialdemokratische Solidarität

Vorbereitet hatte den Besuch von Carlos Arguello und Ricardo Lumbi ein Vorstandsmitglied des Vereins bzw. Mitglied des MAKs, eingeladen hatten der Verein und das MAK. Während ursprünglich ein Empfang beim OB und damit ein offizieller Empfang im Rathaus angestrebt wurde, blieb schließlich nur ein Empfang durch die Grünen im Rathaus und ein ,,Empfang'' durch die SPD im Hinterzimmer einer Dortmunder Gaststätte. In einem Flugblatt des MAKs hieß es hierzu: ,,Im August diesen Jahres war der Stadt Dortmund mit OB Samtlebe an der Spitze kein Aufwand zu groß, um den US-Botschafter Richard Burt zu einem Besuch Dortmunds zu bewegen. Dies angesichts der zahlreichen Proteste gegen die Terrorangriffe der USA auf Libyen und der Unterstützung der USA für die Contra in Nicaragua. Beim heutigen Besuch von Carlos Arguello (...) sieht sich die Stadt außerstande, einen offiziellen Empfang zu veranstalten, wie dies in Wuppertal, Dorsten und Solingen möglich war. Die ‚Begründung': ‚Wegen anderweitiger Termine' von Samtlebe bzw. möglicher Vertreter sei dies nicht möglich. (...) Wir halten diese ‚Begründung' für vorgeschoben. Naheliegender ist, daß die SPD und ihr OB nicht bereit sind, zu Nicaragua politisch Stellung zu beziehen.'' (8)

Vor Beginn der Gespräche schon ließ die SPD Mitglieder des MAKs, darunter auch das Vorstandsmitglied des Vereins, das den Besuch vorbereitet hatte, sowie eine chilenische Übersetzerin ausschließen. So fadenscheinig die Begründung für den Rausschmiß war, so fadenscheinig war die Begründung dafür, daß einige Mitglieder des MAKs bzw. des Vereins bleiben durften (Übersetzungshilfe!). Nach Meinung des MAKs ,,(handelt) es sich um einen Ausschluß politisch mißliebiger Mitglieder.'' (9)

Die Absicht, die die SPD mit diesem Vorgehen verfolgte, ist klar. Wie das MAK erfuhr, bot die SPD finanzielle Hilfestellung beim Aufbau eines Gesundheitszentrums in San Isidro an, verbunden mit der Frage, ob es direktere Wege — sprich: unter Umgehung der Solidaritätsbewegung — der Hilfe gebe. Widerspruch zu dieser Absicht gab es von den anwesenden Vereinsmitgliedern nicht, wohl aber von Carlos Arguello, der bekräftigte, daß für ihn der Verein der Ansprechpartner ist.

Eigentlich sollte sich die SPD damit endgültig ins Abseits gestellt haben. Zumindestens eine klare Stellungnahme des Vereins gegen diese Maßnahmen hätte man erwarten können, hatte dieser doch, wie erwähnt, gefordert, daß ,,Hilfeleistungen (...) nicht an politische Forderungen geknüpft sein (dürfen)''. Auf der ersten Sitzung des Vereins nach dem Besuch reichte es jedoch nicht zu einer entschiedenen Verurteilung des Vorgehens der SPD. Vielmehr schien die von der SPD angestrebte Isolierung bestimmter, linker Teile der Solidaritätsbewegung als nebensächlich begriffen zu werden gegenüber der Hoffnung, die SPD durch Wohlverhalten zur Zahlung von Hilfsgeldern zu bewegen.

Für die Linke innerhalb der Solidaritätsbewegung wird es in Zukunft darauf ankommen, den Ausverkauf der politischen Solidarität zu verhindern, und die Solidaritätsbewegung auch weiterhin mit der Forderung nach einer Unterstützung der revolutionären Inhalte der nicaraguanischen Gesellschaft zu konfrontieren.

Leicht wird das allem Anschein nach nicht werden.

R., KB Dortmund

Quellen:

1) Flugblatt der Initiative für eine Städtepartnerschaft (ohne Datum)
2) WAZ vom 12.8.86
3) RN vom 12.8.86
4) WAZ vom 12.8.86
5) Offener Brief des grünen Ratsherrn R. Kelber vom 5.9.86
6) WAZ vom 12.8.86
7) persönliche Mitteilung eines SPD-Mitgliedes
8) Flugblatt des MAK vom 24.10.86
9) Presseerklärung des MAK vom 24.10.86

Romantik und Chaos

,,Zunächst: die Solidarität muß ihre Qualität erhöhen, in dem Sinne, daß sie verstehen muß, welches die eigentlichen Ziele der Solidarität sind. Viele Gruppen haben z.B. geholfen, einen Gesundheitsposten oder eine Schule zu bauen. Und es hat ihnen gefallen, da ein Schild anzubringen, auf dem stand, daß diese Schule oder dieses Gesundheitszentrum durch die Solidarität dieses oder jenes Landes erbaut wurde. Das war eine Solidarität voller Romantik, die den Egoismus einer Gruppe befriedigt hat.

sie verstehen muß, welches die eigentlichen Ziele der Solidarität sind. Viele Gruppen haben z.B. geholfen, einen Gesundheitsposten oder eine Schule zu bauen. Und es hat ihnen gefallen, da ein Schild anzubringen, auf dem stand, daß diese Schule oder dieses Gesundheitszentrum durch die Solidarität die-

Einen Gesundheitsposten oder eine Schule brauchen wir. Aber um z.B. einen Gesundheitsposten zum Funktionieren zu bringen, brauchen wir einen Arzt, Krankenschwestern, Medikamente und eine ganze Reihe von Materialien, die wir zur Zeit nicht haben. Sie haben uns bei der Lösung eines materiellen Problems geholfen, indem sie den Gesundheitsposten gebaut haben. Aber sie haben uns ein anderes Problem zurückgelassen, nämlich wie wir den Gesundheitsposten zum Laufen bringen, denn wir haben keine Materialien, Krankenschwestern und Ärzte.

Ein anderes Beispiel. Nach der Zerstörung von Pantasma sind besonders aus Ihrem Land Gruppen gekommen. Unmengen von Leuten, die nach Pantasma gekommen sind und die wie die Verrückten angefangen haben zu arbeiten. Aber ohne jegliche Ordnung. Das Ergebnis aber war ein einziges Chaos.

Daraufhin haben wir Strategien national und regional entwickelt, und diese Strategien muß die Solidaritätsbewegung verstehen. Z.B. brauchen wir im Moment Bleistifte, damit die Kinder nächstes Jahr zur Schule gehen können. Wir brauchen Gummistiefel für die Kaffeeernte und Nuckelflaschen für die Kinder. Wenn es Verständnis in der Solidarität gibt, dann müssen Sie uns z.B. in diesen drei Punkten helfen. Es sind sogenannte konjunkturelle Bedürfnisse, die wir in dem Moment, in dem sie auftreten, lösen müssen. Diese Qualität muß sich in der Solidarität nach und nach entwickeln.

Aus dieser Erfahrung ist das Büro erwachsen, das ich leite. Die Solidarität — das ist die Aufgabe des Büros — muß organisiert werden, muß angeleitet werden. Und zwar nach den Prinzipien und Strategien, die wir, die Nicaraguaner aufgestellt haben. Damit Sie das wirkliche Ziel der Solidarität erreichen.''

(Carlos Arguello auf einer Veranstaltung am 24.10.86 in Dortmund)

Von den Grünen verfolgt: Die Dissidenten des Monats

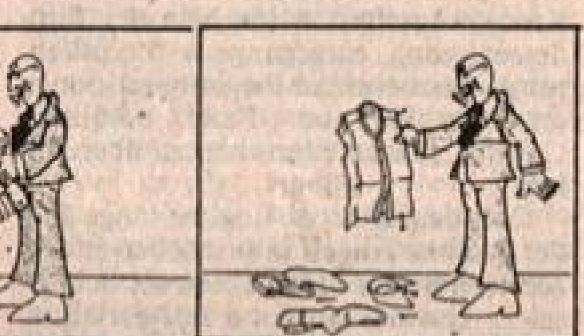
Von den Grünen verfolgt:
Die Dissidenten des Monats

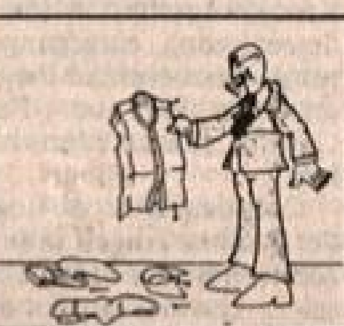
Bevorzugtes Forum rechts-grüner Dissidenten seit Gruhl und Springmann ist traditionell Springers ,,Welt''. In Wahlzeiten stellt aber auch der ,,Spiegel'' schon mal zwei ganze Seiten für die Abrechnung einer grünen Kronzeugin mit ihrer ehemaligen Partei zur Verfügung.

Das in Nr. 41 (6.10.86) auszugsweise abgedruckte Austrittspapier von Bettina Krems-Hemesath, zuvor Vorstandsmitglied der NRW-Grünen, hat dem nach dümmlichen Kalauern und aufgeblasenen Formulierungen süchtigen ,,Spiegel''-Redakteur schon einiges zu bieten: ,,Die Umweltpolitik steht bei den Grünen auf der Roten Liste''; Tierschützer sind die ,,Hofnarren der Partei''; ,,neidischer Kleinbürgerhaß'' richtet sich gegen ,,Menschen, die Außergewöhnliches leisten''; ,,zum Heulen'' ist der ,,Durchmarsch der lila Lottas bei den Grünen''; auf den Terminen tummeln sich ,,humorlose Gremiengurken'' neben ,,frühvergreisten KB-Fritzen'' (die jugendlich-frische und vitale AK-Redaktion warnt vor Altenfeindlichkeit!); ,,Pseudopolitik gegen Pseudokrupp'' und ,,feministischer Öko-Mumpitz'' helfen nicht weiter.

Politisch geht es Frau Krems-Hemesath um die Abrechnung mit der ,,Minderheitenpolitik'' und anderer Linksneigungen der Grünen. Das Wahlprogramm biete allen, die der Partei übelwollen, ,,*ein unerschöpfliches Reservoir für vernichtende Kritik. Das geht von der 'Politik für Immigranten' über 'einseitige Abrüstung', die Abschaffung des Strafvollzugs für Erstdelinquenten, den 218 bis zur nimmermüden Fürsorge für Päderasten und Pädophile, die uns schon im Landtagswahlkampf NRW so viel Gutes beschert hat.*''

Richtiggehend verfolgt fühlt Frau Krems-Hemesath sich von den grünen Frauen. Als Familienmutti mit ,,Dior-Brille und Perlenkette'' fühlt sie sich ihren ,,anarchistisch-flippig'' bis ,,nuttig-glamourös'' gewandeten Kônkurrentinnen schon äußerlich nicht gewachsen. Für eine Parteikarriere ,,*förderlich ist der einseitige Ohrring, korrespondierend zur einseitigen Weltsicht. Nagellack darf, aber nur ein freundliches Schwarz und nur an ein bis drei Fingern. Dazu das hennarote Haar, als ob ein Friseur der U.S.Army beim Kappen auf halber Strecke ohnmächtig geworden wäre.*'' Damit ist die Grenze vom Stuß zur Hetze (,,Seht euch diese Typen an!'') wohl endgültig überschritten.



MdB Udo Tischer, Wahlprogramm-Kritiker und verfolgter Dissident wie Frau BKH, trat einstweilen nur von seinem Posten im Sozialausschuß des Bundestages zurück. In einem zehnseitigen Brief begründet er diesen als Protest gegen das Wahlprogramm gedachten Schritt. Die Gleichstellung schwuler und heterosexueller Beziehungen findet er ,,familienpolitisch äußerst bedenklich''. Abtreibung lehnt Tischer, 1976/77 CDU-Mitglied, prinzipiell ab. Und wegen der ,,gnadenlosen Feindseligkeit'' der Grünen gegen den DGB könne er ,,*keinem IG-Metall-Kollegen die Wahl der Grünen empfehlen*''.

Gegenüber der ,,Welt'' (20.10.) hat Udo Tischer weitere Erläuterungen nachgeschoben und auch die Hinwendung der Grünen zur SPD für immer noch völlig unzureichend erklärt: ,,*Was die Grünen jetzt bezüglich einer Koalition mit der SPD für riesige Forderungen stellen, ist ganz unsinnig. Da wird die Realität einfach in den Aktenkoffer geschoben.*'' Isoliert fühlt er sich nicht: ,,*Es gibt in der Bundestagsfraktion mehr Kritiker als nur mich. Von zwei weiteren Mitgliedern weiß ich hundertprozentig, daß sie so denken wie ich. Sie haben sich aber nach außen bisher nicht geäußert.*'' Von seinen Gesinnungsfreunden im Regen stehen gelassen wurde Tischer schon einmal, als er vor knapp einem Jahr zum erstenmal mit seiner ,,gigantisch blöden'' (Rainer Trampert) Kritik an der grünen Gewerkschaftspolitik an die Öffentlichkeit ging.

Populär gemacht hat Tischer immerhin das ,,Kampfmittel'' Rücktritt aus Ausschüssen (siehe Rücktritt von Torsten Lange aus dem Verteidigungsausschuß; gesonderter Artikel dazu in diesem AK). Die Zeit für weitere Extratouren wird mit dem herannahenden Bundestagswahltermin immer günstiger. Das Medieninteresse nimmt zu; grüne Sanktionsmaßnahmen sind kaum zu befürchten, würden sie doch den Schaden nur noch vergrößern. Das weiß auch Udo Tischer: ,,*Ich hoffe nicht, daß die Grünen die Dummheit begehen, ein Ausschlußverfahren gegen mich in Gang zu setzen*'' (,,Die Welt'').

Js./Hamburg

Die Aquino-Regierung durchläuft nach neunmonatiger Amtszeit ihre bislang dramatischste Zerreißprobe. Wird die Zeit von Februar bis Oktober — zumindest in der Metropole Manila — vielleicht einmal als euphorischer Neubeginn in die Annalen des Landes eingehen, so dürfte die aktuelle Entwicklung möglicherweise als Entwurf eines Nach-Marcos-Szenarios ohne Marcos gelten.

Pirouette auf dünnem Eis

In Manila ist der Machtkampf voll entbrannt

Von Rainer Werning

Die Geschütze sind gerichtet oder Der Beginn eines delikaten Machtpokers

Bleiben wir zunächst auf der Erscheinungsebene:

1. In den Städten genießt ,,Cory'' Aquino nach wie vor Popularität. Ihr Image einer integren, glaubwürdigen Regierungschefin ist noch weitgehend intakt.
2. Politisch bleibt mit der Repräsentanz so unterschiedlicher Kräfte wie den liberaldemokratischen Menschenrechtlern, bürgerlich-konservativen Politikern, technokratischen ,,Entwicklungs''strategen und offen reaktionären (zivilen wie militärischen) Bodensätzen der Marcos-Diktatur eine delikate Machbalance bestehen.
3. Wirtschaftlich dauert eine Art ,,Ausnahmezustand'' an. Streiks, Entlassungen und Firmenpleiten sind so häufig, wie die Armut endemisch (weit verbreitet) ist. Gleich der vom entnervenden Pech gebeutelten Sagengestalten Tantalos hängen die Äpfel (sprich: umfangreichen Nettokapitalzuflüsse) noch immer in schier unerreichbarer Höhe.
4. Die Menschenrechtssituation — vor allem im Hinterland — ist in einigen Regionen ,,angespannter'' als in den letzten Monaten der Marcos-Herrschaft. (1)
5. Eine allgemeine Rechtsunsicherheit existiert fort, solange der mittlerweile von der verfassungsgebenden Versammlung (ConCom) erarbeitete Verfassungsentwurf der Verabschiedung harrt.
6. Die gleichermaßen von der Präsidentin und der katholischen Kirchenhierarchie beschworene nationale Aus- und Versöhnung um jeden Preis zielt, anstatt zur demokratischen Erneuerung beizutragen, eher auf soziale Amnesie (Gedächtnisschwund).

Aus alledem lassen sich zumindest drei Thesen herausfiltern:

1. Die (wirtschafts)politischen Rahmenbedingungen bleiben dermaßen kritisch — um nicht zu sagen: schlecht —, daß eine interne wie externe Krisenbewältigungsstrategie dringlicher denn je ist.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum (auch potentielle) ausländische Investoren und einheimische Geschäftsleute gerade jetzt darauf drängen, den aus ihrer Sicht unerträgli-

je ist.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum (auch potentielle) ausländische Investoren und einheimische Geschäftsleute gerade jetzt darauf drängen, den aus ihrer Sicht unerträgli-

chen Schwebezustand im Namen von ,,nationaler Sicherheit und Prosperität'' zu überwinden.

2. Da sich dies erklärtermaßen in ,,Freiheit und Ordnung'' und unter Ausklammerung struktureller (d.h. die Klassen- und Sozialverhältnisse unangetastet lassender) Veränderungen vollziehen soll, ergibt sich als nächste These: **Nur jene politischen Kräfte sind unterstützungswürdig, die in diesem Rahmen ,,kalkulierbar'' operieren und intakte wie homogene Strukturen aufweisen.**

In diesem Sinne kommt dem Militär große Bedeutung zu.

3. Die (außerparlamentarische) Linke in Schach zu halten und die Stellung der liberal-demokratischen Kräfte in der Regierung zumindest zu unterminieren, wenn nicht gar sich ihrer als lästig empfundenem ,,Ballast'' zu entledigen, behauptet schließlich die dritte These: **Entweder wird die Regierung in ihrer jetzigen Zusammensetzung durch ein ,,ramboisierendes'' Militär zu Fall gebracht, oder aber es setzt ein Prozeß ihrer ,,Enrilisierung'' ein.**

Bevor dies im einzelnen diskutiert wird, bleibt als vorläufiges Fazit anzumerken: Augenblicklich durchlebt der Archipel die wohl letzte Phase des Geschütze-Richtens. Sämtliche politisch relevanten Gruppierungen werden im Vorfeld und während des Plebiszits über die neue Verfassung und der Parlaments-/Kommunalwahlen Anfang bzw. Mitte 1987 eine mittelfristige Lösung des ,,Wer wen?'' erzwingen.

Unwägbare Rahmenbedingungen

,,Als Marcos 1966 an die Macht kam, lebten 28% der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze. 1975 stieg dieser Prozentsatz auf 46% an, und heute liegt er bei 70%.

Die tatsächliche Arbeitslosigkeit liegt bei 15-20% und der Anteil der Unterbeschäftigung beträgt zwischen 30-40%.

Die Produktionskapazitäten auf den Philippinen sind noch nicht einmal zu 50% ausgelastet.

Unser Landwirtschaftssektor ist in den Jahren künstlich niedrig gehaltener Preise nicht begünstigt worden. Nach 20 Jahren können wir uns kaum selbst ernähren, und in einigen Gegenden sind Kleinkinder zum ersten Mal stark unterernährt.



Guerillas in Mindanao

Allein die Zinsen für unseren Schuldendienst stiegen auf 2,5 Mrd. US-Dollar an, das sind mehr als 50% unserer Exporterlöse. Was die Auslandsschulden angeht, so liegen wir an siebter Stelle in Bezug auf die Höhe der Schulden und an vierter Stelle in Bezug auf die noch ausstehenden Zahlungen. Die Belastung für die Wachstumsfähigkeit der Wirtschaft wird dadurch verschärft, daß die meisten der über Kredite finanzierten Projekte sich als unproduktiv herausgestellt haben.

Die ganze Angelegenheit wird dadurch noch schlimmer, daß wir im ersten Quartal dieses Jahres wegen übermäßiger Ausgaben während der Wahlen in ein größeres Defizit geraten sind. Gegenwärtige Schätzungen deuten auf ein gewaltiges Haushaltsdefizit von 27 Mrd. Pesos (ca. 1,3 Mrd. US-Dollar; Anm. R.W.) für 1986 hin, wenn nicht drastische Maßnahmen zur Erhöhung der Steuereinkünfte sowie zur Kürzung der Finanzierungsanforderungen der Finanzeinrichtungen der Regierung ergriffen werden.'' (2)

Diese regierungsoffizielle, teilweise gar schöngefärbte ,,Elendschronik'' ließe sich mühelos erweitern. Am 24. Oktober stimmte der IWF-Aufsichtsrat einem neuerlichen, binnen eineinhalb Jahre auszahlbarem Standby-Kredit an Manila von 506,8 Millionen US-Dollar zu. Im Dezember wird dann mit der Weltbank über ein 300 Mio. US-Dollar umfassendes sogenanntes Wiederbelebungsdarlehen verhandelt. Außerdem müssen mit Vertretern der 483 Gläubigerbanken die Rückzahlungsmodalitäten nach Ablauf des bis zum 31. Dezember gültigen Schuldenmoratoriums festgelegt werden. (3) Schon jetzt gilt, daß die neuerlichen Kreditpakete an folgenschwere Auflagen gekoppelt sind; Importliberalisierungen, ein erhöhtes Steueraufkommen sowie ein Drosseln der öffentlichen Ausgaben dürften sich kaum zur Sanierung der Wirtschaft, noch zur Überwindung von Besitz- und Einkommensdisparitäten empfehlen.

Die Aquino-Regierung scheint sich bei all ihren Bemühungen um wirtschaftliche Stabilität auf eine Praxis einzulassen, die, schlüge sie ungehindert durch, dem buchstäblichen Ausverkauf der philippinischen Ökonomie die Schleusentore öffnen würde. Hinter dem mysteriösen Terminus ,,debt-equity swaps'' verbirgt sich ein Konzept, das maßgebliche Kapitalbeteiligungen an philippinischen Banken oder Produktionsunternehmen über die Umwandlung erworbener Auslandsschuldtitel zuläßt. (4)

Für die Teilnehmer des im Oktober in Manila über die Bühne gegangenen philippinisch-deutschen Wirtschaftssymposiums (das erste seiner Art) ist diese weitreichende Offerte auf Interesse gestoßen. Zudem ist vorgesehen, die vor Jahren ausgesetzten Hermes-Kreditbürgschaften (die von der Bundesregierung eingegangene Verpflichtung, westdeutsche Privatinvestitionen im Ausland im Falle ,,höherer Gewalt'' abzusichern) neu zu überdenken.

Galt dem Marcos-Regime lange Zeit der Aufbau von elf industriellen (stadtzentrierten) Großprojekten als Schlüssel zu Entwicklung und Industrialisierung, so richtet die Aquino-Regierung den Fokus ihrer Entwicklungsstrategie auf den ländlichen Bereich. Auf den ersten Blick klingt das überzeugend und scheint den Interessen der Bevölkerung entgegenzukommen. Bedenkt man freilich, daß so dem nach malaysischen Vorbild nachempfundenen Aufbau sogenannter Agrokomplexe (5) im Hinterland mittels gezielter ausländischer Kapitalbeteiligung bzw. -kontrolle das Wort geredet wird, so bleibt fraglich, ob eine Entwicklungsstrategie unter bewußter Konservierung bestehender agrarischer Strukturen und Großgrundbesitzverhältnissen sozialpolitisch und wirtschaftlich durchschlägt.

Das vom IWF-WB-Konglomerat und Privatinvestoren verfolgte Kalkül, Manila zum Anbau neuer, ,,nichttraditioneller'' Ausfuhrerzeugnisse (z.B. Kakao und Kaffee) zu bewegen, um die zur langfristigen Gesundung der Wirtschaft benötigten Devisen einzufahren, ist wenig originell. In Diktion und Duktus unterscheidet es sich kaum von den bereits vor einem Jahrzehnt verkündeten Empfehlungen ähnlicher Art. Heute aber bleiben solche Empfehlungen ein stumpfes Instrument, da die internationalen, über den Weltmarkt vermittelten Hemmnisse (Protektionismus, Verschlechterung der Terms of Trade, Agrarsubventionspolitik in den USA und der EG etc.) zugenommen haben.

Kurzum: Sollte das neue philippinische Modell in die Tat umgesetzt werden, so verharrten die Inseln auf Dauer als Rohstoffanhängsel der imperialistischen Metropolen mit der Konsequent abgeblockter Industrialisierungspotentiale. Die noch engere Verquickung interner Eliten mit externem Kapital wäre eine Folge. Protagonist dieser Perspektive ist zumindest die ,,Technokratenmafia'' um Finanzminister Ongpin, Industrie- und Handelsminister Concepcion und Zentralbankgouverneur Fernandez.

Gesucht — Auswege aus der politischen Instabilität

Um dieser Wirtschaftsstrategie ein Fundament zu verschaffen, bedarf es einer politischen Kraft, die stark genug ist, um sie auf Dauer erfolgreich durchzusetzen. ,,Cory'' selbst verfügt über keine landesweite, schlagkräftige politische ,,Hausmacht'', während die bürgerliche UNIDO des amtierenden Vizepräsidenten und Außenminister ,,Doy'' Laurel auf Manila beschränkt und zudem mit der PDP-Laban in Zwistigkeiten verstrickt ist. Aquilino Pimentel, Vorsitzender der PDP-Laban und Minister für Kommunalwesen in Personalunion, ist immerhin mit der (für Laurel leidigen) Kompetenz ausgestattet, Lokal- und Regionalbeamte (sogenannte Officers-in-charge) in Schlüsselpositionen zu hieven.

Die national am meisten gefestigte, intakte und homogenste politische Kraft ist das Militär. Dazu erst stieg es in der Marcosära auf. Im Februar erlebte es eine zusätzliche Aufwertung und ermöglichte überhaupt erst Aquinos Amtsantritt. (6) In einem Land, wo das Klientel-System dermaßen ausgeprägt ist, und sich alltäglich durch das ,,utang na loob'' (Dankbarkeitsschuld) reproduziert, kann das nicht folgenlos bleiben. Verleiht überhaupt erst das Militär der Aquino-Regierung reale Macht, so trug umgekehrt letztere entscheidend zur Imagepflege des Militärs bei.

Enriles demonstrativer Schlagab-

erst das Militär der Aquino-Regierung reale Macht, so trug umgekehrt letztere entscheidend zur Imagepflege des Militärs bei.

Enriles demonstrativer Schlagab-

tausch, sein vor Marcosanhängern öffentlich zur Schau gestellter Macho-strong-man-Habitus mag zweierlei beinhalten: eigene Präsidentschaftsambitionen oder das gezielte Manöver, über die Beseitigung der liberalen Demokraten im Kabinett Politik wieder ,,berechenbar'' zu machen und die Linke insgesamt zu ,,sterilisieren''.

Enrile — Marcos' Flaschengeist im Einsatz

Gewiß hegt Enrile eigene Präsidentschaftsambitionen. Dafür sprechen immerhin sein Rückhalt unter den Marcosloyalisten, sein langjähriger, einflußreicher Posten (Verteidigungsminister) und die Absicht, mit dem ,,kommunistischen Aufruhr'' ein für alle mal Schluß zu machen. Dagegen ist einzuwenden, daß er — noch — nicht die ungeteilte Rückendeckung aus Washington genießt, ja, das amerikanische Justizministerium erwägt, gegen ihn gar ein Verfahren wegen Unterschlagung von Entwicklungshilfegeldern anzustrengen. (7) Und dagegen ist einzuwenden, daß Generalstabschef Fidel V. Ramos seine Haudegenauftritte gegen ,,Cory'' in dieser Form nicht mitträgt.

Im zentralen Punkt herrscht zwischen Enrile und Ramos Konsens — Verhandlungen mit den ,,Kommunisten'' sind von sehr begrenztem Nutzen, ihre Zerschlagung ist vorrangiges Ziel für jeden ,,Neubeginn''.

Hatte es lange den Anschein, ,,Cory'' sei zumindest in Fragen der Menschenrechte unbeugsam, so ist dies gegenwärtig kritischer zu beurteilen. Ca. 400 politische Gefangene sitzen noch immer ein, bei der Festnahme eines zu den Waffenstillstandsverhandlungen als NDF-Berater hinzugezogenen CPP-Kaders (Rodolfo Salas) rührte sie keine Finger und verglich Ende Oktober während einer Ansprache vor ca. 1.000 Krankenschwestern die NPA mit einer ,,*schleichenden Krankheit*'', der notfalls mit **,,der drastischen Operation des Krieges''** zu begegnen sei. (8)

Damit nähert sie sich auffällig der im Militär vertretenen Position an. Sollte das zur Maxime ihres politischen Handelns werden, so beschritte die Regierung — notfalls auch ohne den Verteidigungsminister — eine ,,Enrilisierung'', deren erster Akt mit der Ausschaltung der Liberalen im Kabinett abschlösse. Das vollzöge sich übrigens in Einklang mit der in Washington noch immer nicht ad acta gelegten Option einer Marcos-Diktatur ohne Marcos.

Ob ,,Cory'' trotz solcher Konzessionen in diesem Machtpoker politisch überlebt, bleibt noch ungeklärt.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung unterbreitete die NDF Anfang des Monats eine als Gegenmaßnahme konzipierte weitreichende Avance (s. nebenstehendes Dokument). Ihr Angebot, am 10.12., dem internationalen Menschenrechtstag, einen 100tägigen Waffenstillstand beginnen zu lassen und die Zeit bis zum März 1987 zur Klärung strittiger Fragen zu nutzen, ist politisch notwendig, strategisch klug, zeitlich und den Interessen der Bevölkerung angemessen. Manilas Reaktion wird darüber Aufschluß geben, ob im Februar nur people power (das Volk als Machtfaktor) opportunistisch deklamiert oder der Grundstein für eine genuine people's power (Volksmacht) gelegt wurde.

Anmerkungen:

1. Vgl. „Philippinen Informationen" Nr. 31 (Schwerpunktthema: Menschenrechtssituation). Hg. von der Aktionsgruppe Philippinen e.V. (agphi), Postfach 32, 5444 Polch, November 1986 und „Liberation Philippines" (Offizielles internationales Organ der NDF) v.

1. Vgl. „Philippinen Informationen" Nr. 31 (Schwerpunktthema: Menschenrechtssituation). Hg. von der Aktionsgruppe Philippinen e.V. (agphi), Postfach 32, 5444 Polch, November 1986 und „Liberation Philippines" (Offizielles internationales Organ der NDF) v.

Sept./Okt. 1986, o.O., S. 1 u. 4.

2. Aquilino Q. Pimentel, „Die Philippinen: Eine Nation auf dem Weg zu einem demokratischen Land mit einem demokratischen Volk", Bonn (Nov.) 1986, (mimeo.) S. 4/5. — Der Autor, philippinischer Minister für Kommunalwesen und Vorsitzender der Philippino Democratic Party-Laban, hielt diese Rede auf der Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung „Menschenrechte — Freiheit — Demokratie für die ganze Welt" am 3.11.86 in Bonn.
3. „Far Eastern Economic Review" (Hongkong) v. 6.11.86, S. 78 ff. und Gabriele Venzky, „Ohne fremde Hilfe bleibt den Filipinos nur die Armut", in: „Kölner Stadt-Anzeiger" v. 25.10.86, S. 4.
4. Uwe Müller/Wolfgang Zehender, „Wirtschaftliche Kooperation mit den Philippinen", Berlin/Ffm. (Sept.) 1986, S. VII (mimeo.). S. ferner: Josef Ertl/Uwe Otzen/Richard Peters, „Landwirtschaftliche Kooperation mit den Philippinen", Berlin/Bonn (Sept.) 1986, 75 S. (mimeo.). — Beide Gutachten sind zur Vorbereitung des deutsch-philippinischen Wirtschaftssymposiums im Oktober in Manila vom BMZ in Auftrag gegeben worden.
5. Gemeint sind Ansiedlungen/Zentren, um die herum sich exportorientierte landwirtschaftliche Unternehmen und ev. Leichtindustrien gruppieren.
6. Enrile hat gerade in den vergangenen Wochen wiederholt hervorgehoben, daß er „vor Aquino da war" — sprich: deren Amtsantritt eigentlich seinem mit Ramos inszenierten Februar-Coup geschuldet ist. Enge Berater der Präsidentin teilen diese Ansicht mittlerweile öffentlich — s. „auslandsjournal" (ZDF) v. 31.10.86; „TIME" (New York) v. 10.11.86, S. 14 ff. und Erhard Haubold, „Verteidigungsminister Enrile hat die Spuren gut verwischt: Mord und Folter auf den Philippinen", in: „FAZ" v. 8.11.86, S. 3.
7. Charles E. Redman, Sprecher des State Department, und Stephen J. Solarz (N.Y., Demokrat. Partei) charakterisierten Frau Aquino als „best hope" und Enriles Donnerreden als „utterly unseemly" — „International Herald Tribune" (IHT) (Paris/Zürich) v. 1./2.11.86. — Die Untersuchungen gegen Enrile wurden von Staatsanwalt Joseph Russoniello in San Francisco in Gang gesetzt — vgl. Howard Kurtz, „U.S. Investigating Charge Enrile Misused Aid Funds", in: „IHT" v. 3.11.86.
8. Vgl. „Philippinen Informationen", S. 1 (Anm. 1) und „TIME", S. 14 ff. (Anm. 6).

Prominenter Linkspolitiker auf den Philippinen ermordet

Manila (dpa)

Ein prominenter Politiker des linken Flügels ist in einem Vorort von Manila ermordet aufgefunden worden. Der Gewerkschaftsführer Rolando Olalia war von Unbekannten in der Nähe seines Büros in der philippinischen Hauptstadt entführt worden. Dies geschah einen Tag, nachdem der 52jährige umfassende Streiks für den Fall angekündigt hatte, daß sich die Gerüchte über einen bevorstehenden Militärputsch bewahrheiteten. Arbeitsminister Augusto sagte in Manila, nach der Ermordung Olalias könne es zu weitreichenden Arbeitsniederlegungen und Kundgebungen kommen. Ein Parteifreund Olalias, Allan Jazmines, erklärte, das Verbrechen sei möglicherweise Teil eines Komplotts von Ultrarechten innerhalb der Regierung. Olalia, der Führer der Gewerkschaft „Bewegung des 1. Mai" (KMU) war, hatte erst kürzlich die sogenannte Volkspartei gegründet. Sie wurde aus Kreisen des Militärs beschuldigt, eine Tarnorganisation der verbotenen Kommunistischen Partei zu sein. Ebenfalls ermordet wurde von den unbekannten Tätern der Chauffeur Olalias, der mit ihm zusammen gekidnappt worden war. Beide Leichen wiesen zahlreiche Schuß- und Stichwunden auf.

aus: Süddeutsche Zeitung, 14.11.86

Dokument:

Vorschlag der NDF für einen hunderttägigen Frieden

Die philippinische Nationale Demokratische Front (NDF) hat in einer Pressekonferenz am 1. November in Manila ihren Vorschlag eines hunderttägigen Waffenstillstandes vorgestellt. Wir veröffentlichen die Erklärung — von uns übersetzt — im Wortlaut. Der Aquino-Regierung ist dieser Vorschlag viel zu weitgehend, von der Staatschefin mit dem liberalen Image werden 30 Tage geboten ...

Wir haben heute der Verhandlungskommission der Regierung einen Vorschlag für einen hundert Tage dauernden vorläufigen Waffenstillstand zwischen der NPA und den philippinischen Streitkräften unterbreitet. Wenn sich über diesen Vorschlag eine umgehende Einigung erzielen läßt und wenn wir endlich unsere lange erwartete Sicherheits- und Immunitätsgarantie erhalten, könnte eine landesweite Einstellung der Kampfhandlungen erfolgen, beginnend mit dem 10. Dezember — dem Internationalen Tag der Menschenrechte — bis zum März 1987.

Wir wagen daher zu hoffen, daß zum erstenmal seit sehr vielen Jahren während der Weihnachts- und Neujahrstage auf beiden Seiten die Waffen schweigen werden. Sie werden schweigen während der Volksbefragung über den Verfassungsentwurf, dem ersten Jahrestag der Aquino-Regierung, bis zum Beginn der Kampagne für die geplanten nationalen und lokalen Wahlen. Der vorläufige Waffenstillstand könnte auch über den März hinaus ausgedehnt werden, falls er sich als tragfähig erwiesen hat und eine Verlängerung von allen Seiten gewünscht wird.

Mit diesem Vorschlag möchte wir, die NDF, erneut bekräftigen, daß wir entschlossen für einen dauerhaften Frieden eintreten. Wir sind zutiefst davon überzeugt, daß ein solcher Friede nur durch die Lösung der fundamentalen Probleme unserer Gesellschaft erreicht werden kann, derjenigen Probleme, die die Ursache der Armut und Unterdrückung unseres Volkes wie auch der bewaffneten Revolution darstellen.

Es war unsere ursprüngliche Absicht, diesen Vorschlag für einen Waffenstillstand bereits im September dieses Jahres zu unterbreiten. Unsere Bemühungen wurden jedoch blockiert durch Pläne der Militaristen zur Sabotage des Friedensprozesses, einer unserer Unterhändler, Rodolfo Salvas, sowie zwei weitere Mitglieder unserer Gruppe wurden verhaftet und festgehalten.

Wir werden in der nächsten Zeit weiterhin die Freilassung Rodolfo Salvas' aus der ungerechtfertigten Haft fordern, damit er sich auf der Seite der NDF am Friedensprozeß beteiligen kann.

Weiterhin bekräftigen wir unsere Forderung an die Aquino-Regierung, die Sabotage der Friedensverhandlungen seitens der Enrile/Ramos Militaristenclique zu stoppen.

Wir sind davon überzeugt, daß eine Zustimmung zu unserem Vorschlag und eine tatsächliche Errichtung eines Waffenstillstands von hundert Tagen zu gegenseitigem Vertrauen zwischen der NDF und der Aquino-Regierung führen und eine Atmosphäre für einen sinnvollen Dialog und Verhandlungen mit dem Ziel eines gerechten und dauerhaften Friedens geschaffen würde.

In diesem Zusammenhang haben wir der Verhandlungskommission der Regierung vorgeschlagen, innerhalb eines Monats vom Beginn des Waffenstillstands an erneut zusammenzutreffen und mit der Diskussion der wichtigsten Fragen zu beginnen, die zu einer umfassenden politischen Lösung gehören. Wir hoffen, daß es uns gelingt, einen gemeinsamen Standpunkt über die Probleme des philippinischen Volkes zu entwickeln und ein gemeinsames Herangehen an die Lösung zu finden.

Es wird einige Zeit erfordern, diese schwierigen Fragen anzugehen, unsere Bemühungen werden jedoch fruchtbar sein, wenn ein aufrichtiges Interesse besteht und beide Seiten die Befreiung unseres seit langem leidenden Volkes vom Joch ausländischer und feudaler Ausbeutung und Unterdrückung ernsthaft anstreben. Unser Vorschlag für einen hundert Tage andauernden Waffenstillstand enthält ebenfalls Vorschläge für angemessene Sicherheiten und entsprechende Maßnahmen zu seiner Verwirklichung. An diesem Punkt unterscheiden wir uns von dem regierungseigenen Vorschlag eines 30-Tage-Waffenstillstands, welcher Maßnahmen enthält, die wir für undurchführbar halten.

Folgende Punkte haben wir der Regierung als erste Schritte genannt, die zur Festlegung von Sicherheitsmaßnahmen für die Verwirklichung des Waffenstillstands dienen können:

1. Einstellung aller militärischen Operationen auf beiden Seiten.
2. Definition dessen, was eine feindliche Handlung ist.
3. Entwaffung und Auflösung der berüchtigten CHDF (Civilian Home Defense Forces = paramilitärische Bürgerwehrtruppen; Anm. AK) und Waffenruhe bzw. Rückzug der berüchtigten Einheiten der AFP (Armed Forces of the Philippines = Streitkräfte; Anm. AK),
4. Entwaffnung und Auflösung der privaten Armeen und Banden ohne Kommando, der fanatischen religiösen Sekten, Todesschwadronen und bewaffneten Marcos-Anhänger,
5. Beschränkung der lokalen Polizeikräfte auf Funktionen zur Bewahrung des Friedens gegenüber gewöhnlichen kriminellen Handlungen, weg von der aktiven Beteiligung an militärischen Operationen gegen die NPA und ihre Massenorganisationen.

Um sicherzustellen, daß die speziellen Sicherheitsmaßnahmen den Bedingungen jeder Region und jeder Provinz entsprechen, haben wir die Bildung von kontrollierten Verhandlungskommissionen der NDF und der Regierung auf regionaler und/oder Provinzebene vorgeschlagen. Diese Regional-/Provinzkommissionen können besondere Maßnahmen zur Durchführung der allgemeinen Regelungen des nationalen Waffenstillstands vereinbaren.

Weiterhin haben wir den Vorschlag gemacht, ein Nationales Waffenstillstands-Komitee zu bilden, das die Durchführung des Waffenstillstands überwacht und überprüft und Auseinandersetzungen schlichtet. Überwachungs-Teams sollten zur Unterstützung des Nationalen Waffenstillstands-Komitees in jeder Provinz gebildet werden.

Wir hoffen auf eine positive Reaktion der Aquino-Regierung auf unseren Vorschlag für hundert Tage Waffenstillstand. Unsere Kommission ist bereit und in der Lage, sich mit der Regierungskommission an einen Tisch zu setzen, wann immer diese sich dazu bereiterklärt, so daß übereinstimmende und trennende Punkte unverzüglich erörtert werden können und ein Waffenstillstandsabkommen ausgearbeitet werden kann, das dem philippinischen Volke dient.

NDF
Manila, 1. November 1986

Ist das der Sonderzug nach Peking?

China ist ein schönes Land. Die chinesischen Menschen sind fleißig. Erich Honecker hatte seinem China-Besuch im Oktober mit großer Erwartung entgegengesehen. Die DDR ist ein moderner sozialistischer Industriestaat. Das Volk der DDR ist ebenfalls fleißig. Die Völker Chinas und der DDR verbindet eine traditionelle Freundschaft. Das chinesische Volk hatte sich auf Honeckers Besuch gefreut. Chinas Generalsekretär Hu Yaobang hatte dem Treffen mit Erich Honecker mit großer Erwartung entgegengesehen. Die Begrüßung war freundschaftlich, die Gespräche verliefen herzlich, das gegenseitige Verstehen und die Freundschaft zwischen den beiden Völkern wurde vertieft, die Beziehungen zwischen der SED und der KP Chinas sollen weiterentwickelt werden, eine neue Etappe in den bilateralen Beziehungen der beiden Staaten wurde eingeleitet.

Viel Leerformeln, wenig Information — das kennzeichnet Staatsbesuche allgemein und die Treffen zwischen realsozialistischen Oberhäuptern vielleicht sogar noch mehr als andere. Honecker war in China, und die DDR-Medien wissen nur Positives über das Land der Gastgeber zu berichten. Gegenseitig bestätigten sich Gäste und Gastgeber den sozialistischen Charakter ihrer Staaten und Gesellschaftsordnungen. Beide Seiten lobten auch die von den Gesprächspartnern erzielten bemerkenswerten Ergebnisse beim sozialistischen Aufbau. Die traditionelle Freundschaft zwischen dem deutschen und dem chinesischen Volk wurde immer wieder beschworen. Diese Freundschaft begann bekanntlich in den 20er Jahren, fand in den späten 40er und in den 50er Jahren eine Fortsetzung auf erweitertem Niveau zwischen sozialistischen Staaten, und sie wird heute fortentwickelt. Dazwischen liegt ein schwarzes Loch von über 20 Jahren, in denen die Parteibeziehungen unterbrochen waren und in denen grobe Unfreundlichkeiten hin- und herflogen. Da war vom Sozialfaschismus der DDR die Rede gewesen, und da galt eine Peking-Reise als Muntermacher für lau gewordene Wiedervereiniger und Kreuzritter aus der BRD. Die beschwerten sich denn jetzt auch prompt und offiziell in Peking: die ,,bisher unübliche Begriffswahl'', daß nämlich chinesische Politiker plötzlich ganz korrekt vom Volk der DDR sprachen, habe in Bonn ,,Befremden ausgelöst''.

Gäste und Gastgeber hielten sich konsequent an die offenbar zuvor getroffene Vereinbarung: offiziell verlor niemand ein Wort über den weniger harmonischen Abschnitt ihrer Beziehungen, obwohl dieser doch erst wenige Jahre zurückliegt. Traditionelle Freundschaft vorgestern, traditionelle Freundschaft heute, und von Gestern reden wir lieber nicht. Ebenso die aktuelle Innen- und Außenpolitik: Es existiert eine Vielzahl von Übereinstimmungen und Gemeinsamkeiten. Punkt und Schluß. Dissense kamen in den Reden und offiziellen Verlautbarungen nicht vor.

Besonders die DDR war angestrengt bemüht, die neu erwachte Herzlichkeit der Beziehungen zu betonen und den Konsens zwischen den beiden Parteien und Staaten vermutlich bedeutender darzustellen als er in Wirklichkeit ist. China als wichtige Kraft im Ringen um Frieden, Abrüstung und Entspannung, wie Erich Honecker in einer Rede rühmte, das setzt interessante neue Akzente. Daß China gegen SDI ist, läßt aufhorchen. Aber daß China nun angeblich gemeinsam mit der DDR die Gorbatschow-Vorschläge von Reykjavik ,,gewürdigt'' haben soll, wie in der DKP-Zeitung ''UZ'' zu lesen war, ist wohl doch immer noch zu schön um wahr zu sein.

Menschlich anrührend nehmen sich gegenüber den hölzernen und zum Teil greifbar unehrlichen offiziellen Verlautbarungen eine Fülle feuilletonistischer Berichte in der DDR-Presse zu China aus. Da können altgewordene China-Freunde endlich wieder ohne Scheu ihre Liebe zu Land und Leuten bekennen, da werden Erinnerungen aufgefrischt, und da ist auch schon mal vom ''Genossen Mao Tse-tung'' die Rede. Auch die von China seit Ende der 70er Jahren eingeleiteten Reformen der ökonomischen Basis ebenso wie des gesamten ,,Überbaus'' üben in der DDR offensichtlich einen Reiz aus.

Schon seit etwa zwei Jahren war eine intensive Wiederaufnahme der Kontakte zwischen der VR China und den Ländern des RgW, mit der wesentlichen Ausnahme der Sowjetunion, zu verzeichnen. Ende September war Polens Jaruzelski als erster osteuropäischer Partei- und Staatschef nach Peking gekommen. Ähnlich wie in den komplizierten Beziehungen Sowjetunion-Israel scheint auch hier den Polen eine Pionierrolle zugeteilt worden zu sein. Das sowjetische Interesse an einer Wiederannäherung der beiden realsozialistischen Weltmächte ist logischerweise groß, würde es doch eine wesentliche Verschiebung der globalen Gewichte zuungunsten der USA und der NATO bedeuten. Immerhin hatten die chinesischen Politiker sich noch vor wenigen Jahren als Oberscharfmacher gegen die Sowjetunion gebärdet und der NATO kaum verblümt eine Allianz angeboten. Davon jedenfalls ist derzeit nicht mehr die Rede, und das allein ist aus sowjetischer Sicht gewiß ein großer Fortschritt. Es kann beispielsweise als Signal gelten, wenn China heute den Kampf Nicaraguas ,,gegen ausländische Einmischung'' zumindest verbal unterstützt, statt für die Contras als Freiheitskämpfer gegen den Sozialimperialismus Partei zu nehmen.

Gorbatschow hatte in seiner bekannten Wladiwostok-Rede Ende Juli dieses Jahres den Chinesen deutliche Avancen gemacht: Man nehme das chinesische Ziel, eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, mit ,,Verständnis und Achtung'' auf. China und die Sowjetunion hätten sich ähnliche Prioritäten gesetzt, nämlich die Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung. In den letzten Jahren hätten sich die bilateralen Beziehungen zusehens gebessert, und die Sowjetunion sei darüber hinaus daran interessiert, ''auf jeder beliebigen Ebene'' mit China weiterzuverhandeln.

Schon vor diesem Gesprächsangebot hatte die chinesische Regierung erklärt, daß eine Normalisierung der Beziehungen mit der Sowjetunion von drei Vorbedingungen abhängig sei: sowjetischer Rückzug aus Afghanistan, vietnamesischer Rückzug aus Kambodscha, Reduzierung der sowjetischen Truppen an den Grenzen der VR China. Nur im letzten Punkt hat sich die Sowjetunion bisher entgegenkommend gezeigt. Hingegen hat verständlicherweise niemand den von Gorbatschow in Wladiwostok angekündigten Rückzug von ein paar Tausend Soldaten aus Afghanistan für einen bedeutenden Schritt gehalten. Es scheint auch längerfristig zweifelhaft, ob Afghanistan und Kambodscha jemals zur sowjetischen Verhandlungsmasse für eine Verbesserung der Beziehungen mit China gehören könnten. Gerade deshalb scheint es aber aus sowjetischer Sicht nützlich, China in engere Beziehungen zu den anderen RgW-Staaten einzubinden und zumindest als Illusion den Anschein eines wieder zusammenfindenden ,,sozialistischen Lagers'' zu produzieren.

China hingegen hat seine ,,unabhängige und selbständige'' Außenpolitik bekräftigt, die auch beinhalte, ,,daß wir auf keinerlei Bündnis oder strategische Beziehungen mit irgendeiner Großmacht eingehen''. Der besondere Umstand, daß die verbesserten und intensivierten Beziehungen Chinas zur DDR und anderen RgW-Staaten zugleich als Beziehungen zwischen sozialistischen Parteien und Gesellschaftssystemen definiert werden, sollte nicht überschätzt werden. China ist lediglich von einer Politik der einseitigen Favorisierung des Westens zu einer Haltung der ,,Äquidistanz'' übergegangen. Die Beziehungen Chinas zur DDR werden auch künftig nicht enger sein als die zur BRD, aber vermutlich auch nicht schlechter als jene. Chinas Parteichef Hu Yaobang hat erst vor wenigen Monaten während seiner Westeuropa-Reise im Juni mögliche Zweifel im Vorweg ausgeräumt: China werde an seiner Politik der ,,Reformen'' und der ,,Öffnung'' unverändert festhalten. China wolle ,,auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz'' mit allen Ländern der Welt ,,freundschaftliche Beziehungen entwickeln'', ohne sich aber an einen der beiden Blöcke zu binden. Das bedeutet immerhin, auch wenn gerade eben Kriegsschiffe der USA auf ,,Freundschaftsbesuch'' in chinesischen Häfen vor Anker gingen, daß China nicht mehr einfach als Glied des imperialistischen Einkreisungsrings um die Sowjetunion geführt werden kann.

Kt., Hamburg

Studentenproteste in Südkorea

Seit Frühjahr dieses Jahres reißen die Studentenproteste gegen die Politik des Regimes in Seoul nicht ab. Bisheriger Höhepunkt war die Besetzung der Konguk-Universität durch mehr als 1.000 Studentinnen und Studenten. Nach vier Tagen wurden die Universitätsgebäude von der berüchtigten Kampftruppe der Polizei mit Hubschrauberunterstützung geräumt. 513 Studentinnen und 1.012 Studenten wurden im Zusammenhang mit der Besetzung verhaftet. Seit dem Massaker von Kwangju im Jahre 1980 waren dies die härtesten Auseinandersetzungen. Insbesondere nach dem Sturz der philippinischen Marcos-Diktatur im Februar dieses Jahres wurden die Forderungen nach Ablösung des Chun-Regimes immer stärker.

Bereits im Mai besetzte eine Gruppe von Studenten das US-Kulturzentrum in der Hafenstadt Pusan. ,,*Neben scharfen Protesten gegen die Regierung Chun Do Hwan wird in Parolen der Radikalen auch Amerika immer schonungsloser attackiert. (...) Die südkoreanischen Oppositionsparteien im Parlament, besonders die NKPD, sind über die Radikalisierung der Studenten besorgt*'' und ,,*haben sich daher klar von den heftigen Demonstrationen und Parolen der Radikalen distanziert*'' (,,Die Welt'', 23.5.1986). Bei einem Treffen des NKPD-Führers Kim Dae Jung und anderen Oppositionsgrößen mit Sprechern der radikalen Studentenvereinigungen ,,*distanzierte sich Kim Dae Jung von den radikalen Anti-USA-, Anti-Atom- und Befreiungsparolen der Mingungnyon-Gruppe*'' (Korea Times, 4.5.1986).

Dagegen hebt sich eine Erklärung von 265 Professoren aus 23 Universitäten des Landes positiv ab. Darin greifen sie das Chun-Regime wegen seiner Verstöße gegen die Menschenrechte, der Verewigung der Teilung des Landes, der Stationierung von Nuklearwaffen und der geplanten Verfassungsrevision scharf an. Ausdrücklich fordern sie: ,,*Die Existenz fortschrittlicher Kräfte, die nicht durch die vorhandenen konservativen Parteien repräsentiert werden, muß anerkannt werden. Ihre Forderungen sind zum großen Teil berechtigt. Es muß ihnen ein Forum geschaffen werden, das es ihnen ermöglicht, ihre Ansichten offen zu vertreten, ohne daß sie als ,radikale Linke', ,Prokommunisten' oder ,Asoziale' diffamiert und von der politischen Bühne ausgeschlossen werden.*'' Weiter kritisieren sie heftig die Wirtschaftspolitik des Regimes, die auf Kosten der Arbeiter und Bauern nur dazu dient, in- und ausländisches Kapital zu unterstützen.

Als Folge ihres Aufrufs wurden fast alle unter Hausarrest gestellt und ihnen Forschungsgelder gestrichen.

Auf der parlamentarischen Ebene geht die Auseinandersetzung zwischen der Regierung und der Opposition um eine Verfassungsreform, bei der allzu grundlegende Forderungen den ,,friedlichen Wandel'' von der Chun-Diktatur zur parlamentarischen Demokratie nur stören würden. Ein solcher Wandel ist allerdings ohnehin derzeit nicht realistisch, da die Besatzungsmacht USA in Südkorea fest hinter dem Regime steht. Das bekräftigte US-Außenminister Shultz bei seinem Südkorea-Besuch im Mai noch einmal ausdrücklich.

Im Gegensatz dazu kritisierte CDU-Generalsekretär Geißler — ähnlich wie zuvor in Chile — die südkoreanische Regierung und traf sich demonstrativ mit den Oppositionsführern Kim Dae Jung und Kim Young Sam. Wobei anzumerken ist, daß die beiden südkoreanischen Politiker trotz ihrer Bekämpfung durch das Chun-Regime durchaus in der CDU ihre politische Heimat finden könnten.

Ho., Hamburg

„Nur wer außerhalb Israels lebt, kann ein überzeugter Zionist sein"

Interview mit Rayna Moss, Mitglied des Nationalrates des „Komitee für Gleichberechtigung und Frieden" aus Israel.

Rayna Moss, vom 22.10.-4.11.86 in der Bundesrepublik, stammt aus den USA. Als Kind kam sie 1969 mit ihren Eltern als Immigrantin nach Israel. Ihre Eltern — die sie scherzhaft „die zionistische Sektion" nennt — kehrten allerdings nach einigen Jahren wieder in die USA zurück. Rayna blieb als einziges Familienmitglied in Israel und kämpft für die Rechte der Frauen — jüdischer wie palästinensischer — und für den Frieden im Nahen Osten.

Rayna Moss ist Wirtschaftsjournalistin und freie Mitarbeiterin verschiedener israelischer Zeitungen. Sie war Mitbegründerin der Organisation „Frauen gegen die Besetzung". Nach der Auflösung dieser Gruppe arbeitet sie heute im Komitee für Gleichberechtigung und Frieden. Als Mitglied des Nationalrates dieser Frauenorganisation war sie Delegierte beim Frauenfriedenskongreß der UNO in Kopenhagen.

AK: Wann und in welchem Zusammenhang wurden „Frauen gegen die Besetzung" gegründet?

R.M.: Die Organisation „Frauen gegen die Besetzung" wurde als direkte Reaktion auf den Libanonkrieg gegründet. Wir hatten als Frauen — wenn es nach dem Wunsch der Regierung gegangen wäre — im Krieg die Aufgabe, die Soldaten an der Front zu unterstützen. Über diese direkte Mitwirkung für den Krieg hinaus stießen wir als politisch engagierte Frauen mit allen unseren Forderungen — Erhöhung der Löhne für Frauen, bessere soziale Leistungen und Gleichberechtigung — immer wieder an die Grenzen eines Staates, dessen Verteidigungshaushalt immense Summen verschlingt.

Wir verstanden uns als Teil der Friedensbewegung, der sich zur Aufgabe
gemacht hatte, Frauen zu organisieren, die in anderen gemischten Friedensgruppen nicht mitarbeiten wollten
gemacht hatte, Frauen zu organisieren, die in anderen gemischten Friedensgruppen nicht mitarbeiten wollten. Und wir wollten als israelische Frauen Kontakte zu palästinensischen Frauen knüpfen und solidarisch mit ihnen gegen die Militärpolitik in den besetzten Gebieten kämpfen.

Welche Schwierigkeiten hattet Ihr mit den Israelis? Wie sah die Zusammenarbeit mit den Palästinenserinnen aus?

Mit den Israelis hatten wir immer Probleme, das war normal. Wenn wir eine Demonstration machten, schrien sie uns an, wir sollten nach Hause gehen und Kuchen für die Soldaten backen. Aber auch in der Linken war es am Anfang nicht leicht. Uns wurde der Vorwurf gemacht, die Friedensbewegung zu spalten, weil wir uns gesondert organisierten.

Eine Solidaritätsarbeit von israelischer Seite mit Palästinenserinnen zu organisieren, ist nicht leicht gewesen. Zunächst einmal waren wir eine unbekannte Gruppe, wir hatten keine Mitglieder, die einen bekannten Namen hatten, hatten kein festes Programm, viele Frauen fingen damals an, politisch aktiv zu werden.

Beim ersten Treffen, das über die Vermittlung eines Menschen zustandekam, der schon länger mit Palästinensern zusammengearbeitet hatte, verlangten die Palästinenserinnen von uns, unsere Namen und Adressen aufzuschreiben, damit sie sie benutzen könnten, wenn ihnen etwas passierte. Es gab im Laufe der Zeit einige Mißverständnisse, manche Treffen fielen aus, weil die Busse sich verspätet hatten und die Frauen dachten, wir kämen nicht.

Aber wir hatten mit unserer Unterstützungsarbeit Erfolge sowohl in den Besetzten Gebieten als auch in Israel. Wir solidarisierten uns mit dem Streik von palästinensischen weiblichen Häftlingen im Frauengefängnis Neve Tirza für bessere Haftbedingungen. In Israel organisierten wir Demonstrationen zur Unterstützung der Palästinenserinnen. Sogar die linken Männer in Israel gaben uns Anerkennung, als sie feststellten, daß wir über unseren eigenen Kreis hinaus Frauen organisieren konnten. Manchmal haben wir die Männer ge-

„Menschenrechte" in Israel

aus: Burhan Karkutli, Grafik der Revolution

fragt, ob sie nicht zu unseren Demonstrationen kommen wollten. Sie antworteten darauf, daß sie uns gesehen

fragt, ob sie nicht zu unseren Demonstrationen kommen wollten. Sie antworteten darauf, daß sie uns gesehen hätten und daß wir auch ganz gut ohne sie fertig würden.

Auch wurden wir nach einiger Zeit der Ablehnung und Skepsis von den Medien als Faktor der israelischen Linken wahrgenommen. Sie berichteten über unsere Aktionen.

Wir konnten es allerdings in der Zeit unseres Bestehens nicht schaffen, alle Fragen, die uns wichtig erschienen, aufzugreifen und eine Massenorganisation zu werden.

Weshalb löste sich die Gruppe auf? Was wurde aus den Frauen, die weiterhin politisch aktiv sein wollten?

Wir hatten eines unserer Ziele erreicht. Wir hatten Kontakte zu Palästinenserinnen geknüpft, einige ihrer Fälle aufgegriffen und sie in ihrem Kampf um Gerechtigkeit unterstützt. Wir waren zu einem wichtigen Faktor in der israelischen Linken geworden, wir wurden mit Forderungen nach Unterstützung überhäuft. Aber wir waren nur eine kleine Gruppe und mußten unsere Aktionen und Aktivitäten im Zusammenhang mit der israelischen Friedensbewegung sehen. Wenn wir etwas initiierten, hatte das Konsequenzen für die übrigen Gruppen und Organisationen. Auch hatte sich der Krieg im Libanon verändert. Aus dem Krieg war eine Langzeitbesetzung geworden.

Dies sind einige Faktoren gewesen, die uns dazu brachten, uns aufzulösen. Wir traten in Kontakt zu einer anderen Gruppe, dem Komitee für Gleichberechtigung und Frieden, das seit 1975 existierte, und arbeiteten nach einigen Diskussionen über die Inhalte ihrer Arbeit mit ihnen zusammen.

Die erste gemeinsame Aktivität mit ihnen zusammen war der Besuch der Frauenkonferenz in Nairobi. Über den Besuch dieser Konferenz hatten wir in unserer Gruppe einige Auseinandersetzungen; manche Frauen meinten, daß dort nur bourgeoise Frauen hinführen. Andere von uns hatten aber an Resolutionen in anderen Frauenorganisationen mitgearbeitet und sahen es als nützlich an, den Kongreß zu besuchen.

Diese Auseinandersetzungen waren der letzte Anlaß, die Gruppe aufzulö-

sen. Einige von uns arbeiteten dann weiterhin im Komitee für Gleichberechtigung und Frieden mit, andere

sen. Einige von uns arbeiteten dann weiterhin im Komitee für Gleichberechtigung und Frieden mit, andere hörten ganz auf.

Wie sieht Deine Arbeit heute im Komitee aus, was hat sich gegenüber der Arbeit bei „Frauen gegen die Besetzung" verändert?

Wir versuchen weiterhin, Kontakt mit den Palästinenserinnen aufrechtzuerhalten, mit denen wir früher zusammengearbeitet haben. Aber wir haben unsere Arbeit erweitert. Während „Frauen gegen die Besetzung" eine israelische Frauenorganisation war, ist das Komitee eine Gruppe, die gemischt ist — Palästinenserinnen und Israelinnen arbeiten zusammen. Wir machen auf Menschenrechtsverletzungen in Israel und in den Besetzten Gebieten aufmerksam, veröffentlichen Berichte in linken Zeitungen — sofern die Zensur es erlaubt — und führen Aktionen durch. Diese Arbeit ist bestimmt durch die Auffassung, daß Menschenrechtsverletzungen, die in Gefängnissen und in den Besetzten Gebieten begangen werden, Folgen für die innerisraelische Situation haben, denn die Polizei und die Armee, die in den Besetzten Gebieten operiert, ist nicht dadurch anders, daß sie die Grenze überschreitet und dann innerhalb der '48er Grenzen die Menschenrechte achten muß.

Wir haben zwei Arbeitsschwerpunkte: zum einen die Situation in den Gefängnissen in den Besetzten Gebieten, sowohl den Untersuchungs- als auch normalen Gefängnissen. Zum anderen arbeiten wir gegen die Deportation von unliebsamen Personen aus den Besetzten Gebieten nach Jordanien.

Bei Demonstrationen, Frauenaktionen oder Gewerkschaftstreffen kommt es oft zu Massenverhaftungen. Dabei werden nicht nur die Menschen festgenommen, die an den Veranstaltungen teilgenommen haben, sondern alle Passanten auch. Verhaftungen von einzelnen Personen finden meist nachts statt. Dann umstellt das Militär das Haus der verdächtigten Person und führt eine Invasion durch. Sie kommen durch Türen, Fenster und vom Dach. Sie nehmen die Verdächtigten mit, und manchmal kommt es vor, daß Teile der Familie gleich mitgenommen werden, auch wenn gegen sie nichts vorliegt. Wenn jemand einer antiisraelischen militärischen Aktion verdächtigt wird, wird innerhalb weniger Stunden das Haus seiner Familie versiegelt, die Bewohner bekommen eine halbe Stunde Zeit, um ihre Habseligkeiten — mitten in der Nacht! — aus dem Haus zu holen, und das Haus wird zerstört. Das alles geschieht ohne ein Verfahren, ohne Verurteilung, ohne Prozeß. In der Untersuchungshaft wird die verdächtigte Person dann unter Druck gesetzt — durch Schläge, psychologische Folter und Demütigungen, um die Tat — egal, ob er oder sie sie tatsächlich begangen hat oder begehen wollte — zu „gestehen". Das würde den Prozeß vor Gericht sehr erleichtern und brächte den Staat nicht in die Verlegenheit, das Haus eines Unschuldigen zerstört zu haben. Auf diese Weise verlieren ganze Familien — manchmal 15 Personen — innerhalb einer Nacht ihr Zuhause.

Für diese Handlungsweise wird ein Gesetz benutzt, das vor 1948 von der britischen Mandatsmacht angewandt wurde. Damals wurde es gehandhabt gegen Araber und zionistische Untergrundkämpfer. Heute wird es ausschließlich gegen Palästinenser zur Anwendung gebracht. Menachim Begin — ehemals zionistischer Untergrundkämpfer — hat über dieses Gesetz gesagt, daß es schlimmer sei als die Nazigesetze... (damals)

Wenn Mißhandlungen gegen Untersuchungshäftlinge bekannt werden, kann es vorkommen, daß ein Polizeioffizier der Folter angeklagt wird. Er wird dann allerdings nicht vor ein ordentliches Gericht gestellt, sondern sein Fall wird vor einem Polizeigericht verhandelt, dem als Richter ein Polizeioffizier vorsitzt. Die Strafen sind entsprechend milde. Auch die Voruntersuchung wird von der Polizei durchgeführt.

In der Untersuchungshaft kann ein Häftling 18 Tage lang festgehalten werden, ohne daß er Anspruch auf einen Anwalt hat, medizinisch versorgt wird, Besuch von seiner Familie erhalten kann.

Die Deportationen sind unser anderer Arbeitsschwerpunkt. Sie finden statt auf Grundlage einer militärischen

Die Deportationen sind unser anderer Arbeitsschwerpunkt. Sie finden statt auf Grundlage einer militärischen Verordnung. Für die Deportation von Palästinensern nach Jordanien gibt es keine gesetzliche Grundlage. Sie wird gegen Personen angeordnet, die „die Sicherheit des Staates bedrohen" — z.B. gegen einen Journalisten, der aus einem Flüchtlingslager stammte, Berichte veröffentlichte und die israelische Bevölkerung aufforderte, dieses Lager zu besuchen, um sich ein Bild darüber zu machen, wie Palästinenser in diesen Lagern leben. Vor der Deportation wird der Auszweisende ohne Verhandlung, Anklage und Urteil ins Gefängnis gebracht und dort bis zu seiner Deportation festgehalten.

Als wir beim Verteidigungsministerium gegen diese Praxis protestierten, wurde uns geantwortet, daß Deportationen doch „humaner" seien als eine langjährige Haftstrafe. Ich denke da anders: Wenn jemand im Gefängnis sitzt, weiß er, daß er irgendwann einmal wieder herauskommt und nach Hause kann. Deportation aber bedeutet, daß ein Mensch seine Heimat verlassen muß und nicht zurückkehren darf. Durch Deportationen können ebenso wie bei der Zerstörung der Häuser aus „Sicherheitsgründen" ganze Familien betroffen sein.

Eine Genossin von uns ist mit einem Deportierten verheiratet. Sie darf ihren Mann nur unter der Bedingung sehen, daß sie beim Überschreiten der Grenze nach Jordanien eine Erklärung unterschreibt, mit der sie sich verpflichtet, in den nächsten drei Jahren nicht wieder nach Israel einzureisen.

Wir sind sicher, daß sie auch nach diesen drei Jahren keine Rückkehrerlaubnis erhalten würde, wenn sie nach Jordanien ginge. So bleibt sie also hier und muß von ihrem Mann getrennt bleiben.

Hat sich die innenpolitische Situation in Israel durch eure Arbeit verändert?

Ich glaube, daß sich seit 1982 viel in Israel verändert hat. Politisch ist m.E. die PLO faktisch seit dem Libanonkrieg anerkannt worden. Es wurde kein Krieg gegen die libanesische Regierung geführt, denn sie hatte keinerlei Einfluß mehr auf das, was im Süden des Landes geschah. Aber auch innerhalb Israels ist etwas in Bewegung gekommen. Die jungen Soldaten, die in den Libanon geschickt werden sollten, weigerten sich, gegen ein ganzes Volk, gegen Frauen und Kinder zu kämpfen und gingen dafür ins Gefängnis. In den Gefängnissen organisierten sie andere Kriegsdienstverweigerer — z.T. auch welche, die nicht aus politischen, sondern aus persönlichen Gründen nicht in den Krieg wollten. Sowohl die Verweigerung, als auch die Organisierung des Widerstands war eine völlig neue, nie dagewesene Sache.

Der Widerspruch zwischen dem Wunsch Israels, in der Weltöffentlichkeit als einzige Demokratie im Nahen Osten anerkannt zu werden, und der Wirklichkeit seiner Politik tritt in der jetzigen Situation immer deutlicher hervor. Der Rassismus innerhalb der israelischen Gesellschaft und die ökonomische Krise haben die staatlichen Eingriffe in das öffentliche Leben verschärft. In den Besetzten Gebieten wurden seit Oktober letzten Jahres drei Zeitungen verboten, obwohl sie die Lizenz des Zensors erhalten hatten. Die gesamte Presse Israels — auch die hebräisch-sprachige, nicht nur die arabische — unterliegt der Zensur.

Welche Folgen, glaubst du, hat die Rotation, der Ämtertausch Peres' mit Schamir, für eure Arbeit?

Ich denke, daß uns das wenig berührt. Sie wird deshalb keine direkten negativen Folgen für die Arbeit des Komitees haben, weil wir doch eine kleine Gruppe sind, auch wenn ich ein buntes Bild von unseren Aktivitäten gemalt habe. Wir stellen keine Gefahr für den Staat dar, sodaß man uns verbieten müßte.

Für andere Teile der Friedensbewegung wird die Rotation Folgen haben. Wir haben zwei Strömungen in der Friedensbewegung — eine zionistische, staatsbejahende und den starken Staat fordernde. Diese Leute sagen, daß die Palästinenser unsere Feinde seien und deshalb mit ihnen Friedensverhandlungen geführt werden müßten. Für die zionistische Friedensbewegung wird die kommende Zeit einfacher sein,
denn sie haben in Schamir einen offenen Gegner, anders als bei Peres, den sie grundsätzlich unterstützten, auch
denn sie haben in Schamir einen offenen Gegner, anders als bei Peres, den sie grundsätzlich unterstützten, auch wenn sie Kritik an einigen seiner politischen Maßnahmen hatten. Viele Leute in der Bevölkerung verstanden diesen Teil der Friedensbewegung nicht, denn man wußte nicht, was sie eigentlich wollten.

Wir sind antizionistisch und staatskritisch, sagen aber vor allem, daß wir keineswegs die beiden Völker als verfeindet ansehen. Der israelische Staat ist ein Feind des palästinensischen Volkes, nicht aber ist ein Israeli immer ein Feind des Palästinensers.

Wir fordern deshalb einen Dialog mit den Palästinensern, nicht Friedensverhandlungen. Wir fordern einen autonomen palästinensischen Staat in den Besetzten Gebieten, damit beide Völker in Frieden miteinander leben können.

In der israelischen Politik spielt die Angst eine wichtige Rolle. Wie geht Ihr mit dieser Angst um?

Ja, das ist wahr! In einer gemischten Organisation haben wir mit Angst, zumindest aber Vorbehalten gegenüber unserer Zusammenarbeit mit Palästinensern zu tun. Wenn wir den Nachbarn erzählen, daß wir in ein arabisches Dorf fahren, um Freunde dort zu besuchen, werden wir schräg angesehen.

Wir versuchen auf der niedrigsten Ebene, in unserer Arbeit deutlich zu machen, daß die Angst unnötig ist. Als Frauenorganisation haben wir öffentliche Feste in Parks gemeinsam mit Palästinenserinnen veranstaltet. Wir haben gemeinsam gekocht, getanzt und gesungen. Die Passanten blieben erstaunt stehen, vor allem den orientalischen Juden hat es sehr gefallen, daß die Palästinenserinnen sich ihrer traditionellen Tänze nicht schämen und öffentlich tanzen.

Aber wir werden noch viel Zeit brauchen, bevor wir die Propaganda, die den Kindern in der Schule schon beigebracht wird, entkräften können und zu einem Dialog mit den Palästinensern kommen.

Vielen Dank für das Gespräch und viel Erfolg bei der weiteren Arbeit!

Das Interview führte Re., Hamburg



Spanien 1936-39:

Die letzte europäische Revolution Der erste Akt des Zweiten Weltkriegs

„Der Krieg in Spanien hatte Bürgerkriegscharakter insofern, daß er die höchste Form jenes Kampfes darstellte, in dem sich seit Jahrzehnten die Besitzlosen und Besitzende gegenüberstehen.

Aber es war auch ein Krieg für die Verteidigung von Republik und Demokratie angesichts einer Militärmeuterei faschistischer Prägung. Daher der antifaschistische Charakter dieses Krieges. Dieser wird durch die Ziele der Meuterer deutlich, durch die Hilfe, die Hitlerdeutschland und Mussolinis Italien von Beginn an leisteten, und durch die Unterstützung, die ihnen die verbissensten Elemente der internationalen Reaktion gewährten.

Schließlich war der Krieg in Spanien durch den Kampf gegen die italienischen und deutschen Expeditionskorps ein nationaler Krieg,

Schließlich war der Krieg in Spanien durch den Kampf gegen die italienischen und deutschen Expeditionskorps ein nationaler Krieg,

aber auch der erste Akt des Zweiten Weltkriegs. Mit der Revolution, die durch die Militärmeuterei ausgelöst wurde, war es auch ein revolutionärer Krieg."

(Dolores Ibarruri, genannt „La Pasionaria")

Am 17. Juli 1936 trat das spanische Militär in Aktion, um durch einen Putsch die demokratische Regierung zu stürzen und die Macht zu ergreifen. Aber dieser Putsch verlief anders als üblich: das Volk wehrte sich. Wehrte sich nicht nach den Spielregeln irgendeiner Doktrin, sondern mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln und bis zum Äußersten. Es begann ein „Bürgerkrieg", der erst zweieinhalb Jahre später mit dem Sieg der von Deutschland und Italien massiv unterstützten rechten Militärs endete.

„Volksfront" unter bürgerlicher Hegemonie

Der Putsch der Militärs richtete sich gegen eine „Volksfront"-Regierung, die aus der Wahl im Februar des Jahres hervorgegangen war. Durch diese Wahl hatten die in der „Volksfront" zusammengeschlossenen Parteien 267 Parlamentssitze bekommen, und somit eine absolute Mehrheit gegenüber 132 Sitzen der Rechten und 52 der rechten „Mitte". Diese Verteilung war jedoch in erster Linie ein Produkt des spanischen Wahlgesetzes. In absoluten Zahlen repräsentierte die „Volksfront" 4,8 Millionen Stimmen, die Rechte 4 Millionen und die „Mitte" knapp eine halbe Million. Die Kontrahenten vertraten also annähernd gleich große Lager. Das zeigt, daß die Rechten noch starken Rückhalt in Teilen der Bevölkerung hatten.

Die „Volksfront" selbst stand unter der Hegemonie liberaler Bürgerlicher und trat für ein liberales, keineswegs sozialrevolutionäres Programm ein. Die Mehrheit ihrer 267 Mandate, nämlich 159, entfiel auf die drei bürgerlich-republikanischen Parteien der Front. Die Sozialistische Partei hatte 90 Sitze. Mit 16 Mandaten war die Ausgangsposition der Kommunisten gegenüber der „Volksfront"-Regierung äußerst schwach. Je ein Mandat hatten die linksradikale POUM und eine Syndikalistische Partei. Die Regierung, gegen die im Juli die Militärs putschten, war rein bürgerlich. Die Arbeiterparteien hatten ihre Unterstützung für diese Regierung erklärt, ohne sich direkt an ihr zu beteiligen. Dennoch hatte der Wahlsieg der „Volksfront" eine politisch-soziale Dynamik der Massenkämpfe in Gang gesetzt, die offensichtlich die Herrschenden und Besitzenden nicht nur in Spanien aufs Äußerste beunruhigte.

Die faschistische Intervention

Die Rolle Deutschlands und Italiens

Die faschistische Intervention

Die Rolle Deutschlands und Italiens

bei der Planung und Vorbereitung des Juli-Putsches ist noch nicht vollständig aufgeklärt, aber jedenfalls war sie erheblich.

Deutsche Soforthilfe sorgte dafür, daß der Putsch überhaupt die erste kritische Phase überstand. Die Generäle waren in unplanmäßige Schwierigkeiten geraten: 1. Die soziale Basis der Arbeiterparteien leistete trotz Sabotage der Regierung militärischen Widerstand. 2. Es war daher dringend erforderlich, die für den Putsch zur Verfügung stehenden Truppen schnell zu verstärken. Wesentliche Truppenteile standen noch in der spanischen Marokko-Kolonie. 3. Diese Truppen konnten nicht mit eigenen Mitteln auf den spanischen Schauplatz transportiert werden, weil die Kriegsmarine loyal zur republikanischen Regierung stand. Es waren deutsche Flugzeuge, die wenige Tage nach Putschbeginn eine Luftbrücke von Nordafrika nach Spanien einrichteten.

In den folgenden Monaten setzte eine massive Intervention der faschistisch-nazistischen Allianz ein. Italiens Rolle war quantitativ bedeutend: Die Faschisten schickten mehrere komplette Divisionen, zeitweise bis zu 70.000 Mann. Der deutsche Beitrag war zahlenmäßig sehr viel geringer, betonte aber die militärische „Qualität". Geschickt wurden vor allem Offiziere und Spezialisten sowie modernes Kriegsmaterial. Von besonders hohem Wert für die spanischen Putschisten war das Eingreifen deutscher Kampf- und Bombenflugzeuge.

England und Frankreich: Keine Hilfe für die spanische Republik

Die deutsch-italienische Intervention war eine Herausforderung, der von den konkurrierenden kapitalistischen Großmächten Frankreich und England nicht entgegengetreten wurde. Strategisch gesehen wäre kein Schauplatz geeigneter gewesen, um der faschistisch-nazistischen Allianz eine schwere Niederlage zuzufügen. Frankreich hatte eine gemeinsame Grenze mit Spanien, während sowohl Deutschland wie auch Italien lange Nachschubwege über See hatten, wo im Konfliktfall das Übergewicht Englands und Frankreichs eindeutig gewesen wäre.

Die spanische Regierung wandte sich sofort nach Beginn des Putsches an Frankreich, um die Lieferung von Waffen und Flugzeugen zu vereinbaren. Nichts logischer als dies, denn Frankreich hatte seit Anfang Juni 1936 ebenfalls eine „Volksfront"-Regierung, die unter Führung des Sozialisten Blum stand und von den parteipolitischen Gewichten her zwar auch bürgerlich dominiert, aber doch deutlich linker als ihr spanisches Gegenstück war.

Das Unvorstellbare geschah: die eine „Volksfront"-Regierung ließ die andere in Stich. Frankreich erklärte seine

linker als ihr spanisches Gegenstück war.

Das Unvorstellbare geschah: die eine „Volksfront"-Regierung ließ die andere in Stich. Frankreich erklärte seine

„Nichteinmischung", verweigerte jede militärische Unterstützung und schloß seine Grenze nach Spanien. Ausschlaggebend für diese Haltung war die Politik Englands. Die englischen Bürgerlichen hatten gute Kontakte zu den putschenden spanischen Militärs; sie fürchteten die Konsequenzen einer Niederlage der Putschisten weit mehr als die Risiken, die deren Sieg vielleicht beinhalten könnte. Die französische „Volksfront"-Regierung schloß sich dieser Politik an, weil dem Erhalt des Bündnisses mit England alle anderen Interessen untergeordnet wurden.

Nur die Sowjetunion hilft, leider zu wenig

Noch im Juli 1936 fanden in der Sowjetunion die ersten Massenkundgebungen in Solidarität mit der spanischen „Volksfront" gegen die Putschisten statt. Geldsammlungen unter den sowjetischen Arbeitern kamen in Gang. Die ersten ausländischen Sozialisten und Kommunisten beteiligten sich spontan, individuell am militärischen Kampf.

Im Herbst kamen bei der Verteidigung von Madrid erstmals komplette Einheiten aus Ausländern, die Internationalen Brigaden, zum Einsatz. Zur gleichen Zeit setzte die Lieferung von Waffen und anderen Hilfsgütern aus der Sowjetunion ein.

Zweifellos wäre ohne die sowjetische Hilfe der Widerstand gegen die Putschisten nicht von langer Dauer gewesen. Die militärische Rolle der Internationalen Brigaden war sehr viel größer als es ihre relativ niedrige Gesamtzahl (maximal etwa 25.000) vermuten läßt. Die Kampfkraft dieser Einheiten wurde und wird auch noch im Rückblick allgemein respektiert. Dennoch muß festgestellt werden, daß die Sowjetunion und die internationale Arbeiterbewegung Spanien ganz gewiß nicht bis zur Grenze ihrer Möglichkeiten unterstützt haben. Im Oktober 1938, Monate vor dem Ende der Republik (29.3.39), wurden die Internationalen Brigaden aus Spanien abgezogen. Das war Teil einer internationalen Nichteinmischungs-Vereinbarung, die parallel auch den Abzug der deutschen und italienischen Einheiten vorsah. Die aber blieben im Land. So wirkte der Abzug der Internationalen Brigaden wie die Preisgabe eines sinkenden Schiffes.

Die Politik der Sowjetunion war von dem strategischen Ziel bestimmt, ein Eindämmungsbündnis gegen Deutschland und seinen Verbündeten Italien zu schaffen. Die Bildung von „Volksfront"-Bündnissen, die auf dem 7. Weltkongreß der Komintern 1935 als verbindliche Politik aller kommunistischen Parteien verkündet worden war, sollte diesem strategischen Ziel dienen. „Antifaschistische" Blockbildung mit möglichst großen Teilen der Bourgeoisie, war innen- wie außenpolitisch die Devise. Das verlangte nach Auffassung

sollte diesem strategischen Ziel dienen. „Antifaschistische" Blockbildung mit möglichst großen Teilen der Bourgeoisie, war innen- wie außenpolitisch die Devise. Das verlangte nach Auffassung

der Sowjetunion und der Komintern den Verzicht auf die unmittelbare Betreibung sozialistischer und sozialrevolutionärer Interessen und Ziele. Die Entfaltung des Klassenkampfs wurde nicht als Triebkraft, sondern als Hindernis für den so begriffenen „antifaschistischen Kampf" aufgefaßt.

Linke gegen Linke

Die spanische KP war, als durch den Putsch der Generäle der „Bürgerkrieg" begann, in einer deutlichen Minderheits- und Außenseiterposition innerhalb der „Volksfront". In wenigen Monaten wuchs sie jedoch zur führenden Kraft im republikanischen Lager an. Das gilt sowohl für die Mitgliederentwicklung der Partei wie auch für ihre Fähigkeit, große Teile des Staatsapparats zu besetzen oder zu hegemonisieren.

Von den Gegnern der KP wird diese Entwicklung im wesentlichen damit erklärt, daß die materielle Unterstützung der Sowjetunion besonders der KP zugute gekommen sei, und daß zweitens die KP wie ein Magnet alle Kräfte des republikanischen Spaniens an sich gezogen habe, die an der Verhinderung einer politischen und sozialen Revolution interessiert gewesen seien. Wäre dies richtig, so würde es beweisen, daß im republikanischen Lager die bürgerlich-demokratischen Kräfte stärker waren als die sozialistischen. Da man außerdem noch gegen einen starken faschistischen Gegner mit mächtigen ausländischen Verbündeten zu kämpfen hatte, ist schwer einzusehen, wie irgendjemand bei diesem Kräfteverhältnis eine sozialistische oder „anarchokommunistische" Revolution zum Sieg hätte führen wollen.

Der KP sind wohl die angeführten Gründe zugute gekommen. Außerdem aber hat sie sich, was ihre Gegner und Kritiker bis heute verdrängen, als die politikfähigste Kraft der spanischen Linken während des „Bürgerkriegs" erwiesen. Im Positiven wie im Negativen.

Spanien gilt als Exempel für „stalinistische" Praktiken in der innerlinken Auseinandersetzung. Die spanische KP und die Sowjetunion hatten präzise Vorstellungen, wie der politische und der militärische Kampf gegen die Faschisten geführt werden mußten. Diese Vorstellungen sollten als verbindliche Praxis durchgesetzt werden. Die Frage, mit welchen Methoden das geschah, wurde als zweitrangig angesehen. Wer gegenteilige Vorstellungen praktizierte, behinderte demzufolge den Kampf gegen die Faschisten. Ob aus politischer Blindheit oder ob bewußt als Helfer der Faschisten, wurde als vergleichsweise unwichtig angesehen. Mit Agenten-Vorwürfen war man jedenfalls nicht zimperlich.

Anfang Mai 1937 kam es in Barcelona zur direkten militärischen Konfrontation zwischen der KP und den von ihr hegemonisierten „Volksfront"-

Anfang Mai 1937 kam es in Barcelona zur direkten militärischen Konfrontation zwischen der KP und den von ihr hegemonisierten „Volksfront"-

Kräften einerseits, Anarchisten und Linksradikalen andererseits. Diese Konfrontation endete nach wenigen Tagen — dem Anschein nach ohne Entscheidung, in der Konsequenz jedoch eindeutig zugunsten der KP. Die unmittelbare Reaktion traf die linksradikale POUM, die in Katalonien über einen relativ großen Einfluß verfügte. Die POUM wurde verboten und verfolgt, viele POUM-Leute eingesperrt, ihr Führer Andres Nin in der Haft ermordet. Die KP konstruierte eine wilde Legende, derzufolge die POUM direkt im Dienste des internationalen Faschismus gestanden habe und als „Fünfte Kolonne" der Faschisten agiert habe. Im weiteren traf die Repression dann auch viele Anarchisten.

Zeit für das Ende von Legenden

Die gegenseitige Verbitterung und die damit einhergehenden Schuldzuweisungen halten bis heute an. Mit der „stalinistischen" Geschichtsklitterung kann sich ohne weiteres das Weltbild vieler linker KP-Gegner messen, die der KP die Haupt- oder Alleinschuld am Untergang der spanischen Republik geben. Nicht die militärische Stärke der Putschisten, sondern die von der KP betriebene „Konterrevolution" war ihrer Meinung nach ausschlaggebend für den Ausgang des Kampfes. Die Sowjetunion habe, so will es die Legende, eine siegreiche Revolution in Spanien ganz einfach nicht gewollt.

Das Gemeinsame an den Geschichtsklitterern beider Lager ist, daß sie der Gegenposition die subjektive Ehrlichkeit rundum absprechen. Als ob 50 Jahre nicht ein hinreichender Abstand wären, um die eine wie die andere strategische Option als Handlungsmöglichkeit mit Stärken und Schwächen wahrzunehmen und zu diskutieren.

„Wir mußten sie aufhalten ..."

Interview mit Heinz Dürmayer, ehemaliger Politkommissar der Interbrigaden

Sie waren nicht aufzuhalten. Franco überzog Spanien mit Terror. Hitler und Mussolini gingen von der Großübung zum Ernstfall über. Die geschlagenen Kämpfer gegen den Faschismus verschwanden in KZs. Das Grauen endete erst mit dem Zusammentreffen der sowjetischen und amerikanischen Truppen an der Elbe. Die neue politische Weltordnung war entstanden. — So oder ähnlich kann mensch es in Geschichtsbüchern lesen. In guten und in weniger guten.

Wie erlebten es die Beteiligten? Wie überlebten sie es? Was haben sie uns zu sagen? Das ist nicht von Büchern zu beantworten. Das muß mensch hören, sehen, fühlen.

„Es ist nicht wiederzugeben", sagt Heinz Dürmayer, Politkommissar bei den spanischen Interbrigaden, später Mitglied der Leitung des illegalen Widerstands in Auschwitz, „aber man versucht es, natürlich."

Wir führten ein Gespräch mit Heinz über den spanischen Bürgerkrieg.

F.

Arbeiterkampf: *Du gehörst zu denjenigen, die ab 1936 als Freiwillige nach Spanien gegangen sind. Was waren eure Motive?*

Heinz Dürmayer: Was die Österreicher betrifft, ist die Frage sehr einfach zu beantworten: den Kampf fortzusetzen, den sie in Österreich im Februar 1934 (1) verloren hatten. Sie sind aus der Emigration gekommen, aus der sowjetischen, ich aus der englischen, viele auch aus dem Land, alle auf abenteuerlichen Wegen. Man hat sie aus dem Zug geholt, wenn sie verdächtig waren, nach Spanien zu gehen. — Für die anderen, Franzosen, Amerikaner, was immer, war es der Kampf gegen den Faschismus. Wir haben die Gefahr richtig erkannt, die da ist.

Welche Lage habt ihr in Spanien vorgefunden?

Es hat eine Regierung gegeben. Es hat eine Gegenregierung gegeben. Spanien war geteilt: In einer Hälfte hatten die Faschisten die Oberhand bekommen. In der andern hatte das Volk noch die Oberhand, das den Francoputsch niedergeschlagen hat.

Wir brauchten ein richtiges Heer

Viele der Freiwilligen sind also schon mitten in die Kampfhandlungen gekommen?

Ja, es hat ja alles schon 36 mit dem Putsch angefangen. Da hat es allerdings am Anfang auf unserer Seite nur freiwillige Kämpfer gegeben, die sich die Waffen aus den Kasernen usw. geholt haben, Milizen. Es war auch anfangs noch so — namentlich bei den Anarchisten: Bei Tag hat er gekämpft wie ein Löwe, bei Nacht hat er gesagt, „Jetzt geh ich nach Haus", und ist nach Barcelona usw. nach Haus gegangen. Da haben wir Internationalen sehr schwere Arbeit gehabt, geordnete, sagen wir mal, Einheiten aufzustellen. Da hat man uns, den Kommunisten, und vor allem den Internationalen vorgeworfen, wir führten den Militarismus wieder ein. Sie wollten nur freiwillige Milizverbände, die kämpfen, wann sie wollen, unter selbstgewählten Führern usw. Aber gegen eine reguläre Armee kann man nicht mit ungeordneten Milizhaufen kämpfen. Da müssen wir auch eine Armee haben. Wir haben die Leute erst davon überzeugen müssen. — Na gut, vor allem haben wir das Beispiel gegeben, wir Internationalen. Während des Kampfes hat man aus den ungeordneten Milizgruppen langsam Kompanien, aus Kompanien Bataillone, aus Bataillonen Brigaden, aus den Bridaden dann Divisionen schaffen müssen. Das hat ein halbes bis ein Jahr gedauert.

fen müssen. Das hat ein halbes bis ein Jahr gedauert.

Wenn ich Erlebnisberichte aus der damaligen Zeit lese, klingt vieles auch in meinen Ohren ziemlich militaristisch. Ist es nicht vielleicht zeittypisch, daß auch Kommunisten sich Krieg, selbst revolutionären, damals nicht anders als in Kategorien der preußischen Heeresordnung vorstellen konnten?

Inzwischen wurden ja ganz andere Vorstellungen vom Volkskrieg entwickelt. Denke z.B. an Vietnam. War es nicht möglich, Guerillakampfformen zu integrieren?

Das ist was anderes, Guerilla ist die notwendige Kampfform, wenn das ganze Land vom Gegner besetzt ist. Dann gibt's nur Guerillaeinheiten, die mehr oder minder illegal arbeiten. Aber wir haben ja die Hälfte Spaniens in der Hand gehabt, und da war es eben richtig, ein regelrechtes Heer aufzubauen.

Aber es mußte doch mit zunehmenden Eroberungen durch die Franco-Truppen auch wachsendes Partisanenhinterland in den von ihnen besetzten Gebieten entstehen...

In einzelnen von Franco besetzten Gebieten ist auch ein solcher Partisanenkampf geführt worden. Das gehörte natürlich mit dazu.

Es ging also um mehr als die Marschordnung: Das Verhältnis von militärischem Kampf und sozialer Reform, das Verständnis von Revolution generell? Ging es nicht auch um das Motto „Wir wollen alles, und zwar jetzt!", nicht zuletzt in der Agrarreform?

Wir haben die Agrarreform auf unseren Gebieten sofort durchgeführt. Der Großgrundbesitz wurde sofort aufge-

ren Gebieten sofort durchgeführt. Der Großgrundbesitz wurde sofort aufge-

teilt auf die Bauern. Aber für etwas anderes möchte ich dir ein konkretes Beispiel geben, was wir natürlich nicht akzeptieren konnten: Es ist ja nicht nur auf politischem und militärischem Gebiet so gegangen, daß es hieß, die anderen sollen sich selbst befreien. Auch auf wirtschaftlichem Gebiet haben die Anarchisten es so gemacht. Sie haben Fabriken besetzt. Mit vollem Erfolg. Sie wollten ja das Bestmögliche für ihre Arbeiter. Aber jede Fabrik hat sich als Einheit gefühlt, unabhängig von der Wirtschaftslage des Landes oder



Heinz Dürmayer in Spanien

der andern Stadt. Das hat z.B. dazu

der andern Stadt. Das hat z.B. dazu

geführt, daß auf der einen Seite die Soldaten mitunter in Spagatschnürschuhen in den Kampf gegangen sind, aber in Barcelona hast du feinste Damen- und Herrenschuhe kaufen können. Oder: Wir haben an der Front keinen Zucker gehabt, aber da gab es eine Fabrik, die Bonbons hergestellt hat.

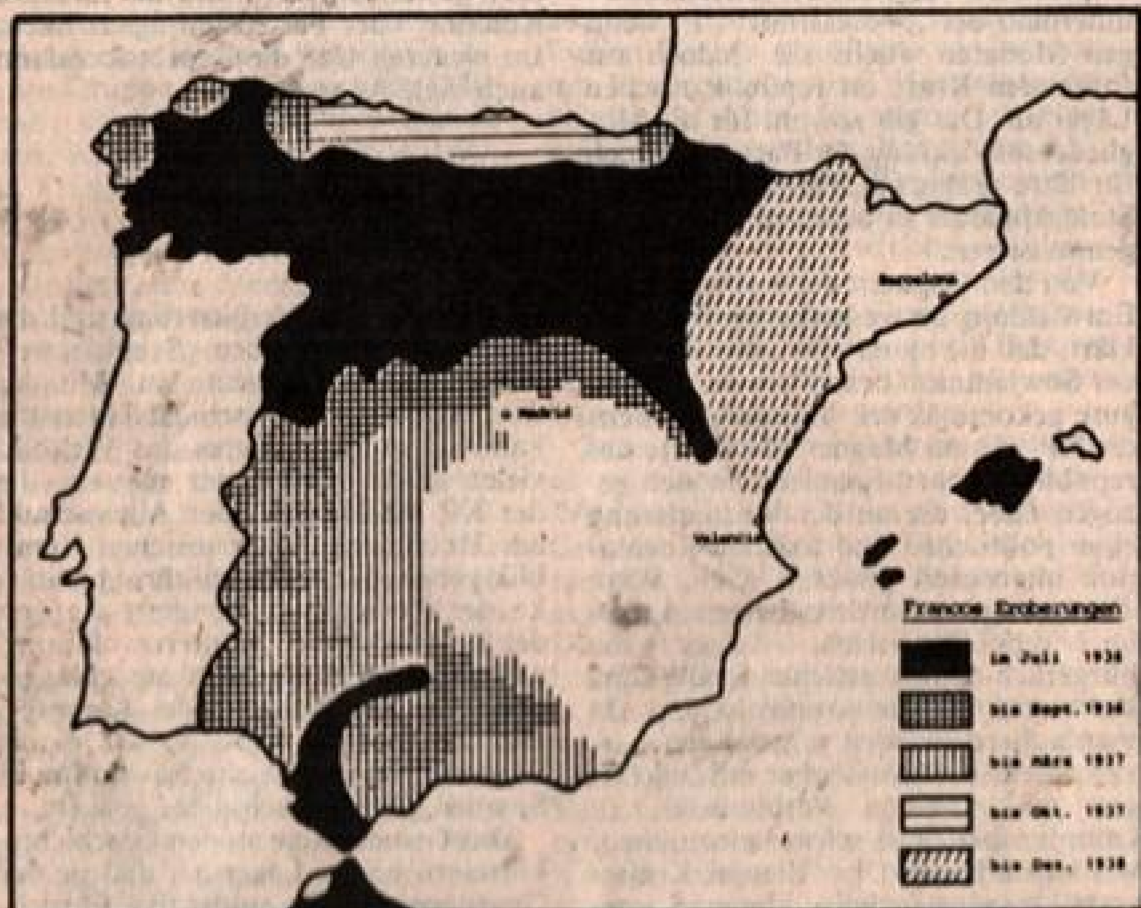
Wir haben niemanden gezwungen

Wie wurde der Konflikt ausgetragen?

Da hat es heftige Diskussionen gegeben. Allerdings nach einigen Monaten haben wir uns durchgesetzt auch bei den Anarchisten. Vor allem war dort einer, der Durutti, der sehr bald begriffen hat, daß wir recht haben. Er hat in diesem Sinne als anerkannter Führer auf seine Leute eingewirkt.

Von anarchistischer Seite wird noch heute der Vorwurf erhoben, die Kommunisten hätten ihre Überzeugungsarbeit recht gewaltsam durchgeführt.

Moment, da möchte ich nur ein Beispiel anführen. Damit ist alles entkräftet. Wir haben niemanden gezwungen, irgendeine Meinung zu haben oder nicht zu haben. Allerdings, was sich in Barcelona die POUM erlaubt hat, abgekürzt: Partido obrero unificada marxista, das konnte nicht geduldet werden. Denn da war die anarchistische Linie etwa die: Schön, wir in Barcelona haben uns befreit. Damit ist der Fall für uns erledigt. In Madrid sollen sie sich selber befreien. Das ist ihre Sache. Und haben die Waffen, die mit Schiffen aus der Sowjetunion gekommen waren, Gewehre, Maschinengewehre, Geschütze, Flugzeuge, Tanks und alles abgestoppt und nicht weitergeleitet. Da mußte natürlich eingegriffen werden.



Frontverschiebungen im Bürgerkrieg

Was heißt das konkret?

Wie der Aufstand der POUM losgebrochen ist, wurden antifaschistische Einheiten, Spanier und Interbrigaden, nach Barcelona in Marsch gesetzt und haben das dort niedergeschlagen. Das ist der vielzitierte Kampf zwischen den Linken. Es war der Aufstand der POUM. Das waren aber nicht alles Anarchisten. Das ist falsch. Ich will nicht alle Anarchisten beschuldigen. Ich selbst habe, als ich Divisionskommissar war, einen anarchistischen Stellvertreter gehabt. Ich habe auch anarchistische Kampftruppen gekannt, die Seite an Seite großartig gekämpft haben. Man kann nicht sagen: *die* Anarchisten.

Aber es ist zu Erschießungen von Anarchisten durch Kommunisten gekommen.

Das war der POUM-Aufstand.

Vom wem gingen die Befehle zur Niederschlagung des Aufstands aus?

Von der Regierung natürlich, und wurden dann einzelnen verläßlichen Einheiten übertragen und dann natürlich in erster Linie den Interbrigaden.

Wie war die Stellung der Interbrigaden zur republikanischen Regierung und zu den übrigen Heeresteilen?

Offiziell hat's keinerlei Unterschiede gegeben. Aber da wir eine sehr gut ausgebildete und sehr gut disziplinierte Truppe waren, sind wir de facto überall dort eingesetzt worden, wo es kritisch war, wo Offensiven geplant oder erwartet wurden, also immer an den härtesten Punkten.

Welche Aufgabe hatten die Politkommissare?

Die Aufgabe war ganz klar. Auf der einen Seite politische Erziehung. Das Volk, die Rekruten, die waren ja alle politisch nicht geschult, unerfahren. Du mußtest ihnen ja erst mal klar machen, wofür sie kämpfen. Sie wurden

politisch nicht geschult, unerfahren. Du mußtest ihnen ja erst mal klar machen, wofür sie kämpfen. Sie wurden

eingezogen. Sie waren ja keine Freiwilligen. Die Freiwilligen wußten natürlich, wofür sie kämpfen.

Das Zweite war Kontrolle. Zum Offizier hat man ja schnell jemand gemacht, der sich im Kampf ausgezeichnet hat, der sich militärisch hat schulen lassen usw. Aber das hat noch nicht geheißen, daß er politisch verläßlich war. Um es kraß auszudrücken: Ein Offizier, ob das jetzt ein Hauptmann oder ein General war, konnte einen Kommissar niemals absetzen. Aber der Kommissar konnte jederzeit einen Offizier absetzen, dem er beigeordnet war, ob Hauptmann oder General, und selbst das Kommando übernehmen oder einen anderen einsetzen. Das ist mitunter auch geschehen. Er konnte ihn sogar erschießen.

Durch wen wurden die Politkommissare kontrolliert?

Von der nächsthöheren Instanz. Vor allem bei den Interbrigaden war das so. Wir haben als obersten Chef einen Generalkommissar gehabt. Das war Luigi Longo, der spätere Generalsekretär der Kommunistischen Partei Italiens.

Was hatte er für ein Verhältnis zur Komintern?

Er war Vertrauensmann der Komintern. Das ist doch logisch.

D.h., die Komintern hatte direkten Einfluß auf die Entscheidungen der Interbrigaden. Wurden diese Entscheidungen für euch durchsichtig gemacht?

Ich weiß nicht, warum du das fragst? Die Komintern-Entscheidungen waren kein Diktat. In der Komintern waren alle kommunistischen Parteien. Was da im einzelnen diskutiert wurde, weiß ich nicht. Ich war ja in Spanien.

Truppenübungsplatz Spanien

Wie habt ihr die Haltung der europäischen Großmächte erlebt, ins besondere bzgl. des sog. Nicht-Einmischungspaktes?

Das war ein Skandal! Einen ärgeren gibt es nicht. Die französische und die englische Regierung haben uns behindert. Beispiel: Die Waffenlieferungen sind alle aus der Sowjetunion gekommen. Es wäre natürlich das einfachste gewesen, die Waffen per Schiff, sagen wir mal, nach Cherbourg oder Le Havre und von dort auf dem Landweg nach Spanien zu transportieren. Die sozialdemokratische Regierung Blum hat das verboten, hat das nicht zugelassen! Die ganzen Waffenlieferungen mußten durch das Mittelmeer gehen, und im Mittelmeer machten wieder deutsche und italienische Kriegsschiffe Jagd auf unsere Schiffe. Jedes zweite, kann man sagen, wurde versenkt.

Hitler und Mussolini haben das Abkommen ja offenbar als Aufforderung zum Eingreifen verstanden.

Mehr noch! Franco hätte vermutlich gar nicht losschlagen können ohne die Unterstützung Mussolinis und Hitlers. Seine Hauptstützen waren die Truppen in Nordafrika. Die Flotte war in unsern Händen, d.h. in den Händen der Republik. Was hat also Hitler gemacht? Er hat eine riesige Transportflugzeugflotte zur Verfügung gestellt, so daß Franco seine Truppen rüberschaffen konnte. Ohe das wären sie überhaupt nicht herüber gekommen.

Wie erklärst du dir das relativ späte Eingreifen der SU?

Ich kann nicht behaupten, daß es lang gedauert hat. Ich bin dagewesen im Ende 36, Januar 37 — und was habe ich gefaßt? Russische Gewehre! Ich war bei der Maschinengewehrkompanie. Wir haben ein russisches „Maxim" gehabt!

Es waren auch russische Tanks, ja, Flugzeuge im Einsatz. Die Republik hat doch weder Tanks, noch Flugzeuge gehabt.

Was war deiner Meinung nach entscheidend für die Kämpfe?

Das massive Eingreifen der deutschen und der italienischen Wehrmacht: Waffen, Truppen, der Transport von Marokko herüber, der Einsatz der Legion Condor — die ersten Bedienungsmannschaften der feindlichen Tanks und Flugzeuge waren ja Deutsche! Ohne das Eingreifen Hitlers und Mussolinis wäre Franco in einigen Monaten erledigt gewesen. Auf Sonne und Mond wäre er geflogen. Denn das Volk war auf unserer Seite.

auf unserer Seite.

Welches Motiv hatten Deutschland und Italien für ihre Hilfe?

Sie konnten kein demokratisches Spanien brauchen in ihren zukünftigen Kriegsplänen. Aber ein Frankreich zwischen Hitler-Deutschland und Franco-Spanien ist mehr oder weniger handlungsunfähig und kann leicht angegriffen und vernichtet werden, wie es geschehen ist, d.h. zur Übergabe gezwungen werden.

Göring oder einer seiner Generäle sollen gesagt haben, Spanien sei der beste Truppenübungsplatz gewesen.

Das war außerdem so. Die Tanks waren etwas völlig Neues, die Flugzeuge auch, bestimmte Arten neuer Geschütze ebenfalls. Das hat es doch alles so im ersten Weltkrieg noch nicht gegeben. Das ist praktisch dort ausprobiert worden. Die Deutschen haben ihre Legion Condor dort ausprobiert. Die Italiener haben ganze ausgerüstete Divisionen geschickt.

Die Übermacht war zu groß

Kannst du uns schildern, wie das Ende der Kämpfe ausgesehen hat?

(Gepreßt) Ja, gut — da war dann eine Weltuntergangsstimmung bei der Bevölkerung, auch bei den Truppen. Bei den Interbrigaden konnten wir die militärische Ordnung aufrechterhalten, auch in vielen spanischen Einheiten.

Praktisch war das so: Bei Tag haben wir gekämpft. Bei Nacht haben wir uns zurückgezogen, besser gesagt, zurückziehen müssen. Wir konnten einfach nicht mehr standhalten. Die Übermacht war zu groß, auf allen Gebieten,

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

nicht nur was die Truppen betrifft, auch vor allem, was das Material betrifft. Am Anfang war es ja nicht so arg, aber durch die ständigen Lieferungen ist die Überlegenheit von Monat zu Monat, kann man sagen, gewachsen. Das konnte durch die Lieferungen seitens der Sowjetunion nicht ausgeglichen werden.

Wie sah die Unterstützung durch die Bevölkerung aus? Hat sich das gegen Schluß verändert?

Die Bevölkerung war immer auf unserer Seite. Auf der Franco-Seite war nachts strengstes Ausgehverbot für die Soldaten. Sie mußten Angriffe aus der Bevölkerung fürchten. Bei uns hat in der Nacht das Leben erst richtig begonnen. Da konnte es nämlich nicht durch Flugzeugangriffe gestört werden. Die Städte waren hellerleuchtet. Alles war auf den Straßen, in den Cafes.

Und dann die Partisanen, die wir zum Sprengen von Brücken usw. hinübergeschickt haben. Sie haben sich dort bewegen können wie ein Fisch im Wasser. Wie es sein muß. Sonst geht es nicht. Sie haben sofort überall Hilfe gefunden. Man hat sie versteckt, hat ihnen geholfen, hat ihnen gesagt, Achtung, da kommt jetzt eine Truppe, hat sie verpflegt usw. Das hat sich bis zum Schluß nicht geändert.



Biografisches zu Heinz Dürmayer

Hofrat Dr. Heinrich, auch Heinz, Dürmayer, heute 81, Kind aus gutbürgerlichem Wiener Hause. Als Student unpolitisch. Trat 1934 nach der Niederschlagung der Unruhen gegen Dollfuß, die zum Verbot der SPÖ führten, der KPÖ bei. Seine illegale Parteitätigkeit trug ihm 1935 einen Hochverratsprozeß ein, der ihn ins Österreichische KZ Wöllerdorf brachte.
Von dort entlassen unter der Bedingung des Verzichts auf die Österreichische Staatsbürgerschaft und ausgewiesen.
Exilaufenthalt England: Erfolglose Aufklärungsversuche zu Hitlers Kriegsabsichten im englischen Parlament.

Exilaufenthalt Frankreich: Dort Unterhändler für Waffenlieferungen Frankreichs an die Spanische Republik.

Ende 1936 nach Spanien. War dort zuletzt Politkommissar im Stab der 35. Division. Sie umfaßte die 11., 13. und 15. Internationale Brigade.

Nach dem Rückzug der Interbrigaden in Südfrankreich interniert. Von dort ungeachtet seiner Staatenlosigkeit an die sog. Heimat-GeStaPo ausgeliefert. Ein Jahr im Volksgerichtshofgefängnis in Wien. Anschließend Überführung nach Auschwitz, Lagerstufe 3, Vernichtungslager. Als Auschwitz geräumt werden mußte, nach Mauthausen verlegt. In allen Lagern in der illegalen Widerstandsleitung, in Auschwitz als Lagerältester. In Auschwitz gab es eine starke illegale Organisation.

Von 1945 bis Ende 1947 Chef der österreichischen Staatspolizei. Quittiert den Dienst, um einem „Unfall" zuvorzukommen, wie er sich ausdrückt. Seitdem Anwalt. Der Titel eines Hofrats ist ihm kurioserweise bis heute geblieben.

Heinz Dürmayer lebt heute im Ruhestand zusammen mit seiner Frau Janka. Die beiden haben sich im KZ Auschwitz bei der illegalen Arbeit kennengelernt und anschließend geheiratet. Er ist heute Obmann der „Vereinigung österreichischer Freiwilliger in der spanischen Republik 1936 bis 1939 und der Freunde des demokratischen Spanien".

Warum mußten die Interbrigaden gehen? Wie wurde ihr Abmarsch aufgenommen?

Das war ein Beschluß des Völkerbundes: Rückziehung fremder Truppen auf beiden Seiten. Nur hat sich die Republik daran gehalten und der Franco nicht. Dessen Unterstützer sind nicht abgezogen worden. Aber ich möchte an den Abschied der Interbrigaden aus Barcelona erinnern: Es war ein Volksfest! Zuerst konnten wir noch marschieren in militärischer Ordnung, noch an der Regierungstribüne vorbei, aber dann war das nicht mehr möglich. Die Bevölkerung ist auf uns losgestürzt, hat uns geküßt, hat uns Blumen gegeben, Adressen zugesteckt.

noch an der Regierungstribüne vorbei, aber dann war das nicht mehr möglich. Die Bevölkerung ist auf uns losgestürzt, hat uns geküßt, hat uns Blumen gegeben, Adressen zugesteckt.

Welche Folgen hatte die Niederlage in Spanien selber?

Eine unerhörte Welle der Unterdrückung. Die Gefängnisse und die Lager waren überfüllt. Hinrichtungen am laufenden Band.

Wie war die Wirkung auf Euch, auf die internationalen Unterstützer der republikanischen Sache?

Wir haben gesagt: Wir haben eine Schlacht verloren, aber noch nicht den Krieg. Wir werden den Krieg weiterführen — jeder wo er kann. Die Franzosen, die Amerikaner, die konnten ja in ihre Heimat zurück. Das war für sie kein Problem. Die Österreicher, die Deutschen, wir konnten natürlich nicht zurück. Wir wurden in Frankreich interniert. Ich selbst war bei der Delegation jener, die mit den Regierungsvertretern verhandelt hat. Nichts haben sie gemacht, um uns wirklich aufzunehmen. Ich hab Einladungen nach England bekommen. Sie haben uns nicht herausgelassen, die Franzosen. Wir haben gesagt: Laßt uns doch frei. Wir wissen, was los ist, wenn der Hitler kommt. Offensichtlich um den Nazi-Deutschen ein Geschenk zu machen, damit sie vielleicht selbst etwas besser behandelt werden, haben sie uns ausgeliefert.

Internierung in Frankreich von Frankreich ins KZ

Was ist in Südfrankreich bei Ankunft der Brigaden aus Spanien passiert?

Es war schandbar, was die französische Regierung gemacht hat: Ich und ein anderer Kommissar haben die letzten Truppen über die Grenze geführt. Wir waren fertig, aber noch voll in Disziplin. Vor der Grenze haben wir unsere Waffen niederlegen müssen. Auf der anderen Seite wurden wir von der Garde mobile empfangen, aber in einer schäbigen Art: Truppen nochmals gefilzt usw. Ich gehe zum ranghöchsten Dienstoffizier und sage: Was ist hier los? Bitte schön, sagt der, halten Sie die militärische Ordnung aufrecht und marschieren Sie. Zwei Kilometer weiter ist ein Lager vorbereitet. Dort sind Zelte. Dort sind Feldküchen. Gut, wir sind in militärischer Ordnung weitermarschiert. Nach weiteren zwei Kilometern frage ich den Offizier: Wo sind die Zelte? Ja, noch zwei Kilometer. Und dann wieder dasselbe. Und wieder meine Frage. Und wieder: Noch zwei Kilometer. — Aus, sage ich, Schluß! Ich löse die militärische Ordnung auf! Die Truppe hat vierzehn Tage gekämpft und marschiert jetzt schon wieder sechs Stunden. Ich spiele nicht weiter mit bei dieser Menschenschinderei. Sie behandeln uns wie Fremdenlegionäre, die sie fertig machen wollen. Uns machen Sie aber nicht fertig. Dann habe ich die Offiziere und Kommissare zu mir gerufen, hab die militärische Ordnung aufgelöst. Jeder kann weitermarschieren oder sich irgendwo hinlegen

näre, die sie fertig machen wollen. Uns machen Sie aber nicht fertig. Dann habe ich die Offiziere und Kommissare zu mir gerufen, hab die militärische Ordnung aufgelöst. Jeder kann weitermarschieren oder sich irgendwo hinlegen

und ausruhen.

Da haben die französischen Offiziere getobt. Was weiß ich: Verhafte Sie, Kriegsgericht usw. Ich sage: Machen Sie, was Sie wollen, aber dann haben sie einen Skandal, wie Sie noch keinen gehabt haben in Ihrem Leben!

Die meisten haben sich hingelegt. Ich bin weitermarschiert, bis dort, wo das Lager sein sollte. Ich sehe ein paar Zelte. Gehe hin. Mach eins auf: Negersoldaten! Wo ist das Lager für das spanische Heer, sag ich, das kommt? Hier sollen doch Zelte sein, Feldküchen?! Nichts! Wir sind da, sagen die Soldaten. Da sollen irgendwelche Gefangene kommen, die wir bewachen sollen. — Das war alles, keine Zelte, keine Küche, nichts, garnichts war da! Langsam sind dann unsere Leute eingetrudelt. Da haben wir uns das Lager erst aufbauen müssen. Die Franzosen haben uns nur Holz zur Verfügung gestellt.

Sie haben sich noch andere Schweinereien erlaubt: Wir haben zum Beispiel Verwundete gehabt. Wir hatten auch Ärzte, hatten einen Ambulanzwagen, andere Wagen mit Medikamenten. Die wurden bewaffnet abgesperrt. Unsere Ärzte haben gebeten, unsere Instrumente, unsere Medikamente holen zu können, um unsere Verwundeten zu behandeln. Abgelehnt! In Sichtweite unserer Ambulanz haben Leute mit leichten Verletzungen sterben müssen, weil sie nicht behandelt werden konnten!

Später ist es uns gelungen, im englischen Parlament Krach zu schlagen. Englische Parlamentarier haben bei der französischen Regierung durchgesetzt, daß sie mit uns sprechen konnten.

Es wurden dann trotzdem alle Deutschen, Österreicher und Italiener an die GeStaPo ausgeliefert?

Ja, aus allen Lagern. Manche haben es dabei besser gehabt als andere. Einfache Mannschaftspersonen hat man, weiß ich, z.B. gegeben nach Dachau. Dachau war im Verhältnis etwa zu Mauthausen oder zu Auschwitz ein Erholungslager. Das klingt übertrieben, aber der Unterschied war kraß. Ich als Politkommissar bin natürlich nicht nach Dachau gekommen. Ich bin ein Jahr bei der GeStaPo gewesen und dann gleich nach Auschwitz gekommen und von Auschwitz nach Mauthausen. Ich war immer in Vernichtungslagern. Ebenso andere Gleichgestellte.

In allen Lagern gab es Widerstandskomitees. Habt ihr Spanienkämpfer dort besondere Funktionen gehabt?

Sagen wir, wir haben das Beispiel gegeben. Wir haben organisiert. Schau, die Spanienkämpfer waren doch zumeist alte Kommunisten, die auch illegale Erfahrungen hatten, legale sowieso. Die Faschisten haben sich mit Recht gesagt: Die sind gefährlich. Die sind politisch und militärisch geschulte Kader. Die haben alles hinter sich.

Die UdSSR braucht jeden Monat

Die UdSSR braucht jeden Monat

Wie wirkte der sog. Hitler-Stalin-Pakt in dieser Situation auf euch?

Wir haben darüber natürlich lange diskutiert. Aber wir sind zu dem Schluß gekommen, den ich auch heute noch teile: Stalin ist es damals darum gegangen, den Krieg hinauszuschieben. Daß der Krieg kommt, das hat jeder gesehen, aber die Sowjetunion war noch nicht fertig gerüstet. Das war auch einer der Gründe, warum wir in Spanien bis zum letzten Moment ausgehalten haben. Wir haben uns gesagt: Je länger wir in Spanien kämpfen, um so später kann Hitler losschlagen. Mit jedem Monat, den wir hier kämpfen, schieben wir den zweiten Weltkrieg hinaus. Die Sowjetunion braucht jeden Monat. denn sie ist noch nicht ausreichend gerüstet.

Was heißt „wir"? Die Führung der Republik, der Interbrigaden, der Komintern? Hat die spanische Bevölkerung das auch so gesehen? Schließlich mußte diese Verlängerung des Krieges ja auf Kosten der spanischen Bevölkerung stattfinden.

Auf Kosten der spanischen Bevölkerung, ja. Die einfache Bevölkerung hat nach wie vor gegen den Faschismus gekämpft. Jedes Dorf. Das ging gegen Franco. Die größere Perspektive hat der Einfache vielleicht nicht gesehen, aber die Regierung wohl, und vor allem wir.

Und das ist dann auch ganz bewußt so entschieden worden?

So entschieden worden, ja.

Auch im Wissen, daß das zu Lasten der spanischen Bevölkerung ging?

Und wenn der Faschismus, wenn Fraco kommt — geht's ihnen dann vielleicht besser? Wir haben ja gewußt, was dann kommt; Massenliquidierungen usw. Und das hat die Bevölkerung auch gewußt und deshalb gekämpft, um den Franco nicht kommen zu lassen.

Eine ausweglose Situation.

Nach dem Eingreifen Hitlers war es aussichtslos. Vorher haben wir noch geglaubt, wir können es verkraften, wir können noch so rasch Franco niederschlagen, daß jede Hilfe für ihn zu spät kommt. Rasch! Rasch! Rasch! Wir haben uns gesagt, wenn die Hilfe dann massiv einsetzt, dann ist es aus mit uns. Daher müssen wir das verhindern. Die Hilfe muß zu spät kommen. Aber das ist danebengegangen. Er konnte sich doch halten.

Wie war es möglich mit dem Bewußtsein dieser Aussichtslosigkeit einen solchen Krieg zu führen?

Der spanische Soldat hat das nicht so gesehen.

Und woher habt ihr die Kraft genommen?

Das waren alles alte, überzeugte Kommunisten, theoretisch geschult auch.

Das schützt nicht vor Verzweiflung.

O ja, o ja, wo haben wir die Kraft her gehabt, im KZ illegal zu arbeiten?! Wo es ja klar ist, wenn man erwischt wird, wird man zu Tode gefoltert und das ist der Erfolg. Also selbst unter solchen Situationen, die aber gar nicht zu vergleichen sind mit dem Krieg in Spanien, haben wir gekämpft.

Ich will dir etwas sagen: Es gibt eine große Kraft, das ist die Liebe. Es gibt aber eine noch größere Kraft, das ist der Haß. Ich hatte keine Angst mehr vor dem Sterben. Ich lebte ja im KZ mein Leben nur noch auf Abruf. Es gab nur die Hoffnung, den nächsten Tag vielleicht doch zu überleben und es ihnen dann heimzahlen zu können. Diese Hoffnung hat einen aushalten lassen.

Das gilt für das KZ. Aber im spanischen Krieg wart ihr Freiwillige.

Ja, aber wir haben eine Aufgabe darin gesehen: So lang als möglich! Möglichst hinauszögern! Wir waren felsenfest davon überzeugt: Wenn hier alles vorüber ist, legt Hitler los. Und so war es. Einige Monate nach der Niederlage hat Hitler losgeschlagen.

Wie siehst du es von heute aus? War es richtig, so gehandelt zu haben?

Es war richtig. Ich wüßte nicht, wie wir anders hätten handeln sollen.

Den Faschismus unterschätzt

Es war richtig. Ich wüßte nicht, wie wir anders hätten handeln sollen.

Den Faschismus unterschätzt

Kam der Aufruf zur Bildung einer Volksfront in Spanien nach der jahrelangen Front gegen die angebliche Gefahr des Sozialfaschismus 1936 nicht schon zu spät?

Die Volksfront in Spanien ist gegründet worden, sobald es möglich und notwendig war.

Wie weit hing die Bereitschaft, für die Volksfront nicht nur auf die Barrikaden, sondern buchstäblich in den Krieg zu ziehen mit der dann von Dimitrov auf dem VII. Weltkongreß vorgetragenen Kurskorrektur der Komintern zusammen, Stichwort: von der Sozialfaschismusthese zur Einheitsfrontpolitik?

Eine Verbreiterung der antifaschistischen Front hat sich als notwendig erwiesen und hat zur Volksfront geführt.

Wodurch wurde diese Notwendigkeit, die ja vorher so nicht erkannt worden war, nun sichtbar?

Durch die Tatsachen! Wir waren einfach gezwungen, die Front zu verbreitern. Der Faschismus wird immer stärker, weitet sich aus. Also, eine möglichst breite Abwehrfront müssen wir haben. Das können nicht die Kommunisten allein mehr machen.

Würdest du mir zustimmen, daß man aus heutiger Sicht — ich betone ausdrücklich: aus heutiger Sicht — sagen muß, daß der Charakter des Faschismus bei seiner Entstehung, vor allem in den Jahren zwischen Zwanzig und Dreißig, nicht richtig erkannt wurde?

Daß man ihn unterschätzt hat — ja. Das kann stimmen. In diesen Jahren waren ja schon die Wurzeln da, aber da hat man sich absolut noch auf Bürgerrechte, auf die Demokratie verlassen. Daß die gestürzt werden könnten durch den Faschismus, auf diese Idee ist man gar nicht gekommen.

Der Verrat der Sozialdemokratie am Sozialismus wurde als drückenderes Problem empfunden als die faschistische Gefahr.

Ja, wir in Österreich haben es doch genau erlebt, diesen Verrat der Sozialdemokraten. Siehe 1934. Einen ärgeren Verrat kann es doch nicht geben. Die Sozialdemokratie hatte eine breite Masse hinter sich gehabt, als Wähler. Hatte den Schutzbund aufgebaut. Wenn nun Polizei marschiert, Truppen — was hätte richtig sein müssen? Da hätten Steine und Töpfe und heißes Wasser von den Fenstern herunterprasseln müssen. Da hätten die Massen mobilisiert werden müssen. Das hat die SPÖ bewußt nicht getan, abgesehen noch von dem Verrat, den einzelne Führer des Schutzbundes gemacht haben, die sich wohlweislich unter irgendeinem Vorwand am Tag selbst oder vorher haben verhaften lassen, damit sie nicht dabei sein müssen. Oder an bestimmten Stellen, wo Waffen hätten ausgegeben werden sollen, da sind die Schutzbündler hingekommen — aber die Leute, die wußten, wo die Waffen sind, sind nicht gekommen. — Die Volksfront war unsere Lehre aus den Fehlern.

Ist Volksfront für dich dadurch zu einer prinzipiellen Angegelegenheit geworden, die du auch heute unter allen Umständen vertritst?

Auch heute, aber wenn Volksfrontpolitik zur Kapitulation bereit ist, dann braucht man sie nicht.

Sag mir doch bitte, ob ihr Spanienkämpfer auch nach 45 weiter als verschworene Gemeinschaft — wie unter anderen Umständen vorher in den Kzs usw. — gewirkt habt?

Ich muß da absehen von den demokratischen Ländern wie England, Frankreich usw. Etwas besonderes war das ja in den vom Faschismus befreiten Ländern wie Deutschland und Österreich. Ich denke da zuerst an die DDR. In der BRD sind sie ja, ich will nicht gerade sagen verfolgt, aber ausgeschaltet worden. Anders war es in der DDR. Wer hat die Armee aufgebaut, wer hat die Polizei aufgebaut — die Spanienkämpfer. Wer hätt's denn machen sollen? Einer ist sogar ein Minister geworden, der Hoffmann.

Und in Österreich?

Na, hier natürlich nicht. Nach 45 war ich Chef der Staatspolizei. Ich hab natürlich sofort die ganzen Spanienkämpfer, die ich kriegen konnte, zur Polizei genommen. Aber die hat man nachher genauso wie mich entweder versetzt, in unmögliche Positionen ge-

ich Chef der Staatspolizei. Ich hab natürlich sofort die ganzen Spanienkämpfer, die ich kriegen konnte, zur Polizei genommen. Aber die hat man nachher genauso wie mich entweder versetzt, in unmögliche Positionen ge-

schoben oder so schikaniert, daß sie entweder von selbst gegangen sind oder man einen Grund gefunden hat, sie hinauszuschmeissen aus der Polizei, vom Heer gar nicht zu reden.

Ihr seid inzwischen fast alle weit über Siebzig. Hier in Österreich habt ihr euch in einem Bund der Spanienkämpfer zusammengeschlossen. Woraus besteht eure Aktivität?

Jeder hat halt irgendeine Funktion in Gewerkschaft oder Partei, soweit er überhaupt noch aktiv ist. Als Organisation werden wir nur bei besonderen Anlässen aktiv, auch international. jetzt z.B. anläßlich des 50. Jahrestags. Überall wird dieser Tag genutzt, um darauf hinzuweisen, daß auch heute wieder der Faschismus droht und vor allem Kriegsdrohung da ist. Heute ist es noch viel gefährlicher, weil eine Weltmacht dahinter steht, die USA, die, wo sie kann, rechtsgerichtete Regierungen hält und linksgerichtete, siehe Nicaragua, versucht zu stürzen, und sei es mit Gewalt.

Wie stehst du zum Einsatz der Brigaden in Nicaragua?

Wenn ich jünger wäre, wäre ich auch dort. (lacht) Na, sicher wäre ich dort, aber in meinem Alter bin ich natürlich nur eine Belastung.

Wir danken dir für das Gespräch!

Das Gespräch führte F.

Anmerkung:

1) Nach Straßenkämpfen in Wien und anderen Städten wurde 1934 die SPÖ von Dollfuß verboten. Ein Jahr zuvor hatte er mit Hilfe des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes die parlamentarische Verfassung aufgehoben und die nationalsozialistische Partei verboten. Die Straßenkämpfe waren aus Anlaß von Protesten der KPÖ und SPÖ gegen die Mißachtung des Verbots seitens der Nazis entstanden. Eine Mobilisierung der Bevölkerung seitens der SPÖ unterblieb. Der Einsatz des von der SPÖ als antifaschistische Kampftruppe aufgebauten Schutzbundes wurde von der SPÖ-Führung hintertrieben.

Was ist schon Wirklichkeit

Die KP-Geschichtsschreibung zum Spanischen Krieg — ein Fall für die Akten?

Neben der Kulturrevolution in der VR China ist kaum ein anderes politisches Ereignis von zentraler Bedeutung in diesem Jahrhundert so legendenumwoben und — je nach politischem Interesse — unterschiedlichster Interpretation ausgesetzt wie der Spanische Bürgerkrieg. Schon die Bezeichnung ,,Bürgerkrieg'' ist Teil der Legende, erfaßt dieser Begriff doch nur eine Dimension des Krieges: die innerspanische Auseinandersetzung (Putschisten unter Franco gegen die Republik), nicht aber die beiden anderen und nicht minder bedeutsamen Dimensionen: der Interventionskrieg (die Unterstützung der Franco-Putschisten durch den deutschen und den italienischen Faschismus) sowie die Auseinandersetzung der Linken untereinander, die, da nicht selten mit gewaltsamen, mit militärischen Mitteln ausgetragen, als Krieg innerhalb der Linken bezeichnet werden kann.

An den Legenden gestrickt haben vornehmlich einerseits bürgerliche und sozialdemokratische Historiker, andererseits die Geschichtsschreiber, die in der Tradition der Komintern stehen (bzw. in diese Tradition sich stellen). Beide Seiten argumentieren im Kern in gleicher Weise gegen den Anarchismus, der seinerseits ein ganz eigenes Bild vom Spanischen Krieg zeichnet. Und der Trotzkismus scheint geschichtlicher Wirklichkeit ebensowenig verpflichtet.

Unser Gastautor p. hat nicht den Anspruch, alle Legenden zu widerlegen und auch nicht, der KP-Geschichtsschreibung zum Spanischen Krieg ein ,,wie es wirklich war'' gegenüberzustellen. Ausgehend von einer Vielzahl der einschlägigen KP-Schriften stellt er das in ihnen sich äußernde Welt- und Politikbild dar und konfrontiert die Aussagen in diesen Schriften mit einer Reihe kritischer Nachfragen, spürt den Widersprüchen in diesen Schriften selbst nach und stellt den Verzerrungen der KP-Geschichtsschreibung, soweit rekonstruierbar, an einigen zentralen Punkten — wie dem sagenhaften ,,Mai-Putsch'' und den Kollektivierungen — den tatsächlichen Geschichtsverlauf gegenüber.

Im vorliegenden ersten Teil seiner Arbeit stellt p. die Entstehung der Republik dar, den Putsch der Generäle und die ,,Volksdemokratie'' nebst ihren ,,inneren Feinden'', hier steht der ,,Mai-Putsch'' im Mittelpunkt.

Republik dar, den Putsch der Generäle und die ,,Volksdemokratie'' nebst ihren ,,inneren Feinden'', hier steht der ,,Mai-Putsch'' im Mittelpunkt.

Die KP-Geschichtsschreibung (1) geht von einer prinzipiellen Kontinuität der spanischen *Republik* von 1931 bis 1939 aus. Mit der Ausrufung der Republik am 14. April 1931 sei endlich die längst überfällige bürgerliche Revolution auf die Tagesordnung gesetzt worden: ,,Mit dem Sturz der Monarchie beginnt in Spanien die bürgerlich-demokratische Revolution.'' (Longo 12) (2) ,,Noch nie zuvor in der Geschichte Spaniens war die Situation für das Volk günstiger gewesen, den Abstand zu überwinden, der es von den fortgeschrittenen Ländern der Welt trennte.'' (Ibárruri 127)

Die bürgerliche Republik betrieb aber ihre eigene Sache ohne die rechte Energie. Die notwendigen Maßnahmen, vor allem eine durchgreifende Landreform, wurden allenfalls halbherzig eingeleitet, die Monarchisten nicht entschieden genug bekämpft. Das führte zu einer Enttäuschung der Massen und dem Wahlsieg der Rechten im November 1933, dem zwei Jahre reaktionärer Regierung 1934/35 folgten, in der sämtliche Reformen rückgängig gemacht wurden. (Vgl. Völker 5, Longo 12f, Ibárruri 128-133 u.a.)

Das Bürgertum hatte sich wieder einmal als unfähig erwiesen, seine eigene Revolution durchzuführen: ,,An der geschichtlichen Erfahrung Spaniens zeigte sich erneut, daß die Bourgeoisie niemals ihre eigene Revolution, die demokratische Revolution, zu Ende führen würde, daß einzig und allein die Arbeiterklasse dazu fähig ist, diese Revolution konsequent zu verwirklichen.'' (Ibárruri 133) So entstand Anfang 1936 das *Volksfront*bündnis, das nach seinem ,,überwältigenden Sieg'' (Longo 14) die fälligen Aufgaben in Angriff nehmen bzw. die neue republikanische Regierung bei deren Erledigung unterstützen oder unter Druck setzen konnte: ,,Mit dieser Regierung entstand zum zweitenmal die Möglichkeit, friedlich und auf parlamentarischem Wege die demokratischen Reformen durchzuführen, die von der Mehrheit des spanischen Volkes gefordert wurden und für die Festigung des Regimes unerläßlich waren.'' (Hidalgo de Cisneros, in: Interbrigadisten 137)

Inzwischen war durch den internationalen Faschismus eine Zuspitzung der Klassenkämpfe eingetreten und die Volksfront auch als antifaschistisches Bündnis eine Notwendigkeit. Dabei fällt die Aufgabe der Volksfront als Vollstreckerin der bürgerlich-demokratischen Revolution mit der als antifaschistische Front zusammen, denn durch das breite Bündnis werden die ,,kleinbürgerlichen Schichten (...) dem Faschismus entrissen'' (Kühne 14) und für die Republik gewonnen. So ,,erlebte die Republik ihre Wiedergeburt'' (ebd.): ,,Als bei den Wahlen zu den Cortes (Parlament) am 16. Februar 1936 die Volksfront einen überwältigenden Sieg errang, waren die spanischen Werktätigen entschlossen, das Bündnis aller der Volksfront angeschlossenen Parteien weiter zu festigen und die bürgerlich-demokratische Revolution auf friedlichem Wege zum Siege zu führen. Eine aus Linksrepublikanern gebildete Regierung begann demokratische Reformen einzuleiten. An der Spitze der vorwärtsdrängenden Kräfte stand die Kommunistische Partei Spaniens, die das Vertrauen breiter Massen besaß.'' (Dahlem, in: Pasaremos 6)

Putsch und Krieg

So sind die Bezüge klar, in die der *Putsch* der Generäle vom 17. - 20. Juli 1936 gestellt wird: Er ist ,,der faschistische Anschlag gegen die rechtmäßige Regierung Spaniens'' (Kühne 9). Die Generäle verschworen sich gegen die Republik, hinter der ja das Volk stand; das Volk wiederum verteidigte konsequenterweise seine Republik: ,,Die werktätigen Massen Spaniens beantworteten die Meuterei der Generale und den Verrat ganzer Sektoren des traditionellen Staatsapparates damit, daß sie selbst die Rettung der demokratischen Freiheiten ihres Landes in die Hand nahmen. Der Kampf für die Verteidigung der Republik hatte vor allen Dingen zutiefst nationalen Charakter.'' (Longo, in: Völker 30f) Oder dasselbe mit dem gehörigen militärischen Zack: ,,Das spanische Volk erhob sich, dem Ruf der kommunistischen Partei folgend, wie ein Mann, um seine demokratischen Errungenschaften bis zum äußersten zu verteidigen.'' (Hoffmann, in: Pasaremos 10)

Nun standen aber hinter der ,,Meuterei'' gegen die Republik nicht nur die innere, sondern auch die äußere Konterrevolution, d.h. vor allem die faschistischen Staaten Deutschlands und Italiens. In allen Darstellungen wird diese internationale Seite des spanischen Krieges stark betont. ,,Die Volksmassen Spaniens führten einen gerechten Krieg gegen die reaktionärsten und aggressivsten Kräfte des internationalen Finanzkapitals, an deren Spitze der zur Weltherrschaft drängende faschistische deutsche Imperialismus stand.'' (Kühne 9)

So ist der Charakter dieses Krieges, besonders nach der offenen Intervention Deutschlands und Italiens, ein *,,national-revolutionärer''*: ,,National, weil das Volk gegen die Kräfte der ausländischen Intervention kämpfte, die Spanien in eine Kolonie der italienisch-deutschen Imperialisten zu verwandeln drohte; revoluionär, weil das spanische Volk für die Erhaltung, Festigung und Entfaltung der demokratischen Freiheiten kämpfte, die es im Laufe des langen und harten Kampfes gegen die spanische Reaktion errungen hatte.'' (Ibárruri, in: Freiheitskampf 23)

Anders herum gesagt wurde Spanien zum Schauplatz des allgemeinen Kampfes zwischen *Demokratie* und *Faschismus*: ,,Hier liegt die große internationale Bedeutung des Widerstandskampfes, den das spanische Volk gegen die fschistische Aggression führte. (...) Dem spanischen Volk (...) war vom Schicksal die schwere Aufgabe zuteil geworden, fast drei Jahre lang gegen die Kräfte der Aggression und des Krieges in Europa Front zu machen und sie mit seinem heldenhaften Widerstand aufzuhalten. Es bewies da- mit, daß man den Vormarsch des Fa- und sie mit seinem heldenhaften Widerstand aufzuhalten. Es bewies da- mit, daß man den Vormarsch des Faschismus gegen die Menschheit aufhalten und ihm Einhalt gebieten konnte. Diesen ihm von der Geschichte gestellten gewaltigen Auftrag hat das spanische Volk ehrenvoll erfüllt.'' (Ibárruri 300) ,,Der Kampf gegen den Faschismus, der vor den Mauern Madrids begann, endete mit der großen Schlacht der sowjetischen Truppen um Berlin und mit der bedingungslosen Kapitulation Hitlerdeutschlands.'' (Völker 21)

Die extreme Betonung der internationalen Beziehungen des Krieges hat zwei Seiten. Einmal entsteht der Eindruck, als habe ,,das spanische Volk'' nur gegen Deutsche, Italiener, Portugiesen, Marokkaner und Fremdenlegionäre gekämpft. In Gorrishs Roman beispielsweise berichtet der Kundschafter Lopez den republikanischen Kämpfern: ,,Die Franco-Offiziere haben auf den Gang der Offensive wenig oder gar keinen Einfluß. Gestern hat man einen Stabsoffizier verunglücken lassen. Die Soldaten behaupten, er habe sich zu sehr um die Angelegenheiten der Ausländer gekümmert.'' (Gorrish 58; vgl. dazu weiter Kühne 88-95, Völker 7f, Longo 253, Renn 343, Ibárruri 294)

Auf der anderen Seite wird die ,,uneigennützige Hilfe der UdSSR'' (Göpfert, in: Interbrigadisten 186) und der Einsatz der Internationalen Brigaden hervorgehoben. Auch hier wieder die historische Verlängerung: insbesondere für DDR-Historiker führt von den Interbrigaden ein ebenso direkter Weg zur Nationalen Volksarmee wie von der Volksfront zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. (Kühne 212-218, Interbrigadisten 490)

Die Republik des Volkes

Wir haben vorhin gesehen, welche Aufgabe die Volksfront laut KP-Geschichtsschreibung hatte. Da durch den Putsch die Feinde der Republik nun klar sichtbar außen standen und Kommunisten und Sozialisten in die Regierung eintraten, ,,war es möglich, demokratische Veränderungen, die vom Volke seit mehr als einem Jahrhundert erwartet wurden, wirksamer als bisher durchzuführen.'' (Hidalgo de Cisneros, in: Interbrigadisten 146) Das führte zu einer *,,demokratischen Republik neuen Typus''* (Kühne 23). Ibárruri zählt folgende Eigenschaften auf: Autonomiestatus für das Baskenland, Agrarreform, freier Zugang zu Schulen und Universitäten, Schutz des Kleinbürgertums vor anarchistischen und trotzkistischen Übergriffen, Alphabetisierungskampagne, Gesundheitsfürsorge, Leitung der Banken und Großindustrie durch den Staat trotz Beibehaltung des Privateigentums (Ibárruri 352f). Damit seien dem Faschismus die materiellen Grundlagen entzogen.

Aber offenbar hat auch die ,,Volksdemokratie'' (Ibárruri 504) noch ihre *inneren Feinde*. Wenn wir die eher internen Regierungsquerelen mal ausklammern — Largo Caballero, der ,,halbanarchistische Minister-Präsident'' (Renn 137), ist der bestgehaßte Mann der KP-Geschichtsschreibung — waren das in Spanien vor allem zwei Gruppen: die Anarchisten und die ,,Trotzkisten'' der POUM. Ihr beider Vergehen ist zunächst eine Fehleinschätzung der Lage: sie vernachlässigen, daß Spanien seine demokratische Revolution noch nicht beendet hat und wollen diese notwendige Etappe überspringen: ,,Die Volksfrontregierung trat gefährlichen Bestrebungen entgegen, notwendige Entwicklungsstufen zu überspringen und die Bauern in Kollektivwirtschaften einzugliedern. (...) Die Republik schützte sein (des Mittelstands — p.) Eigentum gegen alle Übergriffe anarchistischer und trotzkistischer Elemente.'' (Kühne 22)

Fast alle Autoren unterscheiden hierbei zwei Gruppen: der größte Teil der Anarchisten sind zwar ,,Wirrköpfe'' (Kühne 24), aber im großen und ganzen ehrlich und durch Vernunft und Taktik vom Besseren zu überzeugen (ein hübsches Beispiel dafür bei Renn 160-162). Die radikalen Anarchisten, die meistens mit der FAI identifiziert werden, sowie natürlich die ,,Trotzkisten'' sind mindestens bösartig, wenn nicht sogar ,,bezahlte Agenten Francos'' (Kühne 24); Renn gebraucht den in beiden Fällen schlagenden Ausdruck ,,Schädlinge'' (z.B. 248).

Bewegungen?

In Spanien wurde also lt. KP-Geschichtsschreibung 1936-1939 die Republik durch die Kräfte der Volksfront gegen die Meuterei einiger Generäle verteidigt, die vom Ausland entscheidend unterstützt wurden. Der Krieg hatte daher national-revolutionären Charakter und in ihm bildete sich eine demokratische Republik neuen Typs heraus. Innere Feinde der Republik waren die Anarchisten und Trotzkisten, die glaubten, die bürgerlich-demokratische Etappe überspringen zu können und dadurch (aus Unwissenheit oder Bestechung) den Faschisten in die Hände arbeiteten.

Suggeriert meine Darstellung nun aber nicht eine Einheitlichkeit der KP-Geschichtsschreibung, die so gar nicht besteht? Wird die PCE-Politik denn nur gerechtfertigt, gibt es keine Selbstkritik, keine Bewegung?

Nun, nach meiner Anschauung gibt es allerdings *keine* ernstzunehmende Kritik bzw. Selbstkritik der Geschichtsschreibung, die sich in die PCE- bzw. KI-Tradition stellt. Bei Ibárruri, deren Erinnerungen in mancher Beziehung das offenste Buch darstellen, gibt es zwar kleine Zugeständnisse; so habe man Gil Robles zu lange für den eigentlichen Putschvorbereiter gehalten (284f) und sie bescheinigt sich und ihrer Partei sogar Naivität, weil sie Anfang 1939 noch den V. Parteitag in Madrid geplant hatten und nur an Sieg denken konnten (489), aber das führt keineswegs zu irgendwelchen Revidierungen in der Einschätzung der Lage und steht neben Sätzen wie diesen: ,,Unbeschadet unserer Mängel, deren durchaus nicht wenige sind, und mancher nicht unerheblicher Fehler haben wir Kommunisten bei der Einschätzung von Parteien und Situationen doch eine andere Methode der Analyse. Weder überschätzen wir die Bedeutung der nichtkommunistischen oder antikommunistischen Kräfte noch unterschätzen wir sie. Wir sehen sie durch ein dialektisches Prisma und in ihrer historischen Entwicklung. Und wenn uns dabei überhaupt ein Irrtum unterläuft, so ist er äußerst gering, mögen auch zuweilen die politischen Leidenschaften die klare Urteilskraft beeinträchtigen und uns in die gleichen Fehler verfallen lassen, die wir an anderen kritisieren.'' (Ibárruri 433)

Die einzige, zwar nicht konkret inhaltlich, aber im Gestus selbstkritische Position habe ich im Referat von Albert Schreiner zur ,,marxistischen Historiographie der DDR'' gefunden (in: Interbrigadisten 497-505). Dieser geht aus einer zwar durchaus ,,orthodoxen'', aber selbstverantwortlichen Haltung heraus kritisch mit der DDR-Geschichtsschreibung und vor allem deren riesigen Lücken ins Gericht, bemängelt eine einseitige Ausrichtung auf die militärische Seite und eine falsche Abhängigkeit von Parteiresolutionen. Das war 1966 gesagt; gibt es aus der DDR inzwischen z.B. eine Untersuchung über die Kollektivierungen?

Als Einstieg in das Studium der Wirklichkeitssicht dieser Geschichtsschreiber will ich beim Punkt *innere Feinde* nochmal etwas genauer nachhaken. Es ist gar keine Frage, daß die PCE z.B. mit der POUM erhebliche Kontroversen über den richtigen Weg des antifaschistischen Kampfes hatte. Wie werden diese Kontroversen nun von der KP-Geschichtsschreibung dargestellt?

Agenten

POUM — (...) trotzkistische Organisation (Ibárruri 538)

POUM — (...) trotzkistische ,,Arbeiterpartei der marxistischen Vereinigung'' (Kühne 372)

POUM — (...) Arbeiterpartei der marxistischen Vereinigung, eine Organisation im Dienste der 5. Kolonne (Longo 287)

POUM — (...) eine trotzkistische Organisation, die unter dem Deckmantel ,,Arbeiterpartei'' als Spionage- und Sabotageorganisation im Dienste Francos stand. Durch Provokationen oder Desorganisation des Verteidigungskampfes leistete sie den Faschisten in Spanien Handlangerdienste bei der Zerschlagung der Republik (Freiheitskampf 420)

POUM — (...) Trotzkistische Partei mit überwiegend faschistischen Tendenzen. Diese Spionage- und Sabotageorganisation hat nie gegen die Faschisten gekämpft, aber einen Aufstand gegen die Volksfront-Regierung gemacht, die Offensive gegen Huesca vereitelt und den General Lukácz (Maté Zalka) umgebracht (Renn 384)

Vom Trotzkismus über indirekte Unterstützung des Faschismus bis zum offenen Aufstand gegen Unsere Republik (gemeint ist der ,,Maiputsch'', s.u.) findet sich so ziemlich alles, was einem haßerfüllten Gemüt an Vorwürfen der Niedertracht einfallen mag. Was ist dran?

Nicht einmal die vergleichsweise sachliche Bezeichnung der POUM als ,,Trotzkisten'' entspricht der Wirklichkeit. Zwar war die eine der beiden Vorläuferorganisationen der POUM, nämlich die von Nin und Andrade geführte Izquierda Comunista ursprünglich eine Trotzki nahestehende Gruppe, sie hatte sich aber 1934 von seiner Linie getrennt, weil er einen Eintritt in die PSOE befürwortete. Gerade deshalb schloß sie sich 1935 mit dem Bloc obrer i Camperol (BOC) zur POUM zusammen; der BOC wiederum (mit Maurin als Führer) war eine aus den Revolutionären Syndikalistischen Ko-

Fortsetzung nächste Seite



Im Traditionskabinett eines Truppenteils der Nationalen Volksarmee

1. Ich setze mich hier mit einer Geschichtsschreibung auseinander. Meine eigene Sicht der Dinge spielt daher nur als Gegenthese eine Rolle: sie muß dazu taugen, die Unhaltbarkeit der kritisierten Auffassung zu erweisen.
2. Ich habe mich zwar nicht zum jahrelangen Studium in die Archive begeben, setze aber auch nicht einfach die eine Sekundärliteratur gegen die andere. Auch bei Sekundärliteratur meine ich, kann man von der Art der Darstellung (gibt sie Belege und Dokumente? geht sie auf Einwände ein? usw.) auf den Wahrheitsgehalt schließen.
3. Neben geschichtswissenschaftlichen Untersuchungen habe ich auch geschichtsschreibende Erlebnisberichte und einen Roman berücksichtigt, da es mir vor allem um das Studium eines ganz bestimmten Weltbildes und die Auseinandersetzung mit ihm geht. Dieses Weltbild aber findet sich in allen drei Gattungen in erstaunlicher Gleichartigkeit wieder.

Fortsetzung von vorheriger Seite

mitees entstandene Gruppe, die mit Trotzki gar nichts zu tun hatte. (Broué/Témime 85f, Alba 470-472) Weder also hatte die POUM etwas mit Trotzki am Hut, noch war dieser ihr in irgendeiner Weise zugetan. (3)

Sämtliche Vorwürfe wie offene Sabotage, Mord an General Lukácz, Zusammenarbeit mit Franco usw., die am schärfsten bei Renn auftreten, bleiben entweder unbelegt oder stützen sich auf die ,,Beweise'' des POUM-Prozesses. (4)

Bei neueren Autoren wie Ibárruri (zuerst 1962) und Kühne (zuerst 1969) bleibt daher im wesentlichen nur noch der ,,Maiputsch'' übrig. (5) Bevor ich auf diesen eingehe, muß noch eine weitere, nur scheinbar nebensächliche Auslassung der KP-Geschichtsschreiber in bezug auf die POUM besprochen werden.

Massen und Republik

Alle mir bekannten KP-Darstellungen verschweigen kurzerhand, daß die POUM den Volksfrontpakt für die Wahlen am 18.2.1936 mit unterzeichnete (z.B. Kühne 12 oder Ibárruri 246, vgl. dagegen Broué/Témime 89 und Bernecker I 69). Ich sehe dafür zwei Gründe. Erstens läßt sich daraus einiges über das Verhältnis von Wirklichkeitsschema und Realität bei den KP-Autoren ersehen: genauso wie es in ihrem Wirklichkeitsbild verräterische Trotzkisten gibt und die POUM diese Stelle im System einnehmen muß, auch wenn sie, wie ich gezeigt habe, überhaupt nicht trotzkistisch ist, genauso *konnte* diese antisowjetische, trotzkistische, im Grunde faschistische POUM natürlich kein Bestandteil der glorreichen Volksfront, in der sich die Kräfte der Demokratie (im Grunde das Volk selber) gegen die Reaktion formierten, sein — also *war* sie es nicht.

Zweitens hatte die Volksfront offenbar zumindest ursprünglich einen anderen Charakter als ihr von der KP-Geschichtsschreibung gegeben wird: sie war ein durch das Mehrheitswahlrecht nahegelegtes Zweckwahlbündnis gegen die Rechten, weswegen sie auch die POUM mit einschloß und von den Anarchisten passiv unterstützt wurde (sie verzichteten darauf, zum Wahlboykott aufzurufen). Solcherart skeptisch geworden, fragt man sich dann auch, wie denn der tatsächliche Zustand der Republik nach dem Wahlsieg der Volksfront und später nach dem Putsch war: Läßt sich der Volksfront-Wahlsieg im Februar 1936 als ,,Wiedergeburt'' der Republik bezeichnen, nach dem sich ,,eine gesunde demokratische Entwicklung (anbahnte), der allein die faschistischen Organisationen Widerstand leisteten '' (Kühne 14 u. 11) und ,,erhoben sich'' im Juli ,,die

tische Entwicklung (anbahnte), der allein die faschistischen Organisationen Widerstand leisteten '' (Kühne 14 u. 11) und ,,erhoben sich'' im Juli ,,die

Volksmassen Spaniens (...) zur Verteidigung der Republik'' (Freiheitskampf 429)?

Ich glaube nicht. Meine Sicht der Dinge ist in aller Kürze die folgende:

— In der Zeit vom Februar bis Juli 1936 kann von einer ,,gesunden demokratischen Entwicklung'' (Kühne 11) im Sinne einer bürgerlichen Republik keine Rede sein. In einem noch 1936 verfaßten Rückblick deutscher Anarchisten heißt es ,,In den Monaten Februar bis Juni stand Spanien im Zeichen einer spontanen Streikwelle, die von der CNT zu kanalisieren versucht wurde. Die Massen selbst traten in Aktion, es gab kein Halten. Die unfähige bürgerliche Volksfront schwankte und konnte sich zu nichts entschließen, während die syndikalistische und sozialistische Arbeiterschaft auf der einen und der Faschismus auf der anderen Seite sich auf die Entscheidung vorbereiteten.'' (Bernecker I 115). Es kam zu spontanen Gefangenenbefreiungen, einer sowohl wirtschaftlich als auch politisch motivierten Streikwelle, spontanen Landbesetzungen usw. All dies blieb keineswegs im Rahmen der republikanischen Legalität. Auf der Gegenseite entfaltete die Falange ihren Terror. (Vgl. zu allem Broué/Témime 92-117)

Es scheint also vielmehr, daß sich nach dem Wahlsieg der Volksfront der Klassenkampf verschärft hat und dadurch die Republik tendenziell zerrieben wurde.

— Vor diesem Hintergrund bedeutet der Putsch im Juli das offene Auseinanderbrechen der Republik und nicht deren Verteidigung gegen die ,,Meuterer''. Gerade dort, wo sich die Arbeiter(organisationen) auf ,,ihre'' Republik verließen und den Rahmen der Legalität nicht in Frage stellen wollten, siegten die Militärs. Der Putsch wurde dort niedergeschlagen, wo sich die Arbeiter bewaffnen konnten und den Militärapparat zerschlugen, ohne den Amtswaltern der ,,legitimen'' Staatsgewalt allzuviel Beachtung zu schenken (vgl. Broué/Témime 123-138)

Ein eigentlicher republikanischer Staat bestand, vor allem in Katalonien, nicht mehr, revolutionäre Komitees wurden überall gebildet und übten die tatsächliche Macht aus. Die Zusammensetzung der Komitees war regional sehr unterschiedlich, in Katalonien waren sie eindeutig von der CNT/FAI dominiert, was auch die KP-Autoren auf ihre Weise zugeben (vgl. z.B. Renn 26f, Ibárruri 334f).

Vor den Maiereignissen

Nur auf dieser Basis, nämlich der totalen Schwächung des republikanischen Staates und dem Versuch seiner Wiederherstellung gegen die revolutionären Komitees, lassen sich die Kämpfe verstehen, die im Mai 1937 in Barcelona ausbrachen.

Ich halte aber noch einmal ein, um einen weiteren blinden Fleck der KP-Geschichtsschreibung deutlich zu machen: die realen Kräfteverhältnisse in Spanien vor und nach dem Putsch. Die KP-Geschichtsschreibung verschweigt gezielt, daß Spanien ein Land war, das nicht ins übliche Schema paßte, weil es hier eine außerordentlich starke anarchistische Bewegung gab. Wenn man bedenkt, daß die CNT Mitte 1936 etwa 1,5 Mio. Mitglieder hatte, die FAI als militante Organisation etwa 150.000, die PCE dagegen höchstens 30.000 (Bernecker I 10f; zur Entwicklung der PCE-Mitgliedschaft vgl. Huhle 182-191), dürfte die Behauptung: ,,Die Volksmassen Spaniens erhoben sich unter Führung der Kommunistischen Partei zur Verteidigung der Republik'' (Freiheitskampf 429) einigermaßen gewagt erscheinen. Man muß also, will man diesen Standardsatz des KP-Ge-

Partei zur Verteidigung der Republik'' (Freiheitskampf 429) einigermaßen gewagt erscheinen. Man muß also, will man diesen Standardsatz des KP-Ge-

schichtsschemas (die Kommunisten wie immer in der ersten Reihe usw.) bringen, die tatsächlichen Kräfteverhältnisse verschweigen. So wird z.B. in den vier Einleitungsbeiträgen von ,,Die Völker an der Seite der spanischen Republik'', in denen es durchaus um die Teilniederlage des Putsches geht, kein einiger Anarchist erwähnt. Dabei muß man berücksichigen, daß der normale Leser das Schema im Kopf hat, wonach die Arbeiterbewegung aus Sozialisten und Kommunisten besteht, die in der Volksfront noch vermehrt werden durch die Linksrepublikaner. Tauchen dann irgendwo ,,anarchistische Wirrköpfe'' (Kühne 24) auf, sind das eben nur Wirrköpfe, die auf irgendeine schwer zu erklärende Weise am Rande der Vernunft existieren, nicht aber Massen, die sich in der CNT organisiert haben (werden doch die Massen von der Partei der Arbeiterklasse, d.i. die KP, geführt).

Zurück zum Gang der Dinge, die schließlich zum ,,Maiputsch'' führten. Auf welcher Seite die PCE stand und die KP-Geschichtsschreibung steht im Konflikt des bürgerlichen Staates einerseits und der Komitees andererseits, dürfte dem aufgeweckten Leser kein Geheimnis mehr sein: ,,Dann sprach der uns begleitende Genosse von der PSUC. Er erinnerte Companys (katalanischer Präsident — p.) daran, daß er nicht allein sei, sondern daß die PSUC und die UGT an seiner Seite ständen und bereit seien, ihn bei der Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der Ordnung zu unterstützen'', berichtet Ibárruri von einem Gespräch Ende August 1936 in Barcelona (Ibárruri 335). Der PSUC gelang es schließlich, ,,durch ihre unermüdliche Arbeit die von den Anarchisten in den Städten und Dörfern sowie an den Landstraßen eingerichteten Kontrollpunkte zu beseitigen, die normalen Rechte der örtlichen Ratsorgane wiederherzustellen und die allenthalben bestehenden örtlichen ,Verteidigungskomitees' aufzulösen.'' (Ibárruri 484) Wie kam es dazu?

Der ,,Maiputsch''

Für die KP-Geschichtsschreibung spielt sich der ,,Maiputsch'' vor einem völlig anderen Hintergrund ab, als ich eben skizziert (und gegen Ibárruris eigene Aussagen auch aus ihrer Darstellung herausgefiltert) habe: Hinter der Volksfront stand — logisch — das Volk, ausgenommen selbstverständlich die Trotzkisten und die ,,anarchistischen Wirrköpfe''. Diese Gruppen versuchten im Mai 1937 in Barcelona im Auftrag des Faschismus einen Putsch gegen die Republik; gegen die Republik, die sich das Volk im Februar 1936 wieder geschaffen und die es im Juli gegen die Meuterer verteidigt hatte. Beispiel Kühne: ,,Trotzkistische Provokateure und die ihnen folgenden anarchistischen Elemente erlitten im Zusammenhang mit dem offenen Angriff auf die Volksfrontordnung im Mai 1937 eine vernichtende Niederlage. Damals schlug die POUM in Barcelona los. Da ihr jedoch nur wenige irregeführte Anhänger der CNT folgten, brach der Putsch rasch zusammen.'' (Kühne 24) In diesem Zusammenhang wird ein Telegramm des Nazi-Botschafters Faupel vom 11.5.1937 als Beweis dafür zitiert, daß es sich bei der POUM (,,zum Teil'' sagt Kühne, andere sagen das nicht) ,,um bezahlte Agenten Francos'' (ebd.) handelte. Wie sieht dieser Beweis aus?

,,Bezüglich der Unruhen in Barcelona teilte mir Franco mit, daß die Straßenkämpfe durch seine Agenten in Gang gesetzt worden seien. Wie Nicolas Franco mir ergänzend sagte, verfügten sie im ganzen über etwa 13 Agenten in Barcelona. Davon habe einer schon vor längerer Zeit mitgeteilt, die Spannung zwischen Anarchisten und Kommunisten sei in Barcelona so groß, daß er sich anheischig mache, den Kampf dort zum Ausbruch kommen zu lassen. Der Generalissimus sagte mir, er habe den Angaben dieses Agenten anfangs nicht getraut, sie aber dann durch andere nachprüfen lassen und sie bestätigt gefunden. Anfangs habe er beabsichtigt, von dieser Möglichkeit erst dann Gebrauch zu machen, wenn es zu einer militärischen Operation gegen Katalonien käme. Da aber die Roten in letzter Zeit bei Teruel angegriffen hätten, um die Euzkadi-Regierung zu entlasten, so habe er schon jetzt den Augenblick für den Ausbruch von Unruhen in Barcelona für geeignet gehalten. Tatsächlich sei es dem Agenten schon wenige Tage, nachdem er die entsprechende Weisung erhalten habe, gelungen, durch drei oder vier Leute Schießereien in den Straßen beginnen zu lassen, die dann zu dem gewünschten Erfolge geführt hätten.''
(Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, aus dem Archiv des deutschen auswärtigen Amtes, Serie D, Band III, Baden-Baden 1951, S. 243)

Aus diesem Text geht zweierlei hervor: 1. Nur aufgrund der ,,Spannung zwischen Anarchisten und Kommunisten'', d.h. der von der PSUC am forciertesten betriebenen ,,Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der Ordnung (Ibárruri 92) und dem Widerstand der Anarchisten dagegen, konnte eine Provokation faschistischer Agenten überhaupt zum Erfolg führen. 2. Es heißt lediglich, daß es den Agenten gelungen sei zu provozieren, nicht aber, daß diese Provokation in den Reihen der POUM erfolgte. Einen Beweis oder auch nur Hinweis für Beziehungen zwischen Faschisten und der POUM oder deren Infiltration durch faschistische Agenten gibt der Text überhaupt nicht her. Die Agenten können in jeder der beteiligten Gruppen tätig gewesen sein.

Wer provozierte nun wen?

Die einzige, die überhaupt eine etwas genauere Darstellung der Ereignisse gibt, ist Ibárruri:

,,Am 29. April 1937 (...) wurden auf Befehl des anarchotrotzkistischen Oberkommandos Menschen und Waffen von der Aragón-Front abgezogen, um sie nach Barcelona zu schaffen. Im Laufe des 1. und 2. Mai versuchten die Anarchotrotzkisten, den Eisenbahnverkehr stillzulegen und die Telefon- und Telegrafenverbindungen zu unterbrechen. Daraufhin erteilte die katalanische Regierung ihren Truppen den Befehl, die Einrichtungen des Telefonwesens unter Kontrolle zu nehmen und alle Personen zu entwaffnen, die auf der Straße im unbefugten Besitz von Waffen angetroffen würden. Als Antwort auf diese Anordnung kam die Aggressivität der Putschisten mit voller Gewalt zum Ausbruch.'' ,,Als Vorwand für den konterrevolutionären Mai-Putsch in Barcelona diente die verlogene These, daß die Revolution gescheitert sei und daß es, um sie zu retten, notwendig sei, das ganze Land zu sozialisieren und zu kollektivieren, und ebendies wollten die Faisten (6) und Poumisten mittels ihrer Regierung von Katalonien aus beginnen.'' Die ,,Putschisten'' forderten in einem Ultimatum die Macht, nämlich die Übergabe der wichtigsten Posten an FAI und POUM. Doch ,,der konterrevolutionäre Umsturzversuch starb an Kräftemangel. Seine Organisatoren hatten geglaubt, sie könnten mit der Unterstützung durch die Massen rechnen, doch sie mußten sehen, daß sie allein dastanden.'' (Ibárruri 421-428)

Dagegen habe ich einzuwenden:

— Mir ist weder etwas von einem ,,anarchotrotzkistischen Oberkommando'', noch dem Befehl zum Abzug von der Aragon-Front, noch dem Versuch der Stillegung der Eisenbahn-, Telefon- und Telegrafenverbindungen bekannt. (7)

— In der Tat gab es am 3. Mai den Versuch, die seit dem Juli 36 unter der Kontrolle der CNT/FAI stehende Telefonzentrale durch Polizeikräfte zu besetzen. Ob das nun eine bewußte Provokation war, wie Semprún-Maura meint, oder nicht: in der angespannten Situation, in der sich in den Wochen vorher z.B. Polizei und Milizen Scharmützel lieferten (Darstellung und Belege bei Semprún-Maura 201-206) führte diese Aktion bei der Masse der Arbeiter offenbar zum spontanen Streik und Barrikadenkampf gegen die republikanischen Polizeitruppen.

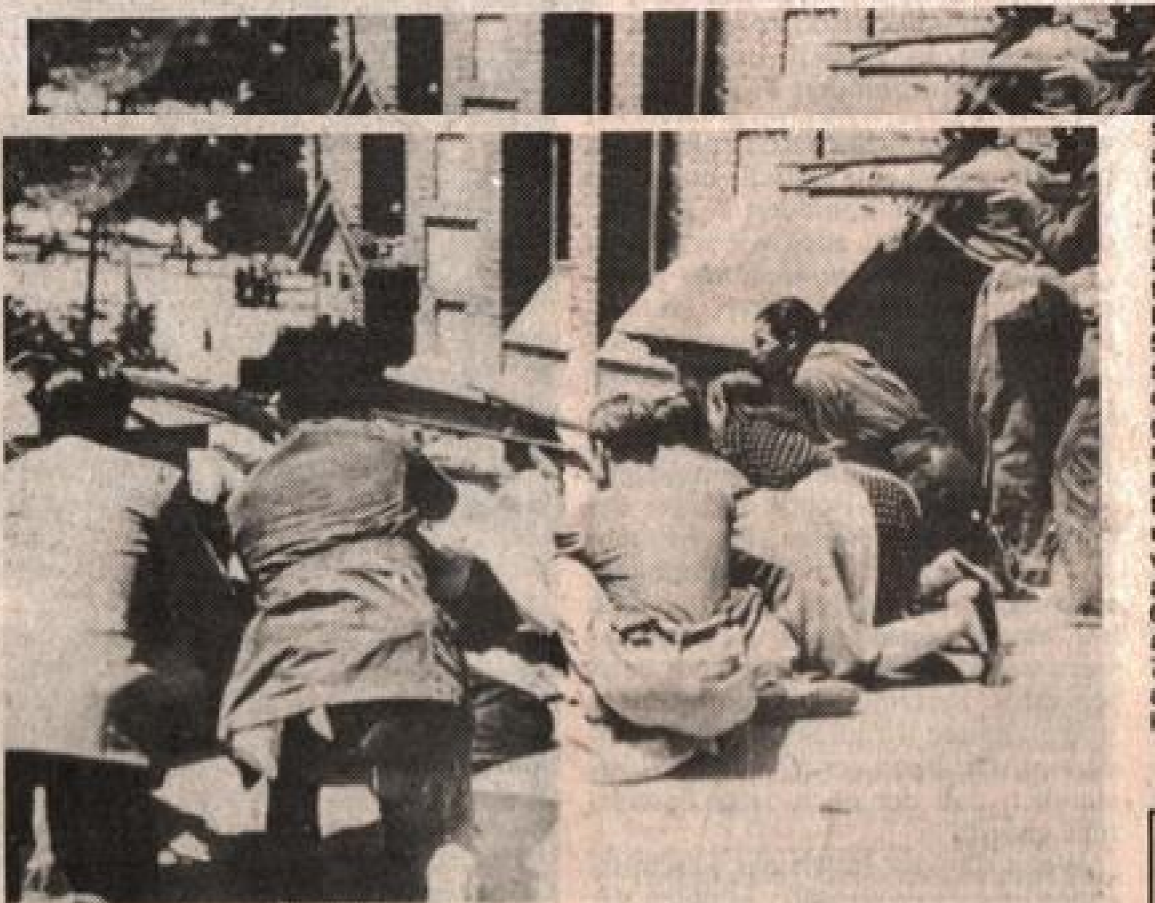
— Mir ist weder ein Ultimatum an die katalanische Regierung noch eine Forderung nach entscheidenden Machtposten in der Regierung bekannt. Einzig die radikalen Anarchisten der Gruppe Los amigos de Durruti forderten eine ,,revolutionäre Führung'' (Flugblatt in: Semprún-Maura 216), die große Mehrheit der CNT/FAI (die diese Gruppe später ausschloß) und vor allem die POUM setzten sich keineswegs mit offensiven Forderungen an die Spitze der Arbeiter, sondern wiegelten von Anfang an ab und versuchten den Zustand vor dem 3. Mai wiederherzustellen. (vgl. den Aufruf der POUM, in: Semprún-Maura 218).

— Der ,,konterrevolutionäre Umsturzversuch'', der keiner war, starb keineswegs ,,an Kräftemangel'', sondern an der Kompromißbereitschaft der CNT-Führer und der POUM (die aber viel weniger Gewicht hatte). Da es keine offensiven Forderungen gab, hatten die Arbeiter dem Drängen z.B. der anarchistischen Minister Garcia Oliver und Federica Montseny, die aus Valencia herbeigeeilt waren, den Kampf abzubrechen, nichts entgegenzusetzen. Am 6. Mai wurden die Barrikaden geräumt, der katalanische Ministerpräsident Companys erklärte, es habe ,,weder Sieger noch Besiegte'' gegeben (Broué/Témime 353). Tatsächlicher Sieger war aber die ,,legale'' Macht: die Arbeiter mußten die Waffen abgeben, Zeitungen und Radiostationen wurden der Zensur unterstellt (vgl. das Beispiel bei Semprún-Maura 229). Die PCE blies erfolgreich zum Angriff auf die POUM; der bisherige Regierungschef Largo Caballero mußte, als er seinen Widerstand dagegen nicht aufgab, zurücktreten. (Broué/Témime 258-261)

p.



Beschlagnahme der Banco de Aragon durch Militante der F.A.I.



Straßenkämpfe gegen die Franco-Putschisten



Anmerkungen

1) Lesern dieser Zeitung muß ich wohl nicht lange erklären, weshalb ich den üblichen Begriff ,,kommunistische Geschichtsschreibung'' nicht verwenden mag. Ich verstehe unter KP-Geschichtsschreibern diejenigen Autoren, die sich in die Komintern-Tradition stellen, was auf alle DDR-Standardwerke und in der BRD etwa auf DKP-Positionen zutrifft.

2) Ein kommentiertes Literaturverzeichnis gibt's am Schluß von Teil II im nächsten AK.

3) Vgl. dazu Leo Trotzki, Revolution und Bürgerkrieg in Spanien 1931-1939, Ffm 1986, besonders S. 199-205 und 286f.

4) Nach dem „Mai-Putsch" (1937) wurde das Zentralorgan der POUM verboten, ihr Exekutivkomitee verhaftet und unter Anklage gestellt. Als Beweisstücke für die Zusammenarbeit mit den Faschisten dienten derart offensichtliche Fälschungen, daß die POUM-Führer schließlich nur noch wegen „versuchten Umsturzes der bestehenden Ordnung"

stellt. Als Beweisstücke für die Zusammenarbeit mit den Faschisten dienten derart offensichtliche Fälschungen, daß die POUM-Führer schließlich nur noch wegen „versuchten Umsturzes der bestehenden Ordnung",

also der Teilnahme am „Mai-Putsch" verurteilt wurden. Vgl. zu dem ganzen Komplex Broué/Témime 366-75.

5) Die „Entstalinisierung" äußert sich sozusagen darin, daß Schemen und Bewertungen die gleichen bleiben, aber die offensichtlich gefälschten „Beweise" nicht mehr zitiert und allzu unhaltbare Verhetzungen nicht mehr gebracht werden. Das waren noch Zeiten, als Renn (274), unser Stalinist mit Leib und Seele, allen Ernstes behauptete, Nin sei von seinen faschistischen Auftraggebern aus Alcala de Henares befreit worden ...

6) Das klingt wie Faschisten, gemeint sind aber die Mitglieder bzw. Anhänger der FAI.

7) Überflüssig zu sagen, daß auch Ibárruri außer dem Faupel-Bericht kein einziges Dokument als Beleg anführt.

Abkürzungsverzeichnis

CNT Confederación Nacional del Trabajo (Nationalbund der Arbeit; anarcho-syndikalistisch)
FAI Federación Anarquista Ibérica (Iberische Anarchistische Föderation; halb geheim, anarchistisch)
KI Kommunistische Internationale (Komintern)
PCE Partido Comunista de Espana (Kommunistische Partei Spaniens)
POUM Partido Obrero de Unificación Marxista (Arbeiterpartei marxistischer Vereinigung; linkskommunistisch-antistalinistisch)
PSOE Partido Socialista Obrero Espanol (Sozialistische Spanische Arbeiterpartei; sozialdemokratisch-sozialistisch)
PSUC Partit Socialista Unificat de Catalunya (Vereinigte Sozialistische Partei Kataloniens; KI-Mitglied)
UGT Unión General de Trabajadores (Allgemeiner Arbeiterbund; sozialistische Gewerkschaft)

Im nächsten AK der zweite Teil: Kollektivierungen; soziale Revolution; Gewalt; Volksfront statt Klassenkampf?; Staat, Partei und Masse; Geschichtsbild und Wirklichkeitssicht.

Eine notwendige Korrektur

Wie bescheuert waren wir vor zehn Jahren, wie klug sind wir heute?

Komisch: Je mehr das Problem weggedrückt werden soll, desto heftiger wird es diskutiert. Seit im KB eine Diskussion darüber läuft, die Faschisierungsthese, die diese Organisation entscheidend geprägt hat, als überholt zu verwerfen, wird darüber nach langjähriger Pause wieder gestritten (1). Inzwischen nicht mehr nur bei uns: Andere linke und kommunistische Organisationen, freilich ein begrenzter Kreis, fangen auf einmal an, die alte KB-Politik interessant zu finden — früher fast unvorstellbar. Im KB selbst arbeiten diejenigen, die die Faschisierungsthese für einen Irrtum nach Art der ML-Bewegung halten, an einer Normalisierungsthese: Der westdeutsche Imperialismus habe sich eine stabile Demokratie gegeben; darin unterscheide ihn nichts von seinen Bündnispartnern in der EG und Nordamerika. Diese — beileibe nicht ungewöhnliche, sondern in der Linken sogar verbreitete — Sicht der Dinge würde speziell für die Bewertung der KB-Politik bedeuten, daß wir während einer sozialliberalen Regierung Faschisierung befürchteten, heute jedoch von einer gesicherten Demokratie ausgehen.

Die andere im folgenden vertretene Sicht leugnet nicht, daß kritikwürdige und z.T. sogar schräge Aspekte in der früheren Faschisierungsthese enthalten waren. Der grundsätzliche Ansatz jedoch wird nach wie vor für richtig gehalten: Von einer besonderen Aggressivität des deutschen Imperialismus auszugehen, die zwei Weltkriege verursacht hat; die Kontinuität der herrschenden Klasse und ihrer Strategie herauszustellen, die auch durch die Niederlage des Faschismus nicht gebrochen wurde; die offene Flanke des konservativen Lagers in diesem Land zum Faschismus für eine besondere Gefahr zu halten. Insbesondere ist es die mehr oder weniger parallele politische und gesellschaftliche Wende in den USA und der BRD, die alles das, was Thema der Faschisierungsthese gewesen ist, erneut auf die Tagesordnung gesetzt hat.

Letzter Stand der Kontroverse im KB: Streit über die Faschismus-Definition des VII. Weltkongresses der Komintern 1935 (2). Meine weder neue noch originelle Kritik an Dimitrovs Aussage, der Faschismus sei auch ein Zeichen der ,,Schwäche'' der Bourgeoisie, wird von Kontrahent F. einerseits nicht verstanden (3), andererseits widerspricht er ihr, um die Dimitrovsche Position mit Hilfe einer Differenzierung zwischen Innen- und Außenpolitik zu halten. Für F. liegt es ,,*auf der Hand, daß die als Terror hervorgekehrte Stärke zugleich Ausdruck von Schwäche ist: Stark genug für die Unterdrückung der Arbeiterklasse, aber zu schwach gegenüber den imperialistischen oder sozialistischen Konkurrenten, um sich in der stattfindenden oder erwarteten Konfrontation Demokratie im Innern leisten zu können.*'' (AK 275)

Dem Autor dieser Zeilen ist die Verwandtschaft seiner Argumentation mit den aktuellen Anstrengungen neokonservativer Historiker, die Geschichte umzuschreiben, gar nicht aufgefallen (4). Hätte er doch wenigstens geschrieben, der Imperialismus habe sich *für die geplanten Aggressionen* oder *zum Zweck des totalen Angriffskrieges* der parlamentarischen Demokratie entledigt. Durch die Benutzung des neutralen Begriffs ,,Konfrontation'' klingt es, als seien Bedrohungsängste vor dem äußeren Feind die Ursache für den Terror im Inneren gewesen.

Aber der deutsche Imperialismus hatte nicht nur keinen Grund, sich von anderen Staaten bedroht zu fühlen, er war auch weit davon entfernt, dies zu tun. Er fühlte sich im Gegenteil stark genug, 25 Jahre nach Ausbruch des ersten Weltkriegs erneut einen Waffengang mit beinahe dem Rest der Welt zu beginnen und er *war* stark genug, diesen Krieg sechs Jahre lang zu führen. F.s Äußerungen sind mehr als nur verbales Jonglieren mit Vokabeln, die er beliebig auf diesen oder jenen Aspekt verteilt. Vielmehr wird die Tatsache eingenebelt, daß es die *Unterschätzung des Faschismus* war, die die Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung 1933 mitverursacht hat und die auch 1935 in

beliebig auf diesen oder jenen Aspekt verteilt. Vielmehr wird die Tatsache eingenebelt, daß es die *Unterschätzung des Faschismus* war, die die Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung 1933 mitverursacht hat und die auch 1935 in

den Komintern-Diskussionen noch nicht überwunden war. Dimitrov konnte sich damals noch irren. Wer diesen Irrtum nach 1945 partout aufrechterhalten will, muß wohl starken Bewußtseinssperren unterworfen sein. Oder das neue Weltbild ist so eigentümlich, daß selbst die einfachsten Zusammenhänge nicht mehr hineinpassen.

Halten wir fest: Es gibt im KB eine Position, die Dimitrovs o.g. Aussage ablehnt und es gibt eine Position, die sich zwar ziert, ihn uneingeschränkt zu verteidigen, aber von der eindeutigen Ablehnung Dimitrovs in diesem Punkt, um den es hier ausschließlich geht, irgendwie runterkommen will. Diese Situation unterscheidet sich unbestreitbar von früher. Was aber hat der früher einheitlich agierende KB dazu gedacht, welche dieser beiden Positionen ist in die Faschisierungsthese eingegangen?

Ausnahmsweise scheinen sich die streitenden Geister einig zu sein. Demnach hat die Dimitrov-*Kritik* in AK 274 im großen und ganzen die *alte KB-Position* wiedergegeben. Insbesondere bezeugt die Replik von F. in AK 275 gleich mehrfach, daß sich endlich ein Befürworter der Faschisierungsthese zu Wort gemeldet habe, der ,,*die alten Positionen fortschreibt, als hätte es die Kritik und die darin beschriebene Entwicklung nie gegeben*''. Was für diese Kontroverse sehr interessant ist: Damit hat F. seiner eigenen, über eine vierteilige Artikelserie (siehe 1) ausgebreiteten ,,Aufarbeitung der Faschisierungsthese des KB'' in einem entscheidenden Punkt selbst widersprochen.

Faschisierungsthese — eine Zusammenbruchs-Erwartung?

In dieser Aufarbeitung fand sich nicht nur nichts von den früheren KB-Positionen, welche getreulich wiederzugeben ich mich bemüht habe, damit die Freunde vom BWK u.a. wenigstens wissen, worüber sie debattieren. Ganz im Gegensatz dazu wurde der falsche Eindruck erweckt, als habe die Faschisierungsthese auf der Dimitrovschen ,,Schwäche''-Behauptung aufgebaut — ohne Einschränkung, ohne Abgrenzung oder Kritik. Zurück zu AK 256:

Dort wird als erstes Essential der Faschisierungsthese ,,*die Erwartung einer schnellen Zuspitzung der globalen Widersprüche des Imperialismus bis hin zu seinem nicht allzufernen Zusammenbruch*'' angeführt. Dies habe der KB aus Dimitrovs Faschismus-Definition und Lenins Imperialismus-Analyse theoretisch abgeleitet. Vollends unsinnig wird die rückblickende Darstellung, wenn auch noch Lin Biao als geistiger Vater der Faschisierungsthese genannt wird und zwar mit folgendem Zitat: ,,*Das ganze kapitalistische imperialistische System ist drastisch geschwächt worden und macht einen Prozeß der immer stärker werdenden Erschütterungen und des beschleunigten Zerfalls durch.*'' (5)

Ebensowenig ist wahr, daß der KB zu Beginn der siebziger Jahre ähnliche Einschätzungen wie die Neue Linke insgesamt vertreten habe. Richtig ist, daß die meisten ML-Organisationen tatsächlich von einem mehr oder weniger schnellen Zusammenbruch des Imperialismus ausgingen. Dies geschah in Anlehnung an die chinesische Parole, wonach die Haupttendenz in der Welt Revolution sei. Der KB dagegen gehörte zu den wenigen, die sich massiv gegen solchen Unsinn wandten, erst recht gegen die Verwurstung von Lin Biao für den Hausgebrauch in den Klassenkämpfen der BRD. Das machte ja gerade die damalige Isoliertheit unserer Position aus.

te zu den wenigen, die sich massiv gegen solchen Unsinn wandten, erst recht gegen die Verwurstung von Lin Biao für den Hausgebrauch in den Klassenkämpfen der BRD. Das machte ja gerade die damalige Isoliertheit unserer Position aus.

Praktisch permanent widersprach der KB der damals grassierenden Erwartungshaltung, die Massen wollten nach links; stattdessen sah er die Bourgeoisie in der Offensive und die Arbeiterbewegung nicht einmal für die Defensive gerüstet. Diese Lage der Dinge, die jedem/r Alt-KBler/in bekannt ist, weil uns die damaligen Kontroversen ja beinahe schon in Fleisch und Blut übergegangen sind, hindert F. nicht an der Unterstellung, auch wir seien von ,,*grundsätzlicher Schwäche des Imperialismus in der sich weiter verschärfenden globalen Krise*'' ausgegangen.

Auf diese Weise wird die Faschisierungsthese zu einer platten Faschismus-Prognose verhunzt. Es wird der Anschein erweckt, als sei das treibende Motiv für die KB-Politik weniger der Antifaschismus gewesen, als vielmehr die Erwartung des baldigen imperialistischen Zusammenbruchs; als hätten wir vor dem Faschismus vor allem gewarnt, weil wir dem Zerfall des herrschenden Systems entgegenfieberten; und als hätten wir im Streit mit den anderen K-Gruppen vor allem darauf bestanden, daß demnächst der Faschismus eintritt.

Wenn das der Inhalt der Faschisierungsthese gewesen wäre, könnten wir uns heute alle beglückwünschen, daß sie falsch war. Und wir müßten gemeinsam hoffen, daß sie auch in zehn, zwanzig, hundert Jahren und für alle Zukunft falsch bleibt. Eine solche demagogische Verzerrung der Faschisierungsthese betrieb zu Beginn der siebziger Jahre der KBW — sicher mit beachtlichem Erfolg: Wer wollte sich schon, in Unkenntnis der KB-Politik, mit einem Verein anfreunden, dessen Hauptaussage darin zu bestehen schien, daß demnächst alles vorbei ist? Die Verzerrung besteht einfach darin, eine *worst-case-Analyse*, die man anstellt, um genau diesen schlimmsten Fall erfolgreich abzuwehren, mit einer *Prognose* durcheinanderzubringen, die für sich — *unabhängig vom Kampf gegen das prognostizierte Resultat* — Richtigkeit beansprucht, also das (negative) Ergebnis des noch zu führenden Kampfes vorwegnimmt.

Wer heute, um ein praktisches Beispiel zu studieren, die alten KB-Flugblätter gegen die sog. ,,Deutschlandtreffen'' der NPD in Frankfurt nachliest (6), kann diesen Unterschied leicht nachvollziehen. Worst-case-Analyse bedeutete, davon auszugehen, daß die NPD nicht so isoliert war, wie es ihre Wahlergebnisse vermuten ließen, sondern daß sie im Staatsapparat, bei Polizei und Justiz sowie bei CDU und FDP eine gewisse Unterstützung genoß. Es bedeutete ferner, daß der SPD ,,Zusammenstöße zwischen linken und rechten Extremisten'' ganz recht waren usw. Mit Hilfe dieser Einschätzung, die ,,pessimistischer'' als diejenigen von DKP, KBW oder Spontis war, wurde eine Linie ausgearbeitet, die 1979/80 (,,Rock gegen rechts'') maßgeblich dazu beitrug, die faschistischen ,,Deutschlandtreffen'' auf Jahre hinaus zu verhindern (freilich spricht zur Zeit manches dafür, daß es nicht mehr lange dauert und diese Auseinandersetzung steht wieder an).

Das angebliche erste Essential der Faschisierungsthese ist von F. nachträglich hineingedichtet worden, ebenso wie der angebliche Bezug auf einen offenkundigen Irrtum Dimitrovs oder die verfälschende Simplifizierung der Leninschen Imperialismus-Theorie zu einer Zusammenbruchsthese (7). F.s Darstellung der KB-Anfänge muß sich


Bitburg 1985: Eine brave Fortsetzung ...


Bitburg 1985: Eine brave Fortsetzung ...

den Vorwurf gefallen lassen, daß das Original darin kaum wiederzuerkennen ist.

Wer eine politische Linie schon in ihren elementaren und wesentlichen Voraussetzungen falsch nachzeichnet, hat es im folgenden leicht, die gewünschte Karikatur zu bekommen. Demnach hätten wir in den siebziger Jahren laufend die Faschisierungsthese ,,*und damit die Erwartung des KB in die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung der BRD*'' bestätigt gesehen und geglaubt, daß der Faschismus immer näher und näher rückt. Da er aber nicht einmal nach dem Regierungswechsel 1982 eingetreten ist, müsse endlich eingesehen werden, daß die BRD ein ganz normales und stabiles bürgerlich-demokratisches System hat. Die Gefahr einer scharfen Rechtsentwicklung, symbolisiert in der Person von Strauß, habe sich spätestens mit dessen gescheiterter Kandidatur von 1980 erledigt. Dies hätten wir als eine zukunftsträchtige Linie des BRD-Imperialismus mißverstanden, während es sich doch nur um das letzte Aufbäumen der unverbesserlichen Revanchisten, Kalten Krieger etc. gehandelt habe.

Thema verfehlt

In diesem, im AK wieder und wieder ausgebreiteten Zerrbild, das an die Selbstbezichtigungen gescheiterter ML-ler von Semler (KPD) bis Schmierer (KBW) erinnert, kann ich mich bei aller Bereitschaft zur Selbstkritik nicht wiederfinden. Dies sind schnell zusammengeschusterte Arbeiten für vordergründige politische Zwecke, wie es sie in den siebziger Jahren gab, ohne daß sich heute jemand daran erinnert und wie es sie heute gibt, ohne daß man sich in den neunziger Jahren daran erinnern wird. Soll heißen: F.s Aufarbeitung hat das Thema im Kern verfehlt.

Das Anliegen des KBs und anderer Linker war die Auseinandersetzung mit den Fehlern der III. Internationale, d.h. mit der verhängnisvollen Unterschätzung des Nationalsozialismus, wie sie auch bei Dimitrov noch durchschimmert. Die Schlußfolgerungen, die wir daraus zogen, lassen sich in zwei sehr einfachen und sehr bekannten Sätzen zusammenfassen. Da war zum einen Brechts fundamentale Feststellung:

,,Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.''

Und da war zum anderen der epochale Aufruf der Überlebenden der Konzentrationslager:

,,Wehret den Anfängen!''

Beide Sätze waren Allgemeingut aller Antifaschisten. Gleichwohl spielten sie in der politischen Praxis der verschiedenen Strömungen und Gruppen eine unterschiedliche Rolle. Manchmal wurden diese Sätze zur Respektbezeugung vor den Opfern des Faschismus benutzt. Manchmal dienten sie hauptsächlich dazu, sich selbst und anderen die eigene antifaschistische Integrität zu beweisen. Manchmal boten sie als Flugblatt-Überschrift oder Parole willkommene Gelegenheit, das Kapital von einer Plattform der moralischen Überlegenheit aus anzugreifen. Manchmal sollte mit ihrer Hilfe die Forderung nach Bündnissen oder Aktionseinheiten besonders überzeugend vorgetragen werden.

Was die besondere Qualität der Faschisierungsthese ausmachte, war, daß diese beiden Sätze *politisch* begriffen wurden, im Gegensatz zu F.s nicht mal feinsinnigen, sondern nur noch plumpen Unterscheidungen zwischen Politik und Moral. Uns ging es nicht darum, für antifaschistische Jahrestage oder Sonntagsreden die passende Ansprache zu finden. Wir nahmen diese Aussagen wörtlich. In diesem Sinn war der KB jahrelang damit beschäftigt, eine Fülle von empirischen Fakten aus den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen zusammenzutragen, um Brechts Satz aus seiner künstlerischen Unnahbarkeit herauszuholen und anhand konkreter Beispiele zu belegen, daß die Ursachen des Faschismus nicht beseitigt sind, sondern real fortbestehen.

Es kann niemanden überraschen, daß es bei diesen Nachforschungen Überzeichnungen gegeben hat. Bestimmte politische Prozesse wurden in die Faschisierung ,,eingeordnet'', die damit wenig zu tun hatten. Das macht jedoch nicht den Ansatz falsch, sondern seine Ausführung. Übrigens muß erwähnt werden, weil dies bisher überhaupt nicht geprüft wurde, daß es auch den umgekehrten Fehler gegeben hat: Bestimmte andere Prozesse haben wir unterschätzt oder übersehen, die durchaus mit Faschisierung zu tun hatten und haben (s.u.).

Gewöhnungen an Anfänge

Zweitens haben wir uns damals den Kopf zerbrochen, wie den Anfängen zu wehren sei, wo doch jede vernünftige Überlegung ergab, daß eine Anfangsschwelle längst überschritten war — seit der Restauration des Imperialismus in Westdeutschland, seit KPD-Verbot und Remilitarisierung und spätestens seit klar wurde, daß die SPD diesen Kurs nicht revidieren, sondern mit Notstandsgesetzen, Berufsverboten und der Politik der inneren Sicherheit fortsetzen würde. Aus diesem Paradoxon entstand die Zuspitzung zur ,,beschleunigten Faschisierung von Staat und Gesellschaft'', eine Formulierung, die man aus heutiger Sicht kaum mehr verteidigen wird: Für das, was dann folgte, fehlten uns logischerweise die Worte (8).

heit fortsetzen würde. Aus diesem Paradoxon entstand die Zuspitzung zur ,,beschleunigten Faschisierung von Staat und Gesellschaft'', eine Formulierung, die man aus heutiger Sicht kaum mehr verteidigen wird: Für das, was dann folgte, fehlten uns logischerweise die Worte (8).

Das Problem hieran ist, daß es von den Ansprüchen und Kriterien des Urteilenden abhängt, was man als ,,Anfänge'' definiert. In den ersten Jahren nach der 68er Revolte war es nichts Ungewöhnliches, wenn etwa die Berufsverbote als faschistoider Gesinnungsterror bezeichnet wurden, obwohl sie unter Schirmherrschaft von Willy Brandt beschlossen und praktiziert wurden. Heute läßt man sich beim Niederschreiben solcher Sätze, daß ,,*das bürgerliche Selbstlob, die BRD sei die beste, sprich die stabilste Demokratie, die es bisher auf deutschem Boden gab, den Tatsachen entspricht*'' (AK 275), kaum in seinem Gedankenfluß stören, wenn in den Radionachrichten zu hören ist, daß die Münchner Polizei soeben einen Geiselnehmer erschossen hat. Die ,,Normalität'' eines solchen Ereignisses kann man nämlich schon daran sehen, daß am Vortag in der gleichen Stadt Lynchjustiz auf der Straße geübt wurde oder — noch ein paar Tage vorher — in Frankfurt ein festgenommener junger Mann beim polizeilich begleiteten Gang durchs Treppenhaus aus dem Fenster flog.

Den Linken geht es da ein bißchen wie den Grünen. Die eigene Sensibilisierung hat sich verringert; dementsprechend fällt die Einschätzung der Herrschenden weniger scharf aus. Aus der Tatsache eigener Gewöhnung und Abstumpfung muß man nicht gleich eine Normalisierungsthese machen, wenn man nicht gerade auf Realpolitik aus ist, um beim Beispiel der Grünen zu bleiben.

Die Faschisierungsthese mit ihrem Versuch,
— aus den Fehlern von 1933 und davor zu lernen,
— die Öffentlichkeit immer wieder mit der verdrängten Geschichte zu konfrontieren,
— Lenins These von der allgemeinen, dem Imperialismus innewohnenden Tendenz zur Reaktion auf die BRD-Wirklichkeit, d.h. vor allem auf das konservative Lager zu konkretisieren,
— für die antifaschistische Aktionseinheit einzutreten,
war innerhalb der sog. K- oder ML-Gruppen ein minoritärer Ansatz. Die Feststellung, daß die Dezimierung dieses politischen Spektrums nicht verwunderlich ist, möge nicht als arrogante Besserwisserei verstanden werden.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Sie ist in Wahrheit deprimierend, weil es *im Prinzip* so einfach ist: Man braucht eine revolutionäre Erneuerung kommunistischer Politik gar nicht erst zu versuchen, wenn man nicht wenigstens glaubwürdig um die Antwort darauf bemüht ist, warum die Kommunisten eine solche Katastrophe wie den Faschismus nicht verhindern konnten und wie sie die gemachten Fehler korrigieren wollen.

Dies ist, um mir gleich den Beifall der falschen Seite vom Leibe zu halten, keine Frage moralischer Selbstbeweihräucherung, oder wie F. in all seinem Unverständnis sagen würde, jaja — macht das mal, das ist prima für die Agitation, da stehen wir gut da in unseren Veröffentlichungen (und möglichst viel Jiddisches auf die Kulturseiten). Dies ist der Job, um den man sich als Linker nur bei Strafe der Selbstaufgabe drücken kann.

Daß sich eine Vielzahl der Leserinnen und Leser von einer Debatte abgestoßen fühlt, in der sich scheinbar eine Handvoll Streithähne darum balgt, wer vor zehn Jahren recht hatte oder nicht, ist allzu verständlich (9). Aber die in der Linken verbreitete Sichtweise, alles, was in der jeweils vorhergehenden Phase gedacht und gemacht wurde, sei idiotisch gewesen, weshalb man alle zehn Jahre wieder vom Nullpunkt anfangen müsse, ist auch nicht besonders produktiv. Für die APO war die KPD idiotisch, für die ML-ler war's die APO, für die Grün-Alternativen sind es die ML-ler und sicher wird jene das gleiche Schicksal ereilen. Darin kommt nur zum Ausdruck, wie stark sich die Linke vom Zeitgeist abhängig macht.

Wie immer werden solche Abrechnungen mit Blick auf die (jüngste) Vergangenheit ausgefochten, um in der Gegenwart Veränderungen an der politischen Linie durchzusetzen — ein legitimes Anliegen. Ärgerlich sind nur die komplizierten Umwege, über die es transportiert wird. So haben sich einige Genossen die Faschisierungsthese als vermeintlich schwächstes Kettenglied der KB-Politik vorgeknöpft, um eine beachtliche Spanne von Themen zur Diskussion zu stellen: Verhältnis zum Staat, zu den neuen sozialen Bewegungen, zum Parlament, Imperialismustheorie, die Frage von Krieg und Frieden, Einschätzung des deutschen Konservativismus u.a.m. F.s Beitrag in AK
gen, zum Parlament, Imperialismustheorie, die Frage von Krieg und Frieden, Einschätzung des deutschen Konservativismus u.a.m. F.s Beitrag in AK
275 wird da etwas deutlicher als seine frühere Serie. Anhand einiger Beispiele aus diesem Artikel soll der rechtsopportunistische Charakter der Normalisierungsthese herausgearbeitet werden.

Verbeugung vor dem Zeitgeist

Um zu belegen, daß es 1945 für den eingeborenen Imperialismus doch so etwas wie einen Bruch gegeben habe, fällt F. ausgerechnet die Teilung Deutschlands ein (inkonsequent ist allerdings die Nichterwähnung des Verlusts der Ostgebiete). Die Zerschlagung des Faschismus habe zu einer Neuordnung der Welt und insbesondere Europas geführt — *„Anfang vom Ende des klassischen deutschen Nationalismus"*. Es ist erstaunlich, aber diese Argumentation versteht gar nicht, worum es geht. F. beantwortet die Frage, ob es einen Bruch in den Interessen, im Bewußtsein, in Politik und Strategie der herrschenden Klasse gegeben hat, mit der enormen Erkenntnis, daß dieses Land den Krieg verloren hat.

Demnach könnte man sicher auch von einem Bruch 1918 sprechen, als immerhin eine Revolution versucht wurde und die sozialdemokratische Unterstützung des Militarismus eine starke KPD zur Folge hatte. F. umschifft diesen Punkt, begibt sich aber schon wieder in die Nachbarschaft neokonservativer Geschichtsschreibung, wenn er behauptet, daß Versailles *„eine nationalistische Revanche des deutschen Imperialismus geradezu nach sich ziehen mußte"*. Das bedeutet nämlich — mit Verlaub: im krassen Gegensatz zu Mao Tse-tung —, daß die äußeren Widersprüche ursächlich die Entwicklung zum Faschismus bestimmten und nicht die inneren. Bei dieser Sichtweise muß F. mit einiger Konsequenz landen, da er eine besondere Aggressivität des deutschen Imperialismus (die die Faschisierungsthese begründet; 10) bestreitet.

Die Behauptung, der BRD-Imperialismus habe sich mit der Tatsache der Teilung arrangiert, ist schon mit einem Blick in die Präambel des Grundgesetzes erledigt. Diese Verfassung, die sich inzwischen offenbar auch im KB wachsender Beliebtheit erfreut, jedenfalls von F. und Papa Heuß als bisher beste gepriesen wird, schreibt ein Ziel fest, das sich realiter nur mit kriegerischen Mitteln verwirklichen läßt. Ebenso müßte jedem, der bisher aufs Behutsamste versucht hat, die deutsche Einheit im GG oppositionell zu problematisieren, anhand der Reaktionen nachhaltig klargeworden sein, daß eine Verfassungsänderung in diesem Punkt realiter die Revolution voraussetzt. Welchen Sinn soll es machen, der BRD einen wirklichen Neuanfang nach 1945 zu bescheinigen, wenn sie hochoffiziell die Rechtsnachfolge des Dritten Reichs beansprucht?

Solche oberflächlichen Betrachtungen unterschlagen gern, daß die USA nach Kriegsende die Anti-Hitler-Koalition zerbrachen und die strategische Entscheidung für Restauration des deutschen Imperialismus in den Westzonen fällten. Nicht die Anerkennung der Nachkriegssituation, sondern deren Revision stand Pate bei der Staatsgründung der BRD — eine Revision mit Hilfe dessen, was von den Nazis noch intakt war. Das war der Inhalt des ganz speziellen Friedens, den die USA nach 1945 mit dem Faschismus machten, um ihn seitdem nutzbringend in ihr weltweites Herrschaftssystem zu integrieren. Das ist die historische Kontinuität, die uns heute zu Recht einen dritten Weltkrieg befürchten läßt. Und deswegen muß Brecht zugestimmt werden, auch wenn jener Reim sprachlich einfach grausam ist, wenn das mit freundlichen Grüßen an den Münchner Arbeiterbund auch mal angemerkt werden darf ...

Leider bleibt die Normalisierungsthese nicht dabei stehen, die gegenwärtige Regierungspolitik als *„brave"* Fortsetzung der sozialliberalen, das herrschende System als beste bürgerliche Demokratie und den deutschen Imperialismus als eingebunden (gemeint ist anscheinend ein so friedfertiges Bündnis wie die NATO) zu verharmlosen. Sie macht, beinahe zwanghaft, eine tiefe Verbeugung vor dem Zeitgeist, welcher ungestüm nach *Historisierung* („was vorbei ist, ist vorbei") und *Relativierung* („die anderen sind genauso schlimm") des Nationalsozialismus verlangt. F. scheut in Form und Inhalt nicht vor Anleihen aus dem konservativen Milieu zurück, wenn er etwa spöttelt, ob man die Kraft haben werde, die moralische Verurteilung des



... sozialliberaler Politik? (1970, im Warschauer Ghetto)

NS *„noch einmal 15 Jahre zu wiederholen"*, woraus dann immer noch keine Analyse werde oder wenn er dagegen polemisiert, *„einen besonderen Wiederholungszwang als unausweichliche Erbsünde der Deutschen zu konstruieren"*. Das sind Formulierungen, wie man sie bei Dregger findet. Sie zeigen, daß die „Kommune" kein Monopol auf alternative Vaterlandsverteidigung hat. Da man als Antifaschist praktisch von allen Seiten mit der superscharfsinnigen Argumentation eingedeckt wird, man unterstelle eine besonders böse „Natur" der Germanen, während jeder weiß, daß die besondere Natur des Ariers die NS-Rassenlehre begründete, mag hier nur angemerkt werden: Es lag und liegt **in der Freiheit jedes einzelnen,** nachhaltig den Gegenbeweis anzutreten.

F. bewerkstelligt die Relativierung mit der Behauptung, *„daß der deutsche Faschismus zwar eine besondere materielle und ideelle Zerstörungskraft erreichte, aber im Prinzip keine einzelne, sondern eine typische Erscheinung imperialistischer Staaten in der Krise des zweiten Weltkriegs war"*. Hier wird Auschwitz vergessen und das muß natürlich so sein bei der ordentlichen Trennung zwischen dem politisch Wichtigen und dem moralisch/agitatorisch gelegentlich Notwendigen, wie sie F. vorschwebt. Die Historisierung bewältigt F. mit dem Verweis auf den Atomkrieg: *„Was die Welt als Faschismus erlebte, war nur Vorspiel gegen das, was ihr als Drohung bevorsteht."* Die Dimension dieser drohenden Drohung (von einer realen, gegenwärtigen Bedrohung zu sprechen, geht F. offenbar wieder zu weit) werde daher mit dem Begriff Faschisierung gar nicht erfaßt, sondern eher noch verharmlost. Erfassen die Begriffe Normalität, relative Stabilität, kontrollierte Dauerkrise, anhaltende Stagnation auf Abbruch oder präventiver Sicherheitsstaat diese Dimension vielleicht besser?

Auch in diesem zweiten Kontext wird Auschwitz vergessen. Was hier als Faschismus-Erfahrung der Welt bezeichnet wird, kann nur die Welt mit Ausnahme des jüdischen Volkes meinen. Selbst ein Atomkrieg in Europa hätte das antisemitische Vernichtungsprogramm der Nazis nicht übertreffen können. Es ist schlimm, unter Kommunisten ausdrücklich darauf hinweisen zu müssen, aber dieses Programm bedeutete, jeden einzelnen Juden und jede einzelne Jüdin, derer man habhaft werden konnte, zu töten. Als Begründung reichte seine oder ihre „Abstammung" aus. Dies ist uns heute nicht einmal von denen bekannt, die an der Einsatzplanung von Atomraketen arbeiten. Sie planen die Zerschlagung der Sowjetunion und zählen die geschätzten Toten nach Millionen, aber sie haben (noch) nicht die Vernichtung aller Russen ausgerufen, weil sie Russen sind. Allerdings ist Reagans Feinderklärung an das „Reich des Bösen" eine beachtliche Annäherung an die geschichtlichen Vorgänger.

Ignoranz

Nur demjenigen, der Auschwitz bei seinen Ausflügen in die Geschichte „vergißt", kann dann das Bitburger Prasidenten-Zeremoniell vor SS-Gräbern als, wörtlich, „Lappalie" erscheinen. Soviel Ignoranz muß einem die Schamesröte ins Gesicht treiben. Es gehört keine überdurchschnittliche Intelligenz dazu, zu erkennen, daß es Kohl in Bitburg um eine politische Geste ging, die den Rang von Willy Brandts Niederknien im Warschauer Ghetto erreichen sollte. Bitburg sollte die deutsche Rechte dafür „entschädigen" und demonstrieren, wie sich die Zeiten gewendet haben. Das Niederknien des ehemaligen Bundeskanzlers in Warschau hat Geschichte gemacht, unmittelbar jedenfalls für ein rundes Jahrzehnt. Wenn Bitburg — in Sinne seiner Erfinder — ebenso Geschichte machen sollte, d.h. wenn es der deutsch-amerikanischen Rechten gelingen sollte, die damit verbundene politische, ideologische und militärische Linie durchzusetzen, dann hätte das weitreichende Konsequenzen für diese Gesellschaft. Es ging um nichts weniger als das: Der letzte Krieg darf nicht als Katastrophe empfunden werden, die ihn machten, dürfen im öffentlichen Bewußtsein nicht länger als Verbrecher dastehen, wenn der nächste führbar werden soll. Bitburg war der Versuch, einen politischen *Erdrutsch* zu organisieren. Durch nichts wird diese Dimension deutlicher als dadurch, daß gegen die jüdischen Proteste sogleich Schleusen geöffnet wurden, die das antisemitische Potential in diesem Land bisher zurückhielten.

Inzwischen passieren solche „Lappalien" — Kohls Wahlkampf für Waldheim, Fellners Zurückweisung der Entschädigungsforderungen an Flick, die Arisierungsphantasien des Bürgermeisters von Korschenbroich — bald schneller, als sie politisch verarbeitet werden. Hier rächt sich, daß in den KB-Anfängen wie auch im Rahmen der Faschisierungsthese dem Antisemitismus wenig Aufmerksamkeit gewidmet wurde, vielleicht weil man sein Wiederaufflackern damals für völlig ausgeschlossen hielt. Und gerade das ist eingetreten. Schon wieder ist ein „Anfang" gemacht, eine Schwelle überschritten. Haben wir dem gewehrt? So wie es fällig gewesen wäre und immer noch fällig ist?

Oder glaubt vielleicht jemand, es täte seinem Antizionismus Abbruch, sich allzu stark gegen antisemitische Phänomene zu engagieren? Daß man also die Warnungen linker Juden respektiert, wegen der Moral, aber sich die Haare sträuben, wenn die legendäre „jüdische Lobby" das Gleiche sagt? Politisch sollte das eigentlich klar sein: Antirassistisches Engagement, das nur Gleichgesinnte meint, verdient den Namen nicht, denn mit Gleichgesinnten ist man sowieso solidarisch. Weil der Rassismus unter seinen Opfern keinen Unterschied macht, muß die Solidarität in diesem Punkt auch bürgerliche Kräfte umfassen.

Es gibt keinen Grund, daran zu zweifeln, daß F. die bürgerlich-demokratische Normalität abscheulich findet und zum Besseren verändern will. Es bleibt aber schleierhaft, wie man mit einer eigenen Normalisierungsthese gegen die Normalitätspropaganda der Gegenseite angehen will. Auf fatale Weise wird dabei nämlich übersehen, wie das Perverse unter der Flagge des Normalen energisch Salonfähigkeit fordert, und zwar *das altbekannte Perverse.* In einem Land, wo Auschwitz normal war — **ja nur deshalb funktionieren konnte, weil die Täter als total normal und die Opfer als Feinde des Normalen galten** — müßten eigentlich alle Alarmglocken klingeln, wenn die Normalität durch die Straßen trampelt. Gemeint ist hier die Oggersheimer Normalität im Unterschied zum leichter identifizierbaren bayerischen Exotentum. Freilich muß dies bei denjenigen auf taube Ohren stoßen, für die eine Normalitätsthese der Einstieg für eine Art Realpolitik im KB ist. Als Realo braucht man natürlich immer das Bild eines gemäßigten bürgerlich-demokratischen Gegners, der sich an die Spielregeln hält.

Anläßlich des neokonservativen Geschichtsrevisionismus wurden im „Spiegel" jüngst die Begriffe *„neue Auschwitzlüge"* und *„konstitutionelle*

Anläßlich des neokonservativen Geschichtsrevisionismus wurden im „Spiegel" jüngst die Begriffe *„neue Auschwitzlüge"* und *„konstitutionelle (!) Nazis"* gebraucht. Hat man dort zu spät gemerkt, was von uns zu früh übertrieben wurde? Wie dem auch sei: Daß man dort aus dem Fenster und hier in den Seilen hängt, ist nicht mehr mit Ironie der Geschichte zu erklären.

Das ist ja wohl der reine Hohn.

de.

Anmerkungen

1. Aufarbeitung der Faschisierungsthese zum Zweck ihrer Kritik in AK 256-259 (F.), Debattenbeiträge in Nr. 260, 263, 264, 266, 267, 269, 274, 275.
2. AK 274: „Über ein Dimitrov-Zitat"; dagegen F. in AK 275: „Soll das schon alles gewesen sein?"
3. F. unterstellt, ich behauptete, ein starker Imperialismus sei gleichbedeutend mit Faschismus-Gefahr. Das ist etwa das Gleiche, wie wenn ich feststelle: *Es ist eiskalt, 20 Grad unter Null. Also kann es nicht regnen.* Und man kontert mit dem Argument: *Der behauptet, daß es 20 Grad unter Null ist, wenn es nicht regnet.*
4. Siehe AK 274: „Die FAZ enthüllt — Kommunisten waren schuld an Auschwitz".
5. Lin Biao hat im KB in der Tat einen hohen Ruf genossen, allerdings in ganz anderem Zusammenhang: Als Repräsentant der Kulturrevolution und Gegner eines außenpolitischen Ausgleichs der VR China mit den USA. Der KB war immer schon in der Lage, bei seinen Vorbildern zwischen Richtigem und Falschem zu unterscheiden.
6. Empfehlenswert hierzu eine neue Broschüre der Bunten Hilfe Frankfurt, in der anläßlich des Todes von Günter Sare frühere Frankfurter Erfahrungen mit Nazi-Versammlungen und deren Schutz durch die Polizei dokumentiert sind.
7. In Wahrheit handelt es sich bei der Charakterisierung der Faschisierungsthese in AK 256 nicht um wirkliche Essentials, sondern, wie schon aus F.s Formulierungen hervorgeht, um mehr oder weniger konkrete „Erwartungen". War das wirklich alles?
8. Mit diesem Fehler hat sich Rudolf (Frankfurt) in AKs 263, 266, 269 auseinandergesetzt, wobei es ihm darum ging, gleichzeitig den (nach wie vor) richtigen Kern der Faschisierungsthese schärfer zu fassen: Aufbau einer faschistischen *Option* durch den BRD-Imperialismus.
9. Besonders verarscht müssen sich diejenigen vorkommen, die innerhalb des KB schon Ende der siebziger Jahre davor warnten, aus der Faschisierungsthese eine Prognose zu machen, mit ihrer Kritik jedoch an der Antifa-Kommission scheiterten, und die jetzt feststellen müssen, daß das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird.
10. Mit der Behauptung, die besondere Aggressivität des deutschen Imperialismus sei vom KB nie wirklich begründet worden, macht es sich F. sehr einfach. Siehe z.B. AK 231 „Die Wörter..."

Front National hetzt gegen Schwalba-Hoth

Ende Oktober veröffentlichte der Front National-Abgeordnete Gabriel Domenech in der zweitgrößten Zeitung des französischen Südens „Le Méridional" einen Hetzartikel bester Nazi-Tradition gegen den grünen Europa-Parlaments-Abgeordneten Frank Schwalba-Hoth, der einen guten Einblick in Stil und Methoden der FN erlaubt. **„Unter uns gesagt: Diese Larven, die Europa verderben.**

Entre nous

Ces larves qui pourrissent l'Europe

par Gabriel DOMENECH

Il faut quand même que les Français le sachent, même s'ils ne lisent pas "Présent" qui a été, jusqu'ici, le seul quotidien à le rapporter : jeudi dernier 9 Octobre, à Strasbourg, la France a été condamnée par le Parlement Européen, pour non-respect de ce qu'on appelle, dans ce chaudron de sorcières, "les libertés démocratiques". Le fait pour notre gouvernement d'avoir rendu exigible un visa pour les étrangers originaires de pays n'appartenant pas à la Commun[illegible]

Jeder Franzose sollte Folgendes wissen, selbst wenn er nicht ‚Présent' liest (‚Présent' ist eine französische rechtsradikale, insbesondere antisemitische Zeitung; einer der bekanntesten und wichtigsten Redakteure ist Bernard Anthony, alias Romain Marie, von der rechtsklerikalen Front, Anm. AK), bisher die einzige Tageszeitung, die darüber berichtete: Letzten Donnerstag, den 9. Oktober, wurde Frankreich im Europa-Parlament in Straßburg verurteilt wegen Mißachtung dessen, was in diesem Hexenkessel ‚demokratische Freiheiten' genannt wird. Die Tatsache, daß unsere Regierung ein Visum für nicht aus EG-Ländern kommende Ausländer eingeführt hat, sei ein nicht hinzunehmender Angriff auf die Würde jener Länder und ihrer Einwohner. Weil ‚das Einrichten von Visa eine Diskriminierung der Einwohner jener Nicht-Mitglieder-Länder der EG darstellt, die Verbündete des französischen Volkes sind oder direkte Beziehungen zu diesem haben.'

stellt, die Verbündete des französischen Volkes sind oder direkte Beziehungen zu diesem haben.'

Damit sind wir also wegen Niederträchtigkeit von drei Witzfiguren gebrandmarkt, die nichts Besseres zu tun haben, als für ihre mehr als komfortablen Entschädigungen und Zuschläge — die es ihnen im Übrigen ermöglichen, auf Kosten von 200 Millionen Steuerzahlern in Saus und Braus zu leben — 20 Jahrhunderte Zivilisation und sogar mehr (wie in einigen Fällen, zum Beispiel was uns betrifft) zu zerstören, sich im marxistischen Schweinkram zu wälzen mit jener quiekenden Wollust, die für die Rasse der Schweine typisch ist, wenn sie sich in der Jauche tümmelt.

Frankreich wird also mit Chile und Südafrika verglichen, aber um Gottes willen nie mit der UdSSR und ihren Satelliten, weil es gewagt hat, zu fordern, diejenigen kontrollieren zu lassen, die hier einfach auftauchen, wo gleichzeitig im syrischen, libanesischen, libyischen oder sonstigen Lagern weitere Morde, Attentate und andere terroristische Taten gegen uns vorbereitet werden!

Und wißt ihr, wer diese antifranzösische Resolution vorgelegt hat? Die Sozialistische Fraktion. Wenn ich es euch doch sage. Zwar stimmt es, daß die Sozialisten ihr dennoch — im Gegensatz zu den Kommunisten — nicht zugestimmt haben. So wurde sie mit nur einer Stimme Mehrheit angenommen: 64 dafür, 63 dagegen, 8 Enthaltungen — dies wäre aber nicht geschehen, wenn die sozialistischen Abgeordneten (nicht wahr, Herr Loo? Nicht wahr, Frau Fuillet? Nicht wahr, Herr Bombard?) ihre Pflicht getan hätten.

Hoffen wir, daß die Franzosen es nicht vergessen werden. So wie sie auch die deutsche grüne Kanaille nicht vergessen sollten (mit diesem unaussprechlichen Namen: Schwalbahoph), die zu den Attentaten, die Frankreich im September getroffen haben, meinte, es handle sich hierbei um eine Art ‚redistributiver Justiz' in einem Land, das durch ‚die Mördermentalität seiner Regierenden und die Praxis des Staatsterrors' gekennzeichnet sei.

Und da gibt es Leute, die glauben, Hitler sei tot, wo er uns doch in Gestalt seiner leninistisch-stalinistischen Komplizen eine solche Nachkommenschaft von Menschenfeinden hinterlassen hat!"

In Marseille, wo der „Méridional" erscheint, hat Domenechs Artikel Protest ausgelöst. Besonders engagiert sich der freie alternative Sender „Radio-Galère".

Frankreich-Kommission

Bitburg — Eine Lappalie?

„Ob es einem nun paßt oder nicht, wird mensch sich damit auseinandersetzen müssen, daß — ungeachtet eines Vergleichs mit der DDR — das bürgerliche Selbstlob, die BRD sei die beste, sprich die stabilste Demokratie, die es bisher auf deutschem Boden gab, den Tatsachen entspricht." (AK 275, „Soll das schon alles gewesen sein?", S.37, Verfasser F.)

Dieser stabilen Demokratie, die gleichzeitig *„auf jederzeitigen Abbruch steht"* und: *„Wenn das keine Krise ist, dann hat das Wort Krise keinen Sinn mehr"*, ging eine andere „Krise" voraus, diejenige des deutschen Faschismus, der *„zwar eine besondere materielle und ideelle Zerstörungskraft erreichte, aber im Prinzip keine einzelne, sondern eine typische Erscheinung imperialistischer Staaten in der Krise des zweiten Weltkrieges war"*. Darauf folgte, in Übereinstimmung mit F. und dem deutschen Duden (Krise: „Entscheidungssituation, Wende- und Höhepunkt"), eine weitere Krise, nämlich der Bruch mit der vorherigen: *„Ist die deutsche Teilung kein Bruch?"*. Wir haben bereits erfahren, daß jetzt schon wieder eine obwaltet.

Was die Zukunft der BRD, ja der gesamten Welt bereitet, ist leicht zu erraten, wenn auch schwer vorstellbar: Der Welt steht „etwas als Drohung" bevor, wogegen das, was „die Welt" als Faschismus erlebte, „nur Vorspiel gewesen ist". Allerdings ist die *„finale Zuspitzung der Krise"* heute „konkret nicht absehbar". Vorgestern Krise, gestern Krise, heute Krise, morgen Krise. Wenn das keine Kontinuität ist, dann hat das Wort Kontinuität keinen Sinn mehr.

Angesichts dieser äußerst komplexen Lage der Dinge muß der Politiker star-
hat das Wort Kontinuität keinen Sinn mehr.

Angesichts dieser äußerst komplexen Lage der Dinge muß der Politiker starke Nerven und einen scharfen Verstand behalten. Zum Beispiel, wenn in dieser stabilen Demokratie eine solche *„Lappalie"* wie Bitburg passiert, die schon eine „Kampagne", aber gleichzeitig kein „Thema" gewesen ist. Was hat sich der Politiker als allererstes zu fragen? Nun: Ist daran was Neues, sozusagen Ungewöhnliches, man könnte sagen: Krisenhaftes (s. Duden)? Nein — hat die eindeutige, aber nicht unkomplexe Antwort zu lauten; einerseits deshalb nein, weil es hier ja den Bruch gab, und andererseits nein, weil *„spätestens seit den frühen 50iger Jahren die Rehabilitierung der Waffen-SS als sog. 4. Wehrmachtsteil offizielle Staatsdoktrin in der BRD"* ist. Oder auch andersherum.

Zweite Frage: Könnte der Eindruck entstehen, daß es sich bei der Versöhnung mit *„anständigen, jungen Männern"* (Dregger) bzw. bei der *„Erinnerung an die Mißbrauchten"* (Vogel), kurzum bei der deutsch-amerikanischen SS-Totenfeier in Wirklichkeit um eine „Nazi-Verherrlichung" handelte? Falsch, meint F.

Es war vielmehr *„Verdrängung"*. Nach Art des Hauses: *„An einer solchen einseitigen, auf die Judenvernichtung anspielenden Optik eines solchen Besuches können wir nicht interessiert sein"* (vertrauliches Papier aus dem Auswärtigen Amt vom 27.11.84, siehe AK 258 und 259 „Über allen Gräbern ist Ruh'" und „Eine Entbarbarisierung fand nicht statt") — also eine einseitige Verdrängung, die, weil verdrängt werden soll, verherrlichen muß, weil nichts verharmlost werden kann (letzterer komplexe Gedankengang stammt diesmal von mir).

Und genau das will die „Normalisierungs"-Front. Um F. zu paraphrasieren: **Ob es einem nun paßt oder nicht, wird mensch sich damit auseinandersetzen müssen, daß** — ungeachtet der Hypothese, daß bei ähnlicher Herausforderung durch einen Schandvertrag, durch eine Revolution noch zusätzlich verstärkt, bei einer vergleichbar risikofreudigen und teilweise aggressiven Bourgeoisie der deutsche Faschismus ebensogut von Island hätte ausgehen können wie die Oktoberrevolution bei vergleichbaren Ausgangsbedingungen in Luxemburg hätte stattfinden können — **die rechte Sehnsucht nach „Normalisierung" auf deutschem Boden den Tatsachen nicht entspricht und nicht entsprechen kann.**

Ich fahre fort: Zur allseitigen Einschätzung der Lage gehört nicht nur, daß sich der Politiker ganz autonom seine eigenen Gedanken macht, sondern sich auch umsieht, wie es mit dem Bewußtsein der Massen, sprich ihren Interessen bestellt ist. *„Eine neue Qualität von reaktionärer Massenkampagne zur ideologischen Amnestie der SS ist es (Bitburg) gerade nicht!"* Das ist aus folgender Beobachtung geradezu zwingend zu schließen: ***„Erst durch die Kritiker wurden die SS-Gräber überhaupt zum Thema."***

Fassen wir zusammen: Weder auf der staatlichen noch auf der gesellschaftlichen Ebene haben wir es mit einer Veränderung, sozusagen mit einem Bruch zu tun. Einerseits ist die SS-Rehabilitierung Staatsdoktrin, andererseits hat *„die ganze Aufregung um Bitburg ... an dieser gesellschaftlichen Realität nicht einmal leicht gekratzt."*

Was ist daraus logisch zu schließen? Einmal in diesen gesellschaftlichen Kontext eingeordnet entspricht in der Tat, 40 Jahre danach, eine Jubiläumsfeier zur Ehrung *„jener deutschen Soldaten, die im guten Glauben kämpften"* (der inzwischen verstorbene Mertes) den BRD-Normen. Und ist daher „eine Lappalie ohne große Bedeutung", wenn sie auch „skandalös", ja: „empörend" ist. Oder andersherum. Denn „besonders empörend" ist, so F., wenn Kohl und Reagan *„dies ohne großen öffentlichen Protest tun können"*.

Hier ist F.s Bestandsaufnahme der Lage, 18 Monate danach, nicht ganz korrekt: Es gab den — so gut wie ausschließlich — jüdischen Protest und es gab den Protest gegen den jüdischen Protest: ***„Das ist ja das letzte, daß man 40 Jahre nach Kriegsende durch KZs laufen muß"*** (Boenisch, laut Spiegel, 29.4.85). *„Um des Himmels willen"*, fragte Augstein (ebenda), *„wer könnte ein Interesse daran haben, den 8. Mai 1945 zu begehen?"*, während die FAZ vor denjenigen warnte, die *„die Verfolgung bis ins siebte Glied"* pflegen und sich daran ergötzen, *„das Zerrbild des häßlichen Deutschen wieder auszugraben und alte Wunden wieder aufzureißen"* (29.4.85).

des häßlichen Deutschen wieder auszugraben und alte Wunden wieder aufzureißen" (29.4.85).

Korrekt und präzise müßte es also heißen: Besonders empörend ist, wenn Kohl und Reagan dies ohne großen öffentlichen **deutschen** Protest tun konnten. Aber auch hier trügt der Schein, denn die *„ganze Aufregung"* um die bedeutungslose, wenn auch skandalöse Lappalie ist dennoch ***„ein Pseudo-Konflikt auf einem Nebenschauplatz"*** gewesen. Oder andersherum. Den diffizilen Gedankengang erörtert F. am Ende seines Artikels: *„Diese Belastung der westdeutschen Imperialisten ist Grund und Gelegenheit genug, mit allen Kräften gegen ihre Entlastung durch Vergessen, Verdrängung und Leugnen dieser Geschichte, eben die von ihnen mit allen Mitteln betriebene Normalisierungspropaganda anzugehen, ihre Verantwortung anzuprangern."* Jenes Anprangern habe sich „politisch, historisch" und „sicher nicht zuletzt auch moralisch" zu vollziehen. Bedeutet diese Empfehlung, mensch sei seiner politischen, historischen und sicher nicht zuletzt auch moralischen Aufgabe am 5. Mai 1985 doch nicht nachgekommen (schließlich handelte es sich hierbei, so F., um *„das Abfeiern des in der BRD erreichten Grads an Verdrängung der Nazi-Vergangenheit"*)?

Der politisch geschulte Mensch hat es schon richtig kombiniert: „Pseudo-Konflikt" und Aufgabe schließen sich aus. Obwohl ... Mensch hätte vielleicht höchstens die Aufgabe gehabt, die 1000 jüdischen Gegendemonstranten von ihrem deplazierten, anachronistischen und anomalen Protest mitabzuhalten — politisch, historisch und sicher nicht zuletzt auch moralisch begründet, versteht sich? Der kommunistische Politiker zeichnet sich dadurch aus, daß sein Blick nicht an Vergangenheit und Gegenwart haftet. Sein Tun und seine Sorge sind der Zukunft gewidmet. Gestern war gestern, heute ist heute und morgen ist morgen — so ähnlich wurde sich auch in der Antike schon die Zeit vorgestellt, starr und unbeweglich, jedes einzelne Moment vom vorausgegangenen und folgenden Moment getrennt. 1933-45 wurden die Verhältnisse umgekrempelt, es gab auf einmal Nazis zu hauf, 45 waren sie wieder weg, es kam zum Bruch, heute wird rein nostalgisch, bedeutungslos an gestern erinnert.

Will mensch es schon partout anprangern, dann muß allerdings klar sein, daß *„diese Agitation nicht mit einer Analyse der heutigen Verhältnisse verwechselt"* werden darf. Wenn zum Beispiel Joachim Fest 1985 schrieb, 1945 sei die Niederlage der Demokratie gewesen, was hat das schon für heute oder für morgen zu bedeuten? Wenn Nolte heute schreibt, Schuld an Auschwitz hätten die Bolschewisten gehabt, was sagt es denn schon aus, ob für heute, ob für morgen? Verglichen mit gestern, ist es doch eine rein kulturelle Debatte, die zudem heute auch nichts Neues bietet.

Ungeachtet dieser eiskalten Einschätzung der Lage, greift der Kader sowas dennoch auf, einerseits weil es zur Zuspitzung der innerimperialistischen Widersprüche, also im Ausland günstig ist: Chirac und Reagan müssen bei ihrer Belastung Kohls mit unserem ganzen Gewicht unterstützt werden. Andererseits der Agitation wegen, zur Beeindruckung der Schlichten.

Auch hierin zeichnet sich der Politiker aus: Er weiß zwischen Zweck und Mittel genauso gut zu unterscheiden wie zwischen Politik und Moral oder zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Das Mittel beeinflußt genausowenig den Zweck, wie die Moral die Politik oder die Gegenwart die Zukunft — weil auch hier, jedenfalls in seiner Vision der Dinge, alles nebeneinander und voneinander getrennt sei. So kann er den jüdischen Protest in zwei Aspekte trennen: politisch falsch und moralisch verständlich, mensch ist ja schließlich kein Monster.

Die Moral wird aus der Politik herausverwiesen, als sei sie irgendein abstraktes Gebilde, das mit dem Leben und der Welt nichts zu tun hätte und nicht von Menschen praktisch, d.h. politisch geschaffen wird. Nun protestierten aber die Anti-Bitburger nicht im Namen irgendeines abstrakten Prinzips am Himmel, sondern im Namen von gestern real geschehenen Verbrechen, zur Erinnerung an Millionen real ermordeter Menschen und gegen eine konkrete, gegenwärtige Politik, die aus SSlern anständige Deutschen macht, die Ostvertriebene mit Juden gleich-



Verständlich, aber nebensächlich? Protest gegen Kohl und Reagan in Bitburg

setzt, die den Antisemitismus von gestern verharmlost und mittels solcher Kampagnen einen antisemitischen Hemmungsabbau betreibt — für heute und morgen betreibt.

Wo bitte gehts zum „Nebenschauplatz"? Seit wann bedeutet linke Politik, sich gegenüber rechten Sitten deshalb zu enthalten, weil sie eben Sitten bzw. „nichts Neues" seien? Die rückwärts, immer wieder wiederholte „moralische Verurteilung" derselben bringe deshalb nichts, heißt es, weil sie „gegen die Vorbereitung noch schlimmerer Verbrechen" die Kampfbereitschaft der Menschen nicht erhöhe. Wahrscheinlich hat nur deshalb eine Minderheit die Bitburger Symbolik verurteilt, weil die Mehrheit ihre Kräfte für das große (vorstellbare, wenn auch nicht absehbare) Finale, wo es diesmal jeden treffen wird, sammelt??

Irgendwie wird Auschwitz immer kleiner. Einmal war es ja nur Reaktion auf die Asiaten. Dann — aber das ist eine absolut konträre Argumentation — war es nur ein Völkermord unter vielen. Außerdem gibt es heute überall auf der Welt Konzentrationslager, aber nirgendwo Faschismus. Schließlich passiert eventuell demnächst unvergleichlich Schlimmeres. Diese Komplexität der Welt fordert den Analytiker geradezu heraus. Eindeutig ist allerdings eins: Bitburger Nebenschauplätze stören den Frieden.

E.

Ein anständiger Streit?

1. Der einfachste Weg, mit dieser Art von „Debatte" fertig zu werden, wäre sicher der Hinweis an den Genossen F., sich erst einmal selbst klar darüber zu werden, was er denn eigentlich will: Faschisierungsthese als Überschätzung der realen Entwicklung, die sich für ihn darstellt als *„Überwindung ökonomischer und politischer Beschränkungen des BRD-Imperialismus"*, Stabilisierung bürgerlich-demokratischer Verhältnisse in einem „Präventiven Sicherheitsstaat". **Oder:** Faschisierungsthese als *„Verharmlosung dessen, was effektiv droht"*. Oder noch pointierter: Faschismus — *„nur ein Vorspiel gegen das, was als Drohung bevorsteht"*. Die Drohung ist für ihn die unentrinnbare Weltkriegsapokalypse.



Moralisch gut, politisch überholt? KB in Hamburg

Eine Klärung dieser Frage würde zumindest die Möglichkeit einer **sachlichen** Debatte eröffnen.

Da der Beitrag gleichzeitig eine stimmungsmäßige Aufheizung der Meinungsverschiedenheiten betreibt, möchte ich doch noch ein bißchen mehr dazu loswerden.

2. *„De.'s prinzipielle Argumentation beweist nicht, was sie beweisen soll, nämlich die nach wie vor bestehende Aktualität der Faschisierung"*. Wer „Über ein Dimitrov-Zitat" so liest, beweist nur, daß er dessen Aussage nicht verstanden hat.

Zunächst kritisiert der besagte Artikel nur diejenige Haltung, die da behauptet, daß die Bourgeoisie den Faschismus nur dann installiert, wenn sie sich in einer Schwäche-, Krisen- oder sonstigen bedrohlichen Situation befindet. Sondern, daß dies von den „Zweckmäßigkeitserwägungen der Herrschenden" abhängt. Folglich plädiert der Artikel im wesentlichen nach dem Brecht'schen Motto **„Das Sichere ist nicht sicher"** auch gegen die Beruhigungspille, die da sagt: „Keine Krise in Sicht — also auch kein Faschismus in Sicht". Dies kann sicher auch als Tritt vors Schienenbein derjenigen verstanden werden, die in derselben Ausgabe (AK 274) schreiben: *„Aktuell und konkret analysierbar sind jedoch keine generellen Infragestellungen der Stabilität abzusehen."* Sie schließen daraus auf die Untauglichkeit der Faschisierungsthese und interpretieren die BRD gestern und heute und zukünftig als „präventiven Sicherheitsstaat".

Auf diese Kritik von de. geht F. bezeichnenderweise nicht ein.

3. F. reduziert in seiner Antwort die faschistische Gefahr auf das *„letzte Aufbäumen des deutschen Vorkriegs-Nationalismus"*, repräsentiert durch *„rechte CDU/CSU und ihren nationalistischen Klientel von Alt-Nazis, Vertriebenen usw."*. Darüber hinaus versteigt er sich zur These, daß es zwischen Faschismus und BRD als Nachfolgestaat keine „wirkliche Kontinuität" gegeben habe. Wir haben bislang immer vertreten, daß die Herrschenden sich nicht nur selbst vom Faschismus in die BRD „rübergerettet" haben, sondern insbesondere ihre alten Ziele und Ambitionen in dieser neuen Hülle weiterverfolgt haben. Diese Ziele, die auf die politische, militärische und ökonomische Weltmachtposition gerichtet waren, bargen für uns die objektiv und subjektiv erkennbare Gefahr (um es vorsichtig auszudrücken!), daß sie diesen Weg mit faschistischen Methoden erreichen wollten.

4. F. hat in seiner Kritik der Faschisierungsthese in AK 258 geschrieben: *„Die Kräfte des BRD-Imperialismus, die Mitte der 60er und später für eine Konfrontationslinie in der Außen- und Innenpolitik, vielleicht gar für eine Faschisierung eintraten, haben sich nicht durchgesetzt. Dieses Ergebnis war selbstverständlich auch für die langfristigen Planer ,der' Bourgeoisie nicht mit Sicherheit vorhersehbar, ebensowenig für die Linke. Es ist ein Produkt des konkreten Verlaufs der globalen und innenpolitischen Auseinandersetzungen. Es ist in diesem Zusammenhang durchaus reizvoll darüber nachzudenken, welchen Einfluß die Linke auf diese Entwicklung hatte — gerade auch durch ihre antifaschistisch orientierte Mobilisierung. Diesem Gedanken will ich hier aber nicht weiter nachgehen. Klar ist aber eins: Die Entwicklung der Präventionslinie der SPD/FDP-Regierung (...) hatte und hat einen expandierenden BRD-Imperialismus zur Bedingung, der trotz Krisenmanagements zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung noch immer in der Lage ist, den Sozialstaatskonsens aufrechtzuerhalten.*

Was geschieht, wenn dies in Frage gestellt wird, ist offen ..."

Der Absatz endet damit, daß eine differenzierte Analyse der „Optionen" des BRD-Imperialismus vonnöten sei und warnt abschließend, sich *„durch eine wiederum einseitige Verabsolutierung einer Variante kapitalistischer Strategien, diesmal der aktuellen Befriedungspolitik, einlullen (zu) lassen."*

5. Mensch könnte noch viele, interessante Fragen stellen und diskutieren. Vorab sollten wir aber aufgeklärt werden, warum diese fruchtlose und selbstzerfleischende Debatte vorangetrieben wird: Denn wenn sie nur Vehikel ist, um dem alternativen Zeitgeist entsprechend *„überlebte Denkformen abzustreifen, den Dogmatismus zu überwinden und den kritischen Impuls des Marxismus erneut freizusetzen"* und andererseits die Grüne Partei hochleben zu lassen (alles AK 274, S. 33), dann sollte das auf den Tisch.

Denn dann scheint ja mehr in Frage zu stehen als nur die Faschisierungsthese.

Ein Genosse aus SH

,,Das spontane Streben des Proletariats'' hin zur SPD

Anmerkungen zur Politik des BWK



Die Politik des ,,Bundes Westdeutscher Kommunisten'' (BWK), einem Überbleibsel des ehemaligen KBW, hat in den letzten beiden Jahren immer mehr Widersprüche zur Sozialdemokratie abgeschwächt. Ihr Hauptstoß richtet sich gegen die ,,*Träger der Faschisierung*''; das seien ,,*Teile der konservativen bürgerlichen Parteien*'' (1). Dagegen soll eine ,,Frontorganisation'' aufgebaut werden, wo ,,*nicht das Problem der Abgrenzung zur SPD*'' bestehe, ,,*sondern die Formulierung der gemeinsamen Interessen*'' mit der SPD (2).

Dieser Artikel spürt einer Grundlage dieser Politik nach: schematische Ansichten über das ,,revolutionäre Subjekt'', wie sie auch über den BWK hinaus zu finden sind.

Der ,,Kommunismus des Proletariats''

Das ZK des BWK hat 1985 erklärt, ,,*daß unsere Politik auf dem spontanen Streben des Proletariats hin zum Kommunismus fußen kann und fußen muß*'' (3).

Tatsache aber ist, daß es mit diesem ,,*spontanen Streben des Proletariats hin zum Kommunismus*'' zur Zeit nicht weit her ist, daß im Gegenteil eine gesicherte Hegemonie der SPD in der Arbeiterschaft besteht (mit der Tendenz zum Abbröckeln eher nach **rechts**, Richtung CDU/CSU.

Vor dieser Tatsache verschließt der BWK die Augen, wenn er bestreite, daß ,,*in Abgrenzung zur SPD, proletarische Parteibildung stattfinden kann*'' (4). Das sei völlig unnötig, ,,*denn diese hat mit dem Marxismus schon lange nichts mehr und mit dem Leninismus nie etwas zu tun gehabt*'' (2).

Statt durch Abgrenzung läßt sich — so die Alternative des BWK — ,,*das Problem des Einflusses der Sozialdemokratie auf die Arbeiterbewegung sehr gut in einer Frontbildung gegen Imperialismus und Reaktion bewältigen*'' (4). Und dabei bestehe, wie anfangs schon mal zitiert, ,,*nicht das Problem der Abgrenzung zur SPD*'', ,,*sonder die Formulierung der gemeinsamen Interessen*'' (2).

Zusammengefaßt: ,,Das spontane Streben des Proletariats'' ergibt einen so starken Schub hin zum Kommunismus, daß sich das Dilemma mit dem SPD-Einfluß von allein erübrigt, sobald die ,,gemeinsame Front gegen Imperialismus und Reaktion'' steht.

hat mit dem Marxismus schon lange nichts mehr und mit dem Leninismus nie etwas zu tun gehabt'' (2).

Statt durch Abgrenzung läßt sich — so die Alternative des BWK — ,,das Problem des Einflusses der Sozialdemokratie auf die Arbeiterbewegung sehr gut in einer Frontbildung gegen Imperialismus und Reaktion bewältigen'' (4). Und dabei bestehe, wie anfangs schon mal zitiert, ,,nicht das Problem der Abgrenzung zur SPD'', ,,sonder die Formulierung der gemeinsamen Interessen'' (2).

Zusammengefaßt: ,,Das spontane Streben des Proletariats'' ergibt einen so starken Schub hin zum Kommunismus, daß sich das Dilemma mit dem SPD-Einfluß von allein erübrigt, sobald die ,,gemeinsame Front gegen Imperialismus und Reaktion'' steht.

Die Position Lenins

Lenin hatte eine ganz andere Entwicklungsrichtung des ,,spontanen Strebens des Proletariats'' ausgemacht. Im Gegensatz zum BWK, dessen Politik auf diesem ,,*spontanen Streben ... fußen kann und fußen muß*'', meinte Lenin, ,,*unsere Aufgabe*'' bestehe ,,*im Kampf gegen die Spontaneität* (bei Lenin fettgedruckt), *sie bestehe darin, die Arbeiterbewegung von dem spontanen Streben des Trade-Unionismus, sich unter die Fittiche der Bourgeoisie zu begeben, abzubringen*''. (5)

Als Begründung fährt Lenin fort: ,,*Warum aber, wird der Leser fragen, führt die spontane Bewegung (...) zur Herrschaft der bürgerlichen Ideologie? Aus dem einfachen Grunde, weil die bürgerliche Ideologie ihrer Herkunft nach viel älter ist als die sozialistische, weil sie vielseitiger ist, weil sie über unvergleichlich mehr Mittel der Verbreitung verfügt.*''

Schon in der Herleitung seiner Position steht der BWK völlig quer zu Lenin. Das BWK-ZK schreibt: ,,*Den Hang des Proletariats zum Kommunismus kann man aus dem Kollektivismus begründen, der im Arbeitsprozeß entsteht.*'' (3)

Lenin bezeichnete es im Gegensatz dazu als ,,*den Grundirrtum aller Ökonomisten*'', ,,*daß man das politische Klassenbewußtsein der Arbeiter aus ihrem ökonomischen Kampf sozusagen von innen heraus entwickeln könne.*'' (5) Wobei Lenin die BWK-Auffassung wahrscheinlich sogar als Super-Ökonomismus kritisiert hätte, denn dieser will das politische Klassenbewußtsein nicht einmal ,,entwickeln'', sondern bei ihm ,,entsteht'' es ganz spontan, und nicht im ,,ökonomischen Kampf'', sondern ganz einfach ,,im Arbeitsprozeß''.

Die Spaltung der Arbeiterklasse

Nun ist es nicht so, daß der BWK die Schwierigkeiten einer revolutionären Politik in der Arbeiterklasse völlig leugnet. Seine Sichtweise dieser Schwierigkeiten ist jedoch einigermaßen verblüffend. In der ,,Beilage'' vom 19.9. schreiben die Genoss/inn/en: ,,*Lenin wies darauf hin, daß die Spaltung der Arbeiterklasse den Klassenkampf erschwert. Diese Spaltung wurzelt in der kapitalistischen Arbeitsteilung in der Produktion. (...) Die geistigen Potenzen des Produktionsprozesses werden dem Arbeiter entzogen, um sie besonders ausgebildeten und von körperlicher Arbeit befreiten Leuten in den Belegschaften zu übergeben (...) Ihre zahlenmäßige Stärke hat so zugenommen, daß sie als besondere Schicht von Lohnabhängigen, als werktätige Intelligenz klassenmäßig ihre Interessen vertreten.*'' Eigentlich besteht also — so muß man schlußfolgern — die Spaltung gar nicht mehr **innerhalb** der Arbeiterklasse. Vielmehr haben sich die Privilegierten des Arbeitsprozesses längst als **eigene Klasse** (= werktätige Intelligenz) konstituiert. Diese ,,werktätige Intelligenz'' — so an anderer Stelle das BWK-ZK — ,,*kämpft ... um die Führung der Gesellschaft. Sie bestreitet den Kapitalisten generell die Fähigkeit und das Recht zur Investition, indem sie den Ökologismus als Maßstab setzt.*'' (3) Womit gesagt sein soll, daß diese neue Klasse ihren politischen Ausdruck vor allem bei den Grünen (dem ,,Ökologismus'') gefunden habe.

Das stellt tatsächlich die Verhältnisse auf den Kopf. Spaltungslinien innerhalb der Arbeiterschaft laufen nicht in erster Linie zwischen proletarischen ,,Handarbeitern'' auf der einen, und angegrünten ,,Kopfarbeitern'' auf der anderen Seite. Spaltungslinien, so sie überhaupt in der politisch recht trägen Arbeiterbewegung erkennbar sind, laufen eher zwischen den voll angepaßten ,,Systemgewerkschaften'' (IG Chemie, IG Bergbau) auf der einen, und etwas kämpferischeren Gewerkschaften wie der IG drupa auf der anderen Seite. Wobei offensichtlich ist, daß die rechten Gewerkschaften militant grünenfeindlich sind, während sich bei der IG Metall (Janßen!) und der IG drupa eher ,,rotgrüne'' Strömungen ausmachen lassen.

angegrünten ,,Kopfarbeitern'' auf der anderen Seite. Spaltungslinien, so sie überhaupt in der politisch recht trägen Arbeiterbewegung erkennbar sind, laufen eher zwischen den voll angepaßten ,,Systemgewerkschaften'' (IG Chemie, IG Bergbau) auf der einen, und etwas kämpferischeren Gewerkschaften wie der IG drupa auf der anderen Seite. Wobei offensichtlich ist, daß die rechten Gewerkschaften militant grünenfeindlich sind, während sich bei der IG Metall (Janßen!) und der IG drupa eher ,,rotgrüne'' Strömungen ausmachen lassen.

Nochmal Lenin

Auch hier lassen sich die BWK-Mißverständnisse auf eine totale Mißachtung entsprechender Leninscher Analysen zurückführen. Bei Lenin wurzelt nämlich die Spaltung der Arbeiterklasse **nicht** hauptsächlich ,,in der kapitalistischen Arbeitsteilung''. Vielmehr sei die rechte Strömung in der Arbeiterbewegung, der Opportunismus, hauptsächlich durch ,,Bestechung'' mittels kapitalistischer Extraprofite entstanden und so an das System angebunden worden. Lenin verweist im Vorwort von ,,Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus'' auf das Ausmaß des Kapitalexports im Imperialismus und der dadurch erwirtschafteten ,,Extraprofite''. Dies habe Folgen für die Arbeiterbewegung: ,,*Es ist klar, daß man aus solchem gigantischen Extraprofit (denn diesen Profit streichen die Kapitalisten über den Profit hinaus ein, den sie aus den Arbeitern ihres ,eigenen' Landes herauspressen) die Arbeiterführer und die Oberschicht der Arbeiteraristokratie bestechen kann. (...) Diese Schicht der verbürgerten Arbeiter oder der ,Arbeiteraristokratie', in ihrer Lebensweise, nach ihrem Einkommen, durch ihre ganze Weltanschauung vollkommen verspießert, ist die Hauptstütze der II. Internationale und in unseren Tagen die soziale (nicht die militärische) Hauptstütze der Bourgeoisie.*'' Neben direkter ,,Bestechung'', die nur eine ,,Minderheit des Proletariats'' betrifft (Lenin), kommt es darüberhinaus zu einer ,,Ruhigstellung'' größerer Teile der Werktätigen durch entsprechende Posten. Lenin spricht hier von der sog. ,,Arbeiterbürokratie''. Er führt aus: ,,*Auf der geschilderten ökonomischen Grundlage haben die politischen Institutionen des neuesten Kapitalismus — Presse, Parlament, Verbände, Kongresse usw. — die den ökonomischen Privilegien und Almosen entsprechenden politischen Privilegien und Almosen für die respektvollen, braven, reformistischen und patriotischen Angestellten und Arbeiter geschaffen. Einträgliche und ruhige Pöstchen im Ministerium oder im Kriegsindustriekomitee, im Parlament und in verschiedenen Kommissionen, in den Redaktionen der ,soliden' legalen Zeitungen oder in den Vorständen der nicht weniger soliden und bürgerlich-folgsamen Arbeiterverbände — damit lockt und belohnt die imperialistische Bourgeoisie die Vertreter und Anhänger der bürgerlichen Arbeiterparteien.*'' (6)

Der DDR-Marxist Jürgen Kuczinsky schätzt für das Jahr 1970, daß ,,*etwa 100.000 Sozialdemokraten, jedes achte Parteimitglied, ein solches Pöstchen hat.*'' (7)

Reformismus?

Gegen eine ,,Erneuerung'' Lenins wäre ja gar nichts einzuwenden. Nur: Von alldem findet sich in den BWK-Analysen null. Es wird auch nicht begründet, wieso man anstelle des Leninschen Widerspruchspaars (Arbeitermasse versus Arbeiteraristokratie) nun plötzlich ein neues Widerspruchspaar (Arbeiterklasse versus ,,werktätige Intelligenz'') setzt.

Weiter: Während Lenin beispielsweise von einer zunehmenden Differenzierung reformistischer Parteien ausgeht, deren rabiatester Flügel ,,*sich als Sozialchauvinismus mit der bürgerlichen Politik restlos verschmolzen hat*'' (8), geht der BWK von der Sozialdemokratie als einer **einheitlichen** reformistischen Partei aus. ,,*Die Sozialdemokratie ist eine Partei von Lohnabhängigen.*'' Ohne jede Einschränkung wird fortgefahren: ,,*Reformistische Parteien und Strömungen können deshalb für den Widerstand gegen den Faschismus gewonnen werden.*'' (9) Das ist undifferenziert und pauschal und übersieht, wie sehr hegemoniale **Teile** der SPD mit der BRD-Bourgeoisie verbunden sind (z.B. über den Staatsapparat) und wie sehr diese Verzahnung gerade nach 1969 zugenommen hat: also in genau dem als ,,Faschisierung'' analysierten Zeitraum. Wie sollten wir da diese Partei **als ganzes** für eine gegen diese Entwicklung (egal, ob man sie Faschisierung nennt oder nicht) gerichtete Politik gewinnen können?

Im Sog der SPD

Die naive Idealisierung des Arbeiterbewußtseins läßt den BWK immer mehr die Sozialdemokratie (,,Partei von Lohnabhängigen'') als Gegner ,,vergessen''.

ist undifferenziert und pauschal und übersieht, wie sehr hegemoniale Teile der SPD mit der BRD-Bourgeoisie verbunden sind (z.B. über den Staatsapparat) und wie sehr diese Verzahnung gerade nach 1969 zugenommen hat: also in genau dem als ,,Faschisierung'' analysierten Zeitraum. Wie sollten wir da diese Partei als ganzes für eine gegen diese Entwicklung (egal, ob man sie Faschisierung nennt oder nicht) gerichtete Politik gewinnen können?

Im Sog der SPD

Die naive Idealisierung des Arbeiterbewußtseins läßt den BWK immer mehr die Sozialdemokratie (,,Partei von Lohnabhängigen'') als Gegner ,,vergessen''.

,,*Der Charakter der Sozialdemokratie (wird) für uns ... zum Problem*'', urteilen die Genoss/inn/en mittlerweile selber (4). Nichtsdestotrotz geht die Entwicklung weiter. Ein Meilenstein besonderer Art war der Wahlaufruf zur Niedersachsenwahl im Juni 86, den der BWK gemeinsam mit GIM/KPD vorlegte. Erstmals hat sich der BWK dort auf die Logik des ,,kleineren Übels'' eingelassen und lediglich vor einer Stimmabgabe für CDU und FDP abgeraten, die Wahl der SPD aber — trotz vieler und radikaler Kritikpunkte — explizit als Möglichkeit offengelassen. ,,*Wir verstehen das*'', schreiben die Genoss/inn/en wörtlich. (10) Tut mir leid, ich nicht!

Jürgen/KB Stuttgart

Anmerkungen

Der Artikel ist u.a. Resultat von zwei gemeinsamen Diskussionsrunden, die es in Stuttgart zum Thema SPD/Reformismus zwischen uns und dem BWK (sowie KPD und z.T. MLPD, auf die ich jedoch hier nicht eingehe) im letzten Jahr gab.

1) Beilage vom 19.9.86, Artikel von Mak, dev „Volksgemeinschaft, Ausländerpolitik: Kontinuität der Reaktion"
2) Artikel vom 17.10.85 in der PB-Ortsbeilage Stuttgart von heb
3) Politische Berichte 4/85, ZK-Artikel „Parteibildungsprozeß und antifaschistischer Kampf"
4) PB-Ortsbeilage Stuttgart vom 10.8.85, Artikel „Antireformistisches Lager oder Front gegen die Reaktion" (ohne Verfasser, also offenbar Konsensartikel)
5) W.I. Lenin, Was Tun?, Brennende Fragen unserer Bewegung
6) W.I. Lenin, Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus
7) J. Kuczinsky, Klassen und Klassenkämpfe, VMB 1972
8) W.I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus
9) BWK-ZK, Regionalbüro Süd: Diskussionsvorlage für die gemeinsame Diskussion am 18.3.86
10) Gemeinsamer Wahlaufruf GIM/KPD/BWK vom 15.4.86

Anmerkungen zur EG

In AK Nr. 274 haben die Autoren F. und jb aus ihrer Sicht ,,Die These von der Faschisierung von Staat und Gesellschaft und ihre Kritik im KB'' zusammengefaßt. Ohne mich an dieser Stelle ausführlicher auf die Faschisierungs-Diskussionen einzulassen, möchte ich doch da meine Kritik los werden, wo nach der Verabschiedung alter Thesen (,,Faschisierung ...'') nun unhinterfragt neue Thesen aufgestellt werden, die ich nicht nur nicht teile, sondern die schlicht sachlich falsch sind. Dies betrifft vor allem ihre Aussagen zur Westeuropa-Konzeption:

schiedlichen und ungleichmäßigen Entwicklungen der einzelnen Länder. Grob vereinfacht besteht das ökonomische Interesse der schwächeren EG-Länder an der Integration darin, im Rahmen der weltweiten Veränderungen der Akkumulationsbedingungen, der strukturellen Veränderungen usw. an diesem Weltmarkt zu partizipieren und politisch, etwa im Rahmen der EPZ (Europäische Politische Zusammenarbeit) und anderer Instrumentarien Einfluß auszuüben, den sie ohne EG-Mitgliedschaft so nicht hätten. Umgekehrt besteht die ,,Attraktivität''

Anmerkungen zur EG

In AK Nr. 274 haben die Autoren F. und jb aus ihrer Sicht ,,Die These von der Faschisierung von Staat und Gesellschaft und ihre Kritik im KB'' zusammengefaßt. Ohne mich an dieser Stelle ausführlicher auf die Faschisierungs-Diskussionen einzulassen, möchte ich doch da meine Kritik los werden, wo nach der Verabschiedung alter Thesen (,,Faschisierung ...'') nun unhinterfragt neue Thesen aufgestellt werden, die ich nicht nur nicht teile, sondern die schlicht sachlich falsch sind. Dies betrifft vor allem ihre Aussagen zur Westeuropa-Konzeption:

1. Sie behaupten, die EG-Konzeption der BRD (,,einheitlicher Binnenmarkt'') sei von der sozialliberalen Koalition ,,begonnen und durchgesetzt'' worden, während sich die CDU/CSU ,,mittlerweile'' auch diesem Kurs verschrieben habe.

Die gesamte West-Integration der BRD mit den USA *und* den westeuropäischen Staaten bildeten den außenpolitischen Grundkonsens seit Gründung der BRD — die EG-Integration erhielt sogar Verfassungsrang. Die Binnenmarkts-Forderung reicht bis in die Gründungsära der damaligen EWG (1957) zurück: das damalige Ziel war es ja, über eine beschleunigte wirtschaftliche Integration auch eine politische Union zu schaffen, was bekanntermaßen an den inneren Widersprüchen scheiterte.

2. Geradezu falsch ist die Aussage, wonach im ,,gebrochenen Prozeß der ökonomischen und politischen Integration im Rahmen der EG'' sich die ,,nationalstaatliche Verfaßtheit der kapitalistischen Staaten *aufzuheben* beginnt'' (Hervorhebung von D.). Darüber hinaus deuten die Verfasser fragend an, ob die kommenden Klassenkämpfe überhaupt noch eine nationale Verlaufsform nehmen werden. Nein, der widerspruchsvolle Verlauf der EG-Integration erfolgt auf der Grundlage ,,nationalstaatlicher Verfaßtheiten'', wobei sich die bislang 12 Nationalstaaten eben nicht in eine supranationale Staatsformation aufzuheben beginnen. Die Nivellierungsprozesse im Rahmen der EG kommen nur dann zum Zuge, wenn alle 12 EG-Staaten sich im Prozeß ihrer Auseinandersetzungen auf einen ,,Minimalkonsens'' einigen können, der in Übereinstimmung mit ihren nationalen Interessen zu bringen ist bzw. eine Änderung der nationalstaatlichen Verfaßtheiten noch verkraftbar erscheinen.

Die ganze ,,Attraktivität'' der EG beruht gerade auf den höchst unter-

schiedlichen und ungleichmäßigen Entwicklungen der einzelnen Länder. Grob vereinfacht besteht das ökonomische Interesse der schwächeren EG-Länder an der Integration darin, im Rahmen der weltweiten Veränderungen der Akkumulationsbedingungen, der strukturellen Veränderungen usw. an diesem Weltmarkt zu partizipieren und politisch, etwa im Rahmen der EPZ (Europäische Politische Zusammenarbeit) und anderer Instrumentarien Einfluß auszuüben, den sie ohne EG-Mitgliedschaft so nicht hätten. Umgekehrt besteht die ,,Attraktivität''

der starken EG-Länder (BRD und Frankreich) darin, aufgrund der ungleichmäßigen Entwicklung die schwächeren EG-Länder ökonomisch zu durchdringen und ihre politische Hegemonie auszudehnen. Nicht nur die ökonomischen Bedingungen und Voraussetzungen sind höchst unterschiedlich, sondern auch die politischen ,,Verfaßtheiten'' der Staaten mit all ihren historischen und kulturellen Besonderheiten.

Daraus ergibt sich, daß die ,,kommenden Kämpfe'', soziale Auseinandersetzungen auch in Zukunft im nationalen Rahmen verlaufen werden, wenngleich die Herrschenden, etwa in Italien, mit Verweis auf die EG-Sachzwänge die Arbeiter zu disziplinieren versuchen.

Die harte Nuß, die es noch zu knacken gilt, liegt daher nicht so sehr in dem Problem internationaler Verlaufsformen von sozialen Kämpfen, wie F./jb andeuten, sondern eher darin, die hartnäckigen Totschlags-Argumente der Herrschenden mit ihrem Verweis auf die Weltmarkt- bzw. EG-Sachzwänge zu entkräften. Dies gilt speziell für die BRD, die ja in besonderem Maße auf den Export getrimmt ist.

Kurzum: bei der EG handelt es sich um ein Staatenbündnis, das qualitativ sicher über das bislang übliche Maß an Zusammenarbeit zwischen kapitalistischen Ländern hinausgeht, sie ist allenfalls, wenn überhaupt, als eine Art Föderation denkbar — aber auf der Basis nationalstaatlicher Verfaßtheiten.

Und dabei werden die Bourgeois' dieser Länder weiter mit einem grundlegenden Widerspruch ,,leben'' müssen, den auch schon die Klassiker erwähnten: dem Widerspruch zwischen den nationalen Schranken einerseits und der schrankenlosen Ausdehnung des Kapitals.

Gruß D./Westberlin



Buchbesprechung

„Mein Sohn Che"

Im Hamburger Galgenberg-Verlag ist der biographische Bericht von Ernesto Guevara über das berühmteste seiner fünf Kinder, Che, erschienen. Vater Guevara, der sich ebenso wie die Mutter Celia de La Serna intensiv für die kubanische Revolution eingesetzt hat, wurde selber 1900 in Argentinien geboren. Er stammt aus einer argentinischen Emigrantenfamilie, die zeitweise in Kalifornien lebte und auf jeden Fall sozialistisch orientiert war. Ches Mutter Celia hingegen kommt aus einem überaus frommen und konservativen Milieu. Zeitweise war Guevara-Senior Generalsekretär der Bewegung zur Verteidigung des argentinischen Erdöls, heute lebt er in Kuba.

Das Buch hat er nicht geschrieben, um, wie er sagt, Che zu beurteilen, obwohl der — verständliche — väterliche Stolz überdeutlich ist.

Sein Wunsch ist bei dem 1972 verfaßten Buch gewesen, Ernesto Guevara de La Serna als Mensch dem Leser zu vermitteln. Das heißt, wie er „in seiner Kindheit und seiner Jugend — innerhalb des Rahmens unserer Familie" war.

Den 400 Seiten sind bisher unveröffentlichte Dokumente hinzugefügt, also Briefe, Photos, Auszüge aus Reisetagebüchern.

Der biographische Bericht beginnt mit der Schilderung der Revolutionstage in Havanna nach dem Sturz Batistas (Januar 1959). Die Familie war nach Kuba geflogen, sechs Jahre hatten sie sich nicht gesehen, und dachte, Che würde jetzt eine ruhigere Laufbahn als Arzt einschlagen.

Umso bestürzter war sie, als der Sohn eröffnete: „*Was aus mir werden wird? Ich selbst weiß nicht, in welchem Teil der Erde ich einmal meine Knochen lassen werde.*" (S. 90) Acht Jahre später, Oktober 1967 in Bolivien, wurde er ermordet. Fidel Castro schrieb

Teil der Erde ich einmal meine Knochen lassen werde." (S. 90) Acht Jahre später, Oktober 1967 in Bolivien, wurde er ermordet. Fidel Castro schrieb

damals im Nachwort zur Herausgabe des „Bolivianischen Tagebuchs" von Che Guevara:

„*Auch die Pseudorevolutionäre, Opportunisten und Heuchler aller Arten könnten daran interessiert sein, daß dieses Tagebuch nie bekannt wird, sie, die sich selbst als Marxisten, Kommunisten und ähnliches ausgeben, aber nie zögerten, Che zum verwirrten Abenteurer und bestenfalls zum Idealisten abzustempeln, dessen Tod der Schwanengesang des bewaffneten Kampfes der Revolution in Südamerika ist ... Zu allen Zeiten und Begebenheiten wird es übermäßig Einwände geben, nicht zu kämpfen, aber das wird der einzige Weg sein, die Freiheit niemals zu erlangen.*" („Bolivianisches Tagebuch", Trikont, S. 214, 216). Die vier weiteren Teile des Buches von Guevara sind der Rekonstruktion von Kindheit und Jugend des Sohnes zugedacht, unter Einbeziehung der Familiengeschichte. Berichtet wird also über die Kindheit des asthmakranken TT oder Chancho (familiärer Kosename des Che) im Urwaldgebiet Misiones, zwischen Paraguay und Brasilien, über sein späteres Medizinstusium, sein Interesse an Archäologie wie an Graphologie, seine Vorliebe für Rugby und weitere Sportarten, seine Leidenschaft für Schach (er besaß über 500 Schachbücher), seine Reisen durch Lateinamerika, seine große Zuneigung und Zärtlichkeit für die Familie und und und ...

Das Buch erscheint zwar gelegentlich unübersichtlich, einige Wiederholungen finden sich auch — aber ohnehin wird man es kaum an litararischen Maßstäben messen wollen.

Im übrigen enthält es auch Witziges: so erzählt Guevara davon, daß, nachdem Che für Schlagzeilen in der Weltpresse sorgte, man dort lesen konnte, die Familie Guevara pflege stets bewaffnet zu Tisch zu kommen, jeder eine Pistole in der Tasche, um etwaige Diskussionen ggf. auch mit schnellen Schüssen zu erledigen ... Es schließt mit dem Auszug aus einem undatierten Brief von Che Guevara an seine Eltern, aufgegeben in Indien: „*In mir hat sich der Sinn für die Masse im Gegensatz zum Persönlichen entwickelt, ich bin derselbe Einzelgänger von früher und suche meinen Weg ohne persönliche Unterstützung, aber heute bin ich mir meiner historischen Pflicht bewußt. Ich habe kein Zuhause, keine Frau, keine Kinder* (später doch — eine Tochter) *keine Eltern und Geschwi-*

meiner historischen Pflicht bewußt. Ich habe kein Zuhause, keine Frau, keine Kinder (später doch — eine Tochter) *keine Eltern und Geschwi-*

ster. Meine Freunde sind meine Freunde, solange sie im politischen Bereich so wie ich denken, und trotzdem bin ich zufrieden. Ich fühle, daß ich etwas darstelle im Leben, nicht nur die starke innere Kraft, die ich immer gespürt habe, sondern auch die Fähigkeit, anderen etwas zu geben, sowie eine absolute Vorstellung von meiner Mission, die mir jede Angst nimmt."

Ernesto Guevara
„Mein Sohn Che"
Verlag am Galgenberg, Hamburg, 1986
409 Seiten, 38 (!) DM

E.

Buchbesprechung:

„Der Wille zum Glück"

Zur Buchmesse '86 erschien das dritte Rowohlt-Lesebuch, nach Sartres „Den Menschen erfinden" und Camus' „Unter dem Zeichen der Freiheit" nun Simone de Beauvoirs „Der Wille zum Glück":

„*In meinem ganzen Leben bin ich niemandem begegnet, der so zum Glück begabt gewesen wäre wie ich, auch niemandem, der sich mit gleicher Hartnäckigkeit darauf versteift hätte.*"

Die Herausgeberin Sonia Mikich (u.a. WDR und EMMA) hat in ihrem Vorwort ein verehrungsvolles und ermunterndes Porträt der Autorin gezeichnet, die sie als „Extremistin der Reflexion und der Emotion" charakterisiert, und schreibt zusammenfassend: „*In einer Zeit, da kritisches Denken zum Anachronismus erstarrt scheint und Haltungslosigkeit modern ist, schaffen Simone de Beauvoirs Schriften die notwendige Unruhe.*" (S.14)

Die Textauswahl aus 18 Beauvoir-Schriften zeigt sie als Journalistin, Schriftstellerin und engagierte existenzialistische Philosophin: „*Zweifellos ist es bequemer, in blinder Unterwerfung zu leben, als an seiner Befreiung zu arbeiten: Auch die Toten sind der Erde besser angepaßt als die Lebenden.*"

Das Lesebuch beginnt mit einem Auszug aus „Memoiren einer Tocher aus gutem Hause", dem ersten Teil des vierbändigen Memoirenwerks von Simone de Beauvoir, das sie im Alter von 50 Jahren zu veröffentlichen begann, womit sie, wie sie schrieb, sich für die anderen existent machen wollte, indem sie ihr Leben mitteilte.

Die ausgewählten Auszüge zeichnen die beginnende Rebellion des jungen Mädchens gegen etablierte Konformismen, ihre damaligen Neigungen, soziale Fragen der Metaphysik und der Moral unterzuordnen und die Begegnung mit Sartre nach. Die Beziehung zwischen beiden, die, nach Mikich, keine Ergänzung, sondern eine Verdoppelung ihres Zugriffs auf die Welt bedeutete, ist Thema eines weiteren Auszugs aus dem zweiten Memoirenband „In den besten Jahren" (von 1929 bis zur Befreiung). Hier reflektiert S. de Beauvoir über die „Falle des Glücks", über die Gefahr, sich selbst im Leben zum „Zweitwesen", zum „relativen Wesen" zu reduzieren und über ihre Zwiespältigkeit gegenüber der eigenen Sinnlichkeit.

In ihren ersten philosophischen Essays, „Pyrrhus und Cineas", das 1944 veröffentlicht wurde, spricht sich Simone de Beauvoir für die absolute Notwendigkeit des Handelns aus, will der Mensch seiner bloßen Existenz einen Sinn geben und nicht nach Art des Steins vorhanden sein. „Nur wenn er sich transzendiert, ist er": der Mensch ist das, was er sich macht, er ist das, was er tut. Die grundlegende Voraussetzung aber für den Erfolg ist die unbedingte Achtung vor der Freiheit des anderen.

1946 begann Simone de Beauvoir die Arbeit an „Das andere Geschlecht", das 1949 veröffentlicht wurde, und wovon schon in der ersten Woche 22.000 Exemplare verkauft wurden. Nach wie vor das Standardwerk zur Theorie der Frauenbewegung, erregte es die damaligen männlichen Zeitgenossen ganz enorm. Albert Camus meinte gar, damit habe sie „den französischen Mann lächerlich" gemacht, und der katholische Schriftsteller Francoise Mauriac, seine ganze Prüderie vergessend, schrieb, jetzt wüßte er „alles über die Vagina" der „Chefin der Temps Modernes". Die „TM" waren von Sartre und ihr 1945 gemeinsam gegründet worden.

In den 50er Jahren ließ der Vatikan „Das andere Geschlecht" indizieren ... Die Unterdrückung der Frauen ist nicht natur-, sondern kulturbedingt: An dieser Absage an den Mythos des Ewig Weiblichen hielt Simone de Beauvoir stets fest, wie es auch aus dem abgedruckten Gespräch (1972) mit Alice Schwarzer deutlich wird.

In „Amerika — Tag und Nacht", einer Reportage für „Les Temps Modernes" von 1948, berichtet sie über ihre Begegnungen mit amerikanischen Frauen: „*Über ein unterwürfiges oder forderndes Verhalten hinweg bleibt der Mann der Herr: er ist das Wesentliche, die Frau das Unwesentliche. Die ‚Nonne' ist die Antithese der unterworfenen Haremsfrau — beide sind vom mann abhängig ... Die wirkliche Freiheit ist diejenige, die sich im positiven Sinne verwirklicht ... Da sie kein objektives Ziel hat, (...) versteift sich die Amerikanerin auf eine Verteidigung ihrer Überlegenheit, eine Verteidigung, die nur schlecht einen Minderwertigkeitskomplex übertüncht.*"

Bei ihrer 1970 erschienenen Studie „Das Alter" trug Simone de Beauvoir wie in „Das andere Geschlecht" ethnologische, geschichtliche, soziologische, kulturelle Fakten und Mythen zusammen und schließt: „*Wollen wir vermeiden, daß das Alter zu einer spöttischen Parodie unserer früheren Existenz wird, so gibt es nur eine einzige Lösung, nämlich weiterhin Ziele zu verfolgen, die unserem Leben einen Sinn geben.*"

Die Auswahl der Texte verdeutlicht, daß Simone de Beauvoirs Leben und Werk nicht von der existenzialistischen Philosophie der Freiheit, Verantwortung und Revolte zu trennen sind. Dies zeigt auch folgende Passage aus dem Lesebuch, die dem „Anderen Geschlecht" entnommen wurde: „*Jedes Individuum, das die Sorge hat, seine Existenz zu rechtfertigen, empfindet diese als ein unendliches Bedürfnis, sich zu transzendieren. Was aber nun auf eine eigenartige Art die Existenz der Frau begrenzt, ist, daß sie, obwohl wie jedes menschliche Wesen eine autonome Freiheit, sich entdeckt und sich wählt in einer Welt, in der die Männer ihr auferlegen, sich als das Andere zu sehen: man bemüht sich, sie zu einem Ding erstarren zu lassen und sie zur Immanenz zu verurteilen ... Das Drama der Frau besteht in dem Konflikt zwischen dem fundamentalen Anspruch jedes Subjekts, das sich immer als das Wesentliche setzt, und den Anforderungen einer Situation, die sie als unwesentlich konstituiert.*"

Die einzige, wahre Perspektive ist, so S. de Beauvoir, sich auf der individuellen Ebene als vollständiger Mensch zu verwirklichen, und auf der allgemeinen — ganz einfach: Verändern wir das Leben; mit der Veränderung der Gesellschaft verändert sich auch die Situation der Frauen.

E.

Simone de Beauvoir
Lesebuch — herausgegeben von Sonia Mikich
DER WILLE ZUM GLÜCK
Rowohlt, 1986
249 S., 19,80 DM



Aspekte des Alltags in der DDR

Wie lebt sich's in der DDR, wie wird der Alltag dort empfunden? Eindrücke davon vermittelt ein Band mit Interviewprotokollen, Kurzgeschichten und Gedichten unter dem Titel „Auf Du und Du", der jetzt im Mitteldeutschen Verlag (Halle-Leipzig) in der DDR erschienen ist. Achtzehn Autoren und Autorinnen, u.a. Volker Braun, Manfred Jendryschik, Daniela Dahn, Ernst Wenig, Steffen Mensching und Christine Lambrecht schildern tägliches Leben in Betrieb und Freizeit, erfreuliches und ärgerliches zwischen Ostsee und Fichtelgebirge. Dem bundesdeutschen Leser fallen markante Unterschiede zum Alltag in der BRD auf, wenn beiläufig deutlich wird, daß Zuspätkommen bei der Arbeit offensichtlich keineswegs so schnell die gleichen Konsequenzen hat wie zwischen Alpen und Flensburger Förde. Andererseits zeigt sich, daß der Einkauf für den Haushalt in der DDR immer wieder Beschaffungsprobleme auf manchen Gebieten aufwirft, die einem Westdeutschen ungewohnt erscheinen müssen. Spürbar wird in den verschiedenen Texten, vor allem in Christine Lambrechts Interviewprotokoll „Irene sagt", daß es oft ganz praktische Gründe jenseits politisch-theoretischer Interessen oder Karrieremotive sind, die DDR-Bürger dazu bewegen, sich in der Freien Deutschen Jugend (FDJ) oder in der SED zu organisieren. So schildert die Arbeiterin Irene mit einer anrührenden Offenherzigkeit, sie sei von der Partei als Mitglied geworben worden, weil „ich meine Arbeit mache, nicht saufe, nicht mit den Männern rummache, nicht bummele und so". Von heftigen Konflikten im Alltag handelt ein Text von Daniela Dahn, ein Brief einer Mutter an eine im Knast sitzende Tochter — ein Thema, das bislang außerhalb von Kriminalromanen eher noch ein Tabuthema der DDR-Gegenwartsliteratur ist.

Eine geraffte Folge von Bildern einer Rundreise durch die UdSSR in Baschkirien am Ural zeichnet Ernst Wenig in einem Reisebericht. In seiner „baschkirischen Erfahrung" wird leider kaum etwas vom Lebensgefühl der baschkirischen Bevölkerung gezeigt, einer Volksgruppe, die von islamischer Tradition geprägt ist, was z.B. bis heute zur Folge hat, daß selbst langjährige KPdSU-Genossen dort immer noch gesteigerten Wert auf das Heiraten von Frauen legen, deren Jungfernhäutchen von einschlägigen Bemühungen verschont geblieben ist.

Wie sich westliche Kultureinflüsse und nationale Traditionen in der Sowjetunion konkret niederschlagen, zeigt Ernst Wenig am Beispiel dortiger Taxifahrer. Während einige von ihnen Fotos von Boney M. an der Windschutzscheibe befestigen, bevorzugen georgische Fahrer aus dem Kaukasus oft Bilder Stalins, weil zu dessen Zeiten „die Georgier die Könige waren in Moskau", wie ein Taxifahrer meint. (J.W. Stalin wurde 1879 in Georgien geboren). Manche Details in diesem Büchlein geben westdeutschen Lesern, die die DDR nicht kennen, Rätzel auf. Hinter dem Begriff „Kaderleiter" verbirgt sich beispielsweise kein hoher Parteifunktionär aus dem Zentralkomitee, sonderen lediglich der Personalchef im Betrieb. Wenn erwähnt wird, daß jemand Mitglied der CDU ist, bedeutet das keine Entlarvung eines Handlangers von Helmut Kohl. Die CDU in der DDR ist eine von mehreren kleineren „Blockparteien", die unter fürsorglicher Anleitung der SED tätig sind. Die konkrete Aufgabe dieser CDU besteht darin, einem kirchlich angehauchten Publikum die Politik der DDR-Regierung in christlicher Verpackung möglichst schmackhaft zu servieren.

Gemeinsam ist den Autoren dieser Anthologie, daß sie die DDR als ihr Land akzeptieren, mit dessen Alltagsrealität sie unpathetisch und kritisch umgehen, in einer Weise, die man in der DDR-Presse meist vergeblich sucht.

Gerd Eggeling

Uta Braeter, Martin Reso(Hg.):
Auf Du und Du — Neuigkeiten vom Alltag, Mitteldeutscher Verlag, Halle/Leipzig, 246 Seiten, DM 8,30

„Babylon" — Eine neue Zeitschrift

Soeben erschien die erste Ausgabe von „BABYLON — Beiträge zur jüdischen Gegenwart" im Frankfurter Verlag Neue Kritik. Herausgegeben wird die Zeitschrift von Dan Diner, Susan Heenen-Wolff, Gertrud Koch, Cilly Kugelmann und Martin Löw-Beer. Im Editorial stellt der Herausgeberkreis seine Absichten vor:

Mit „Babylon" soll der Versuch unternommen werden, „*wieder einen intellektuellen Diskurs zu jüdischen Problemen zu etablieren. Nicht so sehr als Vertreter einer je nach Perspektive religiösen/sozialen/ethnischen Minderheit wollen wir uns äußern, sondern als universalistisch orientierte Intellektuelle, die Herkunftspartikularität reflektierend überschreiten wollen, ohne sie zu leugnen.*" Wenn Tradition, schreiben sie weiter, haben sie allenfalls die des „jüdischen Intellektuellen" im Auge. „*Die Zeichen der Zeit mögen dagegen stehen, der bequeme Kompromiß, daß sich auf deutschem Boden Juden allenfalls zu enggefaßten historischen Bereichen äußern und damit selbst noch einmal den Ausschluß aus der gegenwärtigen Gesellschaft nachvollziehen, scheint fast etabliert.*"

Allerdings: „*Von der konkreten historischen Erfahrung ausgehend, daß das innere Maß an Freiheit einer Gesellschaft an ihrem Verständnis zu den Zumutungen intellektueller Kritik, insbesondere wenn sie von den jüdischen Randzonen her formuliert wird, sich bestimmen läßt, betrachten wir es als eine mehr als äußere Provokation, wenn wir das Gespenst des jüdischen Intellektuellen noch einmal aus der Versenkung holen.*"

„Babylon" beabsichtigt, ein breites Spektrum gegenwartsbezogener Themen aufzufächern, wobei — „wie sollte es anders sein" — im Zentrum die „Erinnerung an die Vergangenheit, vor allem in der Bedeutung für das Verhältnis von Juden und Nichtjuden in Deutschland" stehen wird. Der Schwerpunkt der nächsten Ausgabe wird „Historiographie und Erinnerung" sein, hierbei insbesondere der aktuelle westdeutsche Historikerstreit um den Nationalsozialismus.

In der vorliegenden Nummer hat Dan Diner über „negative Symbiose. Deutsche und Juden nach Auschwitz" einen Beitrag geschrieben, der mit einem Horkheimer-Zitat endet:

„*Wir jüdischen Intellektuellen, die dem Märtyrertod unter Hitler entronnen sind, haben nur eine einzige Aufgabe, mitzuwirken, daß das Entsetzliche nicht wiederkehrt und nicht vergessen wird. Die Einheit mit denen, die unter unsagbaren Qualen gestorben sind. Unser Denken, unsere Arbeit gehört ihnen. Der Zufall, daß wir entronnen sind, soll die Einheit mit ihnen nicht fraglich, sondern gewisser machen. Was immer wir erfahren, hat unter dem Aspekt des Grauens zu stehen, das uns wie ihnen gegolten hat. Ihr Tod ist die Wahrheit unseres Lebens. Ihre Verzweiflung und ihre Sehnsucht auszudrücken, sind wir da.*"

Norman Birnbaum, (1971 bis 1983 Mitarbeiter von „Partisan Review", derzeit Gast am Westberliner Wissenschaftszentrum und Wissenschaftskolleg) berichtet über die Situation der amerikanischen jüdischen Intellektuellen angesichts der neokonservativen Offensive. In einem langen, aus dem Polnischen übersetzten Gespräch spricht der ehemalige stellvertretende Kommandant des Warschauer Ghetto-Aufstandes über das damalige und das heutige Polen. Von Martin Löw-Beer stammt eine Analyse des Nürnberger Prozesses, während Gertrud Koch über Lanzmanns „Shoah" schreibt. Weiter enthält die Zeitschrift einen Beitrag von Harold Bloom (Professor an der Yale-Universität) zu Gershom Sholem sowie eine Auseinandersetzung von Jürgen Habermas mit der Theorie von Carl Schmitt. „Babylon" kann über die Redaktionsanschrift bezogen werden:

Verlag Neue Kritik
Kettenhofweg 53
6 Frankfurt/M 1
(etwa 20 DM).

E.



Leserbriefe

Schreibt uns; je kürzer und treffender desto besser, ansonsten müssen wir uns Kürzungen vorbehalten

Spendenaufruf

Ehrlich gesagt, ein gewisser Geldmangel ist bei uns genauso chronisch, wie der Weihnachtsspendenaufruf mittlerweile obligatorisch ist. Wir wollen daher nicht groß rumjammern, auch nicht mit vielen Worten erneut erläutern, daß ein Projekt wie der ARBEITERKAMPF keine anderen Geldquellen hat, als die Verkaufseinnahmen und die finanzielle Unterstützung der Leser und Leserinnen. Mit einer Weihnachtsspende helft ihr uns und all jenen, für die diese Zeitung einen Lese- und Gebrauchswert hat. 40.000 DM ist unser Spendenziel in diesem Jahr, um die Existenz des AK für das nächste zu gewährleisten. Also, denkt bitte drüber nach und dann:

Spenden bitte nur auf das Konto:
Heinrich Eckhoff Bankleitzahl 200 800 00
Dresdner Bank Kontonummer 4 806 104 00



Teure AK-Redaktion!

5 DM für den nächsten Arbeiterkampf? Das haut die Faust von der Sonne, da ballert doch der 32er Schlüssel in die Ecke!!! Gerade Eure vielseitigen Artikel, wie z.B. Betrieb & Gewerkschaft, fand ich gut. Ich habe mir regelmäßig den AK gekauft, aber die politische Bildung wird mir zu teuer. Ich bin z. Zt. arbeitslos und gehöre nicht zu den neureichen Linken. Da gibt es also kein Pardon und Preisstabilität mit Arbeitslosen, Zivildienstleistenden, Azubis und Schülern. Volksnah heißt für mich billig, elitär heißt für mich teuer. Arbeiterkampf ein neuer Kurs-Wert?

H.R., Arbeitsloser

Klärend

Betr.: Artikel von fo. zum Gründungsparteitag der VSP (AK 275)

Beachtlich, beachtlich! Bewegte sich die Berichterstattung des ,,Arbeiterkampfes'' zur Vereinigung von KPD und GIM bisher auf ,,Frau-im-Spiegel''-Niveau, so erreicht ihr mit dem Artikel von fo. immerhin schon fast das Niveau vom ,,Stern''. Als Anerkennung gibt's das gewünschte ,,klärende Wort aus der ehemaligen GIM'' zur Volksfront:

Die ,,Volksfront gegen Reaktion, Fa-
Als Anerkennung gibt's das gewünsch-
te ,,klärende Wort aus der ehemaligen GIM'' zur Volksfront:

Die ,,Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg'' ist ein kleiner Zusammenschluß von Menschen, die sich das lobenswerte Ziel gesetzt haben, gemeinsam gegen Neofaschisten, Demokratieabbau und Kriegsgefahr aktiv zu werden. Der Name ist — leider — lächerlich hochtrabend, denn gut tausend Menschen — mehr Mitglieder dürfte die ,,Volksfront'' kaum haben — sind natürlich nicht das in einer Front organisierte Volk. Ob und wie die Vereinigte Sozialistische Partei (VSP) darin mitarbeitet, wird zur Zeit diskutiert. Am Charakter der ,,Volksfront'' wird sich in keinem Fall etwas ändern.

Die Volksfronten in den dreißiger Jahren in Frankreich und Spanien waren die organisierte Zusammenarbeit von mächtigen Arbeiterorganisationen und großen einflußreichen bürgerlichen Parteien gegen die drohende faschistische Gefahr zur ,,Lösung''. der wirtschaftlichen und politischen Probleme Frankreichs bzw. Spaniens. In diesem Sinne waren sie tatsächlich das in einer Front organisierte Volk. Trotzki bezeichnet die Volksfront, aber ebenso den Faschismus als ,,letzte Karte'' der Bourgeoisie, weil beide über die herkömmlichen Mechanismen bürgerlicher Herrschaft hinausgehen. (...) Trotzki war gegen diese Volksfronten nicht, weil er eine Zusammenarbeit von proletarischen Kräften und bürgerlichen Parteien grundsätzlich ablehnte, im Gegenteil. Er war bereit, mit jedem und jeder ein Bündnis im Kampf gegen den Faschismus einzugehen. Er war gegen die Volksfronten, weil diese eine politische und/oder organisatorische Unterordnung der Arbeiterklasse unter die Bourgeoisie und einen Verzicht auf den antikapitalistischen Kampf bedeuteten, sie deshalb zu einer Stärkung der Kapitalisten und zu einer Niederlage der Arbeiterklasse geführt haben. Trotzki hat das am Beginn der Volksfronten vorhergesehen. Die Geschichte hat ihm wie keinem anderen Sozialisten Recht gegeben.

Man braucht Trotzkis Ansichten nicht zu teilen. Jeder und jede, auch der durch seine Vorurteile geblendete fo. muß den Unterschied zwischen den damaligen Volksfronten und dem heutigen Verein namens ,,Volksfront'' erkennen können. Es sei denn, der politische Wille fehlt dazu.

gerlef gleiss

Jammertal

Betr.: ,,Stimmzettel oder Denkzettel'' (AK 275)

Der Genosse jb schreibt in ,,Stimmzettel oder Denkzettel?'': ,,Solange die radikale Linke nur jammert und klagt, aber selbst außerstande ist, eine Alternative aufzubauen, solange haben die Grünen eine politische Existenzberechtigung, solange sind sie eben die beste konkret mögliche linke Partei.'' Das scheint mir einleuchtend. Die Vorstellung hingegen, wie aus einer Wahlverweigerung für die Grünen die Linke gestärkt aus den Bundestagswahlen hervorgehen könnte, kann ich nicht nachvollziehen.

Doch so frage ich euch: Was tut **ihr**, um die Linke aus dem Jammertal zu führen? Zurecht habt ihr damals darauf verwiesen, daß eine Kandidatur KPD/GIM/BWK nur noch tiefer ins Jammertal führt. Doch, so meine ich, sollte euch zu dem Thema etwas mehr einfallen. Denn ,,eine neue Formierung der radikalen Linken wird sich außerhalb der Grünen und in vielen Fragen in Konfrontation mit den Grünen abspielen müssen'' (jb).

Sagt doch mal, mit wem ihr euch das vorstellt! Oder herrscht hier nur Prinzip Hoffnung? Z.B. darauf, daß die Autonomen endlich darauf kommen, daß sie eine politische Organisation mit parteiähnlichen Aufgaben brauchen? Oder darauf — wie es die MLPD in der Verfolgung der schlechtesten Traditionen der ML-Bewegung versucht — daß alle anderen sich auflösen und Aufnah-

Verfolgung der schlechtesten Traditionen der ML-Bewegung versucht — daß alle anderen sich auflösen und Aufnah-

me im KB verlangen?

Euer eher distanziertes Verhältnis z.B. zum ,,Beilagenkreis'' läßt fast darauf schließen, daß ihr es im Jammertal doch ganz schön findet.

Dies fördert dann eher verzweifelt zu nennende Schritte wie die Vereinigung von KPD/GIM. Euch müßte doch eigentlich klar sein, daß die radikale Linke erst dann wieder auf größeres Interesse stößt, wen sie ihre Fähigkeit unter Beweis stellt, objektiv beieinanderliegende Kräfte zu bündeln, statt, wie dies in den 70er Jahren bis zum Exzeß gelaufen ist, dieses zarte Pflänzchen immer weiter zu entblättern!

Jochen, Augsburg

Greisenhaft

Betr.: ,,Soll das schon alles gewesen sein'' (AK 275)

Ebenso skandalös wie analytisch falsch und töricht finde ich die Behauptung, angesichts der Nachrüstungsfrage sei die ,,Bitburg''-Frage — wieso eigentlich ,,Frage'' und wieso die Anführungsstriche? — eine Lappalie. Ich greife das Beispiel Bitburg nur als die empörendste Aussage der sowohl provokatorischen wie greisenhaften Argumentation dieses Diskussionsbeitrags heraus. Greisenhaft ist die Behauptung, so empörend das alles sei, bestehe doch eigentlich kein Anlaß, sich aufzuregen — in diesem Fall über die von regierungsamtlicher Seite der USA und der BRD demonstrierte Gleichsetzung der Opfer der Judenvernichtung und der Täter — weil das alles nichts Neues sei. Warum nicht gleich bis zur Babylonischen Gefangenschaft zurückgehen? Aber abgesehen von der Greisenhaftigkeit dieser Behauptung stimmt auch das nicht einmal. Denn die regierungsamtliche Kampagne zur Wiederherstellung eines bundesdeutschen Nationalstolzes über die Rehabilitierung der Täter, die Relativierung der Judenvernichtung durch Aufrechnen mit dem Leiden des deutschen Volkes, den Leiden der anderen Opfer des Faschismus oder des Stalinismus als einer Kampagne, die von denen ausgeht und sich an die richtet, die die ,,Gnade der späten Geburt'' für sich in Anspruch nehmen, ist etwas Neues. Und daß diese nationalistische Mobilisierung mit der Durchsetzung der Nachrüstung zusammenhängt, hat doch Bitburg auch in unübersehbarer Weise deutlich gemacht. Und was heißt hier überhaupt Bitburg-Kampagne? Eine solche Kampagne — nämlich aller Antifaschisten — gegen diesen Staatsakt hat es doch eben gerade nicht gegeben, sonst hätte es zu einer antifaschistischen Massendemonstration in Bitburg kommen müssen. Dagegen findet die öffentliche Diskussion über die Wiederherstellung eines ungebrochenen deutschen Nationalstolzes in der bürgerlichen Presse bislang nur unter einigen Hochschullehrern statt — siehe dazu den abschließenden Artikel von Habermas in der letzten Nummer der ,,Zeit'' — während dieser Diskussionsbeitrag im AK im Grunde durch seine Nichts-Neues-These zur Verharmlosung der Kampagne der Rehabilitierung der Täter und Relativierung der Judenvernichtung beiträgt.

T., Frankfurt

Für Mao — gegen Cicero

Betr.: ,,Wie lange wollt ihr unsere Geduld mißbrauchen'' (AK 275)

Der Text ist okay und wichtig, aber das mit dem Motto ... hättet ihr echt lassen sollen. Erstens *überflüssige* Klugscheißerei (nix gegen Bildung, nicht wahr), zweitens eine zum Text gar nicht passende, maulende Ihr-nutzt-uns-so-

ßerei (nix gegen Bildung, nicht wahr), zweitens eine zum Text gar nicht passende, maulende Ihr-nutzt-uns-so-

gemein-aus-Haltung, und wenn sich drittens hier zum erstenmal eine Gruppe durchgesetzt hat, die die Besinnung auf Cicero statt auf Mao als geistigen Vater des KB propagiert, bin ich wohl nicht der einzige, der sein Verhältnis zu dieser Organisation überdenkt.

Oder wie lange wollt ihr unseren Ärger noch mißbrauchen?

Joachim, Hamburg

Aus dem AK-Fundbüro

,,GAL vereinahmt die Linke''

,,Der ,Arbeiterkampf' 274 teilt seinen Lesern in einem Satz mit, daß der BWK ,das Kuriosum einer Alleinkandidatur wagt'. Nummer 275 ruft auf, GAL zu wählen, da deren Beschlußlage, einen sinnvollen Ansatz für parlamentarische Oppositionspolitik' verheiße und GAL-Stimmen als Empfehlung gegen den ,Mehrheitstrend der Bundes-Grünen' zählen. Was das Urnenschleppen für die Grünen für die Entwicklung sozialistischer Positionen bringen soll, erläutert der KB wiederum nicht.''

(wal. in ,,Politische Berichte'', Zeitung des BWK, vom 31.10.86)

* * *

Der Rundbrief des BUF, ,,Ziviler Ungehorsam'', Nr. 11/86 dokumentiert den Artikel ,,Wie lange wollt ihr unsere Geduld mißbrauchen?'' zur Kritik an der Militanz-Kiste vom Tag X.

* * *

,,Es gilt als gesicherte Erkenntnis, daß der Kommunistische Bund (KB) diese Bunte Liste (...) unterwandert und schließlich ruiniert hat. Christina Kukielka, zunächst Mitglied der scharf links orientierten Hamburger Lehrergewerkschaft GEW, gehörte seit 1974 der Frauengruppe des KB an, den sie (...) beim Übertritt zu den Grünen (...) 1979 verließ. Heute ist Christina Kukielka (...) eine Stütze der dominierend fundamentalistischen, öko-sozialistischen Richtung in der Hamburger GAL.''

,,Dazu gehört auch Ulla Jelpke, die schon einmal der GAL-Fraktion angehört hat. Frau Jelpke ist, wie Christina Kukielka, ehemaliges Mitglied der ,Bunten Liste' und mit ihrer Rückkehr ins Landesparlament gleichfalls ein Beispiel dafür, wie die zahlenmäßig eher kümmerlichen Reste des KB und anderer K-Gruppen es in Hamburg verstanden haben, mit der auf 2.300 Mitglieder angewachsenen GAL sozusagen als Schwänzchen zu wedeln.'' (Klaus Wagner in FAZ, 6.11.86).

* * *

,,Bernhard aus Hamburg hat Jahre des Engagements im Kommunistischen Bund (KB) hinter sich. Bahros ,Offener Brief' an die marxistisch-leninistischen Parteisekten von 1981 fand er damals noch ,unverschämt'. Heute weiß er, daß er nur für eine ,andere Megamaschine' gearbeitet hat — für eine mit roter Fahne.

Inzwischen hat er eine Zen-Meisterin in Hamburg gefunden, hält sich fern von den Mechanismen der Politik. ,Ich persönlich mag Regeln gern', sagt er zu Bahros Neuinstitutionalisierung. ,Der Kosmos ist selber Regel und Zyklus'. Aber er sieht ,die große Gefahr, daß ich durch meine Panik die Gefahr vermehre'. Beruhigung. ,Kontraktion' sei wichtig gegen die drohende Apokalypse.'' (Klaus Wolschner in der TAZ vom 6.11.86 über den ,,Wormser Rettungsweg'' von Rudolf Bahro).

Ein AK-Interview mit Folgen

Im ARBEITERKAMPF 274 publizierten wir ein Interview zur ,,Freien Flüchtlingsstadt Bremen'' mit einem der grünen Landesvorstandssprecher, Günther Kahrs aus Bremen. Ein Teil des Interviews behandelte innergrüne Kontroversen und Günthers Vorwurf, daß es auch in seiner Partei Ausländerfeindlichkeit gebe. Das hatte Folgen, da dies auch die innergrüne Auseinandersetzung Koalition/Tolerierung etc. betrifft. Bremer grüne Fraktionsmitglieder sahen *,,auch mögliche parlamentarische Mehrheiten für eine Liberalisierung des Ausländerrechts gefährdet''*, wie die Bremen-,,taz'' berichtet (18.10.). Nun wäre es neu, daß die flüchtlingspolitische Wüste der Sozialdemokraten in Bremen lebt, doch um solche konkreten Fragen ging es fürderhin nicht. Kahrs betreibe sektiererische Politik, er solle seinen Sprecherosten niederlegen, von Ausschlußanträgen war die Rede. Zoltan Szankay, grüner Hochschullehrer, sieht in Günthers Vorschlägen, wie sie im AK geäußert wurden, die *,,Konzeption (...) in dieser ungeheuer gefährlichen Situation die Ausländerfrage offensiv für Systemveränderung zu benützen''* und vermutet als Drahtzieher dahinter eine *,,obskure Versammlung von linken Fundamentalisten, Marxisten und Anarchisten innerhalb der Grünen''* (Interview in Bremen-,,taz'' vom 15.10.). Höhepunkt des Konflikts war am 17. Oktober der Streit um eine Pressekonferenz, die Günther im Anschluß an seine Reise zum britischen Kongreß ,,Workers Against Racism'' geben wollte. Als er keinen ,,neutralen'' Vorstandsbeisitzer neben sich akzeptieren wollte, untersagte der Landesvorstand seinem Sprecher, die Pressekonferenz namens der Grünen durchzuführen. Sie fand dann als ,,private Veranstaltung'' im katholischen Kolpinghaus statt. Dort wiederholte Kahrs seine Auffassung, daß *,,unteilbare Menschenrechte (nicht) zugunsten fragwürdiger Kooperationsmodelle mit der SPD geopfert werden''* dürfen. Kahrs sieht seine Position durch den Nürnberger Grünen-Beschluß zur Flüchtlingspolitik abgedeckt und verweist darauf, daß die grüne Bundestagsfraktion sein Interview im AK als Teil einer Bremer Grünen-Dokumentation zur Asylpolitik akzeptiert habe. Was wiederum die ,,Frankfurter Rundschau'' eine Lanze für die Gegenposition brechen ließ: *Ralf Fücks, ,,das ehemalige Mitglied des Kommunistischen Bundes Westdeutschland gilt in den grünen Reihen als Rechter, weil er das Asylthema mit realem Blick betrachtet. Die Grünen sind übrigens so liberal oder naiv, daß sie Kahrs' Kritik (veröffentlicht im ,Arbeiterkampf') in einer eigenen Broschüre abdrucken — ohne Gegenrede von Fücks''* (FR, 11.10.86).







FEINE LEUTE

„Der Inhalt der Geschmacksnormen und vor allem des Ehrenkodex ist die Frucht vergangener Zeiten und Umstände, die durch Vererbung oder durch Tradition einer späteren Generation vermittelt wurde; und der Umstand, daß die lange dauernde Vorherrschaft eines müßigen und räuberischen Lebensstils Denken und Standort zutiefst geprägt hat, bildet die ästhetisch genügend legitimierte Grundlage dafür, daß dieser Lebensstil die Geschmacksfragen der Gegenwart noch immer weitgehend bestimmt." (Thorsten Veblen, Die Theorie der feinen Leute)

Die Münchner Illustriertenfotografin Herlinde Koelbl hat in sieben fetten Jahren an „feinen Leuten" abgelichtet, was ihr bei Film-, Presse-, Chrysanthemen-, Juwelen- und Opernbällen, bei einem Staatsempfang und dem Ball der Narhalla, beim Winterpolo und beim Geburtstagsfest in Kay's Bistro und andererorten vor die Kamera kam. Genauer: was die „feinen Leute" an Selbstinszenierungen vor ihrer Kamera veranstalteten. Denn nicht einer ganz besonders raffinierten Aufnahmetechnik haben die in dem Band „Feine Leute" versammelten Fotos ihr Entstehen zu danken (wiewohl Herlinde Koelbl Meisterin ihres Fachs ist), sondern dem unbedingten Willen derer vor Thurn und Taxis, der Zimmermann, Genscher, Weichmann, der diversen „Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens" zur Selbstdarstellung.

Die Ergebnisse von Herlinde Koelbls Arbeit erscheinen mir zum Teil jedoch zweifelhaft. Zwar sollte der Ablichtung eines Zimmermann, der mit einer halbnackten Show-Tänzerin tändelt, nicht Tucholskys Verdikt entgegengehal-
mann, der mit einer halbnackten Show-Tänzerin tändelt, nicht Tucholskys Verdikt entgegengehal-
ten werden, man suche seinen Gegner nicht im Bette auf, hat doch dieses Foto seinen ganz besonderen Aufklärungswert gegenüber der CDU, die — in nur leicht modernisierter Formulierung — die „Ehre der deutschen Frau" wahren und insbesondere deren Gebärfreudigkeit fördern will. Aber in mancher Aufnahme sehe ich nur Effekthascherei. Nicht jeder entblößte Frauenrücken ist „schön", wird er abgelichtet und großformatig präsentiert, bleibt allein die message — auch bei „feinen Leuten" —, daß Menschen und ihre Haut nun einmal altern. Ebenso haben Männer fortgeschrittenen Alters häufig eine Glatze, die Abbildung einer solchen mag einen Erheiterungseffekt haben, über „feine Leute" klärt sie ebensowenig auf wie der fotografische Blick in einen tiefen Ausschnitt, der einen Busen von nun mal nicht „klassischer Schönheit" präsentiert.

Allerdings dient der größere Teil der insgesamt hundertundelf Aufnahmen tatsächlicher Kenntlichmachung der „feinen Leute" und illustriert, daß „die lange dauernde Vorherrschaft eines müßigen und räuberischen Lebensstils Denken und Standort zutiefst geprägt" hat. Ein Sonderlob gebührt Verleger Greno für die Ausstattung und Kalkulation des Buches; ein großformatiger Band mit exzellent (Duoton!) gedruckten Fotos für unter dreißig Westmark — das soll ihm erst mal einer nachmachen.

K., Hamburg

Herlinde Koelbl, Feine Leute. 111 Photographien der Jahre 1979 bis 1985. Nördlingen: Greno (DELPHI 1031), 1986. 330x300, Pb., DM 29.90.

Studentenproteste in Südkorea ....S. 29
Dokument: Vorschlag der NDF für einen hunderttägigen Frieden ....S. 29